

Thomas Dostal

Intermezzo – Austrofaschismus in Linz

Inhaltsübersicht

„Der große rhythmische Schlag“: Zum Körper der Stadt	620
„Unregelmäßigkeit, Wechsel, Vorgeiten“: Zur gesellschaftlichen Krise der 1930er Jahre	630
„Zusammenstöße von Dingen und Angelegenheiten“: Zum Bürgerkrieg 1934	636
„Bahnen und Ungebahntes“: Zum Konstituierungsprozess des Austrofaschismus	641
„Gesetze, Verordnungen und geschichtliche Überlieferungen“: Zur Machtausübung und Machtsicherung	649
Rechtsgrundlagen	649
Rechtswirklichkeit	653
„Bodenlose Punkte der Stille“: Zu den Bemühungen zur Befriedung der Arbeiterschaft	662
„Nichtschrithalten“	675
Finanzpolitik	675
Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik	684
Wohnbaupolitik	696
Fürsorgepolitik	709
„Verstimmung und Verschiebung aller Rhythmen“	719
Kunstpolitik	719
Theater- und Literaturpolitik	727
Musikpolitik	734
Rekatholisierungspolitik	739
„Dauerhafte Stoffe“: Zum Text der Stadt	748
Straßenumbenennungspolitik	748
Denkmalpolitik	750
Festkulturpolitik	755
„Kochende Blase in einem ruhenden Gefäß“: Zum Scheitern der austrofaschistischen Integrations- und Kohäsionspolitik	765

„Es soll also auf den Namen der Stadt kein besonderer Wert gelegt werden. Wie alle großen Städte bestand sie aus Unregelmäßigkeit, Wechsel, Vorgehen, Nichtschritt halten, Zusammenstoßen von Dingen und Angelegenheiten, bodenlosen Punkten der Stille dazwischen, aus Bahnen und Ungebahntem, aus einem großen rhythmischen Schlag und der ewigen Verstimmung und Verschiebung aller Rhythmen gegeneinander, und gleich im Ganzen einer kochenden Blase, die in einem Gefäß ruht, das aus dem dauerhaften Stoff von Häusern, Gesetzen, Verordnungen und geschichtlichen Überlieferungen besteht.“¹

„Der große rhythmische Schlag“: Zum Körper der Stadt

Eine alte, bis auf die griechische Antike zurückgehende Vorstellung verbindet den menschlichen Körper mit dem gesellschaftlichen „Körper“ territorialer Organisationen, etwa eines Staatswesens oder einer Stadt.² Bis auf die heutige Zeit schwingt etwa im Begriff „Hauptstadt“ – der Kapitale – diese Perzeption einer Stadt als der Kopf einer territorialen Einheit mit.

In diesem Sinne mag es gerechtfertigt sein, die Stadt als einen Gesellschaftskörper zu interpretieren; als einen Körper, der aber nicht organisch-homogen, sondern selbst wieder aus vielen, vielfältigst aufeinander bezogenen Teilkörpern besteht – aus einem Herrschaftskörper und einem Körper der Unterworfenen, aus einem Körper der Besitzenden und einem Körper der Besitzlosen, aus einem Männerkörper und einem Frauenkörper ...

Zu diesem Bild von der „Stadt als Körper“ tritt das von der „Stadt als Schrift“ – zwei Vorstellungen, die sich im Sinne einer Körperkalligraphie durchaus zur Deckung bringen lassen. Das Leben und Handeln von Menschen und Gruppen von Menschen innerhalb eines sozialen Körpers schreibt diesem in Gestalt von Stadtteilen, Straßenzügen, Häuserzeilen, Plätzen, Denkmälern eine Textur ein, deren „Grammatik“ entziffert, deren „Text“ gelesen werden kann.

Im Rahmen dieses sozialen Gefäßes aus historischen Traditionen, architektonischen und sozialen Strukturen brodelt die „kochende Blase“ dauernden Wandels, deren Strömungen und Wirbel im Gleich- oder Gegenklang, beschleunigend oder verlangsamend, einer Stadt ihr spezifisches Gepräge verleihen.

Ausgehend von der Stadtypologie Max Webers,³ hängt die stadtkulturelle Fließgeschwindigkeit bedeutend davon ab, ob es sich um ein Zentrum von politischer Macht, um einen Sitz der Verwaltungsherrschaft, um ein ökonomisches, kulturelles, sakrales oder um ein Zentrum der Bildung handelt. Je mehr an politischer, ökonomischer und kultureller Macht sich in einer Stadt versammelt, umso mehr beschleunigen sich auch die sozialen Ströme menschlichen Austauschs. Die Geschwindigkeit des kulturellen Wandels, die Umschlaggeschwin-

¹ Musil, Der Mann ohne Eigenschaften (Ausgabe 1952), 10.

² Sennett, Fleisch und Stein, 41 ff.

³ Weber, Die nichtlegitime Herrschaft, 727 ff.

digkeiten von Moden, Gedanken, wissenschaftlichen Richtungen und ökonomischen Innovationen erhöhen sich. Die Dynamik des „Stadtkörpers“ und der Grad seiner „Zentralität“ nehmen zu.⁴

Der Stadtkörper Linz war bereits im 19. Jahrhundert durch einen Mischtypus von Verwaltungsstadt, Handelsstadt und Garnisonsstadt gekennzeichnet. Als Verwaltungszentrum des Erzherzogtums Österreich ob der Enns profitierte Linz dank seiner Lage am Schnittpunkt zweier Handelsströme – dem Flussweg der Donau in Ost-West-Richtung und der Landverbindung von Norden über Prag und Budweis nach dem Süden – als Handelszentrum und vermochte durch den kontinuierlichen Ausbau der Bahnverbindungen seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in den 1870er Jahren den überregionalen Anschluss an die großen Güter- und Personenströme nach Bayern, Südböhmen und Wien zu erreichen. Von dort empfing Linz ökonomische, gesellschaftliche und kulturelle Impulse, verfügte als Regionalmetropole Oberösterreichs aber auch selbst über eine regionale Strahlkraft, die sich bis nach Salzburg erstreckte.

Die ökonomische Basis von Linz ruhte traditionell auf dem Handel, dem Schiffbau und ab der Mitte des 19. Jahrhunderts auf der Textil-, Tabak- und Nahrungsmittelindustrie. Von einigen diesbezüglichen Großbetrieben (Wollzeugfabrik, Tabakfabrik, Lokomotivfabrik, Eisenbahnwerkstätte, Schiffswerft) abgesehen, dominierten die Klein- und Mittelbetriebe mit vorwiegend handwerklicher Produktion, die infolge der verzögerten Industrialisierung nur langsam zurückgedrängt wurden. Dem gegenüber standen moderne Leitindustrien wie die Elektroindustrie im Schatten. Der Aufschwung der Schiffswerft vor dem Ersten Weltkrieg war der Rüstungspolitik der Habsburgermonarchie geschuldet. Damit war jedoch kein Durchbruch zur Industriestadt geglückt. Es fehlten die Leitsektoren der Schwerindustrie für die erste Phase der Industrialisierung, die Leitsektoren der Elektroindustrie für die zweite Phase.

Stadtsoziologisch gesehen war der barocke Linzer Stadtkern – in dem sich die Verwaltungszentren von Stadt und Land konzentrierten – von den Palais des Adels, den Häusern und Wohnungen des Bildungs- und Besitzbürgertums, aber auch von den Geschäften des Handels- und Gewerbebürgertums geprägt. Der sich in südlicher und südwestlicher Richtung anschließende Stadtteil war vor allem von den Beamten – die durch den Bahnbau verstärkt zugezogen waren – bewohnt. Hier entstanden um die Jahrhundertwende die ersten Wohnanlagen von Genossenschaften, die zunächst nur für Beamte zugänglich waren. Wohnhäuser für Arbeiter wurden zumeist in der Nachbarschaft von Industriebetrieben der südlichen Randgebiete errichtet. Zwei Wohnviertel, die zumindest teilweise als Arbeiterviertel betrachtet werden können, entstanden seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Lustenau und Waldegg.⁵

Die Häuserstatistik offenbart die kleinstädtische Struktur von Linz vor dem Ersten Weltkrieg: Im Jahre 1910 wurden 65,04 Prozent aller Häuser von Linz und Urfahr als „Bürgerhäuser“ mit vier bis 20 Wohnungen klassifiziert. 33,81 Prozent waren „Kleinhäuser“ mit ein bis drei

⁴ Schiffauer, Zur Logik von kulturellen Strömungen, 37 f.

⁵ Kepplinger, Arbeiterwohnbau in Linz 1850–1945, 13.

Wohnungen. Nur 1,12 Prozent wurden als „Massenmiethäuser“ mit über 20 Wohnungen gewertet. Der Anteil der ebenerdigen bzw. einstöckigen Häuser betrug – bei absteigender Tendenz – mehr als 50 Prozent.⁶

Infolge des Zensuswahlrechtes, welches die bürgerlichen Schichten bevorzugte, war die politische Struktur von Linz in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts von einer deutsch-liberalen Stadtverwaltung dominiert, welche die kommunalen Infrastrukturprobleme – Wasserversorgung, Kanalisation, Schlachthof, öffentlicher Verkehr, Bildungswesen, Armen- und Altenwesen, Energieversorgung und Wohnbau – in einem wirtschafts- und gesellschafts-liberalen Geist des „freien Spiels der Kräfte“ und der Selbsthilfe zu lösen trachtete.⁷

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts erfolgte auf die politisch-liberale und laissez-faire-kapitalistische Ordnung ein deutschnationaler Angriff urbaner bürgerlicher Mittelschichten. Mit dem so genannten „Linzer Programm“ von 1882 forderte das städtische Besitz- und Bildungskleinbürgertum neben der Wahrung der Interessen des „deutschen Stammes in Österreich“ unter anderem die Verstaatlichung der Eisenbahnen und des Versicherungswesens, den Schutz der Handwerksbetriebe sowie die Einführung einer progressiven Besteuerung.⁸

Um die Jahrhundertwende vermochte der antiklerikale Deutschnationalismus die Bürger und Kleinbürger der Stadt unter seinem von Gewerbeprotektionismus, Antisemitismus und zunehmend auch von Antimarxismus gekennzeichneten Programm zu versammeln und damit den Linzer Gemeinderat zu dominieren. Der deutschnationalen Stadtverwaltung stand auf Landesebene ein katholisch-konservativ bestimmter „Bauernlandtag“ gegenüber. Im Schatten dieser Konstellation vermochte sich die Sozialdemokratie zu konsolidieren. Ihr gelang 1905 erstmals der Einzug in den Linzer Gemeinderat.⁹

In einem Prozess kommunaler Identitätsstiftung vermochte der politisch und kulturell hegemoniale Deutschnationalismus in Linz die Zugehörigkeit zur „deutschen Kultur“ und zur deutschen Sprachgemeinschaft zum bestimmenden Merkmal seines provinziellen Patriotismus zu erheben.¹⁰ In der Abwehr gegen die politische, ökonomische und kulturelle Überformung der Provinz war dieser einerseits von einer Anti-Wien-Stoßrichtung und andererseits von einem völkischen Antisemitismus und einer überheblichen Tschechenfeindlichkeit gekennzeichnet.¹¹ Dieser deutschnationale Grundkonsens wirkte in der Ersten Republik fort. Man fühlte sich als „deutsche“ Stadt und die Gemeinderäte der Ersten Republik hatten nicht nur auf die Gesetze der Republik und des Landes Oberösterreich zu schwören, sondern auch „den deutschen Charakter der Stadt Linz zu wahren und ihr die Treue zu halten.“

Diese ökonomisch protektionistische, kulturell integrierende und nach „außen“ nationalistisch-aggressiv auftretende Politik mag als Reaktion auf die Folgen von Industrialisierung und Urbanisierung, den Aufstieg der Sozialdemokratie und die daraus resultierende Verun-

⁶ Ebenda, 26 f.

⁷ Mayrhofer/Katzinger, *Geschichte der Stadt Linz*, Bd. 2, 269.

⁸ Pichl, Georg Schönerer, 112 ff.; Wandruszka, *Österreichs politische Struktur*, 293 f.; Tweraser, Carl Beurle, 70 ff.

⁹ Allgemein: Tweraser, *Gemeinderat 1880–1914*, 293–341; Tweraser, Carl Beurle, 67–83.

¹⁰ Gerbel, *Linz. Politische Herrschaft und kultureller Wandel*, 80.

¹¹ Gerbel, *Provinzieller Patriotismus*, 189–235.

sicherung der Mittelschichten gedeutet werden. Doch traten die Folgen der Modernisierung in Linz nur sehr moderat in Erscheinung. Die verhaltene Urbanitätslust der Stadt mag einerseits in der kontrollierten, beharrenden und veränderungsvorsichtigen Beamtenkultur einer Verwaltungsstadt begründet sein, die einen mäßigenden Einfluss auf die Entfaltung urbaner Dynamik und eine nur gebremste Übernahme zeitaktueller Moden zur Folge hatte.¹² Andererseits wirkte ein beharrender, konservativer und veränderungsfeindlicher dörflich-bäuerlicher Charakter des Umlands von Linz durch den Bevölkerungszuzug in die Stadt hinein, was sich auch im Architektonischen, Kulturellen und Mentalen des Stadtkörpers niederschlug und „am rollenden Rad der Zeit als Bremse“ für die urbane Fließgeschwindigkeit wirkte:¹³

„Die Straßen tragen trotz mancher mit modernem Komfort ausgestatteter Kaufläden, trotz des in gewissen Stunden lauten und regen Lebens ihr eigentümliches, zwischen städtischer und ländlicher Kultur schwankendes Gepräge. Eine Stadt, mitten hineingesetzt in die Gebiete der Bauern – hinter den letzten Häusern, die schon das Strohdach zeigen, schneidet der Pflug in die Erde, ringsum blühen Gärten und ein guter Teil der Bewohner ist bäuerlich. Bäuerlich im Leben und in der Gesinnung. Die Menschen haben einen anderen Schlag, ihre Gewohnheiten auch. Beide einen Stich ins Konservative, dem Neuen und Ungewohnten feindselig und mißtrauisch gesinnt.“¹⁴

Ähnlich zeichnete August Kubizek, der in Linz geborene Jugendfreund Adolf Hitlers, das Bild der Stadt, in welcher beide ihre Jugendjahre verbracht hatten: „Linz [...] war damals noch eine stark ländlich bestimmte Stadt. Noch standen in den Vororten die stattlichen, burgenartigen Vierkanthöfe der Bauern, und inmitten aufschießender Miethäuser lagen noch Wiesen, auf denen gemächlich das Vieh weidete. Überall erklang noch der breite, behäbige Dialekt des Landes [...]. Das Bürgertum, obwohl weitgehend selbst bäuerlicher Herkunft und vielfach mit der Landbevölkerung versippt und verschwägert, sonderte sich um so schärfer von den ländlichen Schichten ab, je mehr es diesen innerlich noch nahestand. Beinahe alle maßgebenden Familien der Stadt kannten sich gegenseitig. Geschäftswelt, Beamtentum und Garnison bestimmten den Ton der Gesellschaft. [...] Da Linz keine Universität besaß, ahmten die jungen Menschen aller Schichten und Stände um so eifriger studentische Sitten nach. Der gesellschaftliche Betrieb auf der Landstraße blieb nicht weit hinter dem abendlichen Leben auf der Wiener Ringstraße zurück. Zumindest bildeten sich die Linzer dies ein.“¹⁵

Das Ende des Ersten Weltkriegs führte auch zu einem Ende der deutschnationalen Herrschaft im Linzer Gemeinderat. In diesen zogen 1919 auf Grundlage des neuen allgemeinen Wahlrechts die Sozialdemokraten mit absoluter Mehrheit ein. Ihr Stimmenanteil schwankte in den folgenden vier Wahlgängen zwischen 46 und 49 Prozent und erlangte bei den National- und Gemeinderatswahlen vom 24. April 1927 erneut die absolute Mehrheit von 52

¹² Schiffauer, Zur Logik von kulturellen Strömungen, 43.

¹³ Übrigens sehr zum Segen der Stadt, wie Hans Commenda wertend hinzufügt. Siehe: Commenda, Volkskunde der Stadt Linz, 74.

¹⁴ So der deutschnationale Journalist und Redakteur der Linzer Montagpost, Hugo Greinz, im Jahre 1899. Hugo Greinz, Kyffhäuser 1899, zitiert nach: Bahr, Die Entdeckung der Provinz, 208.

¹⁵ Kubizek, Adolf Hitler, 17 ff.

Prozent; eine absolute Mehrheit, die in den Gemeinderatswahlen vom 19. April 1931 – den letzten der Ersten Republik – abermals bestätigt wurde.

Trotz ihrer politischen Vormacht und eines breiten vereinskulturellen und gewerkschaftspolitischen Feldes fehlte der Sozialdemokratie in Linz eine eigene sozialistische Elite. Infolge des politischen Aufbruchs nach 1918 stießen einige junge, bürgerlich-deutschnationale Intellektuelle zur Sozialdemokratie. Zu einem gewissen Teil konnte die Parteiführung aus der ebenfalls deutschnational geprägten Lehrerschaft rekrutiert werden. Damit bestand innerhalb der Linzer Sozialdemokratie der 1920er Jahre eine nicht unbedeutende deutschnationale Tönung.¹⁶ Die Ärzte- und Rechtsanwaltskammer, die Handels- und Gewerbekammer, die Allgemeine Sparkasse sowie das breite Netz von Turn-, Ruder- und Sängervereinen blieb nach wie vor von der alten deutschnationalen Elite dominiert.¹⁷

So wie auf Landesebene war auch in Linz eine relative Kontinuität der Eliten von der Monarchie zur Ersten Republik gegeben. Die Eliten der verschiedenen politischen Lager waren durch ein verhältnismäßig hohes Maß an kultureller Homogenität miteinander verbunden. Die Eliten des christlichsozialen, sozialdemokratischen und deutschnationalen Lagers teilten die Wertschätzung der deutschen Kultur und des deutschen Geisteslebens. Man bekannte sich zu einem regionalen Patriotismus, war in Abstufungen mehr oder minder im antisemitischen Konsens vereint – am weitesten davon distanziert, wenn auch nicht ganz frei, waren die Sozialdemokraten – und man befürwortete mehr oder weniger einhellig die Notwendigkeit eines Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich. Diese relative kulturelle Homogenität bildete die Grundlage für eine kontinuierliche Kooperation der Eliten aller drei Lager in den folgenden Jahren sowohl auf Landes- als auch auf Stadtebene.¹⁸

In der Phase des Umbruchs von 1918/19, aber auch in den Jahren danach, waren die christlichsozialen und sozialdemokratischen Eliten größtenteils imstande, disziplinierend auf ihre jeweilige Klientel zu wirken und die Radikalen in den eigenen Reihen zu mäßigen. So konnten die militanten Exponenten der Arbeiterbewegung von den konsensualen sozialdemokratischen Eliten in die Arbeiterräte und später in die Arbeiterkammer eingebunden werden. Auf der anderen Seite vermochte der um Ausgleich bemühte christlichsoziale Landeshauptmann Johann Nepomuk Hauser mäßigend auf den forcierten politischen Katholizismus des Linzer Bischofs Johannes Maria Gföllner einzuwirken, der sich wiederholt gegen die „atheistischen“ Sozialdemokraten, aber auch gegen die Freimaurer, Liberalen und Juden sowie ganz allgemein gegen den gesellschaftlichen Zeitgeist der Unmoral, der neuen Frauenmode, der Nacktheit und der modernen Tänze wandte.¹⁹

Parallel zum grundsätzlich konsensualen Dialog auf Landesebene, der jeder größeren im Landtag vertretenen Partei wenigstens einen Sitz in der Landesregierung zusicherte, waren gemäß Stadtstatut von 1920 im Linzer Stadtrat neben dem Bürgermeister drei Vizebürgermeister der jeweils drei größeren Parteien sowie acht weitere, nach der Stärke der im Ge-

¹⁶ John, *Bevölkerung in der Stadt*, 418 f.

¹⁷ Embacher, *Von liberal zu national*, 108 ff.

¹⁸ Bukey, *Patenstadt des Führers*, 88 ff.

¹⁹ Ebenda, 81.

meinderat vertretenen Parteien gewählte Stadträte vertreten. Dieses System der statutarisch festgelegten Kooperation vermochte eine radikale Politik weitgehend auszuschließen und der Stadt dasselbe Maß an Stabilität zu geben, wie es auf Landesebene vorhanden war.²⁰

Mit dem allgemeinen Rechtsruck in der österreichischen Politik im Gefolge der Beendigung der Großen Koalition auf Bundesebene im Jahre 1920 verschärften sich auch in Linz die politischen Gegensätze. Die heftig ausgetragenen Debatten im Linzer Gemeinderat zwischen 1923 und 1925 offenbarten die ideologischen Klüfte, welche die politischen Lager trennten. Dennoch fand man in Budget- und Wohnbaufragen immer wieder zu Kompromissen.²¹ Die sozialdemokratische Ära war von einem Klima des gesellschaftspolitischen Aufbruchs und der sozialen Reformen gekennzeichnet. Man focht für die Besserung der sozialen Lage breiter Bevölkerungsschichten und versuchte, das für das „Rote Wien“ konzipierte Kommunalprogramm, das als Rahmenprogramm auch für andere Städte Geltung haben sollte, in Linz umzusetzen. Neben der infrastrukturellen Ausstattung der Stadt mit öffentlichen Einrichtungen standen vor allem der kommunale Wohnbau und die Linderung der eklatanten Wohnungsnot im Zentrum der Bemühungen.²² Darüber hinaus versuchte man, ein laizistisches und soziales Reformprogramm zu verwirklichen sowie eine moderne Kulturbewegung mit avantgardistischer Ästhetik und eine neue Konsum- und Freizeitkultur zu initiieren.²³ Im Unterschied zum „Roten Wien“, das als eigenes Bundesland über die Steuerhoheit und damit über einen größeren politischen Spielraum verfügte, sah sich das „Rote Linz“ einem „schwarzen Bauernlandtag“ gegenüber, dem ein Aufsichtsrecht über das Gemeindebudget zustand. Doch waren die Christlichsozialen in Oberösterreich in ihrem Verhalten moderater und konzilianter als die Christlichsozialen auf Bundesebene.²⁴

Noch im Dezember 1927 – also nach dem Brand des Wiener Justizpalastes – konnte man seitens der oberösterreichischen Sozialdemokratie vermelden: „Wir haben in Oberösterreich auch keine besondere Veranlassung, uns über die städtefeindliche Haltung der Christlichsozialen zu beklagen, die in anderen Ländern in Erscheinung tritt. Die Autonomie der beiden von Sozialdemokraten verwalteten Statutarstädte [Linz und Steyr, Anm. des Autors] wird auch dort respektiert, wo den Interessen der Christlichsozialen widerstreitende Beschlüsse gefaßt wurden.“²⁵

Das Haupthindernis in der Verwirklichung des Kommunalprogramms lag also weniger in der politischen Opposition am Ort als in der notorisch leeren Gemeindekasse. Die Stadtverwaltung bemühte sich, über den Finanzausgleich mit Bund und Land zu einer höheren Finanzierung der Gemeindeaufgaben zu gelangen und trachtete, bei der Festsetzung gemeindeeigener Steuern eine Erweiterung ihres Spielraums zu erreichen. Doch bestand seit dem Ende der Großen Koalition im Jahre 1920 die Tendenz, den sozialdemokratischen Mehr-

²⁰ Ebenda, 92.

²¹ Ebenda, 94 sowie Tweraser, Gemeinderat 1914–1934, 224 ff.

²² Mayrhofer/Katzinger, Geschichte der Stadt Linz, Bd. 2, 269.

²³ John, Bevölkerung in der Stadt, 169.

²⁴ Mayrhofer/Katzinger, Geschichte der Stadt Linz, Bd. 2, 270.

²⁵ Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei Oberösterreichs, 24. Zitiert bei: Bukey, Patenstadt des Führers, 72.

heitsgemeinden im Wege der Abgabenteilungsgesetze den Anteil an den Bundesabgaben ständig zu kürzen.²⁶

Sozioökonomisch gesehen zeichnete sich das Linz der Zwischenkriegszeit durch eine relativ ausgeglichene sektorale Gliederung aus. Die Verteilung der Berufsstruktur änderte sich in den Jahren zwischen 1910 und 1939 kaum. In diesen drei Jahrzehnten blieb der Prozentsatz der in der Landwirtschaft, in den Fabriken, Geschäften und im Staatsdienst Beschäftigten im Wesentlichen gleich: Von den im Jahre 1910 insgesamt 37.372 Einkommensbeziehern waren 1,7 Prozent in der Land- und Forstwirtschaft, 31,6 Prozent in Industrie und Handwerk, 25,1 Prozent in Handel und Gewerbe, 19,5 Prozent im öffentlichen Dienst und in Freien Berufen beschäftigt, 22,1 Prozent waren Rentner und Pensionisten. Im Jahre 1934 waren 1,7 Prozent in Land- und Forstwirtschaft, 31,7 Prozent in Industrie und Handwerk und 25,3 Prozent in Handel und Gewerbe tätig. Im Jahre 1939 waren von insgesamt 79.238 Erwerbseinkommensbeziehern 2,8 Prozent in Land- und Forstwirtschaft, 32,2 Prozent in Industrie und Handwerk, 23,2 Prozent in Handel und Gewerbe, 16,8 Prozent im öffentlichen Dienst und in Freien Berufen tätig und 25,0 Prozent waren Rentner und Pensionisten.²⁷ Die Handels- und Gewerbebetriebe hatten im Durchschnitt weniger als fünf Beschäftigte pro Betrieb. Für das Jahr 1930 ergab sich als Durchschnittswert aller Unternehmen in der Stadt eine Angestelltenzahl von 7,7 pro Betrieb.²⁸ 60 bis 80 Prozent aller Linzer Produktions- und Handelsbetriebe der Zwischenkriegszeit waren in Familienbesitz.²⁹ Daneben gab es einige staatliche Betriebe, allen voran die Österreichischen Bundesbahnen mit Direktion, Verschiebebahnhof und Reparaturwerkstätten, wo einige 100 Beamte und über 1.000 Arbeiter Beschäftigung fanden, gefolgt von der Linzer Post- und Telegraphenverwaltung sowie der Tabakfabrik mit annähernd 1.000 Beschäftigten. Dazu kamen die kommunalen Betriebe wie das Gas- und Wasserwerk, der Schlachthof, die Molkerei, die Bäder und der Wirtschaftshof, der für die Müllabfuhr, den städtischen Fuhrpark und die Beerdigung der Toten zuständig war.³⁰

Als Zeichen für die allgemeine positive gesellschaftspolitische Entwicklung mag der demografische Aufschwung ab Anfang der 1920er Jahre gewertet werden. In erster Linie ist der Bevölkerungszuwachs auf Zuwanderung nach Ende des Ersten Weltkriegs zurückzuführen, wobei vor allem Beamte aus ihren früheren Dienstorten in den nunmehrigen Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie nach Linz zurückkehrten. Ab 1932 nahm dieser jährliche Wanderungsgewinn jedoch deutlich ab. Die Jahre ab 1934 sind absolute Tiefpunkte in der Zuwanderungsstatistik.³¹

²⁶ Mayrhofer/Katzinger, *Geschichte der Stadt Linz*, Bd. 2, 270.

²⁷ Bukey, *Patenstadt des Führers*, Tabelle 12 auf Seite 101. Ebenso: Otruba, *Der gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturwandel der Stadt Linz*, 22 sowie: Otruba/Möller, *Der Wandel des Wirtschaftsgefüges*, 55.

²⁸ Bukey, *Patenstadt des Führers*, 101.

²⁹ Meixner, *Linz 1945–1960*, 21.

³⁰ Imhof, *Die Unternehmungen der Stadtgemeinde Linz*, 341–366.

³¹ John, *Bevölkerung in der Stadt*, 159 sowie Grafik 15 auf Seite 160.

Der zweite Grund für die Bevölkerungszunahme liegt in der Eingemeindungspolitik der Stadt. Bereits im Jahre 1915 wurde St. Peter eingemeindet. 1919 folgten Urfahr und Pöstlingberg, 1923 Kleinmünchen und 1934 Teile von Steyregg rechts und links der Donau.

So wuchs Linz bis zum Einsetzen der Weltwirtschaftskrise 1929 kontinuierlich. In den Jahren der Weltwirtschaftskrise und des Austrofaschismus stagnierte die Bevölkerungsentwicklung. Am 31. Dezember 1935 wurden in Linz 110.512 Einwohner gezählt, am 30. Juni 1936 109.392. Diese Reduktion der Bevölkerung war sowohl auf die Abwanderung als auch auf das Sinken der Geburtenzahl zurückzuführen.³²

Im Zeitraum zwischen 1922 und 1925 lag die Anzahl der Geburten über der der Todesfälle. Die positive Geburten-Sterbebilanz kippte 1926 und blieb bis 1938 negativ. Vor allem in den Jahren zwischen 1929 und 1936 wurde das Defizit der natürlichen Bevölkerungsentwicklung immer größer. Die Folge davon war eine Überalterung der städtischen Bevölkerung.³³ In diesen Jahren pendelte sich auch die Anzahl der geschlossenen Ehen auf einem niedrigen Niveau ein. Das Bild einer stagnierenden und resignierenden Gesellschaft seit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise bis zum Jahr 1938 wird noch konturierter, wenn man es mit dem steilen Anstieg an Eheschließungen nach dem „Anschluss“ vergleicht.³⁴

Eine Momentaufnahme aus dem Jahre 1930 – als die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise noch nicht voll zu spüren waren – entwirft noch das Porträt eines aufwärts strebenden, dynamischen Stadtkörpers, obwohl das Wissen um seine Fragilität deutlich anklingt:

„Die oberösterreichische Hauptstadt reckt und dehnt sich an allen Ecken und Enden; Neubauten leuchten überall frisch aus dem Weichbild und ganz neue Stadtteile sind im Entstehen. Mit Macht zersprengt Linz sein altes Kleid und frißt sich weit hinein in das Grün seiner Umgebung. Unsere Heimatstadt ist keine sterbende Stadt, kräftiges Leben pulsiert in ihr und der Rhythmus der Arbeit gibt ihr das Gepräge. Ein Zeichen der Aufwärtsentwicklung von Linz ist die ständige Zunahme der Bevölkerung. Dieses Anwachsen der Bevölkerung ist allerdings nicht auf eine so starke Vermehrung des bodenständigen Volkes, auf einen Geburtenüberschuß, zurückzuführen, sondern auf ein Anschwellen des Zuwandererstromes. [...] Es dürfte kein allzugroßer Fehlschluß sein, wenn man die Anziehungskraft, die Linz ausübt, als ein Zeichen gesunder Kraft deutet. [...] Mit allen Mitteln muß also getrachtet werden, das Wirtschaftsleben unserer Stadt derart zu stärken, daß [...] keine schweren Rückschläge entstehen können. An ein brüskes Abdrosseln der Investitionstätigkeit ist nicht zu denken, denn die wirtschaftlichen Folgen wären bei den heutigen labilen Wirtschaftsverhältnissen unabsehbar.“³⁵

³² Zöhler, Die Bevölkerung von Linz und ihr Wohnraum, 55.

³³ 1923 waren 18,5 Prozent der Gesamtbevölkerung Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahr; in absoluten Zahlen 17.517. 1936 belief sich der Anteil der Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahr an der Gesamtbevölkerung nur mehr auf 15,39 Prozent; in absoluten Zahlen 16.220. Siehe: Zöhler, Die Bevölkerung von Linz und ihr Wohnraum, 65 f.

³⁴ John, Bevölkerung in der Stadt, 162, sowie Tabelle 25 auf Seite 162 f.

³⁵ Alpenländisches Morgenblatt vom 19. Juli 1930, 3. Zitiert bei: John, Bevölkerung in der Stadt, 157 f.

Das Zusammentreffen von ökonomischer und politischer Krise Anfang der 1930er Jahre führte zur Etablierung eines austrofaschistischen Systems mit einer spezifischen „Krisenlösungspolitik“ durch Ausschaltung der demokratisch-parlamentarischen Ordnung. Die wirtschaftliche „Sanierung“ auf Kosten der Werktätigen war mit der Ausschaltung der Sozialdemokratie durch das austrofaschistische Regime verbunden.³⁶ Damit verlangsamte sich der kulturelle Fluss der Stadt. Die Reduktion urbaner Dynamik war von der Linzer Stadtverwaltung als Ausdruck der Umstellungen infolge der Weltwirtschaftskrise gewertet worden.³⁷ Sie war aber auch mit der Hoffnung auf „Gesundung“ des durch die negativen Auswirkungen von Modernität und Urbanität gekennzeichneten Stadtkörpers im Wege eines „Gesund-schrumpfens“ verbunden: So meinte der für die Kommunalstatistik und ihre Interpretation verantwortliche Stadtbeamte August Zöhler im Jahre 1937, die Entwicklung der zurückliegenden 100 Jahre Revue passieren lassend, dass dem „ungemein rasche(n) sprunghafte(n) Aufstieg der wirtschaftlichen Tätigkeit im 19. Jahrhundert, ein langsamerer Anstieg im 20. Jahrhundert bis zur Scheinblüte nach dem Kriege, die bis zum Jahre 1929 dauerte,“ gefolgt wäre. Die ökonomische und demografische Krise der Zeit war für ihn Anlass zur Vermutung, dass die „langsame Rückbildung“ ab 1929 „hoffentlich eine Gesundung ist“.³⁸ Der Bevölkerungsrückgang wurde von Zöhler nicht als Nachteil und schon gar nicht als ein Zeichen des Niedergangs gewertet: „denn die Städte sind keine Kraftzentren des Volkes, sondern sie zehren den Überschuß, den ihnen das Land gibt, auf“.³⁹ Diese antiurbanistische, modernisierungsfeindliche und industrialisierungskeptische Einstellung korrespondierte mit dem machtpolitischen Kalkül der austrofaschistischen Eliten. Eine beschleunigte ökonomische und soziale Transformation in Richtung einer Industriegesellschaft hätte die von ihr sozialpolitisch an den Rand gedrückte Arbeiterschaft gestärkt.⁴⁰ Andererseits blieben die von den austrofaschistischen Eliten vertretenen Gruppen der Beamten und der Selbstständigen in Industrie und Gewerbe vom sozioökonomischen Schrumpfungsprozess nicht verschont. Die Gruppe der Beamten war im Jahr 1923 infolge des Rückflutens der deutschsprachigen Beamten aus den neu geschaffenen Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie in Linz noch mit 6.531 Angestellten des öffentlichen Dienstes vertreten, zu denen noch 4.990 Angestellte der Bundesbahnen kamen. Im Jahr 1934 waren es nur noch 5.604 Beamte des öffentlichen Dienstes und 3.121 Bundesbahnangestellte. Dazu kamen noch 2.283 Beamte des Bundesheers und der öffentlichen Sicherheit.⁴¹

³⁶ Tálos/Manoschek, Zum Konstituierungsprozeß des Austrofaschismus, 6–25.

³⁷ Die Entwicklung der Bevölkerungszahl von Linz. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. Oktober 1933, 203.

³⁸ Zöhler, Die Bevölkerung von Linz und ihr Wohnraum, 62. August Zöhler, Leiter des Kulturamtes der Stadt Linz, war nach 1938 als Gauschriftumsbeauftragter der NSDAP für Oberdonau wesentlich für die „Gleichschaltung“ der Literatur und die Förderung des NS-Schrifttums verantwortlich. AStL, Kulturarchiv, Sch. 189; AStL, Personalakt August Zöhler, sowie: Klaffenböck, Literatur im Reichsgau Oberdonau, 161–221.

³⁹ Zöhler, Die Bevölkerung von Linz und ihr Wohnraum, 55; Schuster, „Ständestaat“, 60.

⁴⁰ Zu den arbeits- und sozialrechtlichen Restriktionen des Austrofaschismus siehe: Tálos, Sozialpolitik im Austrofaschismus, 222–235.

⁴¹ Zöhler, Die Bevölkerung von Linz und ihr Wohnraum, 64.

Im Bereich der Selbstständigen in Industrie und Gewerbe erfolgte ebenfalls eine Abwärtsentwicklung von 5.077 im Jahre 1923 auf 4.961 im Jahre 1934.⁴²

Die Zahl der Arbeiter und Angestellten in Industrie und Gewerbe lag im Jahre 1923 in Linz bei 17.576 Personen. Im Jahre 1934 belief sie sich nur noch auf 15.979. Fiel in diesem Zeitraum deren Erwerbsquote, so stieg die Arbeitslosigkeit als Folge der Weltwirtschaftskrise drastisch an: Wurden im Jahre 1923 3.615 Arbeitslose in den Branchen Gewerbe, Industrie, Verkehr und Gastwirtschaft gezählt, waren es im Jahre 1934 bereits 9.058. Anlässlich der Volkszählung 1934 bekannten sich in Linz 10.040 Personen als arbeitslos.⁴³

Die Tragödie der Jugend der Nachkriegszeit zeigt sich für August Zöhler in der Arbeitslosenstatistik. Nur ein Teil der geburtenstarken Jahrgänge bis zum Jahr 1914, die in den späten 1920er und 1930er Jahren auf den Arbeitsmarkt drängten, fanden auch eine Beschäftigung. Ein hoher Prozentsatz wurde, nachdem er die Berufsausbildung abgeschlossen hatte, arbeitslos. Sehr viele junge Menschen fanden nicht einmal eine Lehrstelle und wurden bestenfalls Handlanger, Hilfs- oder Gelegenheitsarbeiter.⁴⁴

Wirtschafts- und sozialpolitisch gesehen reduzierte sich in den 1930er Jahren die Dynamik des urbanen Flusses beträchtlich. In einzelnen Bereichen kam es zur Stagnation und Anhaltung des „großen rhythmischen Schlages“ des Wirtschafts- und Sozialgefüges der Stadt. Im Bereich der Gesellschafts- und Kulturpolitik erfolgte nicht nur eine Anhaltung, sondern eine intendierte und partiell auch realisierte Umkehrung der kulturellen Fließrichtung von der Moderne zur Gegen- bzw. Antimoderne.

Obwohl die politischen Eliten des Austrofaschismus wirtschaftspolitisch bewusst „auf der Bremse“ standen, sozialpolitisch eine Rückwärtsentwicklung einleiteten und in demokratie- und gesellschaftspolitischen Fragen „das Rad der Zeit“ vor die Errungenschaften der Aufklärung zurückdrehen wollten, konnte ein gewisser dynamischer Zeitenfluss nicht aufgehalten werden. Dies machte der sanfte Anstieg des Reiseverkehrs und des Tourismus ebenso deutlich⁴⁵ wie die rapide Zunahme des innerstädtischen Verkehrs. Im Jahre 1937 waren über 36.000 Fahrräder in Linz unterwegs. Es verfügte also mehr als ein Drittel der Linzer Bevölkerung über ein derartiges Fortbewegungsmittel.⁴⁶ Auch der Kraftwagenverkehr nahm trotz der wirtschaftlichen Misere in den 1930er Jahren stark zu: Waren im Dezember 1927 in Linz noch 813 Kraftfahrzeuge gezählt worden, waren es im August 1937 bereits 2.544 – davon 862 Personenwagen, 48 Taxis, 114 Omnibusse, 297 Lastkraftwagen und 1.100 Kraftfahrräder.⁴⁷ Die Bundesbahndirektion Linz meldete 1937 eine erhöhte Güterbewegung sowie eine gestiegene Fahrkartenausgabe für die Bahnhöfe Linz und Urfahr. Leichte Zunahmen gab es auch bei der Straßenbahn und der Pöstlingbergbahn sowie im Autobusbetrieb. Auch der Waren- und Güterverkehr auf der Donau nahm 1937 zu.⁴⁸

⁴² Siehe die Tabelle bei: Zöhler, Die Bevölkerung von Linz und ihr Wohnraum, 62.

⁴³ Ebenda, 62 f.

⁴⁴ Ebenda, 63.

⁴⁵ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1937), 20.

⁴⁶ Ebenda, 17.

⁴⁷ Ebenda, 17.

⁴⁸ Ebenda, 18 f.

„Unregelmäßigkeit, Wechsel, Vorgehen“: Zur gesellschaftlichen Krise der 1930er Jahre

Auch in Linz war die Sozialdemokratie nach dem Ersten Weltkrieg mit einem gesellschafts-, wirtschafts-, sozial- und kulturpolitischen Reformprogramm angetreten, das einen fundamentalen Wechsel gegenüber der Vorkriegszeit vorsah. Die sozialdemokratische Stadtverwaltung begann mit dem Ausbau eines kommunalen Sozialsystems, dessen Prämissen nicht von mildtätiger, christlicher Caritas oder vom wirtschaftsliberalen Grundsatz der „Selbsthilfe“ geprägt waren, sondern vom Postulat einer gesellschaftlichen Verpflichtung zur Hilfeleistung für Bedürftige. Die Inanspruchnahme der sozialen Infrastruktur sollte künftig ein Recht und kein Almosen sein. Dabei wurde insbesondere auf die prophylaktische Erfassung möglichst breiter Bevölkerungskreise Wert gelegt, für die in den Feldern der Sozial-, Gesundheits-, Jugend-, Arbeitsmarkt- und Armenfürsorgepolitik einander ergänzende Individual- und Familienfürsorgeprogramme zur Anwendung gelangten. Die Bemühungen der sozialdemokratischen Stadtverwaltung auf diesen Gebieten schlugen sich in der Vermehrung des Fürsorgepersonals und in der entsprechenden Ausweitung des Budgetrahmens nieder.⁴⁹

Das Wohnungsproblem, eine Altlast aus der Zeit der ausgehenden Monarchie, das durch das völlige Erliegen privater Bautätigkeit während des Ersten Weltkriegs weiter verschärft worden war, bildete das Hauptproblem und den Hauptstreitpunkt in der Linzer Kommunalpolitik der Zwischenkriegszeit. Mieterschutz- und Wohnungsanforderungsgesetz, die teilweise während des Kriegs als Notmaßnahme erlassen worden waren, stellten in der Nachkriegszeit einen ständigen parteipolitischen Zankapfel zwischen den diese Maßnahmen verteidigenden Sozialdemokraten und den bürgerlichen Parteien dar. Die Sozialdemokratie hegte ideologische Vorbehalte gegen den privat finanzierten Siedlungsbau und einen damit verbundenen „Eigentumsfetischismus“, der als Schwächung des Klasseninteresses der Arbeiterbewegung gewertet wurde. Die Wohnungsnot nach dem Ersten Weltkrieg führte jedoch zu einer pragmatischen Haltung gegenüber der Siedlerbewegung. Da der in Wien eingeschlagene Weg, die Massensteuern durch Boden- und Luxussteuern zu ersetzen, in Oberösterreich aufgrund der politischen Machtverhältnisse im Landtag nicht gangbar war, musste die Linzer Sozialdemokratie den Wohnungsbau durch teure Anleihen finanzieren.⁵⁰ Das christlichsozial-konservative Lager, das gesellschaftspolitisch das Konzept des Eigenheimes favorisierte, hat in der weiteren Folge die „rote Mietskaserne“ zum ideologischen Feindbild stilisiert.⁵¹

Neben Sofortmaßnahmen wie der Adaptierung frei gewordener Kasernen, Materialmagazine sowie ehemaliger Interniertenlager in der Katzenau und auf dem Exerzierfeld zu Notwohnungen trat die Gemeinde nun selbst als Bauträger auf oder unterstützte die Bautätigkeit der Wohnungsgenossenschaften durch die Bereitstellung von Gemeindegründen oder billi-

⁴⁹ Mayrhofer/Katzinger, Geschichte der Stadt Linz, Bd. 2, 275.

⁵⁰ Ebenda, 270.

⁵¹ Ebenda, 273.

gen Krediten. Die ersten Projekte des Wohnungsbaus an der Franck- und der Wimbölzelstraße fielen jedoch größtenteils der Inflation zum Opfer. Lediglich 160 relativ großzügig bemessene Wohnungen konnten verwirklicht werden. Später errichtete Wohnungen waren aus Einsparungsgründen bereits bescheidener. Wasser und Toilette befanden sich am Gang. Bei den Planungen wurde jedoch die spätere Option einer Wohnungszusammenlegung berücksichtigt.⁵²

Immerhin konnten bis zum Jahr 1929 von der Stadt 1.200 Wohnungen neu gebaut und eine gleich große Anzahl durch Umbauten und Adaptierungen gewonnen werden. Entsprechend den wohnungspolitischen Zielvorstellungen der bürgerlichen Bundesregierung bevorzugte das Wohnbauförderungsgesetz von 1929 den privaten und genossenschaftlichen Wohn- und Siedlungsbau, wodurch der kommunale Wohnbau zum Erliegen kam. Die sozialdemokratische Stadtverwaltung wurde nolens volens zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit den privaten Baugenossenschaften gezwungen.⁵³

Auch in der Bildungs- und Kulturpolitik war unter der sozialdemokratischen Stadtverwaltung ein deutliches Vorgehen in die neue Zeit festzustellen. Das gesellschafts- und bildungspolitische Aushängeschild in Linz war die nach den Vorstellungen der Glöckel'schen Arbeits-, Lebens- und Erziehungsschule konzipierte, im Neubaugebiet im Osten der Stadt errichtete Diesterwegschule. Die Benennung dieser kombinierten Haupt-, Volks- und Hilfsschule für Knaben und Mädchen nach dem „deutschen Pestalozzi“ Adolf Diesterweg, welcher gegen die geistliche Schulaufsicht und für den konfessionslosen Religionsunterricht kämpfte, war Programm. Die großzügige architektonische Ausgestaltung⁵⁴ des im September 1931 feierlich eröffneten Schulkomplexes war an den Erkenntnissen zeitgemäßer Pädagogik orientiert und manifestierte das in Stein und Glas geformte sozialdemokratische Gesellschaftskonzept einer Erziehung von und für die Gemeinschaft.⁵⁵

An diesem Prototyp moderner sozialer und demokratischer Erziehung entzündeten sich jedoch heftige ideologische Auseinandersetzungen. Von der christlichsozialen und deutschnationalen Opposition wurde der „Schulpalast“ als bolschewistisch, die dahinter stehende pädagogische Idee als gottlos abqualifiziert. Ähnliche Vorwürfe musste sich die sozialdemokratische Gemeinderatsmehrheit mit der Umgestaltung der bestehenden Schwimmschule und dem Bau des Parkbads, des ersten Hallenbads Oberösterreichs, gefallen lassen.⁵⁶

Diese grundlegend gegensätzlichen gesellschaftspolitischen Positionen in der Sozial-, Wohnbau-, Bildungs- und Kulturpolitik zwischen den Sozialdemokraten und den Bürgerlichen bedeutete zunächst nicht, dass eine grundsätzliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Lagern nicht möglich gewesen wäre. Nach der bei den Wahlen vom 24. April 1927 erlittenen Niederlage der antimarxistischen Einheitsliste von Christlichsozialen, Großdeutschen und Nationalsozialisten, mit der die Kontrolle über das Linzer Rathaus erlangt werden sollte,

⁵² Ebenda, 271 f.

⁵³ Ebenda, 273.

⁵⁴ Kaun, Die Diesterweg-Schule, 201 ff.; Aigner, Die Diesterwegschule, 206 ff. Constantini, Großstadt Linz, 162.

⁵⁵ Feier der Eröffnung der neuen Schule. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 15. September 1931, 209.

⁵⁶ Mayrhofer/Katzinger, Geschichte der Stadt Linz, Bd. 2, 276 f.

die Sozialdemokraten jedoch vier Sitze im Gemeinderat gewannen, folgte seitens der beiden großen bürgerlichen Parteien wieder eine versöhnlichere Politik.⁵⁷

Das gesellschaftliche Klima der Stadt sollte sich erst im Verlauf der Weltwirtschaftskrise ab den beginnenden 1930er Jahren nachhaltig ändern. Ab der zweiten Jahreshälfte 1931, als die Nationalsozialisten erstarkten und der faschistische Heimatblock im Gemeinderat eine stärkere politische Rolle zu spielen begann, zog ein polemisch-scharfer und rassistisch-antisemitischer Ton in die Gemeindepolitik ein. Die Nationalsozialisten und die Heimwehr machten das Stadtparlament zu einem Propagandaforum, auf dem sie die bestehende demokratische Ordnung anprangerten. Sie konnten zwar keinen eigenen Stadtrat stellen, waren aber gemeinsam stark genug, um Sitzungen zu stören, zu unterbrechen oder kurzfristig das Stadtparlament ganz lahm zu legen.⁵⁸

Die Hochburgen der oberösterreichischen Heimwehr lagen im Mühlviertel. In Linz war sie eher eine belanglosere paramilitärische Gruppe. Ihre mittlere und höhere Führungsebene rekrutierte sie aus dem Kleinbürgertum und aus den Selbstständigen. So war im Arbeitervorort Kleinmünchen der örtliche Heimwehführer der geschäftsführende Vizepräsident der Baumwollspinnerei. In Linz glich das soziale Profil der Heimwehr am stärksten dem der städtischen Christlichsozialen: Annähernd ein Fünftel war selbstständig, ein Drittel waren Beamte und ein Zehntel Handwerker. Im Gegensatz zu den Christlichsozialen waren in der Heimwehr überproportional viele Armeeeoffiziere und Angestellte vertreten.⁵⁹

Der Hauptgegner der heimwehfaschistischen, aber auch der nationalsozialistischen Kräfte war die Sozialdemokratie, die auch die Hauptlast in der politischen Konfrontation sowohl im Gemeinderat als auch auf der Straße trug. Im Gefolge der Ereignisse um den Justizpalastbrand 1927 wurden von der erstarkten Heimwehr vermehrt provozierende Aufmärsche in den Arbeiterwohnvierteln von Linz und Steyr organisiert. Am 14. Oktober 1928 beklatschten bürgerliche Bevölkerungsgruppen einen Heimwehraufmarsch in Linz mit zirka 6.000 uniformierten Aktivisten. Die Sozialdemokraten versuchten zunächst auf die Provokationen nicht einzugehen und auf Distanz zu bleiben.⁶⁰ Doch kam es in weiterer Folge vermehrt zu Auseinandersetzungen zwischen republikanischen Schutzbündlern und faschistischen Heimatschützern. Man sprengte gegnerische Veranstaltungen und machte sich das „Recht auf die Straße“ streitig.⁶¹ Die Zusammenstöße forderten immer wieder Verletzte – vorwiegend auf Seite der schwächeren Heimwehr.⁶² Auch gegenüber den Nationalsozialisten ging der „Kampf um die Straße“ im Regelfall zu Gunsten des numerisch überlegenen Schutzbundes aus. Insgesamt war das Kräfteverhältnis zwischen Sozialdemokraten, Nationalsozialisten und Heimatschutz dergestalt, dass von letzteren an eine Eroberung der Macht von der Straße aus nicht zu denken war. Anfang 1932 schätzte die Polizei die Mitglieder der Linzer Heimwehr auf etwas über 1.000, die der Linzer SA auf rund 180 und der Linzer Hitlerjugend auf

⁵⁷ Bukey, Patenstadt des Führers, 97.

⁵⁸ Mayrhofer/Katzinger, Geschichte der Stadt Linz, Bd. 2, 262–265.

⁵⁹ Bukey, Patenstadt des Führers, 117 f.

⁶⁰ Ebenda, 123.

⁶¹ Ebenda, 124.

⁶² Mayrhofer/Katzinger, Geschichte der Stadt Linz, Bd. 2, 267.

140, während der republikanische Schutzbund auf etwa 4.000 Mitglieder und auf eine politische Anhängerschaft von 32.000 Sozialdemokraten bauen konnte.⁶³

Darüber hinaus wandte sich seitens der etablierten Landespolitik der Katholische Volksverein im September 1929 von der oberösterreichischen Heimwehr ab und betonte sein Bekenntnis zur Demokratie. Und schließlich traf in der Person des christlichsozialen Landeshauptmanns Josef Schlegel der politische Machtwille der Heimwehr, die gemäß den Wünschen von Bundeskanzler Seipel als Hilfspolizei eingesetzt werden sollte, auf seine realpolitischen Grenzen.⁶⁴

Anfang der 1930er Jahre wurde aber auch der Ton zwischen den beiden Großparteien wieder schärfer. Im Frühjahr 1931 entzündeten sich an der Konfliktlinie Klerikalismus/Antiklerikalismus heftige Auseinandersetzungen. Trotz der Gefahr, die durch das Aufkommen faschistischer Bewegungen in Oberösterreich gegeben war, stimmten die Sozialdemokraten gemeinsam mit den nationalsozialistischen und großdeutschen Gemeinderatsabgeordneten gegen ein christlichsoziales Ansuchen um städtische Gelder für die Renovierung einiger Kirchen. Die Ablehnung von Subventionen für katholische Privatschulen durch die Sozialdemokraten war für die Christlichsozialen gleichfalls eine Provokation. Letztere attackierten im „Linzer Volksblatt“ dafür die Sozialdemokraten und stellten diese als Brandstifter, Plünderer und Anstifter der Krawalle während des Justizpalastbrandes 1927 hin.⁶⁵

Die sich verschärfenden gesellschaftlichen Strömungen schlugen sich in den Wahlergebnissen nieder. Bei den Nationalratswahlen des Jahres 1930 wählten 31,6 Prozent der Wähler in Linz deutschnationale Parteien, was einem Erdrutsch gleichkam.⁶⁶ Bei der Landtagswahl vom April 1931 erreichten die deutschnationalen Parteien in Linz 25 Prozent. Ihre aggressivste Form, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, erlangte in Linz 6,1 Prozent.⁶⁷ Bei den parallel dazu abgehaltenen Gemeinderatswahlen konnten die Sozialdemokraten mit 51 Prozent der Stimmen und 32 Mandaten ihre absolute Mehrheit halten. Die Christlichsozialen kamen auf 27,7 Prozent der Stimmen und auf 14 Mandate. Wesentlich erfolgreicher als im Landtag war der Heimatblock im Linzer Gemeinderat, wo er auf neun Prozent und fünf Mandate kam, und damit gleich stark wie die Großdeutschen war. Die Nationalsozialisten konnten mit 6,7 Prozent der Stimmen ihre vier Mandate halten. Die Landtags- und Gemeinderatswahlen vom April 1931 sollten in Oberösterreich bzw. in Linz die letzten demokratischen Urnengänge der Zwischenkriegszeit werden. Ihre Ergebnisse zeugten von der Überlegenheit der demokratischen Kräfte gegenüber dem stagnierenden Nationalsozialismus und Heimwehfaschismus.⁶⁸

Die Zerstörung von Parlamentarismus und Demokratie blieb nicht der Heimwehr oder den Nationalsozialisten vorbehalten, sondern der Regierung Dollfuß, die sich dabei auf die Christlichsoziale Partei, die Heimwehren, die Unternehmerverbände und die Katholische

⁶³ Bukey, „Patenstadt des Führers“, 125. Dostal, Das „braune Netzwerk“, 98 und 110.

⁶⁴ Bukey, Patenstadt des Führers, 119 f.

⁶⁵ Ebenda, 165 f.; Mayrhofer/Katzinger, Geschichte der Stadt Linz, Bd. 2, 262.

⁶⁶ Marckhgott/Schimböck/Schweiger, Das Wahlverhalten in österreichischen Städten, 101.

⁶⁷ John, Bevölkerung in der Stadt, 171.

⁶⁸ Mayrhofer/Katzinger, Geschichte der Stadt Linz, Bd. 2, 261.

Kirche stützen konnte. Der schrittweise Zusammenbruch der Demokratie und die Etablierung eines autoritären Regimes erfolgte in weniger als einem halben Jahr: Im Oktober 1932 setzte die Regierung Dollfuß in Verbindung mit der Heimwehr eine Reihe von Maßnahmen durch und versuchte die eigene Macht auf Kosten des Parlaments zu stärken. Am 1. Oktober erließ Justizminister Schuschnigg aufgrund des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes von 1917 eine Verordnung, mit der die Direktoren der Credit-Anstalt für die Verluste der Bankrott gegangenen Bank haftbar gemacht werden konnten. Die dafür notwendige Zustimmung des Parlaments wurde umgangen, die parlamentarischen Proteste wurden ignoriert. Am 19. Oktober bestellte Dollfuß den Heimwehführer Emil Fey zum Staatssekretär für die öffentliche Sicherheit. Fey gebrauchte seine Macht einseitig zugunsten der Heimwehr und ließ Waffensuchen bei sozialdemokratischen Organisationen durchführen. Am 1. März 1933 brach die Regierung Dollfuß die Verfassung, als streikende Eisenbahner verhaftet und Disziplinarverfahren gegen sie eingeleitet wurden. Dies war auch der Anlass für das Zusammentreten des Nationalrats drei Tage später, wo es zur bekannten Abstimmungskrise kam.⁶⁹ Als Reaktion auf die Maßnahmen der Bundesregierung, die aus der sogenannten „Selbstausschaltung“ des Parlaments resultierten, stellte die Linzer sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion in der Gemeinderatssitzung vom 12. Mai 1933 einen Dringlichkeitsantrag, worin die österreichische Bundesregierung aufgefordert wurde, „im Interesse des Bürgerfriedens und der notleidenden Wirtschaft, ehebaldigst für die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände Sorge zu tragen, insbesondere die Einschränkung der gesetzlich gewährleisteten Freiheitsrechte zu beseitigen und den sofortigen Zusammentritt der freigewählten Volksvertretung zu ermöglichen“. Dem Dringlichkeitsantrag stimmten die Sozialdemokraten, Großdeutschen und Nationalsozialisten zu – freilich aus unterschiedlichen Motiven. Der gemäßigte Parteisprecher der Linzer Sozialdemokraten, Ernst Koref, führte aus, dass die österreichische Regierung die Parlamentskrise zum Anlass nehme, um eine schwarz-braune Koalition im Zeichen des Antimarxismus einzugehen. Im Namen der Arbeiterschaft verteidigte er die demokratischen Freiheiten und forderte die österreichische Bundesregierung eindringlich zur Rückkehr zur Demokratie auf.⁷⁰

Diese jedoch griff auch weiterhin auf das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz zurück, um per Dekret Gesetze erlassen zu können. Für Dollfuß und seinen Kreis stand fest, dass mit der „Selbstausschaltung“ des Parlaments auch das Ende der Parteienherrschaft in Österreich gekommen wäre. Ein nur vorübergehendes autoritäres Regieren und eine eventuell spätere Rückkehr zur Demokratie waren nicht vorgesehen.

In Oberösterreich war die Sozialdemokratie nicht bereit, der Zerstörung von Parlamentarismus und Demokratie tatenlos zuzusehen. Als Dollfuß am 15. März 1933 gegen die Zusammenkunft des Parlaments einschritt, wurde der Republikanische Schutzbund in volle Alarmbereitschaft gesetzt. Auf Straßen und Straßenkreuzungen in Linz und Steyr, im Wolfsegger

⁶⁹ Zum Konstituierungsprozess des Austrofaschismus siehe: Tálos/Manoschek, Zum Konstituierungsprozess des Austrofaschismus, 11 ff.

⁷⁰ Bericht über die Sitzung des Gemeinderates am 12. Mai 1933. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. Juni 1933, 108 ff. Tweraser, Gemeinderat 1914–1934, 244 ff.

Kohlenrevier, in kleinsten oberösterreichischen Dörfern wurden Pistolen, Handgranaten, Karabiner und Maschinengewehre bereit gehalten, Lastkraftwagen zusammengezogen und Patrouillen ausgeschickt. Die Arbeiter waren bereit, der Regierungspolitik ihren Widerstand entgegenzuhalten.⁷¹ Doch auf dem Höhepunkt der Krise zögerte die Wiener Parteiführung um Otto Bauer, setzte auf eine friedliche Lösung und machte die Alarmbereitschaft rückgängig. Diese Schwäche in der Verteidigung demokratischer Errungenschaften, die in dem prinzipiellen Beharren auf rechtsstaatlicher Friedfertigkeit bestand, war für die Regierung Dollfuß Anlass, am 31. März 1933 zur Auflösung des Republikanischen Schutzbunds zu schreiten. In kurzer Folge kam es zu weiteren Parteiverboten: Am 26. Mai 1933 wurde die Kommunistische Partei verboten, am 19. Juni 1933 die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Die Großdeutschen waren bereits im Mai 1933 zu den Nationalsozialisten übergelaufen.

Wie weit der Katholische Volksverein als Träger der Christlichsozialen Partei Oberösterreichs in seiner Unterstützung des Dollfuß-Kurses zu gehen bereit war, zeigte sich anlässlich einer entscheidenden Sitzung des christlichsozialen Parlamentsklubs am 9. März 1933 in Wien. In dieser forderte Dollfuß den Parteiausschuss auf, die Bestimmungen betreffend Pressezensur, Verbot politischer Demonstrationen und Aufhebung des Parlaments zu billigen, bis die Sozialdemokraten bestimmte verfassungsmäßige Änderungen akzeptiert hätten. Die oberösterreichischen Landespolitiker Josef Schlegel und Josef Aigner reagierten zwar mit verfassungsmäßigen und verfahrensrechtlichen Vorbehalten, schlossen sich aber bereitwillig dem Parteiausschuss, der dem Kanzler seine Zustimmung nicht verweigerte, an.⁷² Der Entschluss, Dollfuß' antiparlamentarischen Kurs im Interesse der Parteeintracht mitzutragen, förderte die Auflösungstendenzen in der christlichsozialen Bewegung Oberösterreichs. Weder Schlegel noch Aigner gelang es, das Vertrauen der klerikalen Konservativen oder der höheren Geistlichkeit zu gewinnen. Andererseits stellte sich der Bauernbund hinter die autoritären Bestrebungen der Partei.⁷³

Zur weiteren schrittweisen Auflösung der Demokratie in Oberösterreich trug der Beschluss der österreichischen Bischofskonferenz vom 30. November 1933 bei, katholische Geistliche aus bundes-, landes- und kommunalpolitischen Funktionen vorübergehend zurückzuziehen. Davon war zwar der Linzer Gemeinderat nicht betroffen, wohl aber die Landesregierung und der Bundesrat. Diese Aktion trug wesentlich die Handschrift des Linzer Diözesanbischofs Johannes Maria Gföllner, welcher der autoritären Umgestaltung des Staates durch Dollfuß große Sympathien entgegenbrachte. Besonders verhängnisvoll war, dass Gföllner am 8. Jänner 1934 Josef Aigner, den Präsidenten des Katholischen Volksvereins, der in dieser Funktion zugleich Landesobmann der Christlichsozialen Partei Oberösterreichs war, zum Rücktritt von seinem Posten zwang. Der unter seiner Leitung nach dem Ersten Weltkrieg ausgebaute und in verschiedene Bünde gegliederte Volksverein wurde in die dem Bischof unterstellte Katholische Aktion übergeleitet. All diese Maßnahmen führten zu einem ra-

⁷¹ Bernaschek, *Die Tragödie*, 257–299.

⁷² Protokolle des Klubvorstandes der Christlichsozialen Partei, 139 ff.

⁷³ Bukey, *Patenstadt des Führers*, 169.

schen Zerfall der Christlichsozialen Partei Oberösterreichs.⁷⁴ Ein Hirtenbrief zu Weihnachten rechtfertigte vor der Öffentlichkeit die Entfernung des Klerus aus der Politik als einen Beitrag zum Abbau der politischen Spannungen. Er begrüßte des Weiteren „mit dankbarer Anerkennung den ausgesprochenen christlichen Kurs“ der Regierung. Die Bischöfe versprachen, dieser „moralische Hilfe und Unterstützung“ in ihren „christlichen Bemühungen“ zu geben.⁷⁵

In der vorletzten Sitzung des demokratisch gewählten oberösterreichischen Landtags am 30. November 1933 erklärte der Linzer Bürgermeister Josef Gruber für die oberösterreichische Sozialdemokratie: „Die Christlichsoziale Partei ist noch nicht mit allen ihren Fahnen, mit dem gesamten Inventar, in das Lager des Faschismus übersiedelt, aber sie tolerieren dieses System. Die Töne haben damals im Jahre 1918, als die Republik gegründet wurde, anders geklungen. [...] Die Landesregierung, der Landtag, findet nicht die Kraft, dieses Abwärtsgleiten auf der schiefen Ebene hinein in die Schlucht der Katastrophe aufzuhalten, findet nicht die Kraft, mit anderen, mit wirklichen Bekennern der Republik die Zertrümmerung des ganzen Bundes aufzuhalten. [...] Aber ich glaube, die Zeit ist vorbei, in der auch der letzte Landtag, der sich wiederholt in gemeinsamer Arbeit ein Verdienst für die Bevölkerung erworben hat, in Ruhe und Vernunft verhandeln kann.“⁷⁶

„Zusammenstöße von Dingen und Angelegenheiten“: Zum Bürgerkrieg 1934

Anfang 1934 kam es in ganz Österreich zu einer beträchtlichen Verschärfung der politischen Situation. Von Seiten der Heimwehren, aber auch des faschistischen Mussolini-Italien,⁷⁷ wurde der Druck zur Beseitigung der demokratischen und sozialdemokratischen Kräfte zunehmend stärker. Immer massiver drängten die Heimwehren, diese Entwicklung aktiv durch einen Putsch in den Bundesländern zu forcieren.

In der ersten Februarhälfte 1934 erfolgten in den meisten österreichischen Bundesländern Aktionen der Heimwehren, mit dem Ziel, Einfluss auf die Landesregierungen, die Bezirkshauptmannschaften, die größeren Gemeinden und die Sicherheitsdirektionen zu erlangen. Diese Bestrebungen nahmen in Tirol ihren Ausgang, wo die dortige Heimwehr am 2. Februar 1934 den Rücktritt der gewählten Landesregierung und die Bildung einer neuen, autoritären sowie eine stärkere Einflussnahme der Heimwehr auf die Verwaltung forderte.

Nach Tirol wurden diese bzw. ähnliche Forderungen am 6. Februar 1934 in Oberösterreich, am 7. Februar in der Steiermark und im Burgenland, am 8. Februar in Salzburg und Kärnten und am 9. Februar in Vorarlberg und Niederösterreich den jeweiligen Landesregierungen überreicht.

⁷⁴ Slapnicka, Oberösterreich – Zwischen Bürgerkrieg und Anschluß, 112 ff.

⁷⁵ Bukey, Patenstadt des Führers, 172.

⁷⁶ Zitiert bei: Slapnicka, Oberösterreich – Zwischen Bürgerkrieg und Anschluß, 109.

⁷⁷ Dollfuß/Mussolini, „Der Führer bin ich selbst“.

In Oberösterreich sprachen am 6. Februar 15 Mann der Landes- und Gauführung der oberösterreichischen Heimwehr unter Landesführer Heinrich Wenninger bei Landeshauptmann Schlegel vor und verlangten „mit berechtigter Ungeduld“, dass „endlich die Hindernisse, die im Land Oberösterreich der Durchführung der Richtlinien des Bundeskanzlers entgegenstehen, beseitigt werden.“ Im Namen „der gesamten Heimwehren und der heimatreuen Bevölkerung“ wurde ein Forderungsprogramm vorgelegt, das der noch existierenden, wenn auch eingeschränkten demokratischen Ordnung fundamental entgegenstand: Die Heimwehr forderte die Einsetzung eines parteiunabhängigen Landesausschusses, die Zuteilung je eines Heimwehrexponenten zur Sicherheitsdirektion für Oberösterreich sowie zu jeder Bezirkshauptmannschaft und die Einsetzung eines Regierungskommissärs in jenen Gemeinden, deren Verwaltung politisch oder wirtschaftlich als gefährdet angesehen wurde. Weiters verlangte man die „Säuberung“ der Ämter und Schulen von „Staatsfeinden“. Landeshauptmann Schlegel erwiderte auf das in ultimativer Form vorgetragene Forderungsprogramm, dass er vom Landtag gewählt, und vom Bundespräsidenten angelobt worden war und nicht daran denke, seinen Amtseid zu brechen.⁷⁸

Am Morgen des 8. Februar 1934 sprach eine Abordnung von Sozialdemokraten bei Landeshauptmann Schlegel vor. Dabei überreichte der Linzer Schutzbundführer Richard Bernaschek ein Memorandum, in dem gegen die Heimwehrforderungen vehement Stellung genommen wurde. Ein Eingehen auf diese würde zu einer entschiedenen Verteidigung der verfassungsmäßigen Einrichtungen durch die sozialdemokratische Arbeiterschaft führen. Schlegel dankte für den Rat und erklärte, das Memorandum im Lichte der Verfassungsmäßigkeit zu prüfen.⁷⁹

Seit dem Heimwehr-Ultimatum an die Landesregierung tagte die sozialdemokratische Landesparteileitung in Linz in Permanenz, konnte sich aber zu keinen entscheidenden Beschlüssen durchringen. Der ein Jahr zuvor festgelegte defensive Kurs der Partei sah als Gründe für einen aktiven sozialdemokratischen Widerstand die Aufhebung der Rechte Wiens und die Einsetzung eines Regierungskommissars für den Wiener Bürgermeister, den Angriff auf die Gewerkschaften, die Auflösung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei oder die Verkündung einer faschistischen Regierung vor. Die Prinzipien orientierten sich stark an bundespolitischen bzw. Wiener Gesichtspunkten und boten wenig Handlungsanleitung für die Probleme in den Bundesländern.⁸⁰

Zur gleichen Zeit erhöhten sich trotz seines Verbots die Aktivitäten des oberösterreichischen Schutzbunds. Dass die Bundesregierung nach dem von ihr ausgerufenen Weihnachtsfrieden 1933/34 eine Generaloffensive plante, war mittlerweile ein offenes Geheimnis. In Linz tauchten bereits Mitte Jänner Trupps von Heimwehrleuten auf, die mit einem bevorstehenden Coup prahlten. Am 3. und 4. Februar wurden die Schutzbundkommandanten, Stabschef Alexander Eifler und Hauptmann Rudolf Löw, verhaftet. Zur gleichen Zeit organisierte Schutzbundführer Bernaschek Kundgebungen in Oberösterreich und Linz. Die Truppenteile

⁷⁸ Slapnicka, Oberösterreich – Zwischen Bürgerkrieg und Anschluß, 123.

⁷⁹ Kykal/Stadler, Richard Bernaschek, 84 ff.; Bernaschek: Die Tragödie, 276.

⁸⁰ Slapnicka, Oberösterreich zwischen Bürgerkrieg und „Anschluß“, 128.

waren niedergeschlagen und hatten den Glauben an den Kampfwillen der Parteiführung verloren. Nicht wenige wollten aus Protest der Partei aus- und der Kommunistischen Partei beitreten.⁸¹ Andererseits bestand vor allem beim jüngeren Anhang die Gefahr eines Abbröckelns zu den Nationalsozialisten.⁸²

Für die oberösterreichische Schutzbundführung wurde es zunehmend Gewissheit, dass die Exekutive nicht mehr der Heimwehr entgegentreten werde und dass ein Massenstreik von einem bewaffneten sozialistischen Widerstand begleitet werden müsse. Schwieriger war die Beantwortung der Frage, ob einer der vier von der Bundesleitung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei im Oktober 1933 in Wien festgelegten „Anlässe“, zu den Waffen zu greifen, wirklich gegeben war. Aus diesem Grund schickte man eine Delegation zur Parteiführung nach Wien. Diese riet jedoch zur Besonnenheit und drängte zum Zuwarten.

Am 11. Februar fand im Parteigebäude der Sozialdemokratischen Partei, im „Hotel Schiff“ an der Linzer Landstraße, eine Besprechung mit Funktionären des linken Flügels um Richard Bernaschek statt. Dieser legte das Konzept eines Briefs vor, der noch am selben Tag nach Wien an Otto Bauer, General Theodor Körner und Gewerkschaftsobmann Schorsch abging. In diesem hieß es:

„Ich habe mich heute Vormittag mit fünf gewissenhaften, der Partei treu ergebenen Genossen besprochen und mit ihnen nach wirklich reiflicher Überlegung einen Beschluß gefaßt, der nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Die Begründung dieses Beschlusses werde ich vielleicht Gelegenheit haben, morgen abend dem Reichsparteivorstand bekanntzugeben. In Durchführung dieses Beschlusses werden wir heute nachmittag und diese Nacht sämtliche uns zur Verfügung stehenden Waffen, und zwar in ganz Oberösterreich, so weit bereitstellen, daß die heute noch zum Widerstand entschlossene Arbeiterschaft sie sofort greifbar hat. Wenn morgen, Montag, in einer oberösterreichischen Stadt mit einer Waffensuche begonnen wird, oder wenn Vertrauensmänner der Partei beziehungsweise des Schutzbundes verhaftet werden sollten, wird gewaltsamer Widerstand geleistet und in Fortsetzung des Widerstandes zum Angriff übergegangen werden. Dieser Beschluß sowie die Durchführung ist unabänderlich. Wir erwarten, daß auf unsere telephonische Mitteilung nach Wien, ‚Waffensuche hat begonnen, Verhaftungen werden vorgenommen‘, Du der Wiener Arbeiterschaft und darüber hinaus der gesamten Arbeiterschaft das Zeichen zum Losschlagen gibst. Wir gehen nicht mehr zurück. Den Parteivorstand hier habe ich von diesem Beschluß nicht verständigt. Wenn die Wiener Arbeiterschaft uns im Stiche läßt, Schmach und Schande über sie. Ich komme morgen, Montag, wenn die vorher erwähnten Fälle bis dahin nicht eingetreten sind, nachmittag mit dem Genossen Koref nach Wien, der von diesem Beschluß nichts weiß, und ich werde dem Reichsparteivorstand mehr als Rede und Antwort stehen.“⁸³

⁸¹ Bukey, Patenstadt des Führers, 182.

⁸² Kykal/Stadler, Richard Bernaschek, 78 ff.

⁸³ Bernascheks Brief an die Parteiführung wurde am 19. Februar als für die Dollfuß'sche Propaganda entscheidendes Dokument für die Rebellionsabsicht des Schutzbundes der Presse übergeben. Zitiert bei: Kykal/Stadler, Richard Bernaschek, 92 f.; siehe auch: Stadler, Opfer verlorener Zeiten, 18 ff.

Bernaschek setzte in der weiteren Folge seine Männer in Alarmbereitschaft und bestellte seinen Stellvertreter in das „Hotel Schiff“ an der Landstraße, wo sich am Abend des 11. Februar annähernd 40 Personen, bewaffnet mit vier Maschinengewehren, 54 Steyrer Gewehren und zahlreichen Handgranaten, aufhielten. In der Nacht vom 11. auf dem 12. Februar evakuierte der Republikanische Schutzbund einen Großteil seiner Linzer Waffenbestände. Die angespannte Stimmung heizten unbestätigte Meldungen, wonach die Linzer Polizei sich zur Suche nach sozialdemokratischen Waffenlagern bereit mache und sich schwer bewaffnete Heimwehkontingente anschickten, Wiener Neustadt zu umstellen, weiter an.⁸⁴

Von den Aktivitäten der Schutzbundleitung war der Linzer Sicherheitsdirektor, (Baron) Hans Hammerstein-Equord, bestens informiert. Auch die nicht auf Konfrontation zielende, abwartende Haltung der Wiener Reichsparteileitung der Sozialdemokratischen Partei war den Behörden aufgrund abgehörter Telefongespräche zwischen Linz und Wien bekannt. Die Sicherheitsbehörden wussten auch genau, dass weitere Waffensuchen der Polizei eine bewaffnete Reaktion des oberösterreichischen Schutzbunds auslösen würden. Bereits für den 9. Februar 1934 hatte der oberösterreichische Sicherheitsdirektor eine Waffensuche im Parkbad, wo man ein Depot vermutete, angeordnet. Sie wurde aber auf den Morgen des 12. Februar und in die Linzer Parteizentrale im „Hotel Schiff“ an der Landstraße Nr. 36 verschoben. Vor Tagesanbruch wurden 23 Polizisten in der Polizeizentrale an der Mozartstraße zusammengezogen.⁸⁵

Kurz vor sieben Uhr marschierten die Polizeibeamten vor der Parteizentrale auf. Aus einem Fenster im ersten Stock gab der junge Schutzbündler Franz Kunz den ersten Schuss auf die anrückenden Polizeieinheiten ab. Das Feuer wurde von den Polizeibeamten sofort erwidert. Dies war der Beginn des Bürgerkriegs in Österreich. Von der Exekutive überrascht, wurden Bernaschek und mehrere Schutzbundführer an Ort und Stelle verhaftet. Zuvor war es Bernaschek noch gelungen, mit Landeshauptmann Schlegel zu telefonieren, den er um Intervention bat, und den Schutzbund zu den Waffen zu rufen.⁸⁶

Um 8.45 Uhr traf die erste Bundesheerkompanie beim „Hotel Schiff“ ein, die vom Schutzbund von der Parteizentrale und dem benachbarten Zentralkino aus unter Maschinengewehrfeuer genommen wurde. Nachdem weitere Bundesheereinheiten eingetroffen waren, erfolgte noch am Vormittag die Erstürmung des Gebäudes.

Obwohl die Linzer Schutzbundführung sehr rasch verhaftet worden war, bildeten sich außer beim „Hotel Schiff“ weitere Widerstandszentren beim Parkbad, beim Gaswerk, beim städtischen Wirtschaftshof, bei der Poschacher Brauerei, dem Allgemeinen Krankenhaus, in der Feuerweherschule, der Polizeikaserne Kaplanhof, auf dem Gelände des Südbahnhofs und in der Diesterwegschule. Nördlich der Donau wurden vom Schutzbund Stellungen an der Eisenbahnbrücke, im Westen der Stadt auf dem Freinberg beim Ausflugslokal „Jägermayrhof“ errichtet, wo ebenfalls heftige Kämpfe entbrannten. Dem Schutzbund gelang es jedoch

⁸⁴ Bukey, Patenstadt des Führers, 183 f.; Kykal/Stadler, Richard Bernaschek, 89 ff.

⁸⁵ Bukey, Patenstadt des Führers, 187 f.

⁸⁶ Mayrhofer/Katzinger, Geschichte der Stadt Linz, Bd. 2, 279.

nicht, den nur 500 Meter entfernten Sender zu besetzen, der auch weiterhin Regierungsnachrichten ausstrahlen konnte. Auf dem Polygonplatz (heute Bulgariplatz) im Süden der Stadt kam es zu einem Schusswechsel zwischen einer Militärpatrouille und Schutzbündlern, bei dem zwei Heeresangehörige getötet wurden. Lange umkämpft waren auch der Straßenknoten „Eiserne Hand“ und die Diesterwegschule. Neben diesen teilweise stark umkämpften Gebieten existierten weitere Stellungen bzw. Ansammlungen des Schutzbunds beim Petrinum und an der Franckstraße.

Insgesamt dürften in Linz an die 2.000 Mann des Schutzbunds an ihren Alarmplätzen erschienen sein. Doch mussten viele aufgrund fehlender Waffen unverrichteter Dinge abziehen. Da auch der für den Ernstfall geplante Generalstreik ausblieb, konnten der Eisenbahnverkehr, aber auch die Telefonverbindungen ungestört aufrechterhalten werden. Die in doppelter Stärke auftretende Ordnungsmacht von Polizei und Bundesheer gewann schnell die Oberhand und vermochte die Aufstandsbewegung in Linz bereits in der Nacht zum 13. Februar zu unterdrücken. Am folgenden Tag rückten etwa 400 Mann der Mühlviertler Heimwehr in Linz ein und besetzten kampfflos Urfahr.⁸⁷

Eine genaue Opferbilanz lässt sich für Linz nicht erstellen, da selbst Tote auf Seiten des Schutzbunds aus Angst vor Repressalien den Behörden verheimlicht wurden. Gegen fünf Schutzbundangehörige und einen Arbeitersamariter wurde eine Standgerichtsverhandlung in Linz durchgeführt. Drei von ihnen wurden dabei zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde aber nur an dem Schildermaler der Poschacher Brauerei und Arbeitersamariter Anton Bulgari, der bei den Schießereien am Polygonplatz beteiligt war, am 22. Februar 1934 vollstreckt. Weitere 211 Angeklagte erhielten Haftstrafen zwischen einem Monat und fünf Jahren. Die höchsten Strafen wurden über den „roten Generalstab von Linz“ verhängt. Die Urteile lagen zwischen fünf Monaten und zwölf Jahren. Viele kleinere Prozesse wegen Schutzbundmitgliedschaft, Waffenbesitz oder aufgrund von Anzeigen der Gendarmerie endeten zwar oft mit einem Freispruch, hatten aber meist den schwerwiegenden Verlust des Arbeitsplatzes zur Folge. 180 Linzer Eisenbahner wurden pauschal aus ihrem Arbeitsverhältnis entlassen. Einigen Schutzbündlern gelang die Flucht in das benachbarte Deutschland oder in die Tschechoslowakei.⁸⁸

Der Ausbruch des Bürgerkriegs am 12. Februar 1934 in Linz bildete für die Dollfuß-Regierung den willkommenen Anlass, die Sozialdemokratische Partei und ihre gewerkschaftlichen und kulturellen Vorfelddorganisationen endgültig zu zerschlagen. Diese stellten das letzte noch bestehende Hindernis für die Errichtung einer faschistischen Diktatur dar. Anderer-

⁸⁷ Zu den Voraussetzungen, dem Verlauf und den Folgen des 12. Februar 1934 siehe: Der Februar-Aufbruch 1934; Bauer, Der Aufstand der österreichischen Arbeiter; Peball, Februar 1934, 26 ff.; Litschel, 1934, 47 ff.; Fiederer, Der Republikanische Schutzbund, 211 ff.; Kammerstätter, Der Aufstand des Republikanischen Schutzbundes, 290 ff.; Februar 1934. Ursachen, Fakten, Folgen; Perfahl: Linz und Steyr, 34 ff.; Die Kälte des Februar, 67 ff.; Mayrhofer/Katzinger, Geschichte der Stadt Linz, Bd. 2, 279; Bukey: Patenstadt des Führers, 188 ff.; Maderthaler, Der 12. Februar 1934, 8–37; Maderthaler, 12. Februar 1934, 153–200; Maderthaler, Der 12. Februar 1934 (Filmwochenschau), 29–44; Zuber, Vaterland in Notwehr, 214 ff.; Konrad, Der 12. Februar 1934, 91–98; Binder, 12. Februar 1934, 99–108; Schuster, „Ständestaat“, 55 ff.

⁸⁸ Mayrhofer/Katzinger, Geschichte der Stadt Linz, Bd. 2, 281; Hauch, „... Je härter die Urteile, 317 ff.; Slapnicka, Oberösterreich – Zwischen Bürgerkrieg und Anschluss, 140 f.; Bukey, Patenstadt des Führers, 197 f.

seits wurde damit auch der einzig mögliche, wirkliche Verbündete im Kampf gegen den erstarkenden Nationalsozialismus ausgeschaltet.

Acht Jahre zuvor, im Jahre 1926, war in derselben Stadt am Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei das sogenannte „Linzer Programm“ beschlossen worden. Mit diesem zog die österreichische Sozialdemokratie die Konsequenzen aus den Erfahrungen der revolutionären Machteroberung in Russland und der Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung. Von den beiden Optionen – Reformismus oder Bolschewismus – wählte sie eindeutig und einhellig den Weg der sozialen Reform. Das „Linzer Programm“ war ein Bekenntnis zur Demokratie, die sie, sofern sich die Bourgeoisie aus Angst vor der demokratischen Machteroberung der Arbeiterklasse dem Faschismus in die Arme wirft, auch mit der Waffe in der Hand verteidigen wollte. Die in diesem Zusammenhang gebrauchte Formulierung einer „Diktatur des Proletariats“ ist in diesem Kontext einer revolutionären Verteidigung der demokratischen Errungenschaften zu sehen und enthält nicht die Vorstellung eines dauernden Herrschafts- und Gesellschaftssystems. Mit ihrer Absage an die politische Gewalt und die gewaltsame Eroberung der Staatsmacht im Jahre 1926 legte sich die zwar verbal kämpferisch und radikal auftretende, im tagespolitischen Geschehen aber bedachtsam und zögerlich agierende Sozialdemokratie auf einen friedlichen und parlamentarischen Weg zum Sozialismus fest,⁸⁹ der am 12. Februar 1934 sein Ende fand. „So starb eine Partei“ (Jura Soyfer), die den antiparlamentarischen und antidemokratischen, teilweise offen faschistischen Bemühungen zur Zerschlagung der Republik und ihrer Errungenschaften für die Arbeiterschaft nur eine verzweifelte – und in gewissen Zügen auch heroische – Revolte gegen die sich etablierende „Diktatur der Bourgeoisie“ – der Industrie, des Finanzkapitals, des Klerus, der Bürokratie, der Polizei und des Militärs – entgegensetzen konnte.

„Bahnen und Ungebahntes“: Zum Konstituierungsprozess des Austrofaschismus

Die Niederlage der organisierten Arbeiterschaft im Februar 1934 bereitete auch der gemäßigten politischen Kultur in Oberösterreich ein Ende. Als unmittelbare Folge des Februaraufstands verbot die Bundesregierung – wie überall im Land – die Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Auf Druck der Heimwehr – vor allem des oberösterreichischen Heimwehrläufers (Fürst) Ernst Rüdiger Starhemberg – und auf Wunsch von Bundeskanzler Engelbert Dollfuß musste auch der gemäßigte Landeshauptmann Schlegel am 17. Februar 1934 demissionieren.⁹⁰

Noch im Verlauf des Februars 1934 wurde der endgültige Schritt zum autoritären Kurs in Oberösterreich vollzogen. Ähnlich wie in anderen Bundesländern beschloss der oberösterreichische Rumpflandtag in seiner vorletzten Sitzung am 27. Februar 1934 durch eine

⁸⁹ Österreichische Parteiprogramme, 247 ff; Feichter, Das Linzer Programm (1926), 233 ff.; Allgemein zu den „Linzer Programmen“ der Deutschnationalen von 1882, der christlichen Arbeiterschaft von 1923 und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei von 1926 siehe Otruba, „Linzer Programme“, 128 ff.

⁹⁰ Slapnicka, Oberösterreich – Zwischen Bürgerkrieg und Anschluß, 142 ff.

Landesverfassungs-Novelle seine Selbstentmachtung. Bis zum Inkrafttreten einer neuen Bundesverfassung ermächtigte der Landtag die Landesregierung, alle ihm zustehenden Befugnisse – vor allem die der Gesetzgebung – auszuüben. Die Landesregierung konnte die Wahlen des Landtags durch Ernennungen ersetzen. Diese Landesverfassungs-Novelle, die in Übereinstimmung mit der Bundesregierung erstellt wurde, sollte den Übergang zu einer „ständischen“ Verfassung ebnen.⁹¹ Drei Tage später, am 1. März 1934, trat der Landtag zu seiner letzten Sitzung zusammen. In dieser Sitzung wurde Staatssekretär Heinrich Gleißner einstimmig – mit den Stimmen der Christlichsozialen, der Großdeutschen und des Landbunds – zum Landeshauptmann von Oberösterreich gewählt. Die weiteren Regierungsglieder, Josef Mayrhofer und Heinrich Wenninger, wurden nur mit den Stimmen der Christlichsozialen gewählt. Am 5. März 1934 wurde die Landesregierung durch Ernennung von fünf weiteren Mitgliedern vervollständigt. In ihrer Besetzung repräsentierte sie die Interessen der christlichen Bauern- und Arbeiterschaft, der Handelskammer und der Heimwehr.⁹²



*Dr. Heinrich Gleißner (Landeshauptmann
1934–1938, 1945–1971)
(Foto: AStL, Dokumentation).*

Zu gravierenden Änderungen kam es auch im bisher sozialdemokratisch regierten Linz. Hier hatten die dem Heimatblock angehörenden Gemeinderatsmitglieder wegen der Unmöglichkeit einer gedeihlichen Arbeit „in diesem demokratischen Staat“ bereits am 9. Februar 1934 ihre Mandate zurückgelegt. Doch erst das Verbot der Sozialdemokratischen Partei machte das Stadtparlament funktionsunfähig.

⁹¹ Ebenda, 156 f.

⁹² Ebenda, 159.

Mit Erlass vom 12. Februar 1934 löste der oberösterreichische Landeshauptmann „in Wahrung der Bundesinteressen“ die Gemeindevertretung der Landeshauptstadt Linz mit sofortiger Wirkung auf. Zur einstweiligen Besorgung der Geschäfte bestellte er mit Zustimmung der Landesregierung den Bezirkshauptmann von Urfahr, Landesregierungsrat Dr. Franz Nusko, zum Regierungskommissär für die Stadt Linz. Am 13. Februar 1934 übernahm Nusko sämtliche, dem Bürgermeister zustehenden Rechte und Geschäfte. Mit der Verordnung des Landeshauptmanns vom 19. März 1934 (LGBl. Nr. 23) wurden Maßnahmen für die einstweilige Besorgung der Geschäfte der Gemeinde Linz bis zur Einsetzung der neuen Gemeindeordnung getroffen.⁹³

Der Regierungskommissär ernannte mit Zustimmung des Landeshauptmanns im Sinne der zitierten Verordnung am 27. März sieben Beiräte, die den Titel „Stadtrat“ führten. Der Beirat setzte sich aus ehemaligen Christlichsozialen und Mandataren des Heimatblocks sowie einigen neu ernannten „vaterlandstreuen“ Mitgliedern zusammen⁹⁴ und war primär ein beratendes Organ des Regierungskommissärs. Die Geschäftsführung des Beirats wurde durch eine vom Regierungskommissär mit Zustimmung des Landeshauptmanns erlassenen Geschäftsordnung geregelt.⁹⁵

In der kommissarischen Interimszeit bis zum Erlass des neuen Stadtstatuts kam dem Landeshauptmann eine bedeutende Rolle durch die Einflussnahme auf die Geschehnisse der Stadt zu. Gleißner – Frontkamerad und Vertrauensmann von Dollfuß, mit dem er auch die politische Herkunft als christlichsozialer Agrarfunktionär teilte – konnte sich dabei auf seine Befugnisse als Landeshauptmann und auf seine Funktion als Landesführer der Vaterländischen Front – der austrofaschistischen Einheitspartei – stützen. Als männerbündlerisches Netzwerk in der Posten- und Machtverteilung diente der christlichsoziale Cartell-Verband (CV).

Nicht nur in der Stellenvermittlung, auch in Wohnungs- und Fürsorgefragen war Gleißner für viele CV-Brüder „ein echter Helfer“. In einer Zeit, wo auch Jungakademiker massiv von Arbeitslosigkeit betroffen waren, verdankten ihm viele CVer den ersten Schritt ins Berufsleben.⁹⁶

Bereits im März 1933 wurde der junge, nach dem Jusstudium nach Arbeit und Protektion suchende Gerichtsjahrsabsolvent Alfred Maleta von Heinrich Gleißner gefragt, ob er nicht das neu zu errichtende Landessekretariat der erst kurz zuvor proklamierten Vaterländischen Front hauptamtlich übernehmen wolle, was dieser auch annahm.⁹⁷

⁹³ Die Zeit der kommissarischen Verwaltung und die Wiederkehr des Verfassungslebens. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz 1936 vom 1. Jänner 1936, 2.

⁹⁴ Mayrhofer/Katzinger, Geschichte der Stadt Linz, Bd. 2, 282 f.

⁹⁵ Die Zeit der kommissarischen Verwaltung und die Wiederkehr des Verfassungslebens. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz 1936 vom 1. Jänner 1936, 2.

⁹⁶ Fosen, Freundeskreis im MKV und CV, 207.

⁹⁷ Alfred Maleta war Mitglied des Christlichdeutschen Studentenbundes, Senior der Gymnasialverbindung Nibelungia im MKV, später Mitglied der Grazer CV-Verbindung „Carolina“, schließlich Vorsitzender des katholisch-deutschen Akademikerausschusses und Fraktionsführer in der Deutschen Studentenschaft. Stirnemann, Alfred Maleta, 397.

Doch für das Unterfangen, eine politische Bewegung quasi aus dem Nichts zu schaffen, waren – folgt man den Erinnerungen Alfred Maletas – zumindest in Oberösterreich kein klares Konzept und keine konkrete inhaltliche Vorstellung vorhanden. Sowohl organisatorisch als auch strategisch herrschte vollkommene Unklarheit. Selbst der neu ernannte Landesführer Gleißner schien über den endgültigen Charakter der Vaterländischen Front keine konkrete Vorstellung zu besitzen. Sollte sie nun eine Monopol- oder doch nur eine Dachorganisation werden? Neben den grundlegenden Konzepten, generellen Strategien und konkreten Richtlinien fehlte es auch an dem für den Aufbau des Landessekretariats nötigen Geld.

Diese etwas verworrene Ausgangssituation eröffnete Maleta einen relativ großen Spielraum. Für den Organisationsaufbau war ein Vorgehen „von oben nach unten“ vorgesehen: So wurde am Sitz einer Bezirkshauptmannschaft die jeweilige Gauleitung des politischen Bezirks errichtet. Landessekretär Maleta hielt Gründungsversammlungen ab und ernannte Funktionäre der Vaterländischen Front. Dabei war zunächst noch unklar, wer aller in die Staatspartei aufgenommen werden sollte oder durfte. Maleta hielt bei Gleißner Rücksprache, ob auch „gemäßigt Nationale“ und Heimwehrangehörige einen Platz in der Vaterländischen Front finden sollten. Landesführer Gleißner schien den geordneten Massenbeitritt zu bevorzugen und leitete Anfang 1934 den Kollektivbeitritt des oberösterreichischen Bauernbunds und des Landarbeiterbunds zur Vaterländischen Front in die Wege.⁹⁸

Nach dem 12. Februar 1934 schritt man an die bürokratisch geordnete Integration der Heimwehr, die während des Februaraufstands als paramilitärische Assistenz von Polizei und Bundesheer reüssieren konnte. So wurde der Landesführer des Heimatschutzes als Landesführerstellvertreter in die Vaterländische Front eingegliedert. Der gleiche Vorgang vollzog sich in den Gauen, Bezirken und Ortsgruppen der Vaterländischen Front. Jeder Gauleiter, Bezirks- oder Ortsleiter erhielt automatisch den jeweiligen Geschäftsführer, Bezirks- oder Ortsführer des Heimatschutzes zu seinem Stellvertreter: „Aber trotz dieser ‚Verschmelzung‘ ging der Heimatschutz nicht vollständig in der Vaterländischen Front auf, sondern blieb weiterhin als selbstständige Organisation bestehen. Das führte zu einer geradezu grotesken Situation, nämlich der Einnistung einer faschistischen Bewegung im Körper einer anderen ‚faschistischen‘ Organisation. Könnte man sich das bei Hitler oder Mussolini vorstellen?“ – räsonierte 50 Jahre später Alfred Maleta in seinen Memoiren.⁹⁹

Der oberösterreichische Heimwehrrührer Heinrich Wenninger erhielt somit neben seiner Position als Landesstatthalter (Landeshauptmannstellvertreter) auch die Funktion des geschäftsführenden Landesobmanns der Vaterländischen Front, womit Alfred Maleta aus dem Amt gedrängt wurde. Im März 1934 wurde Maleta zum provisorischen Führer der Gauleitung Linz der Vaterländischen Front ernannt. Auf eigenes Ansuchen hin wurde er jedoch bereits im Dezember 1934 von Landesleiter Landeshauptmann Gleißner dieser Stelle enthoben. Zum neuen Gauleiter für den Gau „Linz Stadt“ der Vaterländischen Front wurde der nunmehrige Bürgermeister Wilhelm Bock ernannt. Das Organisationsreferat der Gauleitung

⁹⁸ Maleta, *Bewältigte Vergangenheit*, 83 ff.; Ackerl, *Staatssekretär im Kabinett Dollfuß*, 209 ff.

⁹⁹ Maleta, *Bewältigte Vergangenheit*, 93.

führte der Linzer Gemeinderat Hans Bauer. Der Gau Linz der Vaterländischen Front umfasste das Linzer Stadtgebiet und war in zehn Bezirke eingeteilt.¹⁰⁰

Vor dem Februar 1934 hatte die Vaterländische Front in Linz – so wie in ganz Oberösterreich – nur wenige Anhänger und einen geringen Zulauf. Nach der Niederschlagung des Februaraufstands schritt die Linzer Vaterländische Front gleich an eine räumliche Verbesserung. Das Büro übersiedelte vom Taubenmarkt in das „Hotel Schiff“ an der Landstraße, in jenes Büro, in dem zuvor die sozialdemokratische Landesparteileitung residiert hatte.¹⁰¹ Das Ziel, alle Einrichtungen der Linzer Vaterländischen Front räumlich zusammenzufassen, konnte erst am 4. März 1937 mit dem Bezug eines gemeindeeigenen Hauses in Urfahr, Hauptstraße 1, realisiert werden.¹⁰²

Ein weiteres Ziel der Vaterländischen Front – die Erhöhung ihrer Mitgliederzahl – wurde in erster Linie durch den kollektiven Beitritt vorwiegend ehemals christlichsozialer Organisationen sowie durch individuellen Druck und Zwang erreicht. Im Laufe des Jahres 1934 trat so fast ein Drittel der gesamten Landesbevölkerung der Vaterländischen Front bei. In Linz gab es im März 1935 10.269 eingeschriebene Mitglieder. Laut Polizeiangaben waren bis zum Herbst 1935 40 bis 50 Prozent aller Erwachsenen bei der Vaterländischen Front registriert.¹⁰³ Im Jahre 1937 sollte sich der Mitgliederstand des Gaues „Linz Stadt“ um weitere 12.000 Personen erhöht haben.¹⁰⁴

Man versuchte auch, durch die der Vaterländischen Front angeschlossenen Teilorganisationen verschiedene Gruppen der Bevölkerung zu erfassen.

Das Mutterschutzwerk der Vaterländischen Front hielt in diversen Kursen der Bevölkerung die Verpflichtung vor Augen, für eine gesunde und vaterlandstreue Nachkommenschaft zu sorgen. Es gewährte in Form von Lebensmittel- und Wäschezubußen Hilfe für schwangere Frauen und Säuglingsmütter. Im Rahmen der Muttertags-, Ferien-, Winterhilfs- und Weihnachtsaktionen des Mutterschutzwerks sollten durch die Beteiligung bedürftiger Familien mit milden Gaben deren Sympathien und Loyalität zum Regime erworben werden.¹⁰⁵

Das in Linz etwas passiv agierende Frontwerk Österreichisches Jungvolk dürfte im Jahr 1937 durch intensivere Werbeaktionen einen leichten Mitgliederzuwachs erfahren haben. Auch bei den Aufmärschen dieses Jahres beteiligte sich das Jungvolk „in großen Scharen“. Seit dem Spätherbst engagierte sich die Frontjugend während der obligatorischen Heimstunden in der Vorbereitung der propagandistisch groß ausgeschlachteten Weihnachtsaktion des Bürgermeisters für bedürftige Linzer Familien.¹⁰⁶

Im Rahmen des Vaterländischen Front-Werks „Neues Leben“ sollte durch die Organisation von Kultur- und Freizeitaktivitäten eine ideologische Beeinflussung besonders von Kreisen

¹⁰⁰ Neuer Gauleiter der VF. In: Tagblatt vom 27. Dezember 1934.

¹⁰¹ Maleta, *Bewältigte Vergangenheit*, 93.

¹⁰² *Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1937)*, 26.

¹⁰³ Bukey, *Patenstadt des Führers*, 210.

¹⁰⁴ *Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1937)*, 26.

¹⁰⁵ ÖStA, AdR, Gruppe 9: Parteiarchive, Vaterländische Front, Karton 47. Pressedienst des VF-Gaus – Linz Stadt. Dezember 1937.

¹⁰⁶ *Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1937)*, 26 f.

des „schaffenden Volkes“ erreicht werden: „Die Inangriffnahme dieses Werkes war um so dringlicher, als durch die Auflösung der verschiedenen Arbeiterkulturorganisationen nach dem Februar 1934 ein Bedürfnis vorhanden war, die dadurch entstandenen Lücken wieder zu schließen,“ fasste Alfred Maleta die diesbezüglichen Intentionen gerade auch in Hinsicht auf die Bemühungen um die Integration der Arbeiterschaft zusammen.¹⁰⁷

Dem für Oberösterreich zuständigen Landessachwalter Dr. Adalbert Depiny oblag es, die Aufstellung eines Sachwalterapparats zu organisieren, für die entsprechende Werbung zu sorgen sowie für die Durchführung der einzelnen Veranstaltungen die nötigen Weisungen zu erteilen. Die Betriebsfachwalter waren die Organisatoren und Propagandisten der Freizeitgestaltung der Vaterländischen Front in den jeweiligen Betrieben. Mit dem Aufbau des „Neuen Lebens“ wurde in Oberösterreich zunächst in Linz begonnen, wo bis Mitte 1937 sechs Bezirkssachwalter und 60 Betriebsfachwalter bestellt waren.¹⁰⁸

Das „Neue Leben“ organisierte Betriebsjubiläen, Arbeiterehrungen, gesellschaftliche Abende für die Angehörigen eines Betriebs und engagierte dafür Theater- und Gesangsvereine, Komiker und Musiker. Man führte Exkursionen und Betriebsbesichtigungen in ganz Oberösterreich durch. Auf die Pflege der „bodenständigen Volkskultur“ sowie des heimatischen Kunst- und Volksbrauchtums wurde besonderer Wert gelegt: Man organisierte Volkstanz- und Trachtenkurse, Musikwettbewerbe und Kapellmeisterkurse und veranstaltete Volkskunstausstellungen, Laienspiele, Heimatabende, Maibaumfeste, Trachtenumzüge, Volkstanz- und Ortsfeste. Daneben wurden aber auch Vorträge, Leseabende und Buchausstellungen abgehalten sowie Kulturfilme vorgeführt.¹⁰⁹

Eine weitere wichtige Aktivität des „Neuen Lebens“ lag in der Veranstaltung von Urlaubsreisen. Zu deren Finanzierung wurde für die Mitarbeiter eines Betriebs ein eigenes Sparmarkensystem eingeführt. Auf diese Weise kam es etwa zu einer Studienfahrt der Spatenbrotwerke nach Prag. Die Firma Franck reiste mit Hilfe des „Neuen Lebens“ in das Salzkammergut und der oberösterreichischen Gewerkschaftsjugend wurde eine Fahrt nach Wien ermöglicht. Abendfahrten auf einem Donaudampfer mit Musik und Tanz sowie ein „Heimatabend“ im Linzer Volksgarten sollten der Linzer Arbeiterschaft das soziale und kulturelle Engagement des „Neuen Österreich“ vor Augen führen.¹¹⁰

Zur Erhöhung der Mitgliederzahl der Vaterländischen Front wurden auch in ihren Teilorganisationen kollektive Beitritte vorgenommen. So trat die Kunstgemeinde Linz mit ihrem gesamten Mitgliederstock dem Vaterländischen Front-Werk „Neues Leben“ bei. Dafür durfte sie als Bildungsstelle der Landesführung Oberösterreich im Rahmen des „Neuen Lebens“ weiter agieren.¹¹¹

¹⁰⁷ Drei Jahre Landeskartell, 87; allgemein zum Vaterländischen Front-Werk „Neues Leben“: Schubert, Das Vaterländische Frontwerk „Neues Leben“.

¹⁰⁸ Drei Jahre Landeskartell, 87.

¹⁰⁹ Ebenda; Schubert, Das Vaterländische Frontwerk „Neues Leben“, Band 1, 155 ff. sowie Band 2, 296 ff.;

¹¹⁰ Drei Jahre Landeskartell, 78 f.

¹¹¹ ÖStA, AdR, Gruppe 9: Parteiarchive, Vaterländische Front, Karton 39. Schreiben des Regierungsdirektors von Oberösterreich an den Generalsekretär des Vaterländischen Front-Werkes „Neues Leben“ Ing. Rudolf Kloss. Linz, am 3. Juli 1937.

Mit 1. Juni 1937 wurden alle Bediensteten der Österreichischen Bundesbahnen automatisch Mitglied des „Neuen Lebens“. Zwar bestand die Möglichkeit, durch eine eigenhändig gefertigte schriftliche Erklärung den Verzicht auf die Zwangsmitgliedschaft für sich und seine Angehörigen zum Ausdruck zu bringen; wie viele der Betroffenen sich zu einem solchen Schritt – der wohl auch zu beruflichen Konsequenzen geführt hätte – entschlossen haben, bleibt dahingestellt. Darüber hinaus waren Militärpersonen des Präsenzdienstes und Berufsbeamte des Heeres durch eine Erhöhung ihres obligatorischen Mitgliedsbeitrags für die Vaterländische Front en bloc zu Mitgliedern des „Neuen Lebens“ geworden.¹¹²

Auch die Dienststellenorganisation der Vaterländischen Front der oberösterreichischen Landesverwaltung in Linz wurde geschlossen in die Reihen des „Neuen Lebens“ aufgenommen. Mit 1. Juli 1937 waren alle Mitglieder der Dienststellenorganisation Landesverwaltung sowie ihre Frauen und Kinder durch Zahlung eines 50-prozentigen Zuschlags zum Beitrag für die Vaterländischen Front Mitglieder des „Neuen Lebens“ geworden.¹¹³

Ob mit Bahnreiseermäßigungen, Urlaubsaktionen, vergünstigten Theater-, Konzert-, Kino- und Kulturstättenbesuchen breitere Kreise der Bevölkerung gewonnen werden konnten, darf bezweifelt werden. In den Reihen der Arbeiterschaft fielen die Aktivitäten des „Neuen Lebens“ jedenfalls auf keinen fruchtbaren Boden. Die Bundesbahndirektion Linz erhob gegen das Front-Werk „Neues Leben“ den Vorwurf, dass in Linz überhaupt nichts geschehe. Überdies wäre es überflüssig, das „Neue Leben“ in Eisenbahnerkreise hineinzutragen. Ein Vergleich zwischen den bahneigenen Leistungen und den Vergünstigungen, die das „Neue Leben“ böte, würde sicherlich zu Ungunsten des „Neuen Lebens“ ausfallen, war die Linzer Bundesbahndirektion überzeugt.¹¹⁴

Reserviertheit gegenüber der vaterländischen Einheitsorganisation und ihren Gliederungen herrschte aber nicht nur in den der Arbeiterschaft nahe stehenden Kreisen. Auch Teile des städtischen Mittelstands und der Bauernschaft empfanden die Vaterländische Front als eine relativ unnötige Organisation. In Kreisen der Lehrer- und Beamtenschaft trat man ihr zwangsweise bei, wollte man nicht den Arbeitsplatz riskieren. Viele „heimattreue“ Bauern konnten sich die Mitgliedsbeiträge kaum leisten. So mancher Jugendliche war vom Radikalismus der Heimwehr und später dem der Nationalsozialisten stärker angezogen als von der verpönten klerikalen Bevormundung eines „christlichen Ständestaates“. So manchem dürfte auch die in Linz – ebenso wie in vielen anderen Orten Österreichs – obligate Stellenbesetzung durch Mitglieder der Vaterländischen Front ein Dorn im Auge gewesen sein. Von Opportunisten aller Couleurs wurde die Vaterländische Front mehr als eine Sozialversicherungsanstalt denn als eine faschistische Organisation betrachtet.¹¹⁵

¹¹² ÖStA, AdR, Gruppe 9: Parteiarchive, Vaterländische Front, Karton 39. Dienstanweisung Nr. 96/1937 sowie Schreiben des Bundesministeriums für Landesverteidigung betreffs Vaterländisches Front-Werk „Neues Leben“ – Einführung in der bewaffneten Macht. Anordnungen. 10. Juni 1937.

¹¹³ Ebenda, Schreiben der VF Dienststellenorganisation Landesverwaltung Landhaus. Linz, am 24. Juni 1937.

¹¹⁴ Ebenda, Schreiben der Bundesleitung des VF-Werkes „Neues Leben“ an das Vaterländische Front Werk „Neues Leben“ Landessachwalterschaft Oberösterreich. Wien, am 29. Juli 1937.

¹¹⁵ Bukey, Patenstadt des Führers, 210.

Die Heimwehr empfand die Vaterländische Front als eine Konkurrenzorganisation und als Hindernis in der Errichtung eines – in ihren Augen – wahren „Austrofaschismus“. Die Etablierung einer offiziellen Staatsmiliz in Form der Ostmärkischen Sturmsharen musste von der Heimwehr schlichtweg als Provokation aufgefasst werden. Die in Oberösterreich ohnedies nie sehr einflussreiche Heimwehr verlor im Laufe der Jahre immer mehr an Bedeutung, bis sie von Bundeskanzler Kurt Schuschnigg am 10. Oktober 1936 endgültig aufgelöst wurde.¹¹⁶

Im Gefolge des Juli-Abkommens und der eingeleiteten „Befriedungs- und Integrationspolitik“ gegenüber der sogenannten „Nationalen Opposition“ wurde in Oberösterreich seit Oktober 1937 das Volkspolitische Referat der Vaterländischen Front ausgebaut, zu dessen Landesreferent der Nationalsozialist Karl Breithenthaler bestellt wurde.¹¹⁷

Die verheerende mentale Wirkung dieser Öffnung nach Rechts auf die Funktionsträger der Vaterländischen Front bezeugt ein Stimmungsbericht an das Generalsekretariat der Vaterländischen Front vom November 1936: „Die Stimmung der Linzer Amtswalterschaft ist genau dieselbe wie die der Wiener Amtswalterschaft, äußerst defätistisch, ohne jedes Zutrauen in die künftige Entwicklung der Vaterländischen Front. Es wurden mir die gleichen Bedenken vorgetragen, wie sie alle Amtswalter haben, die ihren Ausdruck in der Furcht, dass wir uns auf dem Wege einer kalten Gleichschaltung befinden, haben. Als Grund wird die völlige Machtlosigkeit der Vaterländischen Front und die Toleranz gegenüber den braunen Staatsfeinden angegeben.“¹¹⁸

Hinsichtlich der Sozialstruktur der Funktionäre der Linzer Vaterländischen Front hat Evan Burr Bukey eine relativ breite soziale Streuung festgestellt: Im Jahre 1935 waren an die 9,4 Prozent aller Linzer Funktionäre Selbständige und 15,3 Prozent Privatangestellte. Etwa 37,7 Prozent kamen aus der Arbeiterschaft. 29,4 Prozent waren Beamte oder öffentlich Bedienstete, 2,4 Prozent in Freien Berufen tätig. Obwohl fast 40 Prozent der Funktionäre als Arbeiter eingestuft wurden, dürfte es sich bei den meisten von ihnen um unselbständige Handwerker wie Schneider, Sattler, Schriftsetzer, Maurer gehandelt haben. Die bürgerlichen Mitglieder der Vaterländischen Front waren vorwiegend Kleinunternehmer oder Beamte der mittleren Ebene. Bürgerliche Intellektuelle, Industrielle und vor allem Angestellte fehlten in der Linzer Vaterländischen Front weitgehend.¹¹⁹

¹¹⁶ Ebenda, 210.

¹¹⁷ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1937), 26 f.

¹¹⁸ Bericht an Generalsekretär Guido Zernatto über die Stimmung unter Funktionären der Vaterländischen Front, 20. November 1936. Zitiert bei: Österreich! und Front Heil!, 337.

¹¹⁹ Zur Berufsstruktur der städtischen Führungsschicht der Vaterländischen Front in Linz siehe: Bukey, Patenstadt des Führers, 211 und Tabelle 22 auf Seite 213.

„Gesetze, Verordnungen und geschichtliche Überlieferungen“: Zur Machtausübung und Machtsicherung

Rechtsgrundlagen

Das nach den Grundsätzen eines demokratischen Parteienstaats geformte Statut der Stadt Linz von 1931 war mit der neuen Verfassung 1934 und der autoritären Staatsführung obsolet geworden: „Sie machte durch die vollkommene Ausschaltung des Parteiensystems, durch das Führerprinzip, das die Auswahl der zu staatlichen Aufgaben berufenen Organe der obersten Staatsführung vorbehält, und durch die Bildung der Vertretungskörper auf ständischer Grundlage eine Neugestaltung des Stadtrechtes notwendig.“¹²⁰

Bereits im Frühjahr 1934 kam es im Rahmen des Österreichischen Städtebundes zu gemeinsamen Beratungen der österreichischen Statutarstädte über ein einheitliches Stadtrecht für die Städte über 30.000 Einwohner, denen auch nach der neuen Verfassung 1934 ein eigenes Stadtrecht zugestanden wurde.

Im Oktober 1934 wurde der Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Statutarstädte ein Stadtrechtsentwurf für die landesunmittelbaren Städte vorgelegt. Dieser Entwurf der Abteilung für Inneres des Bundeskanzleramtes wurde mit den Vertretern der Bundesländer beraten und bildete die Grundlage für die in den Ländern zu beschließenden Stadtrechte.¹²¹

Am 30. Jänner 1935 beschloss der Linzer Gemeindetag einstimmig einen Stadtrechtsentwurf, der der oberösterreichischen Landesregierung zur Einbringung in den Landtag vorgelegt wurde.¹²²

Auf Grundlage des Art. 124 der Verfassung 1934 hat der oberösterreichische Landtag mit Beschluss vom 9. Juli 1935 der Landeshauptstadt Linz ein neues Stadtrecht gegeben. Gemäß Artikel 111 der Verfassung 1934 wurde es nach Zustimmung des Bundeskanzlers am 3. Oktober 1935 kundgemacht.¹²³

Das Stadtrecht 1935 brachte mit der gehobenen Stellung des Bürgermeisters das Führerprinzip deutlich zum Ausdruck¹²⁴ und umschrieb das Mitbestimmungsrecht des aus 36 Vertretern der kulturellen Gemeinschaften und der Berufsstände gebildeten Gemeindetags (an Stelle der 60 demokratisch gewählten Mandatare des alten Gemeinderats) bei der Führung der Stadtgeschäfte.

Der Bürgermeister war das Oberhaupt der Stadt. Er vertrat sie als juristische Person in allen Angelegenheiten nach außen. Er leitete und beaufsichtigte die gesamte Gemeindeverwal-

¹²⁰ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1935), 7.

¹²¹ Tages-Post vom 3. Oktober 1934.

¹²² Die Zeit der kommissarischen Verwaltung und die Wiederkehr des Verfassungslebens. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz 1936 vom 1. Jänner 1936, 2 f.

¹²³ LGBl. für Oberösterreich 1935, Nr. 40; Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1935), 7. Die Zeit der kommissarischen Verwaltung und die Wiederkehr des Verfassungslebens. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz 1936 vom 1. Jänner 1936, 3.

¹²⁴ „Entsprechend dem autoritären Prinzip ist die Stellung des Bürgermeisters in Wahrheit die eines Führers der Stadtgemeinde.“ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1935), 7.

tung, verfügte und entschied in allen Angelegenheiten des eigenen und übertragenen Wirkungskreises der Stadt, soweit sie nicht ausdrücklich dem Gemeindegtag vorbehalten waren. Mit dem § 34 stand dem Bürgermeister ein eigenes Notrecht zu: Dadurch war er ermächtigt, in dringenden Angelegenheiten an Stelle des Gemeindegtags zu handeln, sofern eine Beschlussfassung des Gemeindegtags nicht ohne Nachteil für die Sache abgewartet werden könne. Der Bürgermeister hatte die Angelegenheit jedoch nachträglich unverzüglich dem Gemeindegtag zur Kenntnis zu bringen.¹²⁵ Schließlich war der Bürgermeister auch der Vorstand des Magistrats. Die Leitung des inneren Magistratsdienstes oblag dem Magistratsdirektor. Dessen Bestellung und Abberufung bedurfte der Genehmigung der Landesregierung.¹²⁶

Der Stadtrat, in dem der Bürgermeister oder in seiner Vertretung der Bürgermeister-Stellvertreter den Vorsitz führten, setzte sich aus diesen beiden und noch vier Stadträten zusammen. Eine Amtsführung kam den Stadträten nicht mehr zu.¹²⁷ Dem Stadtrat oblag lediglich die Beratung des Bürgermeisters in allen Personal- und Finanzangelegenheiten. Über Beschluss des Gemeindegtags konnten dem Stadtrat auch Geschäftsmaterien zur selbständigen Beratung und Beschlussfassung übertragen werden.¹²⁸ Er war einzuberufen, wenn mindestens zwei Stadträte dies schriftlich forderten. Sonst trat er „so oft zusammen, als es die Geschäfte erforder(te)n“. Die Sitzungen des Stadtrats waren nicht öffentlich. Der Bürgermeister war berechtigt, eine Geschäftsverteilung festzusetzen, nach der einzelne Geschäftszweige einem ständigen Berichterstatter dauernd zur Behandlung zugewiesen wurden: „Anfallende Geschäftsstücke, die in den Wirkungskreis eines ständigen Berichterstatters im Stadtrate fallen, werden vom Bürgermeister in der Regel diesem zugewiesen. Geschäftsstücke, die in keinen an ein Mitglied des Stadtrates zugewiesenen Geschäftszweig fallen, werden vom Bürgermeister einem von ihm zu bestimmenden Stadtrate zur Berichterstattung übertragen.“¹²⁹

Im Gemeindegtag sollten die kulturellen Gemeinschaften und die Berufsstände vertreten sein. Bis zur Festlegung näherer Vorschriften über die Beschickung des Gemeindegtags durch ein Landesgesetz wurden seine Mitglieder nach den Bestimmungen des Verfassungs-Übergangsgesetzes vom Landeshauptmann ernannt.

Der Gemeindegtag hatte das Recht, den Bürgermeister, den Bürgermeister-Stellvertreter und die Stadträte zu wählen. Die Wahl des Bürgermeisters bedurfte der Bestätigung des Landeshauptmanns. Jedes Gemeindegtagsmitglied hatte das Recht, Anfragen an den Bürgermeister zu stellen, in den Gemeindegtagssitzungen schriftliche Anträge einzubringen und in die Sitzungsprotokolle Einsicht zu nehmen. Eine Anfrage eines Gemeindegtagsmitglieds war jeweils vor einer Sitzung schriftlich, in bestimmter Frageform sowie mit kurzer Begründung und Unterschrift des Fragestellers einzubringen: „Weist der Vorsitzende eine Anfrage als unge-

¹²⁵ LGBl. für Oberösterreich 1935, Nr. 40.

¹²⁶ Ebenda.

¹²⁷ Straßmayr, Die Linzer Stadtvertretung, 87 f.

¹²⁸ Geschäftsordnung für den Stadtrat der Landeshauptstadt Linz a. D. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz 1936, Sondernummer vom 8. Februar 1936, 9.

¹²⁹ Ebenda, 10.

hörig oder beleidigend zurück oder lehnt er aus diesem Grunde die Verlesung einer schriftlich überreichten Anfrage oder einzelner Stellen daraus ab, so kann gegen eine solche Verfügung des Vorsitzenden kein Rechtsmittel ergriffen werden.“¹³⁰

Zur Fassung gültiger Beschlüsse konnte sich der Gemeindegtag nur über Einberufung des Bürgermeisters oder des vom Bürgermeister dafür berufenen Bürgermeister-Stellvertreters versammeln. Der Bürgermeister war jedoch zur Einberufung einer Gemeindegtagssitzung verpflichtet, wenn diese wenigstens von einem Drittel seiner Mitglieder schriftlich verlangt wurde. Die Sitzungen des Gemeindegtags waren im Allgemeinen nicht öffentlich, ausgenommen jene, in denen der Budgetvoranschlag und der Rechnungsabschluss behandelt wurden. In den Sitzungen des Gemeindegtags führte der Bürgermeister oder über seine Ermächtigung sein Stellvertreter den Vorsitz.¹³¹

In den Wirkungskreis des Gemeindegtags fiel die Bestellung von Ausschüssen, die aus seiner Mitte gebildet wurden. Sie dienten der Vorberatung von Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereichs sowie der Überwachung der Verwaltung von Gemeindeunternehmungen. In solchen Ausschüssen konnten mit Zustimmung des Bürgermeisters auch Sachverständige, die dem Gemeindegtag nicht angehörten, mit beratender Stimme gehört werden.¹³²

Laut Geschäftsordnung des Gemeindegtags vom 21. Oktober 1935 wurden folgende ständige Ausschüsse eingerichtet: der Verfassungs-, der Finanz-, der Bau-, der Fürsorge- und der Jugendfürsorgeausschuss, weiters ein Ausschuss für Personalangelegenheiten und einer zur Überwachung der Verwaltung der städtischen Unternehmungen. Darüber hinaus konnten weitere Sonderausschüsse aus der Mitte des Gemeindegtags gewählt werden.¹³³

Die Ausschüsse waren berechtigt, selbstständige Anträge auf Beschlussfassung im Gemeindegtag zu stellen, die vom Ausschuss-Obmann wenigstens eine Woche vor ihrer Behandlung im Gemeindegtag dem Bürgermeister schriftlich zur Kenntnis zu bringen waren. Erhob der Bürgermeister gegen einen solchen Antrag Einspruch, war die Behandlung im Gemeindegtag erst nach einer neuerlichen Beratung des Ausschusses möglich. Desgleichen wurden selbstständige Anträge eines Gemeindegtagsmitglieds – die unter Einrechnung des Antragstellers von mindestens sechs Gemeindegtagsmitgliedern unterstützt sein mussten – vom Vorsitzenden dem jeweils zuständigen Ausschuss zur weiteren Behandlung zugewiesen.¹³⁴

„Der Berichterstatter [Referent; Anm. des Autors] ist verpflichtet, in seinem Berichte die bei der Ausschußberatung vorgebrachte Meinung der Minderheit zur Kenntnis des Gemeindegtags zu bringen, wenn bei der Ausschußberatung der abgelehnte Antrag als Minderheitsmeinung angemeldet wurde. In diesem Falle muß in der Wechselrede über den Gegenstand wenigstens ein Vertreter der Minderheitsmeinung das Wort erhalten.“¹³⁵

¹³⁰ Ebenda, 7.

¹³¹ LGBl. für Oberösterreich 1935, Nr. 40.

¹³² Ebenda.

¹³³ Geschäftsordnung für den Gemeindegtag der Landeshauptstadt Linz an der Donau. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz, Sondernummer vom 8. Februar 1936, 4.

¹³⁴ Ebenda, 7.

¹³⁵ Ebenda. Hervorhebung im Original.

Laut Geschäftsordnung hatte die Wechselrede im Gemeindetag folgenden Verlauf zu nehmen: Sobald der Berichterstatter seinen Vortrag beendet und seinen Antrag gestellt hatte, durfte sich jedes Gemeindetagsmitglied nur zweimal zu Wort melden, außer der Gemeindetag beschloss anders. Jedes Mitglied des Gemeindetags war berechtigt, zu einem ordnungsgemäßen Antrag bis zum Verhandlungsschluss Abänderungs- oder Zusatzanträge zu stellen, die dem Vorsitzenden vor der Abstimmung schriftlich zu überreichen waren. Darüber hinaus konnte der Vorsitzende während einer Wechselrede jederzeit das Wort ergreifen, um „im Namen des Magistrates Aufklärungen zu geben und Berichtigungen vorzunehmen.“ Im Anschluss an eine derart statutarisch gezähmte Wechselrede hatten der Hauptantragsteller und nach ihm der Berichterstatter das Schlusswort.¹³⁶

Danach wurde über die Materie im Gemeindetag abgestimmt. Dabei stand es dem Vorsitzenden frei, „sofern er es zur Vereinfachung oder Klarstellung der Abstimmung oder zur Beseitigung unnötiger Abstimmungen für zweckmäßig erachtet, vorerst eine grundsätzliche Frage zur Beschlußfassung zu bringen. [...] Im übrigen bestimmt der Vorsitzende die Reihenfolge der zur Abstimmung kommenden Anträge.“¹³⁷

Der Gemeindetag war bei Anwesenheit von wenigstens der Hälfte seiner Mitglieder beschlussfähig. Für einen gültigen Beschluss war die Zustimmung von mehr als der Hälfte der anwesenden Mitglieder erforderlich. Dabei hatte jedes Gemeindetagsmitglied seine Stimme abzugeben, der Vorsitzende zuletzt. Wenn durch das Votum des Vorsitzenden eine Stimmengleichheit entstand, galt das als beschlossen, für das der Vorsitzende gestimmt hatte.¹³⁸

Der Bürgermeister war verpflichtet, gesetzmäßig gefasste Beschlüsse des Gemeindetags in Vollzug zu setzen. War er jedoch der Überzeugung, dass ein Gemeindetagsbeschluss bestehende Gesetze verletze oder den Wirkungskreis des Gemeindetags überschreite, war er verpflichtet, mit dem Vollzug innezuhalten und eine Entscheidung der Landesregierung als Aufsichtsbehörde einzuholen, ob der Beschluss vollzogen werden dürfe. Erachtete der Bürgermeister, dass ein Gemeindetagsbeschluss den Interessen der Stadt zuwiderlaufe, war er ebenso verpflichtet, mit dem Vollzug innezuhalten. In diesem Fall hatte er den Gegenstand der Beschlussfassung in der nächsten Gemeindetagssitzung neuerlich zur Beratung und Entscheidung zu bringen. Beharrte der Gemeindetag auf seinen früheren Beschluss und gelangte der Bürgermeister nicht zu einer anderen Überzeugung, so hatte er die Entscheidung der Aufsichtsbehörde darüber einzuholen, ob der Beschluss vollzogen werden dürfe oder nicht.¹³⁹

Einen kommunalpolitisch besonders wichtigen Bereich betraf das Reglement zur Führung des Stadthaushalts: Gemäß Stadtstatut hatte der Bürgermeister den Entwurf des Haushaltsplans für die Gebarung der Stadt dem Gemeindetag vorzulegen. Überschritt die Gesamtheit der veranschlagten Ausgaben die der Einnahmen, waren dem Gemeindetag gleichzeitig Anträge zur Herstellung eines ausgeglichenen Stadtbudgets vorzulegen. Der Gemeindetag

¹³⁶ Ebenda, 7.

¹³⁷ Ebenda, 8.

¹³⁸ LGBl. für Oberösterreich 1935, Nr. 40.

¹³⁹ Ebenda.

konnte zwar die Ansätze des Entwurfs ändern, eine Erhöhung der Einnahmenschätzung war aber nur mit Zustimmung des Bürgermeisters zulässig. Ebenso erforderte eine Einnahmenschätzung, die vom Gemeindetag bei der Feststellung des Haushaltsplans neu beschlossen wurde, die Zustimmung des Bürgermeisters. Schließlich bedurfte der Beschluss des Gemeindetags über die Feststellung des Haushaltsplans der Genehmigung der Landesregierung als Aufsichtsbehörde, wenn die Gesamtausgaben die Gesamteinnahmen überschritten und die Ausgleichung durch die Aufnahme eines Darlehens oder durch neue Abgaben (oder die Erhöhung bestehender) erfolgen sollte und deren Einhebung der Genehmigung der Landesregierung oder eines Landesgesetzes bedurfte. Darüber hinaus verfügte die Landesregierung über das Recht, den Haushaltsplan über den Gemeindetag hinweg auf Verordnungsweg festzustellen.

Das Dogma des ausgeglichenen Haushalts wurde im § 40 statutarisch verankert: So durften im Laufe eines Verwaltungsjahrs Gemeindetagsbeschlüsse, zu deren Finanzierung die bereits bewilligten Kredite nicht ausreichten, nur bei gleichzeitiger entsprechender Abänderung des Haushaltsplans gefasst werden. Zeigte die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung im Laufe eines Verwaltungsjahrs, dass die Gebarung mit einem Fehlbetrag abschließen würde, so hatte der Bürgermeister dem Gemeindetag den Entwurf eines Nachtragshaushaltsplans vorzulegen und die zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts der Gebarung erforderlichen Anträge zu stellen.¹⁴⁰

Als weitere Einschränkung kommunaler Selbstverwaltung bestand die statutarisch festgelegte staatliche Aufsicht über die Stadt: Gemäß § 56 konnte der Gemeindetag von der Aufsichtsbehörde aufgelöst werden, wenn es „das Interesse des Landes oder des Bundes erheischt“. Die Aufsichtsbehörde hatte in solchen Fällen bis zur Neubestellung des Gemeindetags und des Bürgermeisters für die Fortführung der Stadtverwaltung Sorge zu treffen. Die Handhabung des staatlichen Aufsichtsrechts stand der Aufsichtsbehörde insoweit zu, als es sich um die Entziehung des vom Bund übertragenen Wirkungskreises, die Auflösung des Gemeindetags in Wahrung der Interessen des Bundes, die Nichtigerklärung von Verwaltungsakten der Gemeindeorgane oder um die Verletzung oder fehlerhafte Anwendung von Gesetzen der mittelbaren Bundesverwaltung handelte. Die Aufsichtsbehörde für das staatliche Aufsichtsrecht des Landes war die Landesregierung. Das staatliche Aufsichtsrecht des Bundes übte der Landeshauptmann, in höchster Instanz das Bundeskanzleramt aus.¹⁴¹

Rechtswirklichkeit

In der Zeit der kommissarischen Verwaltung zwischen 12. Februar und 7. November 1934 repräsentierte der Regierungskommissär Dr. Franz (Edler von) Nusko als ehemaliger Beamter der oberösterreichischen Statthalterei bzw. der Landesregierung sowie als Bezirkshauptmann von Urfahr (1923–1934) den Typus des „unpolitischen“ sachwaltenden Beamten –

¹⁴⁰ Ebenda.

¹⁴¹ Ebenda.

freilich nun nicht mehr als kaiserlicher „missus dominicus“, sondern als Amtswalter der autoritären Wiener Regierung.

Die am 27. März 1934 ernannten sieben Beiräte repräsentierten als Heimwehrmänner, Handelskammervereine, christliche Arbeiter- und Bauernvereine, selbstständige Firmeninhaber, leitende Angestellte und Freiberufler das Spektrum austrofaschistischer Interessenwahrnehmung. Die politische und vereinskulturelle Herkunft einiger Beiräte aus der Christlichsozialen Partei oder aus der christlichen Arbeiter- und Turnerschaft verweist auf die christlichsoziale Basis des neuen Regimes: Dr. Karl Bauer war Firmeninhaber und Vertreter der Handelskammer, Dr. Wilhelm Bock Vizedirektor der Landesbrandschadenversicherung, Mitglied der Wehrfront und Exponent der christlichen Turnerschaft, Otto Danner technischer Inspektor beim Landesbauamt und Heimwehrrepräsentant. Karl Mitterbauer war Werkmeister bei der Österreichischen Bundesbahn und christlicher Arbeitergewerkschafter. Matthäus Ribisch war als Kesselschmiedeeinhaber Vertreter der kleinen Selbstständigen. Dr. Josef Stampfl – bereits seit November 1918 christlichsozialer Gemeinderat in Linz – war selbstständiger Rechtsanwalt und Vertreter der Rechtsanwaltskammer. Die Landwirtschaft vertrat der Bauer Josef Weinzierl.¹⁴²

Gemäß § 39 des Verfassungs-Übergangs-Gesetzes 1934 und mit Entschliebung vom 5. September 1934 ernannte Landeshauptmann Gleißner – nach Einholung von gutachtlichen Äußerungen der kulturellen Gemeinschaften und Vorschlägen der Vaterländischen Front sowie nach Anhörung der übrigen Mitglieder der Landesregierung – die Mitglieder des neuen Gemeindetags der Landeshauptstadt Linz. Die konstituierende Sitzung des Gemeindetags fand am 7. November 1934 unter Teilnahme des Landeshauptmanns und des Regierungsdirektors in festlicher Weise statt. Seine erste Aufgabe bestand in der Wahl des Bürgermeisters und seines Stellvertreters, zu denen einstimmig Dr. Wilhelm Bock bzw. Otto Danner gewählt wurden.¹⁴³

Wilhelm Bock wurde am 27. Dezember 1895 in Linz als Sohn des Landesrechnungsrats und Vorstands der Landesbuchhaltung, Willibald Bock, geboren. Bald nach seiner Matura 1914 wurde er zum mehrjährigen Frontdienst beim Linzer Hausregiment Nr. 14 (Hessen) eingezogen und kehrte im November 1918 als Oberleutnant im Edelweiß-Sturmataillon zurück. Das anschließende Jusstudium an der Universität Wien schloss er 1920 mit der Promotion zum Doktor der Rechte ab. Bereits im Herbst 1918 trat Bock in den Dienst der Oberösterreichischen Brandschadenversicherungsanstalt ein, wo er 1927 zum Direktor-Stellvertreter aufstieg. Anfang 1934 wurde er in den Vorstand des Oberösterreichischen „Volkskredits“ berufen.¹⁴⁴ Bock war Vorstand der Caritas-Sterbevorsorge und im Ausschuss der oberösterreichischen Hochschulhilfe tätig. Bereits 1924 war er zum Verbandsobmann-Stellvertreter der christlich-deutschen Turnerschaft gewählt worden. In der weiteren Folge hatte er als

¹⁴² Puffer, Die Linzer Gemeindefunktionäre, 53 ff.; allgemein: Tweraser, Gemeinderat 1934-1962, 160 f.

¹⁴³ Die Zeit der kommissarischen Verwaltung und die Wiederkehr des Verfassungslebens. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz. 1936 vom 1. Jänner 1936, 2.

¹⁴⁴ Der neue Bürgermeister von Linz. In: Wiener Neueste Nachrichten, Nr. 3441 vom 10. November 1934.

Gauobmann von Oberösterreich die Landesführung der christlichen Turnerschaft inne.¹⁴⁵ In der Linzer Gemeindevertretung – der er erst seit 27. März 1934 als Beirat angehörte – sah sich Bock als Exponent der Frontgeneration des Ersten Weltkriegs und war gewillt, dort eine „starke Mitte“ zu repräsentieren.¹⁴⁶

Eine weitere Facette an Wilhelm Bock war sein „christlich-deutscher Antisemitismus“. Er machte „die Juden“ für die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme Österreichs verantwortlich und schlug Anfang der 1930er Jahre als Lösung für die schlimmsten Auswirkungen der Depression die Einführung eines Numerus Clausus in den Schulen und für die Freien Berufe vor.¹⁴⁷

Bürgermeister-Stellvertreter Otto Danner wurde 1896 in Urfahr geboren. Nach der Matura an der Baufachschule der Staatsgewerbeschule Salzburg und dem Kriegsdienst trat er 1920 als technischer Inspektor in das Landesbauamt ein. Danner war Stadtkommandant des Linzer Heimatschutzes und im Kriegsopferversband tätig. Bereits zwischen Oktober 1932 und Februar 1934 war Danner als Exponent des Heimatblocks im Linzer Gemeinderat vertreten.¹⁴⁸ Im austrofaschistischen Gemeindetag verstand sich Danner denn auch explizit als Vertreter des Heimatschutzes.¹⁴⁹



Vizebürgermeister Otto Danner (1896–1938) in Heimwehruniform (Foto: AStL, Dokumentation).

¹⁴⁵ Der neue Bürgermeister von Linz. In: Linzer Volksblatt vom 8. November 1934.

¹⁴⁶ Das neue Linzer Stadtoberhaupt. In: Linzer Volksblatt vom 8. November 1934.

¹⁴⁷ Bock, Wir und die Judenfrage; Bukey, Patenstadt des Führers, 206.

¹⁴⁸ Puffer, Die Linzer Gemeindefunktionäre, 116.

¹⁴⁹ Linzer Gemeindetag konstituiert. In: Wiener Neueste Nachrichten, Nr. 3437 vom 8. November 1934.

In der konstituierenden Sitzung vom 7. November 1934 wurde der Bürgermeister – und in seiner Verhinderung der Bürgermeister-Stellvertreter – vom Gemeindegtag ermächtigt, bis zum Erscheinen eines neuen Stadtrechts alle in den Wirkungskreis der Gemeinde fallenden Angelegenheiten selbstständig zu erledigen.

Bis zur Wahl des nach der Verfassung 1934 vorgesehenen Stadtrats wurde dem Bürgermeister lediglich ein Verwaltungsausschuss (Beirat), bestehend aus dem Bürgermeister-Stellvertreter und vier weiteren Mitgliedern des Gemeindegtags, beigegeben. In den Wirkungskreis des Verwaltungsausschusses fiel die Beratung des Bürgermeisters in allen Angelegenheiten, in denen nach der Verordnung des Landeshauptmanns vom 19. März 1934 (LGBl. Nr. 23) die Anhörung oder Beschlussfassung des Beirats vorgesehen war.¹⁵⁰

Die den Titel „Stadtrat der Landeshauptstadt Linz“ führenden Mitglieder des Verwaltungsausschusses waren der Handelskammervizepräsident Dr. Karl Bauer (zuständig für das Gewerwesen, den Fremdenverkehr, die Bäder, die städtischen Mittelschulen sowie das Markt- und Ausstellungswesen), der Landesinnungsmeister der Vergolder, Gürtler und Graveure sowie Obmann des oberösterreichischen Hausbesitzerverbandes Josef Mayr (als Obmann des „Ausschusses zur Überwachung der Verwaltung von städtischen Unternehmungen“ für die Technischen Werke und den Schlachthof zuständig), der christliche Arbeitergewerkschafter Karl Mitterbauer (als Obmann des Fürsorge- und des Jugendfürsorgeausschusses für das offene Fürsorgewesen für Erwachsene und Kinder, das Versorgungshaus und die Volksküche zuständig) und der Rechtsanwalt Dr. Josef Stampfl (zuständig für das Abgabewesen, ausgenommen die Einführung neuer Abgaben sowie die Änderung und Auflassung bestehender Abgaben, das Feuerwehr- und Wasserwehrwesen sowie die freiwillige Aufnahme in den Gemeindeverband). Bürgermeister-Stellvertreter Otto Danner war für den Liegenschaftsverkehr, den Siedler- und Schrebergartenverkehr, die Stadtgartenanlagen, das Bauwesen inklusive Fuhrwesen und städtische Betriebe, den städtischen Wirtschaftshof, die Amtsgebäude- und die Wohnungsgebäudeverwaltung zuständig und stand als Obmann dem Bauausschuss vor. Bürgermeister Wilhelm Bock schließlich war Personalreferent und für die allgemeinen Finanzen zuständig. Darüber hinaus oblagen ihm die Agenden des Wohnungsfürsorgeamts, des Allgemeinen Krankenhauses und des Sportwesens. Bock war Obmann des Verfassungsausschusses, des Finanzausschusses und des Ausschusses für Personalangelegenheiten.¹⁵¹

Die klassenspezifische Interessenvertretung des Austrofaschismus manifestiert sich in der „berufsständischen“ Herkunft der insgesamt 36 Mitglieder des Linzer Gemeindegtags, die auch als „Räte der Stadt Linz“ titulierte wurden: Neun Räte waren Vertreter von Handel und Verkehr, acht vertraten das Gewerbe, sieben den Öffentlichen Dienst, fünf die Industrie,

¹⁵⁰ Die Zeit der kommissarischen Verwaltung und die Wiederkehr des Verfassungslebens. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. Jänner 1936, 3.

¹⁵¹ Amtliches Verkehrsbuch, 50 f.; Konstituierung des Verwaltungsausschusses der Stadtgemeinde Linz. In: Linzer Volksblatt vom 12. November 1934. Ausschüsse des Gemeindegtages. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. Februar 1936, 34.

drei die Kulturellen Körperschaften, zwei die Freien Berufe und jeweils ein Vertreter kam aus der Elternschaft und aus der Landwirtschaft:

Die Vertreter des Handels und des Verkehrs waren der Vizepräsident der Handelskammer, Stadtrat Dr. Karl Bauer, der Farbenhändler und Landesinnungsmeister Franz Colli, der Straßenbahnschaffner Johann Doppler, der Buchhalter Josef Ebner, der Gremialvorsteher, Kammererrat und Vizepräsident des Zentralverbands der Handelsvertreter Österreichs, Karl Fuchs, der selbstständige Holz- und Kohlenhändler Ferdinand Hoffellner, der Handelsangestellte Karl Nenning, der selbstständige Kaufmann Karl Pichler sowie der kaufmännische Angestellte und Obmann der Gewerkschaft des Handels, Ferdinand Reif.

Das Gewerbe war vertreten durch den Landesinnungsmeister der Vergolder, Gürtler und Graveure und Obmann des oberösterreichischen Hausbesitzerverbandes, Stadtrat Josef Mayr, den Landesvorstand der Genossenschaft der Gastwirte und Präsidenten des oberösterreichischen Kriegs- und Veteranenbunds sowie ehemaligen christlichsozialen Nationalratsabgeordneten, Franz Bauer, den Versicherungsbeamten und Gauorganisationsleiter der Vaterländischen Front Johann Bauer, den Geschäftsdienner Franz Fischerlehner, den gelernten Buchdrucker, ehemaligen Landesobmann der freien Gewerkschaften in Oberösterreich sowie ehemaliges Mitglied des sozialdemokratischen Parteivorstandes Gerhard Herbst, weiters den Kürschnermeister Leopold Kammerstätter, den ESG-Beamten und Landesführer der Ostmärkischen Sturmsharen Kurt (von) Mras und den Stepp- und Daunendeckenfabrikanten Franz Zekert.

Die Vertreter des Öffentlichen Dienstes waren Landes-Bauinspektor Bürgermeister-Stellvertreter Otto Danner, der Bundesbahn-Werkmeister und christliche Arbeitergewerkschafter Stadtrat Karl Mitterbauer, der ehemalige Kärntner „Abwehrkämpfer“, Ehrenobmann der Kärntner Landsmannschaft in Oberösterreich sowie Rechnungsdirektor der oberösterreichischen Handelskammer, Benjamin Frey, der Postgewerkschafter Amtsrat Johann Horner, der Obmann der Landesbeamtenkammer und Landesfachleiter der Vaterländischen Front, Staatsanwalt Dr. Franz Nicoladoni, der Kanzleioffizial bei der Bundespolizeidirektion Linz Theodor Pritsch und der Handelsakademieprofessor Dr. Paul Weitlaner.

Die Industrie war durch den Angestellten der Poschacher Brauerei und christlichen Gewerkschafter Friedrich Brenneis, den Generaldirektor der Österreichischen Brau-AG Kommerzialrat Julius Seiler, den Direktor der Solo AG Otto Stitz, den Schmied, Inkassant des Linzer Magistrats sowie Funktionär der Vaterländischen Front Franz Schrag und den Abteilungsvorstand der Kleinmünchner Spinnerei sowie Funktionär der christlichen Arbeiterbewegung Richard Wiener vertreten.

Die Kulturellen Körperschaften entsandten den Hauptschullehrer Rudolf Köttsdorfer (Lehrerschaft), den pensionierten Direktor des Blindeninstituts Regierungsrat Monsignore Anton Pleninger (katholische Kirche) und den Historiker und Archivar am Oberösterreichischen Landesarchiv Oberarchivrat Dr. Eduard Straßmayr (Volksbildungswesen) in den Gemeindegtag.

Als Vertreter der Freien Berufe fungierten der ehemalige christlichsoziale Linzer Gemeinderat, selbstständige Rechtsanwalt sowie Rechtsanwaltskammerfunktionär Stadtrat Dr. Josef Stampfl und der ehemalige großdeutsche Gemeinderat und Vizebürgermeister von St. Geor-

gen an der Guse und Chefarzt bei der Bahndirektion Linz, Medizinalrat Dr. Edmund Guggenberger.

Der Stand der Elternschaft war durch die Lehrerin und Landesführerin der weiblichen Jugend von Jung-Vaterland Eleonore Jandaurek – die einzige Frau im Linzer Gemeindegtag – vertreten.

Der Vertreter der Landwirtschaft war der ehemalige christlichsoziale Linzer Gemeinderat, Bauerngutsbesitzer in Lustenau sowie Bauernbund- und Genossenschaftsfunktionär Ökonomierat Martin Barth.¹⁵²

Berufsstrukturell gesehen waren von den zwischen 1934 und 1938 insgesamt 41 Linzer Gemeindefunktionären (36 Mitglieder des Gemeindegtags plus vier Ersatzleute und der Bürgermeister) 34,5 Prozent Beamte und Angestellte des Öffentlichen Dienstes, 26,8 Prozent Selbstständige, 21,2 Prozent Privatangestellte, 5,8 Prozent Arbeiter, 3,8 Prozent Freiberufler, 1,9 Prozent Arbeiter im Öffentlichen Dienst und 6,9 Prozent Sonstige.¹⁵³

Die Mehrheit der Gemeindegtagsmitglieder stammte damit aus dem mittleren und gehobenen Mittelstand, war beamtet oder als Angestellter oder Selbstständiger mit dem traditionellen Wirtschaftsleben der Stadt verbunden. Mit seinem hohen Anteil an Kleingewerbetreibenden und selbstständig Erwerbstätigen entsprach das Sozialprofil des Linzer Gemeindegtags dem der ehemaligen christlichsozialen Partei: „Vom soziologischen Standpunkt aus gesehen, waren [...] über 90 Prozent des Gemeindegtages ausgesprochen kleinbürgerlich und mindestens 45 Prozent davon Angehörige des alten Mittelstands. Obwohl die andere Hälfte als neuer Mittelstand gelten kann, muß doch betont werden, daß wenige in der Industrie oder im Dienstleistungsbereich tätig waren. Das Dollfuß-Schuschnigg-Regime ermöglichte es somit den Linzer Gewerbetreibenden, ihren politischen Einfluss auf der lokalen Ebene geltend zu machen und das örtliche Wirtschaftsleben größtenteils zum Nachteil der Industrie zu beherrschen“, resümierte der Historiker Bukey.¹⁵⁴

Die tatsächliche Macht- und Einflusslosigkeit des Linzer Gemeindegtags im Verhältnis zur Machtfülle des „Führers der Stadtgemeinde“ Bürgermeister Wilhelm Bock kommt in einer Wortmeldung von Paul Weitlaner in der 25. ordentlichen und öffentlichen Sitzung des Gemeindegtags vom 15. Dezember 1936 anlässlich der Generaldebatte zum Haushaltsplan 1937 zum Ausdruck:

„Die Öffentlichkeit weiß von der Tätigkeit des Gemeindegtages nur durch die dürftigen Berichte der Rathauskorrespondenz. Es ist meiner Ansicht nach äußerst wichtig, daß gerade der Gemeindegtag mit den breiten Massen der Bevölkerung eine innigere Fühlung erlangt als es in der Vergangenheit der Fall war. Das Rathaus soll nicht bloß ein Mittelpunkt sein, sondern soll Anregungen geben, es soll aber auch bereit sein, Anregungen von außen aufzunehmen und zu beachten. Es soll daher eine rege Füh-

¹⁵² Zu den jeweiligen biografischen Angaben siehe: Amtliches Verkehrsbuch, 49 f; Der neue Linzer Gemeindegtag. In: Linzer Volksblatt vom 2. November 1934; Zusammensetzung des Linzer Gemeindegtages. In: Linzer Volksblatt vom 2. November 1934; Ein Jahr O.-Ö. Landeskartell des Gewerkschaftsbundes, 10; Puffer, Die Linzer Gemeindegmandatäre, 89 und 99 ff.

¹⁵³ Bukey, Patenstadt des Führers, 213.

¹⁵⁴ Ebenda, 207.

lungnahme mit den weitesten Kreisen der Wirtschaft entstehen. Warum wäre es nicht möglich, irgend ein Problem auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung mit den großen Organisationen und Vertretungskörpern der Wirtschaft zu besprechen?

Von verschiedenen Mitgliedern des Gemeindetages wurde von einer Arbeitsteilung im Rathause gesprochen. Wir Mitglieder des Gemeindetages tragen die Verantwortung für das Schicksal der Stadt. Voraussetzung dafür, der Verantwortung gerecht werden zu können, ist auch, daß wir ein entsprechendes Recht zum Mitreden besitzen. Herr Bürgermeister, geben Sie dem Gemeindegtag eine noch größere Bewegungsfreiheit, ein noch größeres Mitspracherecht und wir alle im Gemeindegtag sind gerne bereit, uns Ihrer Führung vertrauensvoll auch in Zukunft zu unterstellen.¹⁵⁵

Der Angesprochene ging in der Generaldebatte, die kurz darauf geschlossen wurde, jedoch mit keinem Wort auf die vorgebrachten Kritikpunkte ein.¹⁵⁶

Im Jahre 1936 konnte neben der Haushaltsordnung auch der lang ersehnte Stellenplan für die Beamtschaft des Magistrats verwirklicht werden.¹⁵⁷

Die neue Geschäftsordnung des Magistrats Linz trat am 14. April 1936 in Kraft. In der offiziellen Darstellung wurde die Zweckmäßigkeit der Reorganisation des Magistrats hervorgehoben. Die Änderungen in der Geschäftseinteilung der Magistratsdienststellen sollten zu einer Vereinfachung der städtischen Verwaltung führen. Hand in Hand ging damit die Einsparung „besonders hochqualifizierter Leiterposten“ sowie die Umwandlung von Dienstposten leitender Beamter in Zeitbeförderungsposten. Das Büro des Magistratsdirektors Dr. Rudolf Wirth und die frühere Geschäftsgruppe I (Präsidialabteilung) wurden zur Magistratsdirektion vereinigt, welcher nunmehr sämtliche Präsidial- und Personalangelegenheiten oblagen. Das Amt des Wirtschaftsinspektors wurde aufgelassen und seine Agenden der Magistratsdirektion zugewiesen. Die bisherige Geschäftsgruppe II wurde für die allgemeine politische Verwaltung zuständig. Durch die Zusammenfassung einer Reihe von Abteilungen und Gruppen erfuhren der technische Stadtbauamt und das technische Büro des Stadtbauamts eine organisatorische Umstrukturierung. Der städtische Wirtschaftshof wurde vom Bauamt vollkommen losgelöst. Zu seinem bisherigen Aufgabenbereich wurde ihm die zentrale Materialbeschaffung und -verwaltung anvertraut. Das unter der demokratischen Verwaltung in mehrere Abteilungen gegliederte Fürsorgeamt vereinigte nunmehr sämtliche Fürsorgeaufgaben der Gemeinde – also Jugendfürsorge und Fürsorge für Erwachsene, Wohnungsfürsorge (Mietzinsbeihilfen), Siedlungswesen und Arbeitsdienst – unter einheitlicher Führung. Aufgrund der Trennung der Fürsorge (Beihilfen) von der wirtschaftlichen Verwaltung der Wohngebäude wurde auch das Wohnungsfürsorgeamt neu organisiert. Mit dieser neuen Geschäftseinteilung des Magistrats hielt sich das neue Regime zugute, die „unter dem früheren Regime eingetretene Überwucherung mit Leiterposten, derethalben eine Un-

¹⁵⁵ Bericht über die 25. ordentliche – öffentliche – Sitzung des Gemeindetages am 15. Dezember 1936: Haushaltsplan 1937 der Landeshauptstadt Linz. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz 1937 vom 1. Jänner 1937, 14.

¹⁵⁶ Ebenda.

¹⁵⁷ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1936), 22.

menge Geschäftsgruppen, Abteilungen und Untergruppen geschaffen wurde“, beseitigt zu haben.¹⁵⁸

Betrachtet man jedoch die Personalpolitik der neuen Stadtverwaltung etwas näher, so begegnet man massenweisen politischen Entlassungen ehemaliger Sozialdemokraten. Außerdem kam es zu politischen „Postenumfärbungen“ großen Maßstabs mit nahezu überbordendem Postenschacher und vielfältig praktiziertem Interventionismus und Protektionismus, der vom Linzer Stadtrat, der Vaterländischen Front, dem oberösterreichischen bzw. dem Linzer Heimatschutz über die Empfehlungen eines Pfarrers bis zu der des Landeshauptmanns reichte.¹⁵⁹

Posten- und Geldzuwendungen durch eine „Korruptionsclique“ um die christlichen Gewerkschaftsführer im Linzer Magistrat führten im Jahre 1935 zu wochenlangen Aufregungen und Empörungen unter den Linzer Magistratsangestellten. Ein Aufruf der illegalen Kommunisten Oberösterreichs wandte sich in diesem Zusammenhang vehement gegen die neu gegründete – „unabhängige“ – Heimwehrgewerkschaft und zeigte sich überzeugt, dass nur die „illegale freie revolutionäre Gewerkschaft“ die Belange der Arbeiter und Angestellten des Rathauses wahren und den Weg zur „Erringung würdigerer und besserer Lebensbedingungen und damit zur Niederringung des Faschismus“ weisen könne.¹⁶⁰

Massive Verschlechterungen ihrer Lebensbedingungen dürften vor allem jene Magistratsangestellten erlitten haben, die der Teilnahme an den Kampfhandlungen vom 12. Februar oder der Unterstützung der Sozialdemokratie verdächtigt und aus diesem Grund entlassen wurden. An deren Stelle wurden Angehörige der Heimwehren eingestellt. Diese Praxis wurde durch eine Verordnung vom 16. Juni 1934 auch „rechtlich“ festgeschrieben. In der Vergabe freier Stellen war nunmehr auf eine genaue Reihenfolge zu achten: An erster Stelle standen die „Mitglieder der Verteidigungskorps mit Stellenzertifikat“, an zweiter Stelle Arbeitslose, die Mitglieder der Vaterländischen Front und der neu gegründeten staatlichen Einheitsgewerkschaft waren. Erst an letzter Stelle sollten jene Arbeitslosen berücksichtigt werden, die bei keiner der genannten Organisationen Mitglied waren. Darüber hinaus ermächtigte eine Verordnung der Regierung zwecks „Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung“ die Entfernung jedes öffentlich Bediensteten.¹⁶¹

In einzelnen Fällen kam es im Magistrat zu einer Wiederaufnahme von Februar-Entlassenen, die dann zum Teil in niederen Chargen ihren Dienst antreten durften. In einzelnen Fällen führte die Einreichung einer Klage gegen die Entlassung wegen der Teilnahme an der Februar-Revolte beim Gewerbegericht zu einer Wiedereinstellung im Vergleichswege.¹⁶²

Seit dem Februar 1934 verzeichnete die Personalstatistik im Linzer Magistrat 78 Abgänge bei den Pragmatisierten, von denen 61 in die Pension geschickt, sieben entlassen und drei gekündigt wurden sowie sieben verstorben waren. Bei den Vertragsangestellten wurden 70

¹⁵⁸ Die neue Geschäftseinteilung des Magistrates. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz 1936 vom 15. April 1936, 78.

¹⁵⁹ AStL, Neue Registratur, Ständestaat, Sch. B 3, Mappe BI Personalpolitik 1934–1937.

¹⁶⁰ Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich, 174.

¹⁶¹ Kepplinger, Arbeiterwohnbau, 62.

¹⁶² AStL, Neue Registratur, Ständestaat, Sch. B 3, Mappe BI Personalpolitik 1934–1937.

gekündigt oder entlassen, drei waren verstorben. Dem standen 157 Neuaufnahmen und weitere 17 Pragmatisierungen sowie drei Übernahmen in das Vertragsverhältnis gegenüber. Mit Stichtag 12. Oktober 1935 waren somit seit dem 12. Februar 1934 177 Neuaufnahmen und 151 Abgänge zu verzeichnen. Der Gesamtpersonalstand des Magistrats umfasste mit 1. November 1935 590 Angestellte – davon 353 Pragmatisierte und 237 Vertragsangestellte.¹⁶³

Hinzu kam ein interventionspolitisch ebenfalls heiß umkämpftes Kontingent zeitlich befristeter Einstellungen von insgesamt 305 Hilfs- oder Reversarbeitern in den städtischen Betrieben und (Straßen-)Bauunternehmungen im Rahmen der sogenannten Produktiven Arbeitslosenfürsorge (PAF). Von diesen gehörten 116 der Vaterländischen Front, 89 dem Heimatschutz, 18 dem Freiheitsbund, drei dem Militär, zwei den Ostmärkischen Sturmsharen und 77 keiner – zumindest dem Magistrat nicht bekannten – Organisation an. Das Verhältnis der Schutzkorpsmitglieder zur Gesamtsumme der Einstellungen betrüge bei den männlichen Bewerbern 45,6 Prozent, konnte ein Amtsbericht der Magistratsdirektion im Mai 1936 zufrieden feststellen.¹⁶⁴

Grundlage dieser Beschäftigungsverhältnisse war eine im Sommer 1935 vom Sozialministerium an alle Arbeitsämter ergangene Weisung zur bevorzugten Vermittlung von arbeitslosen, abgerüsteten Schutzkorpsangehörigen zu öffentlichen Arbeiten und zur Produktiven Arbeitslosenfürsorge.¹⁶⁵ So waren bei allen bewilligten Arbeiten im Rahmen der Produktiven Arbeitslosenfürsorge 35 Prozent Schutzkorpsangehörige, 35 Prozent unterstützte Arbeitslose und 30 Prozent sogenannte „Ausgesteuerte“ zu beschäftigen. Bei den übrigen öffentlichen Arbeiten waren 30 Prozent Schutzkorpsangehörige, 30 Prozent „Unterstützte“, 20 Prozent „Ausgesteuerte“ und Spezialarbeiter („Freiquote“) und 20 Prozent „Ausgesteuerte“ einzusetzen.

Mit Stichtag 3. Juni 1935 hatten alle Betriebsinhaber solcherart begünstigte Personen in der vorgeschriebenen Anzahl und Relation bei öffentlichen Arbeiten bzw. Arbeiten der Produktiven Arbeitslosenfürsorge zu beschäftigen. Anderenfalls setzten sie sich der Gefahr einer Bestrafung von bis zu 1.000 Schilling aus. Einstellungspflichtig waren gewerbliche Betriebe aller Art, Bergwerksbetriebe, Betriebe der staatlichen Monopolverwaltung, land- und forstwirtschaftliche Betriebe sowie alle anderen Betriebe mit mindestens 25 Arbeitnehmern.

¹⁶³ Ebenda; siehe auch: Schuster, „Ständestaat“, 58.

¹⁶⁴ AStL, Neue Registratur, Ständestaat, Sch. B 3, Mappe BI Personalpolitik 1934–1937. Amtsbericht der Magistratsdirektion am 14. Mai 1936.; Ebenda, Amtsvermerk Arbeitsaufnahmen Gaswerk 1934–1936.

¹⁶⁵ Zum Kreis der begünstigten Personen gehörten jene Schutzkorpsangehörige, die zwischen 1. August 1934 und dem Wirkungsbeginn der Verordnung am 8. Mai 1935 mindestens sechs Monate einem der zur Bildung des freiwilligen Schutzkorps bestimmten Wehrverbände (Schutzkorpsverbände) angehört hatten, oder die während des Februaraufstands oder des Juliputsches in einem Wehrverband in Dienst gestanden waren. Begünstigte Schutzkorpsverbände waren die Burgenländischen Landeschützen, die christlich-deutsche Turnerschaft, der Freiheitsbund, der Österreichische Heimatschutz und die Ostmärkischen Sturmsharen. AStL, Neue Registratur, Ständestaat, Sch. B 13, Landesführung der Heimatwehr Oberösterreich, Landesführerbefehl Nr. 6. Linz, am 21. Juni 1935.

Das konkrete Prozedere solcher Arbeitsvermittlungen lief im Einflussbereich der Linzer Stadtverwaltung oft folgendermaßen ab: Eine private Firma forderte Arbeitskräfte für die Produktive Arbeitslosenfürsorge – vorwiegend für die Bereiche Bauwesen und Straßenbau – an. Baureferent Bürgermeister-Stellvertreter Danner schickte daraufhin dieser Firma eine Liste mit Namen der gewünschten Arbeiter zu, mit der Aufforderung, diese dem Arbeitsamt zwecks Zuweisung bekannt zu geben. Da auf den Listen des Bürgermeister-Stellvertreters oft nur Schutzkorpsangehörige eingetragen waren, wurde die Verfügung des Landesarbeitsamt vom 15. Mai 1935 über den prozentuellen Arbeitsvermittlungsproporz zu Gunsten der Schutzkorpsangehörigen oft nicht eingehalten.¹⁶⁶

Die Landesleitung der Vaterländischen Front machte sich daher bereits Sorgen, dass „ihre Leute“ bei Arbeitseinsätzen im Rahmen der Produktiven Arbeitslosenfürsorge zu kurz kommen.¹⁶⁷ Heimwehrführer Wenninger sah sich zur Intervention für seine Klientel veranlasst, als der Magistrat Linz alle Magistratsreversarbeiter – gleichgültig ob mit oder ohne Einstellungsschein – in der geübten Praxis, diese bis zur Erlangung eines Anspruchs auf Arbeitslosenunterstützung bzw. nach deren Ablauf befristet einzustellen, gleich behandeln wollte. Wenninger war überzeugt, dass die Arbeiter, die im Besitz eines Einstellungsscheins waren, die „Erneuerung unseres Vaterlandes“ überhaupt erst ermöglicht hatten. Unter diesem Gesichtspunkt erschien eine Gleichbehandlung schlichtweg eine Ungerechtigkeit zu sein.¹⁶⁸

„Bodenlose Punkte der Stille“: Zu den Bemühungen zur Befriedung der Arbeiterschaft

Die Auflösung der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Teilorganisationen ließ ein politisches Vakuum entstehen, das andere politische Gruppierungen – wie etwa die Nationalsozialisten – auszufüllen trachteten. Bei den jungen, depravierten, von Arbeitslosigkeit bedrohten und im vereinskulturellen und gewerkschaftlichen Milieu der Sozialdemokratie nur wenig verankerten Arbeitern waren diese Anwerbemühnungen partiell auch von Erfolg gekrönt.¹⁶⁹ Andere enttäuschte Schutzbündler akzeptierten den illegalen Kampf der Kommunisten gegen das verhasste Dollfuß-Regime. Die Mehrheit der geschlagenen Sozialdemokraten verhielt sich jedoch abwartend bis resignativ. Nur gelegentlich kam es zu konfliktfreien Demonstrationen gegenüber dem neuen Regime: So beteiligten sich im November 1935 an der Leichenfeier für den ehemaligen sozialdemokratischen Linzer Bürgermeister Eduard

¹⁶⁶ AStL, Neue Registratur, Ständestaat, Sch. B 3, Mappe BI Personalpolitik 1934–1937, Amtsbericht. Einstellung durch das Arbeitsamt. Linz, am 6. Juni 1935.

¹⁶⁷ Ebenda, Protokoll über die Ausschusssitzung vom 28. Mai 1935.

¹⁶⁸ AStL, Neue Registratur, Ständestaat, Sch. B 4, Schreiben von Landesstatthalter Heinrich Wenninger an Bürgermeister Bock. Linz, am 27. Juli 1936 sowie ebenda, Sch. B 5.

¹⁶⁹ Zu den illegalen nationalsozialistischen Aktivitäten der jugendlichen Radikalen siehe: Dostal, Das „braune Netzwerk“ in Linz, 47 ff.

Euller mehr als 4.000 Personen und erwiesen so dem ehemals „Roten Linz“ eine friedvolle Reverenz.¹⁷⁰

Die überwiegend resignative Haltung des größten Teils der Linzer Arbeiterschaft war auch der Grund für die anfänglich großen Schwierigkeiten des ehemaligen Linzer Gemeinderats und Landessekretärs der Postgewerkschaft, Edmund Aigner, die Revolutionären Sozialisten im Untergrund zu organisieren. Die meisten Sympathisanten konnte man unter den Anhängern der illegalen Freien Gewerkschaften in der Tabakfabrik und in der Bundesbahnhauptwerkstätte gewinnen.¹⁷¹ Erst nach intensivem Drängen des Wiener Untergrunds gelang es im Juni 1935, in Linz eine Landeszweigstelle der Revolutionären Sozialisten zu schaffen, die jedoch nur eine geringe Aktivität zu entfalten vermochte.¹⁷²

Angesichts der vorwiegend klein- und mittelbetrieblichen Struktur war ein Zusammenhalt der Linzer Arbeiterschaft nur schwer zu organisieren. Die Aktivitäten der Revolutionären Sozialisten gingen daher über die Verbreitung von illegalen Zeitungen und Flugschriften, die Verteilung von Unterstützungsgeldern für entlassene Sozialdemokraten oder gelegentlichen illegalen Zusammenkünften nicht hinaus. In erster Linie waren es die gut organisierten Eisenbahner, die eine gewisse Kohärenz und Parteiloyalität bewahren konnten und auch mit Otto Bauer und Julius Deutsch in ihrem Brünner Exil Kontakt hielten.¹⁷³

Die Kommunisten vermochten in den Monaten nach dem 12. Februar vor allem die militanten Arbeiter der Linzer Schiffswerft, der Tabakfabrik und der Kleinmünchner Textilfabrik anzusprechen, eine illegale Flugschriftenpropaganda zu entfalten, Geldsammelaktionen u. a. zur Unterstützung Hinterbliebener der Februarkämpfe zu organisieren (Rote Hilfe) sowie einen Kurierdienst mit dem österreichischen Zentralkomitee in der Tschechoslowakei einzurichten. Im September 1934 unterwanderte die Polizei die kommunistische Organisation in Linz. Man stieß auf ein weit verzweigtes Netz von Zellen, das bis in einige entlegene Ortschaften Oberösterreichs reichte.¹⁷⁴

Um die Befriedung oder Integration der zwischen Untergrundsozialisten, Kommunisten und Nationalsozialisten schwankenden, in ihrem überwiegenden Teil jedoch in passiver Desillusion verharrenden Arbeiterschaft bemühte sich das austrofaschistische Regime in Oberösterreich besonders intensiv. Die beschrittenen „Versöhnungswege“ zur Kalmierung der Arbeiterschaft und zur wenigstens partiellen Befriedigung ihrer sozialen und arbeitsrechtlichen Anliegen reichten von der Instrumentalisierung der gleichgeschalteten Arbeiterkammer über die bereits am 1. Mai 1934 erfolgte Schaffung eines austrofaschistischen Gewerkschaftsbunds bis hin zu der am 31. März 1935 auf „Bundesbefehl“ der Vaterländischen Front ebenfalls als Provisorium errichteten sogenannten Sozialen Arbeitsgemeinschaft als „sozialpolitischen“ Arm der Vaterländischen Front. War die austrofaschistische Einheitsge-

¹⁷⁰ Mayrhofer/Katzinger, *Geschichte der Stadt Linz*, Bd. 2, 284; *Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich*, 69 f.; West, *Die Linke im Ständestaat Österreich*.

¹⁷¹ Mayrhofer/Katzinger, *Geschichte der Stadt Linz*, Bd. 2, 284.

¹⁷² Bukey, *Patenstadt des Führers*, 214; Buttinger, *In the Twilight of Socialism*, 305 f.; *Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich*, 53 ff.

¹⁷³ Bukey, *Patenstadt des Führers*, 215.

¹⁷⁴ Ebenda, 215 f.; *Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich*, 87 ff.

werkschaft als „Träger des sozialen und wirtschaftlichen Interesses und damit des sozialen Rechtes“ der Arbeiterschaft konzipiert, sollte die Soziale Arbeitsgemeinschaft als „Träger des besonderen Willens zur Mitarbeit am neuen Staat“ fungieren und der politischen Vertretung der integrationswilligen Teile der Arbeiterschaft dienen.¹⁷⁵

Bei den bisher sozialdemokratisch dominierten Arbeiterkammern waren bereits am 31. Dezember 1933 die Mandate endgültig erloschen, nachdem sie schon zweimal zwecks Verhinderung von demokratischen Neuwahlen auf Verordnungsweg verlängert worden waren. Auf Verordnung der Bundesregierung wurden nun Verwaltungskommissionen für die Kammern für Arbeiter und Angestellte eingesetzt. Ihre Mitglieder – vorwiegend Christgewerkschafter – wurden vom Bundesminister für Soziale Verwaltung berufen, der sie auch jederzeit wieder abberufen konnte. Durch die faktische Gleichschaltung und Aufhebung ihrer Autonomie sowie durch die direkte Unterstellung unter die autoritäre Regierung sollten die Aufgaben der Arbeiterkammern bis zur endgültigen Etablierung einer „berufsständischen Ordnung“ noch für eine gewisse Übergangszeit gewahrt bleiben.¹⁷⁶

Mit 1. Jänner 1934 wurde als kommissarischer Leiter bzw. Vorsitzender des neuen Verwaltungsbeirats der oberösterreichischen Arbeiterkammer der bisherige Landessekretär der christlichen Gewerkschaften, Franz Kriz, berufen. In der Sitzung der Verwaltungskommission vom 14. März 1934 kam es zur einstimmigen provisorischen Bestellung Alfred Maletas zum Ersten Sekretär der Arbeiterkammer Linz.¹⁷⁷ Mit dieser Ernennung wurde der bisherige Landesführerstellvertreter der Vaterländischen Front von Oberösterreich in die Arbeiterkammer abgeschoben. Nach der Gründung des Gewerkschaftsbunds wurde Maleta, da die Arbeiterkammern zu Geschäftsstellen der Landeskartelle des Gewerkschaftsbunds bestimmt wurden, auch zu dessen leitenden Sekretär ernannt.¹⁷⁸ Praktischerweise stand der Sozialen Arbeitsgemeinschaft in Oberösterreich ebenfalls Alfred Maleta als geschäftsführender Obmann vor.¹⁷⁹ Hinsichtlich der institutionellen Grundlagen zur „Befriedung der Arbeiterschaft“ war damit eine hohe personelle Kontingenz gewährleistet.

Abgesehen von der obersten Spitze blieb der Beamtenapparat der Linzer Arbeiterkammer weitgehend „ungesäubert“. Die Belassung ehemals sozialdemokratischer Funktionäre sollte auf die Arbeiterschaft vertrauensstiftend wirken und den „versöhnlichen Kurs“ des Regimes unterstreichen.

Durch die Schaffung des austrofaschistischen Einheitsgewerkschaftsbunds kam es zu einer organisatorischen Verschmelzung zwischen diesem und der Arbeiterkammer. Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und Niederösterreich wurde zur Geschäftsstelle des

¹⁷⁵ Pelinka, *Stand oder Klasse?*, 120; neuerdings auch: Göhring/Pellar, *Anpassung und Widerstand*, sowie Pasteur, *Unter dem Kruckenkreuz*.

¹⁷⁶ Die Verwaltungskommissionen der Arbeiterkammern. In: *Wiener Morgenblatt* vom 1. Jänner 1934. Zitiert bei: Pelinka, *Stand oder Klasse?*, 52 f.

¹⁷⁷ AKOOE-Archiv, Verwaltungskommission, Protokolle 9.3.1934. Protokoll der 7. Sitzung der Verwaltungskommission. Linz, am 14. März 1934.

¹⁷⁸ Maleta, *Bewältigte Vergangenheit*, 94 f.; Slapnicka, *Oberösterreich – Zwischen Bürgerkrieg und Anschluß*, 179 f.

¹⁷⁹ Pelinka, *Stand oder Klasse?*, 119 ff. und 123.

Gewerkschaftsbundes. Die Kammern der einzelnen Länder wurden zu Geschäftsstellen der Landeskartelle des Gewerkschaftsbunds. Der Gewerkschaftsbund gliederte sich in Berufsverbände, die 33 Gewerkschaften (Fachverbände) umfassten. Entgegen den ursprünglichen Intentionen der Regierung lag das Schwergewicht der Tätigkeit des Gewerkschaftsbunds jedoch nicht bei den Berufsverbänden,¹⁸⁰ sondern bei den einzelnen Gewerkschaften, die auch über eigene Landesleitungen verfügten, denen ein Fachsekretär zur Erledigung der administrativen und sonstigen Aufgaben beigegeben war. Die unterste Organisationseinheit einer Fachgewerkschaft war die Ortsstelle, die zum Großteil für ein Gemeindegebiet eingerichtet war. Verfügte eine Gemeinde über mehrere Ortsstellen einer Gewerkschaft, so wurde ein sogenanntes Ortskartell errichtet, das die Gesamtvertretung der Arbeiter- und Angestellten über die einzelnen Brancheninteressen hinaus wahrnehmen sollte. Die Ortskartelle eines Verwaltungsbezirks waren im sogenannten Bezirkskartell vereint. Die oberste Organisationsstelle bildete das Landeskartell. In ihm waren die fünf Berufsverbände, die Einzelgewerkschaften mit ihren Landesfachausschüssen und die einzelnen Bezirkskartelle vereint. Die Funktionäre des Gewerkschaftsbundes wurden – gemäß dem „autoritären Prinzip“ und wider dem statutarisch festgelegten, ohnedies eingeschränkten Wahlmodus – nicht gewählt, sondern ernannt, und unterstanden in ihrer Spitze unmittelbar dem Sozialminister. Damit war die Vorherrschaft einer regierungsloyalen christlichen Arbeiterbewegung – ungeachtet der tatsächlichen Mehrheitsverhältnisse innerhalb der Arbeiterschaft – im Gewerkschaftsbund garantiert; eine Vorherrschaft, die freilich unter staatlicher Aufsicht stand.¹⁸¹

Der organisatorische Aufbau des Gewerkschaftsbundes erfolgte in Oberösterreich während des Sommers 1934. Durch die Schulung von Gewerkschaftssekretären und Betriebsvertrauensmännern sollte ein Grundstock an ideologisch verlässlichen Mitarbeitern aufgebaut werden. Doch trotz der hohen Bedeutung, der diesen Schulungen von der Führung des Landeskartells beigemessen wurde, waren die Kurse, die häufig in der Kuranstalt „Sonnenheim“ in Bad Hall stattfanden, nur mit sehr wenigen Teilnahmen gesegnet.¹⁸² Der inhaltliche Schwerpunkt lag auf der ideologischen Schulung und umfasste die Themen berufsständische Theorie und berufsständischer Aufbau in Österreich, Organisation des Gewerkschaftsbunds, die neue Bundesverfassung, Volkswirtschaftslehre, Arbeitsrecht, Sozialversicherung, berufsständische Gesetzgebung und Arbeit, der kulturelle Aufstieg der Arbeiterschaft sowie wirtschaftspolitische Tagesfragen.¹⁸³

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft sollte durch die allgemeine Bildungsarbeit für Arbeiter und Lehrlinge, aber auch durch sogenannte Ausspracheabende überzeugt werden. Doch

¹⁸⁰ Berufsverband für Industrie und Bergbau, für das Gewerbe, für Handel und Verkehr, für das Geld-, Kredit- und Versicherungswesen und für die freien Berufe. Die öffentlich Bediensteten und die Arbeiter und Angestellten in der Land- und Forstwirtschaft wurden nicht vom Gewerkschaftsbund vertreten. Für sie wurde per Gesetz der Berufsstand „Öffentlicher Dienst“ (19. Oktober 1934) und der Berufsstand „Land- und Forstwirtschaft“ (10. Juli 1935) geschaffen.

¹⁸¹ Drei Jahre Landeskartell, 14 f.; Pelinka, Stand oder Klasse?, 99 f und 102 ff.; Pelinka, Christliche Arbeiterbewegung und Austrofaschismus, 91 f.

¹⁸² Drei Jahre Landeskartell, 80.

¹⁸³ Ebenda, 91.

fanden die Diskussionsveranstaltungen – zuweilen mit persönlich ausgesprochenen Einladungen – nur „im kleinen Kreis“ statt und dürften bei der Arbeiterschaft auf wenig Resonanz gestoßen sein.¹⁸⁴

Trotzdem konnte das Landeskartell Oberösterreich in der Mitgliederentwicklung einen kontinuierlichen Anstieg verzeichnen: Wurden 1934 31.000 Mitglieder, 1935 39.018 und 1936 44.538 Mitglieder gezählt, so waren es im April/Mai 1937 46.691 (davon 40.314 Arbeiter und 6.377 Angestellte) in insgesamt 359 Ortsstellen. Diese wurden von 3.660 aktiven Funktionären betreut. Zusätzlich gab es noch 1.299 Vertrauensmänner, wobei jedoch die Doppelfunktionäre zweimal gezählt wurden.¹⁸⁵ Bei diesem Aufwärtstrend muss die – schwer zu quantifizierende – Taktik der illegalen sozialdemokratischen Gewerkschaften, durch Beitritte in die austrofaschistischen Organisationen diese von innen her zu durchsetzen, mitberücksichtigt werden.

Auch im Stadtkartell Linz galt es, neben dem Aufbau der Organisation, die Arbeiterkammer mit dem Gewerkschaftsbund zu verschmelzen und die Eingliederung der Landesfachausschüsse in die einzelnen Gewerkschaften zu bewerkstelligen: „Wenn auch theoretisch zwei verschiedene Körperschaften vorhanden sind, so ist in der Praxis dennoch eine weitgehende Verschmelzung eingetreten, so daß die Kammer als der Apparat der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung überhaupt angesprochen werden kann,“ resümierte der dafür verantwortliche austrofaschistische Funktionär Alfred Maleta im Jahre 1937.¹⁸⁶ Dies konnte vor allem durch personalpolitische Doppelbesetzungen erreicht werden. Die Verwaltungskommission der Arbeiterkammer wurde so zum Vorstand des Landeskartells und somit zur höchsten Organisationsstelle des Gewerkschaftsbunds im Land.

Bis Mitte 1937 waren in Oberösterreich alle Landesleitungen der Gewerkschaften – mit Ausnahme des Berufsverbands der Freien Berufe – konstituiert: „Den Berufsverbänden, die bisher lediglich ein Dasein auf dem Papier führten, fällt in Zukunft eine ganz gewaltige Aufgabe zu. Sie sind nämlich satzungsmäßig berufen, die direkte Zusammenarbeit mit den Unternehmerbünden herzustellen. Von ihnen werden die gemeinsamen paritätischen Organe der Arbeitgeber und Arbeitnehmer entsendet und durch sie erhalten die Delegierten in den berufsständischen Ausschüssen ihre Weisungen. Der Entwicklung dieser Berufsverbände wird größtes Augenmerk zuzuwenden sein, da das Gedeihen der berufsständischen Ordnung, aber auch die Zukunft des Gewerkschaftsbundes sich an deren Bewährung entscheiden wird“, fasste Maleta Mitte 1937 den schleppenden „berufsständischen Aufbau“ auf der Arbeitnehmerseite zusammen.¹⁸⁷

„Berufsständische Ausschüsse“ als quasi Schlichtungsinstanz zwischen Lohnarbeit und Kapital wurden erst im November 1936 mit Bundesgesetz wenigstens vorläufig für die drei wichtigsten Berufsstände Industrie und Bergbau, Gewerbe sowie Handel und Verkehr geschaffen. Bis dahin musste sehr oft Landeshauptmann Gleißner gebeten werden, unter

¹⁸⁴ AKOOE-Archiv, Verwaltungskommission, Protokolle 17.8.1934, Protokoll der 15. Sitzung der Verwaltungskommission der o.ö. Kammer für Arbeiter und Angestellte in Linz, Linz am 17. August 1934.

¹⁸⁵ Drei Jahre Landeskartell, 21 f.

¹⁸⁶ Ebenda, 16.

¹⁸⁷ Ebenda.

seinem Vorsitz die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter an einen Verhandlungstisch zu bringen. Aber auch in anderen Fällen musste seine Intervention zum Schutz der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeitnehmer „erbeten“ werden.¹⁸⁸ Damit war der einklagbare Rechtsanspruch auf eine zumindest minimale Wahrung der sozialpolitischen Interessen der Arbeiterschaft von einer auf Intervention beruhenden „Gefälligkeitslösung“ abgelöst worden.

Landeshauptmann Gleißner war zweifellos bemüht, die politische Eingliederung der oberösterreichischen Arbeiterschaft in das „Neue Österreich“ zu fördern. Die bereits bald nach dem niedergeschlagenen Februaraufstand erfolgten politischen Aussprachen zwischen Vertretern der Vaterländischen Front, des austrofaschistischen Gewerkschaftsbunds und ehemaligen sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Vertrauensmännern führten jedoch zu keinen konkreten Ergebnissen.¹⁸⁹

Nach Abbruch der Verhandlungen entwickelte Maleta die Idee, die Frage der politischen Arbeitervertretung innerhalb des Rahmens der Vaterländischen Front zu lösen. Sein Konzept sah vor, dass die um die Gebietsorganisation der Vaterländischen Front gelagerten Standesbünde (Gewerbebund usw.) in ihre Ausschüsse paritätisch Arbeitervertreter aufnehmen sollen. Als Zusammenfassung dieser Arbeitervertreter war daran gedacht, bei der Landesleitung einen sogenannten Landes-Arbeiterreferenten einzusetzen. Doch konnte dieser Plan aufgrund interner Widerstände in der Vaterländischen Front nicht realisiert werden. Mit der Bestellung von Paul Weitlaner wurde lediglich die Berufung des Landes-Arbeiterreferenten umgesetzt. Das neu geschaffene Landesarbeiterreferat blieb jedoch ohne Programm und organisatorischen Rückhalt und entwickelte sich so lediglich zu einer Interventionsstelle für Hilfe suchende Arbeiter.¹⁹⁰

Neben den Bemühungen des Einzelkämpfers Weitlaner begann die von Wien ausgehende Aktion Winter – die von dem Bemühen gekennzeichnet war, in einem nichtdemokratischen Staat legal eine demokratische Arbeiterbewegung aufzubauen – in Oberösterreich Fuß zu fassen: „Der wesentliche Unterschied zwischen Dr. Winter und den oberösterreichischen Bestrebungen ist [...] darin zu sehen, daß ersterer eine Arbeiterbewegung außerhalb der Vaterländischen Front ausbaute, während letztere eine solche im streng geregelten Rahmen der Vaterländischen Front anbahnen wollten.“¹⁹¹

Daneben wurden auch Überlegungen zur Schaffung einer einheitlichen oberösterreichischen Arbeiteraktion angestellt, die als Vertretung der Arbeiterschaft in allen Stellen der Gebietsorganisation der Vaterländischen Front angedacht war. An dieser Arbeiteraktion sollten sich der Gewerkschaftsbund, die bestehenden sonstigen Arbeiterorganisationen und eine größere Anzahl ehemals sozialdemokratischer Vertrauensmänner beteiligen. In einem Programm-entwurf wurde der Arbeiteraktion die Vertretung der gemeinsamen Arbeiterinteressen nicht-

¹⁸⁸ Ebenda, 105 f.

¹⁸⁹ Maleta, *Der Sozialist im Dollfuß-Österreich*, 50.

¹⁹⁰ *Ein Jahr O.-Ö. Landeskartell des Gewerkschaftsbundes*, 27.

¹⁹¹ Ebenda.

gewerkschaftlicher Art sowie die Mitarbeit am Ausbau der sozialen Forderungen im Staatsprogramm zugestanden.

Kaum hatte die Arbeiteraktion in Oberösterreich ihre ersten Schritte unternommen, als in Wien im März 1935 durch einen „Bundesbefehl“ der Vaterländischen Front die Soziale Arbeitsgemeinschaft für das gesamte Bundesgebiet aus der Taufe gehoben wurde. Kurz darauf – im Juni 1935 – wurde die Aktion Winter – deren Bestrebungen um eine Öffnung des Systems nach links und seine Demokratisierung den austrofaschistischen Rahmen des Denk- und Machbaren deutlich überschritten – polizeilich verboten. Die im Gegensatz zur Aktion Winter im Rahmen des Systems verbleibende oberösterreichische Arbeiteraktion unterschied sich – abgesehen von ihrer territorialen Reichweite – konzeptionell kaum von jener der Sozialen Arbeitsgemeinschaft. So verwundert es auch wenig, dass Oberösterreich das erste Bundesland war, in dem eine Landesstelle der Sozialen Arbeitsgemeinschaft gegründet werden konnte. Dazu bedurfte es lediglich der Umbenennung der bisherigen Arbeiteraktion.¹⁹²

Das Landeskomitee der Sozialen Arbeitsgemeinschaft in Oberösterreich stand unter der Leitung des christlichen Arbeitervertreters Landesrat Karl Loidl. Als Stellvertreter wurde der Heimwehrexponent und Vizepräsident der oberösterreichischen Arbeiterkammer, Stefan Berghammer, eingesetzt. Alfred Maleta wurde zum geschäftsführenden Landesobmann bestimmt. Da infolge dieser Neuregelung das Landes-Arbeiterreferat aufgelöst wurde, betraute man dessen bisherigen Leiter, Paul Weitlaner, mit der Führung der von der Sozialen Arbeitsgemeinschaft in die Wege zu leitenden Hilfsaktionen.¹⁹³

Am 22. Juli 1935 übersandte Maleta der Landesleitung der Wiener Vaterländischen Front die Geschäftsordnung für die Soziale Arbeitsgemeinschaft in Oberösterreich. Diese sah zwar den organisatorischen Einbau in die Vaterländische Front vor, doch war für die Mitglieder der Sozialen Arbeitsgemeinschaft keine zwingende Mitgliedschaft bei der Vaterländischen Front vorgesehen. Die Soziale Arbeitsgemeinschaft sollte im „streng geregelten Rahmen“ der Vaterländischen Front alle „politischen“ Fragen behandeln, die im Interesse der Arbeiter- und Angestelltenschaft lagen und nicht ausschließlich in den Aufgabenkreis des Gewerkschaftsbundes fielen. Sie sollte die einheitliche Willensbildung der Arbeiterschaft organisieren und dieser im Rahmen der Vaterländischen Front ein Mitbestimmungsrecht ermöglichen. Sie hatte mit der Erstellung von Gutachten, der Abhaltung von Veranstaltungen, Kundgebungen und Konferenzen sowie der Einbringung von Anträgen zur Ausgestaltung der „sozialen Seite“ des neuen Staates beizutragen.¹⁹⁴ Schließlich wurde via Rundschreiben des Generalsekretariats der Vaterländischen Front vom 27. Oktober 1935 die endgültige Geschäftsordnung der Sozialen Arbeitsgemeinschaft mit Wirksamkeitsbeginn vom 1. November 1935 kundgetan.¹⁹⁵ War die Soziale Arbeitsgemeinschaft in Wirklichkeit jedoch bestenfalls eine Art soziale Hilfsstelle und ein Interventionsorgan zur Betreuung integra-

¹⁹² Maleta, *Der Sozialist im Dollfuß-Österreich*, 50 f.

¹⁹³ *Ein Jahr O.-Ö. Landeskartell des Gewerkschaftsbundes*, 27; Maleta, *Bewältigte Vergangenheit*, 97.

¹⁹⁴ Slapnicka, *Oberösterreich – Zwischen Bürgerkrieg und Anschluß*, 181 f.; Jedlicka, *Dr. Alfred Maleta und die Soziale Arbeitsgemeinschaft*, 73 ff.; Pelinka, *Christliche Arbeiterbewegung und Austrofaschismus*, 92 f.

¹⁹⁵ Abgedruckt in: *Österreich! und Front Heil!*, 209 ff.

tions- und kooperationswilliger – und somit des Sozialismus bzw. Marxismus abholder – Arbeiter, so sollte sie aus der Sicht Maletas und seiner Mitarbeiter zu einer Keimzelle für eine „vaterländische politische Arbeiterbewegung“ werden.¹⁹⁶ In den drei Jahren ihres Bestehens welkte die Soziale Arbeitsgemeinschaft jedoch als eine unfertige Institution dahin. Sie blieb – mit den Worten Anton Pelinkas – lediglich ein nicht eingelöstes Versprechen von Regierung und Vaterländischer Front an die Arbeiterschaft.¹⁹⁷

Das hinter all diesen „Befriedungsaktionen“ von christlichen Arbeiterfunktionären aus Gewerkschaftsbund, Arbeiterkammer und Sozialer Arbeitsgemeinschaft stehende Konzept brachte die 1936 erschienene, apologetische Schrift Alfred Maleta – „Der Sozialist im Dollfuß-Staat“ – auf den Punkt und stellte zugleich auch den Niederschlag seiner bisherigen Lehr- und Lernjahre in der Auseinandersetzung mit der „Arbeiterfrage“ dar.

Oberstes Ziel aller Bemühungen hatte die Gewinnung der „evolutionär“ eingestellten – nicht der „revolutionären Arbeiterschaft“ – zu sein. Diese – und nur diese – sollte davon überzeugt werden, dass das austrofaschistische Regime mit ihrem Denken vertraut wäre, und nach geeigneten politischen Mitteln zu ihrer Integration in das bestehende „ständestaatliche“, autoritäre System suche. Gleichzeitig hatten die „Männer im Regierungslager“ davon überzeugt zu werden, dass jegliches Bemühen um die Gefolgschaft der sozialistischen Arbeiter ohne Rücksicht auf ihre „Mentalität“ zum Scheitern verurteilt wäre. In der praktischen „Befriedungsarbeit“ ging es also um die Auslotung von Gemeinsamkeiten und gemeinsamen Berührungspunkten zwischen nichtrevolutionären Arbeitern und der Regierung, die als Grundlage für die geistige Eingliederung der bisher marxistischen Arbeiter in das „Neue Österreich“ dienen konnten.¹⁹⁸

Auf dem Boden der „neuen Staatsidee“ sollte der nichtrevolutionären Arbeiterschaft ein gewisses Maß an Mitbestimmung und sozialer Gleichberechtigung zugestanden werden. Die Arbeiterschaft sollte versuchen, den Staat in „ruhiger und legaler Weise“ in ihrem Sinne zu beeinflussen, was natürlich das Ende einer illegalen Bewegung bedeutet hätte: „Die Auseinandersetzung der Arbeiterschaft mit dem neuen Staat ist daher in der Hauptsache eine Auseinandersetzung zwischen der Geisteshaltung der Arbeiterschaft und dem Programm der Vaterländischen Front, da es sich ganz eindeutig um die Eingliederung der sozialistischen Arbeiterschaft in dieses so und nicht anders geartete Österreich handelt.“¹⁹⁹

„Dem Einwand, daß dies eine Gefahr für den neuen Staat bildet, ist entgegenzuhalten, daß die viel größere Gefahr darin liegt, wenn man die zur Mitarbeit bereiten Kreise von der Verantwortung ausschließt. [...] Man muß die Menschen eben nehmen wie sie sind. Schließlich und endlich ist es auch gleichgültig, wenn der eine oder andere noch nicht mit allen Einzelheiten des neuen Staates einverstanden ist. Die Hauptsache liegt im positiven Bekenntnis zur legalen Mitarbeit.“²⁰⁰

¹⁹⁶ Maleta, *Bewältigte Vergangenheit*, 158.

¹⁹⁷ Pelinka, *Stand oder Klasse?*, 119.

¹⁹⁸ Maleta, *Bewältigte Vergangenheit*, 106.

¹⁹⁹ Maleta, *Der Sozialist im Dollfuß-Österreich*, 63.

²⁰⁰ Ebenda, 131.

Diese im Jahr des Juliabkommens und der damit einhergehenden „Befriedung nach rechts“ formulierten Gedanken legten quasi die von der Regierung praktizierte „pragmatische“ Politik gegenüber der nationalsozialistischen Opposition analog auf eine „Befriedung nach links“ um. Dass das Bemühen der SAG, der Arbeiterschaft einen Weg zu „ihrem Vaterland“ zu weisen, als „Volksfrontpolitik“ und „Handlangerdienste für dunkle Pläne der Kommintern“ diffamiert werde, wies Maleta im Dezember 1937 scharf zurück. Es müsse anerkannt werden, dass innerhalb der SAG und des GB „ein echt österreichischer Weg“ beschritten werde, auch wenn so mancher „aufrechter [ehemals sozialdemokratisch organisierter; Anmerkung des Verfassers] Mann innerlich sich in allen Dingen noch nicht so rasch umstellen konnte“. Deswegen dürfe man ihn nicht als einen „verstockten Marxisten“ bezichtigen.²⁰¹

Immerhin wusste Maleta für den Bereich der Arbeiterschaft, dem das „Tor zum Vaterland“ aufgestoßen werden sollte, dass ein Großteil der Vertrauensmänner des Gewerkschaftsbundes ehemalige Sozialdemokraten und Freigewerkschafter waren. Mit dem Bestehen auf einen „deutlich kennbaren Trennungsstrich“ gegenüber jeglicher illegaler Tätigkeit meinte Maleta, eine Mehrheit der Arbeiterschaft für das „Neue Österreich“ gewinnen zu können. Maletas „Befriedungskonzept nach links“ schloss dabei die Befürwortung einer „Befriedung nach rechts“ nicht aus: Auch die „Nationalen Kreise“ mussten für den „österreichischen Weg und die österreichische Gestaltung des Staates“ gewonnen werden.²⁰²

Die „Lösung der gesellschaftlichen Seite der Arbeiterfrage“ lag für Maleta „in der Ausgestaltung der Sozialpolitik und ihrer allmählichen Überleitung zur Sozialreform.“²⁰³ Denn die Arbeiterschaft werte die vom „neuen Staat“ getroffenen Maßnahmen in erster Linie in ihren Auswirkungen auf ihr tägliches Leben. Daher wäre die endgültige Entscheidung der sozialistischen Arbeiterschaft für den „neuen Staat“ von der konkreten Gestaltung seiner gesellschaftspolitischen Reformen abhängig: „Es galt daher alles daranzusetzen, daß das neue Österreich von der Arbeiterschaft nicht als bürgerlicher Klassenstaat gewertet werden konnte,“ so Maleta.²⁰⁴

Wie dieser Eindruck nicht entstehen konnte, darüber gab Maletas „Befriedungsschrift“ jedoch keine Auskunft. Im Gefolge der Niederschlagung des Februaraufstands waren in Oberösterreich in allen Berufsgruppen – mit Ausnahme von Teilen der Industrie – die Kollektivverträge, die als wirtschaftshemmend und wirtschaftszerstörend diskreditiert wurden, restlos beseitigt worden. Im Durchschnitt standen von 100 oberösterreichischen Arbeitnehmern nur noch 40 unter dem Schutz eines Kollektivvertrags. Im Gewerbe waren dies sogar nur 24 Prozent, im Handel und Verkehr 32 Prozent, in der Industrie immerhin noch 55 Prozent. Bei den Arbeitern war es im Regelfall noch schlechter bestellt als bei den Angestellten.²⁰⁵

²⁰¹ Unser Linzer Programm, 4.

²⁰² Ebenda, 5 f.

²⁰³ Maleta, Der Sozialist im Dollfuß-Österreich, 11.

²⁰⁴ Ebenda, 29.

²⁰⁵ Für uns sprechen Taten, 3 f.

In Linz wurden Ende 1934 insgesamt 24.868 unselbständig Erwerbstätige – davon 18.130 Arbeiter und 6.738 Angestellte – gezählt. Von diesen waren lediglich 9.933 – davon 7.079 Arbeiter und 2.854 Angestellte – kollektivvertraglich „organisiert“. In Prozenten gerechnet verfügten also bei den Arbeitern 39 Prozent und bei den Angestellten 42,9 Prozent über den Schutz eines Kollektivvertrags.²⁰⁶

Die Arbeiterkammer Linz musste beobachten, dass die Auflösung der Richtungsgewerkschaften von einer großen Anzahl von Betrieben dazu genützt wurde, um bei der Belegschaft arbeitsrechtliche Verschlechterungen vorzunehmen. Am häufigsten wurden die Kündigungsbeschränkungen und Entgeltbestimmungen ignoriert. Eine im Juli 1934 vom Gehilfenausschuss des Gremiums der Linzer Kaufmannschaft durchgeführte Gehaltserhebung im Linzer Handel ergab, dass „ein Großteil der Linzer Kaufmannschaft“ sozial eingestellt war. Man traf aber auch auf Firmen, von denen man das nicht sagen konnte. So wurden Dienstverhältnisse gerade so lange aufrechterhalten, solange kein Abfertigungsanspruch geltend gemacht werden konnte. Nach „rechtzeitig“ erfolgter Entlassung und einer Pause von einem Monat wurden die betroffenen Arbeitnehmer oft von derselben Firma wieder eingestellt.

Ein weiteres Malefiz bestand bei der Zahlung der Gehälter. Monatslöhne von 40 bis 80 Schilling waren keine Seltenheit. Gemäß Gewerbegericht, Landesgericht und Einigungsamt hatte ein Mindestgehalt für einen Angestellten nicht weniger als 120 Schilling 13-mal im Jahr zu betragen. Aus Angst vor einer Kündigung trauten sich die Arbeitnehmer jedoch oft nicht, sich über ihre zu geringe Entlohnung zu beschweren. Am häufigsten wurden die Gehälter der Angestellten unter 22 Jahren gedrückt. Erschwerend für die jungen Arbeitnehmer war, dass nach Ablauf der Lehrzeit nur ein kleiner Prozentsatz in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen wurde.²⁰⁷

Von der austrofaschistischen Einheitsgewerkschaft schienen sich die Arbeitnehmer jedenfalls kaum eine Hilfe gegen die sozialen Missstände zu erwarten. Denn in vielen Betrieben wollten die Arbeiter ihre Gewerkschaftsbeiträge nicht mehr einzahlen. In der Kleinmünchner Textilfabrik kam es zu Widerständen gegen die Einsetzung von christlichen Gewerkschaftern als Vertrauensmänner. In der Textilfabrik, der Spiritusfabrik Kirchmeier, der Mühle Kajetan Strobl in Ebelsberg und in anderen Betrieben kam es zu Weigerungen der Belegschaft, dem Gewerkschaftsbund beizutreten. In der Tabakfabrik wurde durch Lohnzurückstufungen Druck auf die Belegschaft ausgeübt, dem Gewerkschaftsbund beizutreten.²⁰⁸

Selbst der von der Heimwehr nominierte Regierungskommissär der Arbeiterkrankenkasse und Vizepräsident der Arbeiterkammer, Stefan Berghammer – er sollte später einen Schwenk

²⁰⁶ In ganz Oberösterreich betrug die Zahl der beschäftigten Arbeiter 68.772, von denen 44,8 Prozent „organisiert“ waren. Die Zahl der Angestellten betrug 12.288, von denen 45,7 Prozent „organisiert“ waren. Oberösterreichweit waren also von 81.060 Arbeitnehmern 44,9 Prozent kollektivvertraglich erfasst. AKOOE-Archiv, Verwaltungskommission, Protokolle 26.12.1934. Protokoll der 26. Sitzung der Verwaltungskommission der o.ö. Kammer für Arbeiter und Angestellte in Linz, Linz am 6. Dezember 1935.

²⁰⁷ AKOOE-Archiv, Verwaltungskommission, Protokolle 26.4.1935, Protokoll der 22. Sitzung der Verwaltungskommission der o.ö. Kammer für Arbeiter und Angestellte in Linz, Linz am 26. April 1935; allgemein: Tálos, Sozialpolitik im Austrofaschismus, 227 f. und 233.

²⁰⁸ Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich, 167.

zu den Nationalsozialisten vollführen –, befürchtete, dass ein Rückschlag unausbleiblich wäre, wenn bei der Gewinnung der Arbeiter zum Gewerkschaftsbund nicht in nächster Zeit ein großer Vorstoß erfolgen würde. Berghammer meinte, dass in keiner der einzelnen Gewerkschaften eine richtunggebende Arbeit geleistet werde, vielmehr jeder nach seinem Gutdünken verfare. Zur Imageverbesserung entschloss sich die Verwaltungskommission, eine Presse- und Propagandastelle unter der Führung von Alfred Maleta einzurichten: „Gerade in einer Zeit, in der die Arbeiterschaft den neuen gesellschaftlichen Formen beobachtend gegenübersteht, ist das Vorhandensein einer Stelle, die mit starker Hand auch die Unternehmer auf den ständischen Gemeingeist verweist, von größter Bedeutung,“ räsionierte dieser Mitte 1935 über die noch zu meisternde Aufgabe.²⁰⁹

Voll Stolz konnte der Gewerkschaftsbund immerhin berichten, dass bis zum März 1935 44 Kollektivverträge oder Zusatzübereinkommen zu bestehenden Verträgen abgeschlossen werden konnten, für deren Einhaltung er auch zu sorgen hatte.²¹⁰ Waren im Jahre 1934 noch 33.300 Arbeitnehmer kollektivvertragslos und nur 21.708 Arbeitnehmer vertragsgeschützt, so brüstete man sich nach nur dreijähriger Aufbauarbeit 45.933 Arbeitnehmer unter den kollektivvertraglichen Schutz gebracht zu haben. Immerhin waren 16.366 Arbeitnehmer nach wie vor vertragslos. Im Jahre 1937 konnte die Kammer für Arbeiter und Angestellte stolz verkünden, dass drei Viertel aller Arbeitnehmer der privaten Wirtschaft Oberösterreichs für ihren Lohn- und Gehaltsanspruch wieder unter dem kollektivvertraglichen Schutz standen.²¹¹ Darüber hinausgehende Auskünfte bezüglich Rechtsschutz wurde nur jenen Arbeitern geboten, die auch Mitglied des – trotz staatlicher Pflichtbeiträge grundsätzlich freiwilligen – Gewerkschaftsbundes waren.²¹²

Eine wichtige Aufgabe der Arbeiterkammern nach dem 12. Februar war es, die aberkannten Mandate der freigewerkschaftlichen Betriebsratsmitglieder neu zu besetzen. In ganz Oberösterreich wurden in 150 Betrieben 460 bestellt. Aufgrund von Einsprüchen der Arbeitgebererschaft kam es jedoch bei den Bestellungen immer wieder zu größeren Schwierigkeiten. Zum Teil bestellte die Kammer auch alte Mitglieder des aufgelösten Betriebsrats, obwohl das Sozialministerium verordnet hatte, dass „andere Personen“ zu bestellen wären. Eine weitere offene Frage war, inwieweit die Arbeitgeber bei der Bestellung eines Betriebsrats ein Mitspracherecht hätten. Nach einem längeren Diskussionsprozess beschloss die Verwaltungskommission der Kammer für Arbeiter und Angestellte im April 1934, dass künftighin auch „alte“ – freigewerkschaftliche – Betriebsräte wiederbestellt werden durften, wenn dies der Wunsch der Belegschaft wäre und sofern diese nicht Schutzbundmitglieder waren und auch nicht am 12. Februar zum Generalstreik aufgerufen hätten. Eine Zustimmung von Unternehmerseite wäre in Zukunft nicht erforderlich, in Einzelfällen aber sinnvollerweise einzuholen.²¹³

²⁰⁹ Ein Jahr O.-Ö. Landeskartell des Gewerkschaftsbundes, 21.

²¹⁰ Ebenda, 8.

²¹¹ Für uns sprechen Taten, 15.

²¹² Aber zahlen müssen alle! In: Arbeiterzeitung (Brünn) vom 13. Oktober 1935.

²¹³ AKOOE-Archiv, Verwaltungskommission, Protokolle 20.4.1934, Protokoll der 10. Sitzung der Verwaltungskommission der o.ö. Kammer für Arbeiter und Angestellte in Linz. Linz, am 20. April 1934.

Mit 12. Juli 1934 wurde jedoch das Betriebsrätegesetz durch das neu erlassene Werksgemeinschaftsgesetz ersetzt, demzufolge an Stelle der Betriebsräte nun Vertrauensmänner zu treten hatten, die von der Arbeiterkammer ernannt wurden. Jeder Betrieb mit mindestens fünf Arbeitnehmern erhielt mindestens einen Vertrauensmann zugeteilt. Die Höchstzahl pro Betrieb waren zehn Vertrauensmänner. In Betrieben mit mehr als 20 Arbeitnehmern bildeten die Vertrauensmänner unter dem Vorsitz des Unternehmers oder eines von ihm ernannten Stellvertreters, die sogenannte „Werksgemeinschaft“. Diese Zusammenfassung der Interessenvertretung der Arbeitnehmer und des Arbeitgebers in einem Gremium war der Ausdruck einer vom Gedanken der „Überwindung des Klassenkampfes“ beseelten „berufsständischen Ordnung“. De facto wurde damit die Interessenwahrnehmung seitens der Arbeitnehmer unmöglich gemacht, benötigte doch jeder Beschluss einer Werksgemeinschaft nicht nur die Mehrheit der Vertrauenspersonen, sondern auch die Zustimmung des Unternehmers. Damit wurde dem „Kapital“ gegenüber der „Arbeit“ ein absolutes Veto eingeräumt. Die Integration von Arbeitnehmern und Arbeitgebern führte in der Praxis zur faktischen Rechtlosigkeit der Arbeitnehmer.²¹⁴

Zu welchen weiteren Aufgaben die Vertrauensmänner der Werksgemeinschaften und des Gewerkschaftsbundes von der Arbeiterkammer Linz herangezogen werden sollten, veranschaulicht ein von dieser Anfang Februar 1936 ausgeschickter Fragebogen, mit dem die Formen, Inhalte und Personen einer eventuell bestehenden illegalen Propaganda in den oberösterreichischen Betrieben ausgeforscht werden sollten. Die sozialdemokratische Exil-Arbeiterzeitung in Brünn bezeichnete dies als eine „Aufforderung zur Vernaderung“.²¹⁵

Auf der Ebene der Werksgemeinschaften führten Arbeiterkammer und Gewerkschaftsbund auch das einzige „Demokratie“-Experiment durch, das ihnen vom Regime gestattet wurde. Mit Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 1. September 1936 waren in allen Betrieben, in denen mindestens fünf Arbeitnehmer dauernd beschäftigt waren, in der Zeit zwischen dem 1. Oktober und dem 31. Dezember 1936 die Vertrauensmänner nach dem Werksgemeinschaftsgesetz zu wählen.²¹⁶

Dieses Wahl-Experiment war mit einschneidenden Sicherungsmechanismen zugunsten des Regimes und der Mehrheit der christlichen Arbeiterbewegung in Arbeiterkammer und Gewerkschaftsbund abgesichert. So war das passive Wahlrecht an eine Mitgliedschaft im Gewerkschaftsbund gebunden. Personen mit einer „staats- oder regierungsfeindlichen“ Vergangenheit waren vom passiven und aktiven Wahlrecht ausgeschlossen.²¹⁷ Die Wahlvorschläge für die Vertrauensmänner hatten zunächst einvernehmlich zwischen den Belegschaften und den Landesleitungen der Gewerkschaften erstellt zu werden. Über diese Kandidatenvorschläge musste dann „eine Fühlungnahme mit der Vaterländischen Front herbeigeführt werden“: Die Kandidatenliste einer Belegschaft hatte der Ortsführung der Vaterländischen Front vorgelegt zu werden, die sie bestätigen oder ablehnen konnte. Im An-

²¹⁴ Pelinka, *Stand oder Klasse?*, 111 f.

²¹⁵ Die Arbeiterkammer als Nadererorganisation. In: Arbeiterzeitung (Brünn), vom 2. Februar 1936.

²¹⁶ Drei Jahre Landeskartell, 56; Pelinka, *Stand oder Klasse?*, 112.

²¹⁷ Pelinka, *Stand oder Klasse?*, 112 f.

schluss daran ging der Wahlvorschlag an das zentrale Wahlbüro nach Linz. Die nicht bestätigten Wahlvorschläge wurden dem Landeswahlkomitee, das aus Vertretern der Landesführung der Vaterländischen Front und der Arbeiterkammer bestand, vorgelegt. Der Landesführer der Vaterländischen Front hatte das Recht, jeden nicht genehmen Wahlvorschlag abzulehnen. Ein Recht von dem – laut Maleta – angeblich kaum Gebrauch gemacht wurde. Aus den so oberösterreichweit insgesamt 3.572 aufgestellten Kandidaten waren 893 Vertrauens- und Ersatzmänner zu wählen.²¹⁸ Von den gemäß Werksgemeinschaftsgesetz rund 27.000 wahlberechtigten oberösterreichischen Arbeitnehmern schritten 20.571 auch tatsächlich zur Wahl.²¹⁹

Das Wahlergebnis wurde sowohl von der christlichen Arbeiterbewegung als auch von den illegalen Freien Gewerkschaften – die eine schwer zu bemessende Zahl ihr nahe stehender Vertrauensmänner durch die Wahl „legalisieren“ konnte – als Erfolg interpretiert. Die Wahlen von 1936 förderten jedenfalls eine gewisse Linksentwicklung innerhalb des Gewerkschaftsbundes. Dies nicht zuletzt, weil die Kandidaten der ehemaligen „unabhängigen“ („gelben“) Gewerkschaften grosso modo durchfielen. Der Gewerkschaftsbund blieb freilich auch nach den Wahlen fest in den Händen der christlichen Arbeiterschaft.²²⁰

Was der sozialdemokratisch orientierten Linzer Arbeiterschaft im Bereich demokratischer Mitbestimmung in der Arbeiterkammer und im Gewerkschaftsbund verwehrt blieb, konnte sie in den 1935 wieder teilautonomen Konsumgenossenschaften praktizieren:²²¹ In ihnen bestand das Recht auf Debatte und die Wahl der Funktionäre. So entwickelten sich die Konsumgenossenschaften zu einem gesetzlich verankerten Forum für ehemalige sozialdemokratische Funktionäre.²²²

Zur Gewinnung der Arbeiterjugend wurde im Jänner 1937 ein eigenes Jugendreferat des Gewerkschaftsbundes geschaffen. Sportliche und kulturelle Aktivitäten sowie Heimabende sollten den kameradschaftlichen Geist wecken, Versammlungen und Referate die ideologische Durchdringung fördern. Von Linz ausgehend, kam es in Steyr, Wels, Braunau, Gmunden und Leonding zur Gründung von weiteren Jugendgruppen. Die „vaterländische“ Befürsorgung umfasste dabei nicht nur die in Arbeit stehenden Jugendlichen, sondern war auch für schulentlassene junge Menschen gedacht. Im Mai 1937 konnte die oberösterreichische Gewerkschaftsjugend auf einen Stand von 600 Mitgliedern verweisen.²²³

Ungleich erfolgreicher war die während des Winters durchgeführte Kinoaktion der Arbeiterkammer für Arbeitslose, zu denen auch viele Jugendliche zählten. Das Programm umfasste eine österreichische Wochenschau, einen Kulturfilm und einen Unterhaltungsfilm. Während der drei Winter 1934/35 bis einschließlich 1936/37 besuchten rund 87.000 Arbeitslose

²¹⁸ Drei Jahre Landeskartell, 56 ff.

²¹⁹ Ebenda, 56 f.

²²⁰ Pelinka, Stand oder Klasse?, 113 f.

²²¹ 1933 wurden die Konsumgenossenschaften unter Regierungskontrolle gestellt. Nach dem 12. Februar dienten sie der Versorgung arbeitsloser Heimwehrmänner. Nach einem Boykott der Arbeiterschaft errangen sie 1935 ihre Autonomie zurück.

²²² Bukey, Patenstadt des Führers, 218; Gulick, Austria from Habsburg to Hitler, 1527–1532.

²²³ Drei Jahre Landeskartell, 89 f.

und Jugendliche – für die fallweise auch Sondervorführungen stattfanden – kostenlos das Kammerkino.²²⁴ Die Mischung aus austrofaschistischer Kinopropaganda, Bildungsfilmen und seichter Unterhaltung war wohl eines der ganz wenigen wirklich attraktiven „Befriedigungsangebote“ des Regimes für die Linzer Arbeiterschaft – zumindest in den kalten Wintermonaten.

„Nichtschrithalten“

Finanzpolitik

Der Finanzpolitik der Stadt Linz waren durch den seit den ausgehenden 1920er Jahren zunehmend reduzierten Anteil aus dem Ertrag der Bundesabgaben enge Grenzen gesetzt. Betrag der Bundesabgabenertragsanteil für Linz 1930 noch 3,67 Millionen Schilling, war er für 1934 nur noch mit 1,85 Millionen Schilling veranschlagt und erreichte 1935 mit 1,76 Millionen Schilling seinen Tiefpunkt. Damit war der mit Abstand wichtigste Einnahmenposten der Stadt innerhalb von nur vier Jahren um 50 Prozent reduziert worden. Auch im Bereich der Einnahmen aus landesbezogenen Abgaben kam es zu großen Einbrüchen; hier vor allem bei der für die Stadt so wichtigen Lohnabgabe und bei der Lustbarkeitsabgabe. Die restriktive Deflationspolitik des Bundes im Gefolge der österreichischen Banken- und Finanzkrise Anfang der 1930er Jahre mit ihrem finanzpolitischen Dogma des ausgeglichenen Budgets²²⁵ generierte eine Sparpolitik auf der Ebene des Landes, das wiederum den finanzpolitischen Druck den Gemeinden weitergab. So kürzte 1936 das Land Oberösterreich den für die Stadtgemeinde Linz vorgesehenen Anteil bei der Lohnabgabe von 75 auf 65 Prozent, was für die Stadt zu einem weiteren Einnahmenentfall von 245.000 Schilling führte.

Der Ausfall bei den Bundesertragsanteilen und bei den Landesabgaben zwang die Stadt Linz zu einer beträchtlichen Erhöhung der steuerlichen Belastung der Bevölkerung. So kam es etwa bei der Verbrauchsabgabe zu einer Einnahmenerhöhung von 300.000 Schilling auf 900.000 Schilling. Der Gemeindezuschlag zur Landesgebäudesteuer wurde auf das 900-fache erhöht. „Mit diesen Ersatzsteuern ist die Stadtgemeinde an der äußersten Grenze des Möglichen angelangt,“ stellte dazu Bürgermeister Bock im Dezember 1936 fest und ergänzte: „Trotzdem mußte sie, weil diese Abgabenerhöhungen die Steuerrückgänge nur zum Teil aufgeholt haben, selbst dringendste Ausgaben für die Stadtverwaltung immer wieder zurückstellen oder Unaufschiebbares, wie die Fürsorgelasten, aufs äußerste drosseln.“²²⁶

²²⁴ Ebenda, 103.

²²⁵ Kernbauer/Weber, Von der Inflation zur Depression, 16 ff.; Mattl, Die Finanzdiktatur, 205 ff.; Gerhard Senft, Im Vorfeld der Katastrophe, 243 ff., 259 ff. und 282 ff.; Senft, Anpassung durch Kontraktion, 183 f., 187 und 194 ff.

²²⁶ Bericht über die 23. außerordentliche öffentliche Sitzung des Gemeindefesttages am 4. Dezember 1936. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz 1936 vom 15. Dezember 1936, 256 f.

Von der sozialdemokratischen Stadtregierung wurden die bereits seit der Mitte der 1920er Jahre stark angestiegenen Erfordernisse im Bereich der Armenfürsorge über den Weg der Schuldenaufnahme zu lösen versucht. Anfang der 1930er Jahre stieß man mit der Schuldenpolitik an die Grenzen der Belastbarkeit für das Gemeindebudget. Die von der Stadt für das Jahr 1934 vorgesehene Investitionstätigkeit betraf daher fast nur noch die gemeindeeigenen, in Ihrer Struktur teils erneuerungsbedürftigen Betriebe. Die Bedeckung dieser Investitionen sollte in den Abschreibungen der eigenen Betriebe gefunden werden. Abgesehen von der Reparatur von Straßen und einer geringen Investitionstätigkeit im Bereich der öffentlichen Beleuchtung waren von der Stadt bereits für das Jahr 1934 keine größeren Investitionen in die öffentliche Infrastruktur geplant.

Die Linzer Stadtverwaltung befand sich vor 1934 in einer eklatanten finanzpolitischen Zwickmühle: Der Einnahmenrückgang sollte weder durch Steuererhöhungen noch durch die Aufnahme neuer Darlehen kompensiert werden. Der Versuch, Einsparungen bei den Sach- und Personalkosten vorzunehmen – wie dies von der christlichsozialen Opposition gefordert wurde –, führte zu keinen nennenswerten Ergebnissen. Auch die Umstrukturierungsmaßnahmen bei den Stadtbetrieben – formell wurde der Bauhof aufgelöst und alle Wirtschaftsbetriebe zu einer Gruppe vereinigt – führten zu keinen wesentlichen Einsparungen, trugen aber den Sozialdemokraten den Vorwurf der Opposition ein, Sozialisierungsversuche auf dem Gebiet der Kommunalpolitik zu unternehmen. Nicht zuletzt aufgrund der ihrer Meinung nach herrschenden Intransparenz bei der Finanzgebarung der städtischen Wirtschaftsbetriebe stimmten die Christlichsozialen und Großdeutschen gegen den Budgetvoranschlag 1934. Dieser wurde daher nur mit den Stimmen der Sozialdemokraten beschlossen. Der Voranschlag wies einen Gesamtabgang von über 1,2 Millionen Schilling auf. Dieses Defizit sollte durch Einsparungen bei den Sach- und Personalkosten ausgeglichen werden.²²⁷ Die Umsetzung dieses Vorhabens wurde von den politischen Ereignissen des Jahres 1934 verhindert; einem Jahr, das auch in budgetpolitischer Hinsicht den Tiefpunkt der Entwicklung darstellte. Zwar konnte danach wieder ein Ansteigen der Steuereinnahmen festgestellt werden, die Gesamteinnahmen an Abgaben lagen im Jahr 1937 aber noch immer um rund zwei Millionen Schilling hinter denen des Jahres 1931.

Im Bereich der Finanzpolitik betonte die austrofaschistische Stadtregierung oft und gerne die fundamentale Abkehr von der Schuldenpolitik des vergangenen, „bolschewistischen“ Regimes, das – in moralisch verwerflicher Weise – die Kosten auf die kommenden Generationen abgewälzt habe.²²⁸ Im „Neuen Österreich“ sollte die Verwaltung der Stadt nach „nüchternen und strengen Grundsätzen absoluter Wirtschaftlichkeit“ geführt werden, „wenn auch die Folgerungen daraus manchmal hart sein werden,“ so Bürgermeister Bock im Dezember 1936.²²⁹

²²⁷ Voranschlag 1934. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. Jänner 1934, 3 ff.

²²⁸ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1937), 31 f.

²²⁹ Bericht über die 24. ordentliche – nicht öffentliche – Sitzung des Gemeindetages am 12. Dezember 1936. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz 1937 vom 1. Jänner 1937, 3.

Die normative Grundlage austrofaschistischer Finanzpolitik auf kommunaler Ebene war die Haushaltsordnung, die für Linz im Einvernehmen mit dem Rechnungshof im Sommer 1935 erlassen wurde. Sie regelte die Berechnung, den Zahlungsvollzug und die Rechnungslegung der Kommune. In ihr war genau festgelegt, welche Ausgaben als ordentlich, und welche als außerordentlich zu betrachten waren, wobei nur letztere durch Darlehensaufnahmen bedeckt werden durften. Außerordentliche Ausgaben waren Aufwendungen, die einen dauernden Ertrag oder dem ordentlichen Haushalt eine Ersparung brachten sowie Aufwendungen für den Erwerb von Vermögensgegenständen, sofern diese in Erlösen aus Vermögensveräußerungen ihre Bedeckung fanden. Der ordentliche Haushalt durfte in der weiteren Folge nicht mehr mit Darlehensaufnahmen belastet werden.²³⁰

„Und daß diese Ordnung im Stadthaushalt auch dauernd gewährleistet ist, dafür wird die neue Haushaltsordnung sorgen. [...] Wenn die Stadt heute noch schwer an den Schuldenlasten tragen muß, die ein früheres Regime zu verantworten hat, so wird in Hinkunft ein solches System nicht mehr möglich sein. Die Haushaltsordnung enthält strenge Bestimmungen über Darlehensaufnahmen und sieht darauf, daß der gesamte Zinsen- und Tilgungsdienst für die aufgewendeten Kapitalien im ordentlichen Haushalt seine Bedeckung findet. Es darf als ein Zeichen der wirtschaftlichen Gesundung angesehen werden, wenn in die Haushaltsführung absolute Ordnung und Strenge einzieht“, so Bürgermeister Bock im Dezember 1936.²³¹

Die wirtschafts- und infrastrukturpolitischen Folgen der neuen Haushaltsordnung waren folgenscher. Baureferent Bürgermeister-Stellvertreter Danner führte im Dezember 1936 aus, dass nach den bestehenden Bestimmungen der Haushaltsordnung es nur mehr dann möglich wäre, Mittel für die Herstellung von Straßen und Wegen in der außerordentlichen Gebarung zu beschaffen, wenn eine Bedeckung für Zinsen- und Tilgungsdienst in der ordentlichen Gebarung vorhanden wäre. Da aber beim Bau von Straßen niemals der Zinsendienst und die Amortisation hereinzubekommen waren, würde dies zu einer erheblichen Reduktion der Investitionen in das öffentliche Straßennetz führen.²³² In Folge dieser finanzlegistischen Fesselung wurde der Neubau verschiedenster, dringender Straßenprojekte unmöglich. Auch der Straßenerhaltung und -renovierung waren enge budgetäre Grenzen gesetzt. Da viele Schotterstraßen nicht geteert und geölt werden konnten, wurde Linz zuweilen bereits als „Stadt des Staubes“ tituliert.²³³

²³⁰ Haushalts-Ordnung der Landeshauptstadt Linz. Im Sinne des § 47 des Stadtrechtes der Landeshauptstadt Linz, LGBl. Nr. 40 vom 9. Juli 1935, beschlossen mit Gemeindetagsbeschuß vom 11. Dezember 1936. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz 1937, Sonderausgabe vom 26. März 1937, 1–11.

²³¹ Bericht über die 25. ordentliche – öffentliche – Sitzung des Gemeindetages der Landeshauptstadt Linz am 15. Dezember 1936: Haushaltsplan 1937 der Landeshauptstadt Linz. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. Jänner 1937, 7.

²³² Bericht über die 24. ordentliche – nicht öffentliche – Sitzung des Gemeindetages am 12. Dezember 1936. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. Jänner 1937, 3 f.

²³³ Bericht über die 30. ordentliche – öffentliche – Sitzung des Gemeindetages der Landeshauptstadt Linz am 10. Juni 1937: Rechnungs-Abschluß 1936 im Gemeindetag. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 15. Juni 1937, 141 ff.

Neben der Vermeidung von neuen Schulden lag die Priorität der austrofaschistischen Stadtverwaltung auf der Tilgung der alten. Im Jahr 1935 wurden Schuldentrückzahlungen von 1.019.528,87 Schilling geleistet. Aufgrund von Sachinvestitionen für den Erwerb des Hotel l'Europe als neuen Standort der Bundespolizeidirektion, für das austrofaschistische Prestigeprojekt der Stadtrandsiedlung Schörghub, für die Ausgestaltung der Südbahnhofhalle und des Stadions sowie für die Erhaltung von Amtsgebäuden und Straßen wuchs der Schuldenstand gegenüber dem Vorjahr dennoch um insgesamt 355.316,41 Schilling an.²³⁴ Die Gesamtverschuldung der Gemeinde belief sich Anfang 1936 auf insgesamt 42.172.000 Schilling.²³⁵

Die Stadtgemeinde versuchte, die günstige Lage am Geldmarkt zur Konvertierung ihrer teilweise hoch verzinsten Schulden zu nutzen. Die Oberösterreichische Landes-Hypothekenanstalt gewährte der Stadt Linz ein Bardarlehen in der Höhe von 3,4 Millionen Schilling zu fünfzehn Prozent Zinsen. Damit konnte man ein höher verzinstes Dollar-Hypothekendarlehen zurückzahlen und andere hoch verzinsten Kredite konvertieren. Der Linzer Gemeinderat beschloss einstimmig, das Konvertierungsdarlehen bei der Oberösterreichischen Landes-Hypothekenanstalt gegen Gewährung entsprechender Sicherstellungen durch Einbeziehung in die bestehende Einnahmenverpfändung und durch grundbücherliche Eintragung aufzunehmen und den Darlehensbetrag zur vollständigen Rückzahlung des Dollar-Hypothekendarlehens und zur teilweisen Rückzahlung anderer höher verzinsten Darlehen zu verwenden.²³⁶ Zum Zweck der Rückzahlung eines von der Creditanstalt - Wiener Bankverein übernommenen Kreditbetrags wurde im Oktober 1936 bei der Bank für Oberösterreich und Salzburg ein weiterer Kontokorrentkredit von 1,2 Millionen Schilling aufgenommen.²³⁷ Abgesehen von der Tatsache, dass diese Kreditkonvertierungen lediglich der Schuldenreduktion dienten – kein Groschen davon wurde in die Ankurbelung der daniederliegenden Wirtschaft gesteckt –, muss Zweifel am Erfolg der Schuldenreduktionspolitik angemeldet werden. Denn Ende 1937 belief sich der Schuldenstand der Stadt – bei einer Umsatzsumme von rund 20 Millionen Schilling – jedenfalls immer noch auf 41 Millionen Schilling.²³⁸

Darüber hinaus vermochte das austrofaschistische Regime die selbst auferlegte finanzpolitische Disziplin der Schuldenvermeidung und des ausgeglichenen Haushalts nicht einzuhalten: Zum Ausgleich der unbedeckten außerordentlichen Gebarung des Haushalts 1937 wurde vom Linzer Gemeinderat bei der Bank für Oberösterreich und Salzburg ein Darlehen in der Höhe von 500.000 Schilling aufgenommen.²³⁹

²³⁴ Bericht über die 18. ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 8. Juni 1936: Rechnungsabschluss 1935 im Gemeinderat. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 15. Juni 1936, 115 ff.

²³⁵ 12. ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 30. Dezember 1935: Haushaltsplan 1936 der Landeshauptstadt Linz. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. Februar 1936, 22.

²³⁶ 14. ordentliche nicht-öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 26. Februar 1936. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 15. März 1936, 55.

²³⁷ Bericht über die 21. ordentliche nicht-öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 27. Oktober 1936. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 15. November 1936, 227 f.

²³⁸ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1937), 32.

²³⁹ Linzer Gemeinderat. In: Tagblatt vom 21. Februar 1938.

Der Rechnungsabschluss 1935 war der erste, der in seinem ganzen Umfang in die Verantwortlichkeit des neuen Regimes fiel. Zwar konnte man für 1935 stolz auf einen Überschuss von 367.365,38 Schilling verweisen, doch war in der außerordentlichen Gebarung der Überschuss aus dem Jahre 1934 von insgesamt 213.822,91 Schilling verrechnet worden, womit sich der Gesamtnettoerfolg auf 153.542,47 Schilling reduzierte. Darüber hinaus wurde die im Monat Jänner fällige Lohn- und Stromabgabe im Gegensatz zu den Vorjahren nicht mehr zum alten, sondern zum neuen Verwaltungsjahr gerechnet.²⁴⁰

Hinsichtlich des Haushaltsvoranschlags 1936 konnte der zuständige Berichterstatter, Stadtrat Josef Stampfl, in der Gemeindetagssitzung vom 30. Dezember 1935 stolz mitteilen, dass dieser – im Unterschied zu den vorangegangenen – vollständig ausgeglichen wäre. Der vom Gemeindetag genehmigte Haushaltsplan für das Jahr 1936 wies eine Einnahmensumme von 20,097.185 Schilling und eine Ausgabensumme „in derselben Höhe“ aus. Dieser Ausgleich schien vor allem durch beträchtliche Mietzinserhöhungen²⁴¹ sowie durch die Ersparnisse aus dem Zinsdienst geglückt. Da in den letzten Jahren aufgrund der prekären Finanzlage bei der Erhaltung städtischer Gebäude am meisten gespart wurde, hatten die verfügbaren Mittel in erster Linie in diesen Bereich gelenkt zu werden. Die Ausgaben für die Straßen- und Wegerhaltung, die gegenüber dem Jahr 1931 um 50 Prozent reduziert wurden, blieben trotz einer leichten Erhöhung auf sehr niedrigem Niveau. Einige notwendige Instandhaltungsmaßnahmen bei Straßen und Schulen, ein Schulneubau in Scharlinz sowie die Errichtung eines Sportplatzes in Urfahr mussten aufgrund der Finanzlage unberücksichtigt bleiben. Dafür konnten alle Verpflichtungen der Gemeinde bezüglich ihrer Darlehensverträge einwandfrei erfüllt werden.²⁴²

Im Laufe des Finanzjahres 1936 zeigte sich jedoch, dass für eine Reihe von Mehrausgaben vor allem im Fürsorgebereich und in der Straßenerhaltung die Bedeckung durch Nachtragskredite bzw. durch Kreditverschiebungen gefunden werden musste. Diese wurden am 11. November 1936 vom Linzer Gemeindetag in einem Ausmaß von über einer Million Schilling beschlossen.²⁴³

Der Rechnungsabschluss 1936 wies schließlich bei Einnahmen von insgesamt 21,183.291 und Ausgaben von 21,189.706 Schilling in der ordentlichen Gebarung nur noch einen geringfügigen Abgang von 6.415 Schilling, in der außerordentlichen Gebarung einen Abgang

²⁴⁰ Bericht über die 18. ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeindetages am 8. Juni 1936: Rechnungsabschluss 1935 im Gemeindetag. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 15. Juni 1936, 115 ff.

²⁴¹ Im Zuge einer nach Beschaffenheit, Lage und Größe durchgeführten Neubemessung der Zinsen der stadt eigenen Mietwohnungen konnte erreicht werden, dass zwei Drittel der Zinsen und Amortisationslast aus den Mietzinseingängen gedeckt werden konnten. Die Mietzinserhöhungen trafen vor allem die Mieter großer Wohnungen und kinderreiche Familien: „Die Wohnungen sind heute wirklich dem Marktpreise entsprechend bemessen und überdies ist der Umstand aufzuzeigen, daß ein Betrag von 20.000 Schilling aus den Mietzinseinnahmen dem Fürsorgeamte für die Bestreitung der Zinsbeihilfen überwiesen wurde“, so Gemeindetagsmitglied Theodor Pritsch. 12. ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeindetages am 30. Dezember 1935: Haushaltsplan 1936 der Landeshauptstadt Linz. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. Februar 1936, 22 f.

²⁴² Ebenda, 9 ff. und 29 f.

²⁴³ Bericht über die 22. ordentliche nicht-öffentliche Sitzung des Gemeindetages am 11. November 1936. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. Dezember 1936, 239 f.

von 27.330 Schilling aus. Knapp 1,5 Millionen Schilling – sieben Prozent der ordentlichen Gebarung – wurden im Rechnungsjahr 1936 für Fürsorgezwecke aufgewendet. Für die Straßenerhaltung konnten 1,2 Millionen Schilling – sechs Prozent der ordentlichen Gebarung – ausgegeben werden. Im Rechnungsjahr 1936 machte der Ausfall an Steuereinnahmen gegenüber dem Jahr 1931 noch immer 1,7 Millionen Schilling aus. Angesichts dieser Ausfälle und des Gebots strikter Budgetdisziplin wurden 1936 die laufenden kommunalen Verpflichtungen schwer vernachlässigt. Die Lösung großer Aufgaben, wie etwa die Ausgestaltung des Hafens, der Bau einer neuen Donaubrücke oder die Verlegung des Wasserwerks, wurden überhaupt auf bessere Zeiten verschoben. Der Rechnungsabschluss 1936 offenbarte sowohl den „Stadtvätern“ als auch der Öffentlichkeit, dass Linz mittlerweile mit einem reinen „Notbudget“ wirtschaftete.²⁴⁴

Auch im Haushaltsplan 1937 wurde das Bauwesen stiefmütterlich behandelt. Bürgermeister-Stellvertreter Danner erfüllte es „mit großer Sorge, wesentliche Aufgaben im Rahmen des Bauprogrammes nur in der außerordentlichen Gebarung bedeckt zu finden.“²⁴⁵ Auch im Bereich der Straßenerhaltung kam die Stadtverwaltung ihren Aufgaben nicht nach. Allein die Ausbesserungsarbeiten beim Straßenbelag bereiteten große budgetäre Probleme. Für 1937 wurde der Aufwand für den Ausbau und die Erhaltung des Linzer Straßen- und Kanalnetzes auf rund 2.000.000 Schilling geschätzt; ein Betrag, der zur Gewährung der großstädtischen Ordnung und der Verkehrssicherheit unbedingt notwendig wäre. Dazu kamen die enormen Aufwendungen für den Erhalt der rund 500 kommunalen Gebäude. Da diese in den letzten Jahren nicht repariert wurden, würde eine weitere Vernachlässigung bereits auf Kosten der Substanz gehen. Zur Aufrechterhaltung der urbanen Infrastruktur schienen also Investitionen dringend geboten, um dem Bemühen, „daß diese Stadt nicht verdorfen darf,“ entsprechend Rechnung tragen zu können, so Bürgermeister-Stellvertreter Danner.²⁴⁶

Trotzdem war auch der Haushaltsplan 1937 „ausgeglichen“ konzipiert, obwohl die vom oberösterreichischen Landtag beschlossene zehnprozentige Kürzung bei der Ertragsaufteilung der Lohnabgabe – von der die Stadt Linz 1937 mit 225.000 Schilling betroffen war – noch gar nicht berücksichtigt war. Mitte Dezember 1936 konnte Bürgermeister Bock jedenfalls noch nicht mitteilen, in welcher Weise der Nachtragshaushaltsplan dafür Bedeckung schaffen könnte. Erstmals seit Jahren waren für 1937 wieder erhöhte Mittel für die Straßenerhaltung vorgesehen. Einen größeren Wert als in den vergangenen Haushaltsjahren wurde auch dem städtischen Gebäudebesitz beigemessen. Von den höchst anstehenden Sanierungsmaßnahmen sollte vor allem die Linzer Privatwirtschaft profitieren. Steuererhöhungen waren im Haushaltsplan 1937 nicht vorgesehen. Vielmehr wurde durch die Beseitigung der Schilderabgabe für Werbetafeln eine Steuererleichterung für das Gewerbe geschaffen.²⁴⁷

²⁴⁴ Bericht über die 30. ordentliche – öffentliche – Sitzung des Gemeindetages der Landeshauptstadt Linz am 10. Juni 1937: Rechnungs-Abschluß 1936 im Gemeindegtag. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 15. Juni 1937, 141 ff.

²⁴⁵ Bericht über die 25. ordentliche – öffentliche – Sitzung des Gemeindetages am 15. Dezember 1936: Haushaltsplan 1937 der Landeshauptstadt Linz. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 15. Jänner 1937, 25.

²⁴⁶ Ebenda, 26.

²⁴⁷ Ebenda, 8.

Demgemäß wohlwollend äußerte sich Stadtrat Dr. Karl Bauer als Vertreter der Kaufmannschaft über die wirtschaftlichen und kaufmännischen Grundsätze des Haushaltsplans 1937. Angesichts der wichtigsten Aufgaben der Stadt, der Fürsorge und der Arbeitsbeschaffung, wurden keine Forderungen nach einer Steuersenkung erhoben. Auch der Handel begrüßte die Bemühungen des Gemeindetags, den „wirtschaftlichen Grundsätzen“ gerecht zu werden; Bemühungen, die „durch die Schaffung der neuen Haushaltsordnung gekrönt“ würden, so Stadtrat Bauer.²⁴⁸

Lob für die ausgeglichene Finanzpolitik der Gemeinde kam auch von Seiten des Gewerkschaftsbunds.²⁴⁹ Der Vertreter der Angestellten, Kurt (von) Mras, hob – den neuen steuerpolitischen Kurs wohlwollend goutierend – hervor, dass den Angestellten keine weiteren Steuern mehr zuzumuten wären. Durch die bevorstehende Fahrradabgabe – eine Landesabgabe – würde es ohnedies zu einer weiteren beträchtlichen Belastung kommen.²⁵⁰

Auch der Vertreter der Industrie, Direktor Otto Stitz, lobte die Finanzpolitik der neuen Gemeindeverwaltung. Wäre nicht der „Schutt der Parteiwirtschaft der Nachkriegsjahre“ zu beseitigen gewesen, hätte sie noch größeres zu leisten vermocht.²⁵¹ Denn die Ursachen der Finanzmisere lagen für Stitz im Wesentlichen in der Einflussnahme der Partei- und Gemeindeunternehmungen auf die kommunale Wirtschaft und in der parteipolitischen Inanspruchnahme der Wohnwirtschaft begründet. Wäre die Privatwirtschaft am Wohnungsmarkt nicht ausgeschaltet worden, so Stitz, wäre eine kommunale Bautätigkeit auch nicht notwendig geworden: „Die Wohnungsverteilung der Bevölkerung war früher eine sozialere, denn die Schablonenbauten der Gemeinde – schauen Sie auf die Fröbelstraße –, so wohlthätig sie für den Augenblick sind, werden zu einem Proletarierquartier, vielleicht gar zu einem Elendsghetto werden, bergen also gewisse Gefahren, weil sie zu einer Klassentrennung der Bevölkerung führen,“ befürchtete Stitz.²⁵²

Die Lösung war für Stitz sonnenklar: „Wir stehen vor zwei Möglichkeiten: Entweder setzen wir den bestehenden Viertelkommunismus fort, der nach Erschöpfung der Mittel zum vollen Kommunismus mit allem moralischen und materiellen Elend führen muß, oder wir kehren zur früheren Methode zurück, die streng zwischen Privat- und Kommunalwirtschaft trennt und die Privatwirtschaft nicht konkurrenziert. Die Gemeindeverwaltung soll nur die schützende und regelnde Hand über die Privatwirtschaft halten, um aus den Erträgen derselben die rein kommunalen Aufgaben erfüllen zu können.“²⁵³

Der Linzer Gemeindegtag war aber nicht nur eine wirkungsvolle Plattform für die Vertretung der Interessen des Handels und des Gewerbes. Auch die Interessen der Hausbesitzer wurden erfolgreich vertreten, wie die Diskussion um die von der Gemeinde geplante Kürzung

²⁴⁸ Ebenda, 8 f.

²⁴⁹ 12. ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeindetages am 30. Dezember 1935: Haushaltsplan 1936 der Landeshauptstadt Linz. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 15. Jänner 1936, 12.

²⁵⁰ Bericht über die 25. ordentliche – öffentliche – Sitzung des Gemeindetages am 15. Dezember 1936: Haushaltsplan 1937 der Landeshauptstadt Linz. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. Jänner 1937, 13.

²⁵¹ Ebenda, 10.

²⁵² Ebenda.

²⁵³ Ebenda.

der Vergütung für die Einhebung der Mietabgaben durch die Hauseigentümer zeigt. Das Argument des Arbeitnehmervertreters Paul Weitlaner, dass es angesichts der schrecklichen Situation am Arbeitsmarkt nicht gerechtfertigt wäre, den Hausbesitzern eine Einhebungsvergütung von elf Prozent zu gewährleisten, konnte sich nur teilweise durchsetzen. Als Kompromiss einigte man sich auf eine Entschädigung der Hauseigentümer für die Einhebung und Abfuhr der öffentlichen Abgaben und Gebühren, welche die Mieter nach gesetzlicher Vorschrift von den Mietzinsen an die Stadtgemeinde zu entrichten hatten, in der Höhe von sieben Prozent des eingehobenen Betrags.²⁵⁴

Doch weder die Kürzung der Einhebungsvergütung für die Hauseigentümer, noch die zu verzeichnenden Mehreinnahmen bei den Bundesertragsanteilen vermochten den Ausfall bei der Lohnabgabe auszugleichen.²⁵⁵

Das Haushaltsjahr 1937 konnte nur dadurch „gerettet“ werden, dass größere Tilgungsraten der städtischen Darlehensschulden gestundet und mit der Aufhebung der Goldklausel weitere Beträge freigemacht werden konnten. Die zurückgestellten dringenden kommunalen Erfordernisse konnten erst in einem Nachtrag zum Haushaltsplan 1937 zumindest in einem bescheidenen Maße befriedigt werden.

Der Haushaltsplan für das Jahr 1938 sah in der ordentlichen Gebarung einen beträchtlichen Abgang von 1,010.135 Schilling vor: „Für die Bedeckung des Abganges [...] kann ich Ihnen vorläufig keinen Vorschlag machen und behalte mir vor, nach Durchführung der Beratung entsprechende Anträge zu stellen“, berichtete Stadtrat Stampfl Mitte Dezember 1937 etwas ratlos.²⁵⁶

Die neu geregelte Abgabenteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden hatte für letztere keine Erfolge im Sinne einer neuen Einnahmenschließung gezeitigt, sondern lediglich den bisherigen Bestand gesichert.

Da das Armengesetz die Gemeinden verpflichtete, für den Unterhalt der bei ihr „zuständigen“ Unterstützungsbedürftigen zu sorgen, blieben die Kommunen quasi auf den von der staatlichen Sozialversicherung Ausgesteuerten sitzen. Sie allein mussten für die Aufwendungen der Armenfürsorge aufkommen: „Während von Seiten des Sozialministeriums erst kürzlich im Zusammenhang mit der Behandlung des Bundesvoranschlages die überaus erfreuliche Tatsache hervorgehoben wurde, daß die Arbeitslosenzahl des Jahres 1937 die günstigste in den letzten sechs Jahren ist, ergibt sich für die Stadtgemeinde Linz leider das Gegenteil. Sowohl die Zahl der Erwerbslosen in Linz als auch die Fürsorgeausgaben für Erwachsene und Jugendliche haben in diesem Jahre in ansteigender Linie den Höchststand der letzten Jahre erreicht. Zudem konnte es die Stadtverwaltung nicht mehr verantworten, lediglich durch Momentanbeihilfen und Erhaltungsbeiträge von S. 2,- wöchentlich auszuwählen, da bei andauernder Not solche Fürsorge unzulänglich war. Daher wurde die Fürsorge-

²⁵⁴ Bericht über die 26. ordentliche – nicht öffentliche – Sitzung des Gemeindetages der Landeshauptstadt Linz am 25. Jänner 1937. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 15. Februar 1937, 56 ff.

²⁵⁵ Bericht über die 28. ordentliche – öffentliche – Sitzung des Gemeindetages der Landeshauptstadt Linz am 16. März 1937. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. April 1937, 1 f.

²⁵⁶ Bericht über die 34. ordentliche – öffentliche – Sitzung des Gemeindetages der Landeshauptstadt Linz am 13. Dezember 1937. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 15. Dezember 1937, 268.

arbeit eingeführt und damit zugleich eine nützliche Verbindung mit den Erfordernissen des Straßenaufwandes hergestellt.“²⁵⁷

Ohne die kommunale Fürsorgearbeit und den Freiwilligen Arbeitsdienst (FAD) wäre es nicht möglich gewesen, „auch nur die primitivsten Wünsche im Straßenbau zu befriedigen“, ergänzte Baureferent Bürgermeister-Stellvertreter Otto Danner. Für 1938 konnten beim Straßenbau kaum zehn Prozent der dringend notwendigen Arbeiten mit den vorhandenen Mitteln bedeckt werden. Wichtige Straßenneubauprojekte wurden abermals zurückgestellt.²⁵⁸

Auch im Bereich des Wohnbaus waren die Budgetaussichten für 1938 trübe: „Es stehen [...] vorläufig keine Mittel zur Verfügung, einen Ersatz für die dem Verfall entgegengehenden Barackenwohnungen zu schaffen, die Stadtrandsiedlung fortzusetzen oder die Bautätigkeit in irgend einer Weise zu fördern. Für weitere Grunderwerbungen, für Kanalbauten, für Investitionen des Gas- und Wasserwerkes, für die geplante Erbauung einer Schule in Kleinmünchen und für den Ausbau des Flughafens durch Errichtung eines Hangars, Ausrüstung der Feuerwehr konnte nichts vorgesehen werden“, so Berichterstatler Stadtrat Josef Stampfl im Dezember 1937.²⁵⁹

Um zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen, war auch für das Budget 1938 ein rigoroser Sparkurs vorgesehen, der unter anderem eine Subventionskürzung für das Landestheater, die Verringerung des Aufwands der Stadt für die Gemeindearbeiter und die Reduktion der Gemeindehaftungen für Wohnbaudarlehen der Tabakregie vorsah. Darüber hinaus sollte eine Reduktion der kommunalen Abgabenlasten einerseits, eine Erhöhung der Vergütungen nach dem Militär-Einquartierungsgesetz sowie eine Erhöhung der Beitragsleistung des Bundes und des Landes für die Beschäftigung von Fürsorgearbeitern andererseits angestrebt werden.²⁶⁰

„In erster Linie sei es natürlich notwendig, daß Bund und Land die Verpflichtungen der Gemeinde anerkennen,“ beklagte Bürgermeister-Stellvertreter Otto Danner die Spargesinnung der beiden Gebietskörperschaften auf Kosten der Kommune: Die Stadt Linz sei ein Notstandsgebiet, so Danner weiter, und müsse daher auch als ein solches besondere Berücksichtigung finden.²⁶¹

Trotz der langsam dämmernden Einsicht, dass der durch die strengen Bestimmungen der Haushaltsordnung de facto bestehende Investitionsstopp auf Dauer nicht fortgesetzt werden könne, verteidigte Bürgermeister Wilhelm Bock in der öffentlichen Budgetsitzung Mitte Dezember 1937 das neue Finanzregime: „Ich erkläre abschließend, wir können weder den Weg einer geordneten Haushaltsführung verlassen, noch die

²⁵⁷ Ebenda, 269.

²⁵⁸ Bericht über die 34. ordentliche – öffentliche – Sitzung des Gemeindetages der Landeshauptstadt Linz am 13. Dezember 1937: Haushaltsplan 1938 der Landeshauptstadt Linz. Allgemeine Aussprache. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. Jänner 1938, 6.

²⁵⁹ Bericht über die 34. ordentliche – öffentliche – Sitzung des Gemeindetages der Landeshauptstadt Linz am 13. Dezember 1937. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 15. Dezember 1937, 268.

²⁶⁰ Ebenda, 270.

²⁶¹ Bericht über die 34. ordentliche – öffentliche – Sitzung des Gemeindetages der Landeshauptstadt Linz am 13. Dezember 1937: Haushaltsplan 1938 der Landeshauptstadt Linz. Allgemeine Aussprache. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. Jänner 1938, 6.

uns zukommenden sozialen Verpflichtungen vernachlässigen.“²⁶² Abgesehen von der propagandistischen Intention solcher Deklarationen schien die Vereinbarkeit beider Ziele für das Budgetjahr 1938 fragwürdiger den je zu sein.

Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik

In einer Rückschau vom Dezember 1934 stellte das Linzer Tagblatt lakonisch fest, „daß die geänderte Zeit und das neue Regime – abgesehen etwa von der Personalpolitik und einzelnen Zweigen des Fürsorgewesens – keine wesentliche Wandlung in der Wirtschaftsführung gebracht haben. Im Wirtschaftsleben gibt es eben nüchterne Tatsachen, denen jede Systempolitik ihre Reverenz erweisen muß. Aus einem Kapitel aber tritt uns auf den ersten Blick eine völlig geänderte Grundauffassung der neuen Herrschaft im Rathaus entgegen: im Kapitel Wirtschaftsbetriebe. Hat die alte Gemeindeverwaltung in der Auffassung, daß gewisse Wirtschaftsagenden dem Privatkapital entzogen und der öffentlichen Hand überwiesen werden sollen, getrachtet, vorhandene Betriebe auszugestalten und zu erweitern, so hat die gegenwärtige Verwaltung das unzweideutige Bestreben, diese Betriebe einzuengen, ihre Agenden der Privatwirtschaft zu überweisen und die kommunale Tätigkeit möglichst auf die Hoheitsverwaltung zu beschränken.“²⁶³

Die wirtschaftspolitischen Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien und der sozialdemokratischen Partei reichen jedoch weit in die Erste Republik zurück. Sozialdemokratische Wirtschafts- und auch Personalpolitik umfasste auch in Zeiten der Weltwirtschaftskrise die Förderung der städtischen Wirtschaftsbetriebe. Als Lobby des kleinen und mittleren Handels und Gewerbes forderten die bürgerlichen Oppositionsparteien in einträchtiger Beharrlichkeit seit Jahren die Auflösung der städtischen Betriebe, ohne zu bedenken, dass durch diese Millionen von Schilling in die Linzer Wirtschaft gepumpt wurden. Der sozialdemokratische Gemeinderat Ernst Koref betonte des Öfteren, dass es durch die Förderung der kommunalen Wirtschaftsbetriebe auch zu einer indirekten Gewerbeförderung komme und die Gewerbetreibenden der Stadt so zu den Nutznießern der sozialdemokratischen Wohnbau-, Straßenbau- und Infrastrukturpolitik zu zählen seien. Da man andererseits nicht von den höheren Preisen der privaten Gewerbebetriebe abhängig sein wollte, wurden die kommunalen Betriebe – in denen auch bessere arbeitsrechtliche Bedingungen als in der Privatwirtschaft herrschten – von der Sozialdemokratie als quasi Preisregulator eingesetzt. Als sozialdemokratische „Hochburgen“ – die Mehrheit der Arbeiter wählten „Rot“ – wurden die kommunalen Betriebe auch in Zeiten der Krise von der Stadtverwaltung gestützt. 1932 wurde der Betrieb des Schotterwerks trotz Unrentabilität wieder aufgenommen. Dies nährte den

²⁶² Bericht über die 34. ordentliche – öffentliche – Sitzung des Gemeindetages der Landeshauptstadt Linz am 13. Dezember 1937. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 15. Dezember 1937, 270. Hervorhebung im Original.

²⁶³ Abbau in Linzer Gemeinde-Betrieben. In: Tagblatt vom 18. Dezember 1934.

Vorwurf der Christlichsozialen und Deutschnationalen, die städtischen Betriebe seien in toto unrentabel.²⁶⁴

Bald nach dem Februaufstand löste die neue Stadtverwaltung Mitte März 1934 den Wirtschaftshof und den Bauhof, der für fast alle Gewerbetreibenden ein Konkurrenzunternehmen darstellte, als selbständige Betriebe auf und unterstellte sie dem Bauamt. Ende April 1934 wurde bei den Technischen Werken das Aus für Privatinstallationen bei Wasser und sanitären Anlagen durchgesetzt. Nur die Gasinstallationen wurden im unbedingt erforderlichen Umfang weitergeführt. Größere Erweiterungen des Netzes sollten künftig ausschließlich an die Privatwirtschaft vergeben werden. Betriebseinschränkungen wurden beim städtischen Schlachthof, in der Wurstfabrik und in den Spatenbrotwerken durchgesetzt. Letztere wurde schließlich gänzlich privatisiert. Die Gewinn machende kommunale Linzer Molkerei wurde an die Linzer Molkereigenossenschaft verkauft.²⁶⁵ Mit all diesen Maßnahmen wurde „ein System endgültig liquidiert, das in der Linzer Geschäftswelt als schwere Beeinträchtigung empfunden wurde.“²⁶⁶

Im Mittelpunkt der kommunalen Wirtschaftspolitik stand nunmehr das Bemühen, durch öffentliche Aufträge an eine möglichst große Zahl von Handels- und Gewerbetreibenden die Lebensfähigkeit der kleineren und mittleren Betriebe zu erhalten.²⁶⁷

Allein zwischen Mitte Februar 1934 und Ende Oktober 1934 wurden im Einvernehmen mit den Gremien und Innungen Bestellungen in der Höhe von einer Million Schilling an die Linzer Handels- und Gewerbebetriebe vergeben.²⁶⁸ Von der Stadtverwaltung ergingen vor allem Aufträge an das Baugewerbe, das Mechanikergewerbe, an private Verkehrsunternehmen, den Metallwarenhandel, den Handel mit Apparaturen, an Berg- und Hüttenwerke sowie an das Elektrotechnikergewerbe.

Im Jahre 1937 vergab der städtische Wirtschaftshof Aufträge an 284 Firmen, von denen 247 ihren Sitz in Linz hatten. Eine weitere wichtige Auftraggeberin für die lokale gewerbliche Wirtschaft war die städtische Gebäudeverwaltung, der die Verwaltung und Instandhaltung von insgesamt 450 städtischen Gebäuden oblag. Größere Aufträge für die lokalen Gewerbebetriebe ergingen im Rahmen der Instandhaltung der städtischen Volks- und Hauptschulen, aber auch im Zuge der kommunalen Förderung der Siedlungsaktion. Darüber hinaus profitierten die Linzer Gewerbebetriebe vom Straßen- und Kanalbau sowie von den kommunalen Großverbrauchern wie dem Allgemeinen Krankenhaus, der städtischen Versorgungsanstalt und der Volksküche. Nicht zuletzt konnten städtische Großeinkäufe an Holz

²⁶⁴ Bericht über die Sitzung des Gemeinderates am 9. Dezember 1932. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. Jänner 1933, 1 ff.; Bericht über die Sitzung des Gemeinderates am 16. Juni 1933. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. Juli 1933, 141 ff.

²⁶⁵ Kitzmüller, Aspekte der politischen und sozialökonomischen Entwicklung, 75; Walter Schuster, „Ständestaat“, 58.

²⁶⁶ 12. ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeindetages am 30. Dezember 1935: Haushaltsplan 1936 der Landeshauptstadt Linz. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. Februar 1936, 31 f.

²⁶⁷ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1937), 32.

²⁶⁸ Die Zeit der kommissarischen Verwaltung und die Wiederkehr des Verfassungslebens. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. Jänner 1936, 2.

und Lebensmitteln im Rahmen der sogenannten Winterhilfe als Gewerbeförderungsmaßnahme verkauft werden.²⁶⁹

Die kommunale Auftragsvergabe als Form der Mittelstandsförderung wirkte strukturkonservierend und änderte an der Grundmisere des Gewerbes – seinen strukturellen Überbeleg – nichts. Daran konnten auch Notverordnungen, wie die zeitlich befristete Gewerbesperre zum Schutz bestehender Betriebe, oder das Untersagungsgesetz 1934, dass die Neugründung eines Gewerbebetriebs nur bei einem gegebenen Lokalbedarf für zulässig erklärte, nichts ändern.²⁷⁰

In seiner Funktion als stellvertretender Landesgruppenleiter des Österreichischen Gewerbebundes in Oberösterreich erklärte Landesstatthalter Heinrich Wenninger, „daß es kein Streben nach irgend einer Monopolstellung, kein Streben nach hohen Gewinnen ist, wenn das Gewerbe sich gegen neuen Zuzug wehrt, sondern daß dies nichts anderes als der Kampf um die nackte Existenz ist, denn das Gewerbe zu führen gezwungen ist, will es nicht vollkommen verelenden.“²⁷¹

Um Konkurrenz durch die öffentliche Hand zu beseitigen, erfolgten Interventionen der Gewerbevertreter bei zuständigen Stellen.²⁷² Es ergingen aber auch Appelle zur „Selbsthilfe“: „Gewerbetreibende unterstützt euch gegenseitig! Gewerbetreibende deckt Euren Bedarf ausschließlich bei Euren Standeskollegen!“²⁷³

Die Gewerbeförderungspolitik der Stadtverwaltung stieß bei der politischen Vertretung des Gewerbes grundsätzlich auf Genugtuung. Die Landesgruppe Oberösterreich des Gewerbebundes betonte, dass die Stadt Linz sowohl durch öffentliche Aufträge als auch als Verbraucherin einen positiven Wirtschaftsfaktor für das heimische Gewerbe darstelle: „Unsere Wünsche an die Stadtgemeinde, bei Vergebung der Aufträge auch nach Tunlichkeit auf das Gewerbe bedacht zu sein und möglichst vielen und verschiedenen Handwerkern Aufträge zukommen zu lassen, sind in einem nennenswerten Ausmaße erfüllt worden.“²⁷⁴

Der als Vertreter des öffentlichen Dienstes im Linzer Gemeindetag sitzende Benjamin Frey zeigte sich überzeugt, dass „eine Unterstützung des Handels und Gewerbes [...] das wirksamste Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ wäre.²⁷⁵ So haben bei der Siedlungs-

²⁶⁹ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1937), 32 f.; Linzer Stadtgemeinde und Gewerbe. In: Der Gewerbebund. Mitteilungen der Vaterländischen Front – Gewerbebund, Landesgruppe Oberösterreich, Jänner-Februar 1938, 5 f.; Abschlusssitzung des Winterhilfskomitees. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 15. Juli 1936, 152.

²⁷⁰ Allgemein zur Gewerbepolitik: Senft, Im Vorfeld der Katastrophe, 398 ff.; Eminger, Das Gewerbe in Österreich, 117 ff, 152 ff. und 189 ff.

²⁷¹ Landesstatthalter Heinz Wenninger, Kampf um die nackte Existenz. In: Der Gewerbebund. Mitteilungen der Vaterländischen Front – Gewerbebund, Landesgruppe Oberösterreich, November 1937, 2.

²⁷² Einschränkung der Konkurrenz der öffentlichen Hand. In: Der Gewerbebund. Mitteilungen der Vaterländischen Front – Gewerbebund, Landesgruppe Oberösterreich, November 1937, 4.

²⁷³ Werbefeldzug des Handwerks. In: Der Gewerbebund. Mitteilungen der Vaterländischen Front – Gewerbebund, Landesgruppe Oberösterreich, November 1937, 6.

²⁷⁴ Linzer Stadtgemeinde und Gewerbe. In: Der Gewerbebund. Mitteilungen der Vaterländischen Front – Gewerbebund, Landesgruppe Oberösterreich, Jänner-Februar 1938, 5 f.5.

²⁷⁵ 12. ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeindetages am 30. Dezember 1935: Haushaltsplan 1936 der Landeshauptstadt Linz. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. Februar 1936, 23.

aktion auch die Geschäftsleute und Gewerbetreibenden – hier vor allem die Tischler, Maler und sonstigen Professionisten – Verdienst gefunden. Gleichzeitig appellierte er, Überstunden zu reduzieren und das „Pfuscherwesen“ einzudämmen, um dadurch mehr Arbeitslose einstellen zu können: „[...] denn das Sprichwort, das in früherer Zeit in lustiger Laune gesprochen wurde, daß die Liebe durch den Magen gehe, ist heute bitterer Ernst geworden. Wenn wir den hungernden Arbeitslosen befriedigen können, dann wird von selber die Liebe und das Vertrauen zu uns kommen“, zeigte sich Frey überzeugt.²⁷⁶

In Hinsicht auf ihre vermeintliche „beschäftigungspolitische“ Wirkung setzte die Stadtverwaltung strukturkonservative und modernisierungsfeindliche Maßnahmen: So verzichtete sie im Bereich des städtischen Fuhrparks bewusst auf eine Mechanisierung und setzte auf den Einsatz manueller Kräfte. Zur Bewältigung des großen Staubproblems auf zahlreichen Linzer Straßen entschied man sich gegen den Ankauf von Straßenkehrmaschinen, um dafür möglichst viele Straßenkehrer einsetzen zu können.²⁷⁷ Eine spürbare Senkung der Zahl der Arbeitslosen konnte damit aber nicht bewirkt werden.

Eine diskussionswürdige Alternative zur strukturkonservativen, mittelstandsorientierten und die Arbeitslosigkeit nicht verringernden Wirtschaftspolitik der Linzer Stadtverwaltung schlug Gemeindegatsmitglied Paul Weitlaner im Namen der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Ende Dezember 1935 vor. Dabei ging er von der Annahme aus, dass es aufgrund der aktuellen Stilllegung vieler industrieller Betriebe und der daraus folgenden hohen Arbeitslosigkeit keine Gewähr gebe, dass in den nächsten Jahren eine Belebung der Wirtschaft eintreten werde. Wenn man dies als Tatsache anerkenne, so Weitlaner weiter, müsse man sich die Frage stellen, ob es nicht notwendig wäre, „unsere Wirtschaftspolitik grundsätzlich zu ändern“.

Linz besitze infolge seiner ausgezeichneten verkehrsgeografischen Lage eine große Zukunft als Warenumserschlagplatz. Daher käme dem Ausbau des Donauhafens eine besondere Bedeutung zu. Auch im Bereich des Fremdenverkehrs sah Weitlaner bedeutende Entwicklungsmöglichkeiten. Bereits 1934 hatte er auf die Bedeutung des Tourismus für Linz hingewiesen und einen Zusammenschluss aller oberösterreichischen Donauufergemeinden angeregt, um eine gemeinsame „Plattform zur Beratung von Angelegenheiten des Fremdenverkehrs“ zu schaffen. Im Dezember 1935 nahm Weitlaner einen zweiten Anlauf, und stellte im Linzer Gemeindegats einen Antrag zur Gründung eines Verkehrsausschusses, der sich aus Mitgliedern des Gemeindegats und aus externen Fachleuten mit beratender Stimme zusammensetzen sollte. Der Bürgermeister solle Sorge tragen, dass bei der künftigen Erstellung des Sommer- und Winterfahrplans auf der Donau eine bessere Koordination der verschiedenen Interessen und Bedürfnisse gewährleistet wäre. Dafür wurde eine jährlich einzuberufende Konferenz in Linz vorgeschlagen.²⁷⁸

²⁷⁶ 12. ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeindegates am 30. Dezember 1935: Haushaltsplan 1936 der Landeshauptstadt Linz. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 15. Jänner 1936, 13.

²⁷⁷ 12. ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeindegates am 30. Dezember 1935: Haushaltsplan 1936 der Landeshauptstadt Linz. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. Februar 1936, 28.

²⁷⁸ 12. ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeindegates am 30. Dezember 1935: Haushaltsplan 1936 der Landeshauptstadt Linz. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 15. Jänner 1936, 11.

Aus wirtschafts- und tourismuspolitischen Gründen kam für Weitlaner dem Ausbau des Straßennetzes nach Linz ein ganz besonderer Stellenwert zu. Dies betraf sowohl den Ausbau der Freistädter und der Leonfeldener Bundesstraße in das Mühlviertel als auch den besonders wichtig erachteten Ausbau der Donauuferstraße nach Schärding und Passau.

Denn gerade die so genannte Nibelungenstraße als Teil eines transeuropäischen Verkehrswegs würde den Anschluss von Linz an die internationalen Verkehrsströme ermöglichen. Einerseits würde 1938 die im Bau befindliche Reichsautobahn nach Passau fertig gestellt sein, andererseits plane Ungarn den Anschluss an die projektierte europäische Fernstraße. Wenn Österreich in Zukunft nicht umgangen werden wolle, sei der Bau der Straße durch das Donautal unbedingt notwendig. Wenn in der weiteren Folge eine Transversalstraße von Prag über Budweis und Linz durch das Kremstal in die Steiermark hinzukommen werde, so würde Linz „mit einem Male an einem hervorragend wichtigen Straßenknotenpunkt in Mitteleuropa liegen,“ so Weitlaner im Dezember 1936 euphorisch.²⁷⁹

Doch waren die Versuche, die Donaustraße auszubauen, bis dahin vollkommen unzulänglich. Man baute die Straße in einer Breite von sechs Metern, während die bis zur Grenze führende Autostraße des Deutschen Reiches eine Breite von 24 Metern aufwies. Unzulänglich war für Weitlaner auch der arbeitsmarktpolitische Effekt. Die nicht unbedeutenden Mittel, welche die Bundesregierung für den Bau und die Verbesserung von Straßen in den vergangenen Jahren aufgewendet hatte, führten in den Industrieorten zu keiner Reduktion der Arbeitslosen: „Nur ein ganz großes Projekt wäre imstande, die Arbeitslosenziffern der großen Industrieorte herabzudrücken. Aus all diesen Erwägungen heraus erachte ich es für äußerst wichtig, daß sich gerade die Stadtgemeinde Linz an die Spitze dieser Aktion stellt und sich auch zur Aufgabe macht, die Propaganda für den Ausbau der Donaustraße zu betreiben,“ so Weitlaner.²⁸⁰

Immerhin wurde auf Antrag Weitlaners Anfang 1937 ein Aktionskomitee zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft aller Donauufergemeinden zum großzügigen Ausbau der Nibelungenstraße gebildet.²⁸¹

Mit dem Bürgermeister von Aschach an der Donau konnte ein vehementer Befürworter der Nibelungenstraße gewonnen werden. Was für Salzburg die Glocknerstraße und für Kärnten die Packstraße wäre, sollte für Oberösterreich die Nibelungenstraße werden. Die bisherigen Bemühungen um den Straßenausbau kommentierte er jedoch abschätzig: „Was bisher als Donaustraße geschaffen wurde, ist, wie Dr. Weitlaner richtig bemerkte, eher geeignet den Fremdenverkehr in Oberösterreich zu schädigen. Denn wenn man diesen Sauweg Nibelungen-

²⁷⁹ Bericht über die 25. ordentliche – öffentliche – Sitzung des Gemeindetages am 15. Dezember 1936: Haushaltsplan 1937 der Landeshauptstadt Linz. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. Jänner 1937, 13 f.

²⁸⁰ Bericht über die 25. ordentliche – öffentliche – Sitzung des Gemeindetages am 15. Dezember 1936: Haushaltsplan 1937 der Landeshauptstadt Linz. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. Jänner 1937, 14.

²⁸¹ Bericht über die 25. ordentliche – öffentliche – Sitzung des Gemeindetages am 15. Dezember 1936: Haushaltsplan 1937 der Landeshauptstadt Linz. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 15. Jänner 1937, 29.

strasse nennt, so schändet man damit den schönen, wohlklingenden und anziehenden Namen.“²⁸²

Damit „endlich Linz vom Durchzugsverkehr berührt werden kann“, drängte auch Bürgermeister-Stellvertreter Otto Danner auf einen raschen Fortgang des Projekts. So sollte der Kontakt zum Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen hergestellt werden, um Näheres über die Autobahnanschlussstelle in Passau zu erfahren. Darüber hinaus sollte bei der oberösterreichischen Wirtschaft und beim Landeshauptmann Propaganda für die Donaustraße gemacht werden. Schwierigkeiten erwartete man sich hinsichtlich einer Unterstützung aus Wien. Denn die Nibelungenstraße sollte unbedingt in den Rang einer Bundesstraße erhoben werden.²⁸³

Im Frühjahr 1937 beauftragte die oberösterreichische Landesregierung den Landesoberbau- rat Ing. Alfred Sighartner mit der Erstellung einer Studie zum Problem der Fernstraßen in Oberösterreich. Linz wurde in dieser Studie sowohl durch die West-Ost-Linie von Passau über Linz nach Wien als Fortsetzung der deutschen Reichsautobahn von Frankfurt über Nürnberg nach Passau – als Teil der Transkontinentalstraße zwischen London und Istanbul – und die Nibelungenstraße Passau – Engelhartzell – Eferding – Linz – Strudengau – Wachau – Wien, die vor allem dem Fremdenverkehr dienen sollte, tangiert, als auch durch die Nordverbindung von Graz über den Pyhrnpass über Linz und Freistadt nach Prag. Den zahlreichen Planungen und Studien des Landes folgten jedoch keine weiteren Schritte der Konkretisierung.²⁸⁴

Da im Bereich des Straßenbaus ein „ganz großes Projekt“ – wie es Paul Weitlaner vorschwebte – des Bundes oder des Landes ausblieb, mussten sich die diesbezüglichen Bemühungen der Stadt Linz im bescheidenen Rahmen ihrer budgetären Möglichkeiten bewegen. Wurden im Jahr 1931 jedoch noch 1,800.000 Schilling für Straßenbauzwecke beansprucht, waren 1936 nur noch 181.700 Schilling dafür vorgesehen. Um diesen Betrag konnte im Wesentlichen die Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes und die Errichtung von Zufahrtsstraßen zu den neuen Stadtrandsiedlungen ausgeführt werden. Weitere Straßenerneuerungen bzw. Platzgestaltungen betrafen den Domvorplatz und den Kirchenvorplatz am Pöstlingberg, die Waldeggstraße, Coulinstraße, Jahnstraße, Reindlstraße, Scharitzerstraße, Südtirolerstraße, Freistädter Straße und die Dollfußstraße (heute Dametzstraße).²⁸⁵

²⁸² AStL, Neue Registratur, Ständestaat, Sch. B 11, Schreiben des Bürgermeisters von Aschach an der Donau Dr. Dienstl an den Bürgermeister von Linz am 27. Februar 1937.

²⁸³ AStL, Neue Registratur, Ständestaat, Sch. B 11, Niederschrift über die Sitzung des Aktionskomitees zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft der Donauufergemeinden am 18. März 1937, 17 Uhr, Rathaus, Zimmer 12.

²⁸⁴ Kreuzer, Verkehr und Straße in Oberösterreich, 171 ff.

²⁸⁵ 12. ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeindetages am 30. Dezember 1935: Haushaltsplan 1936 der Landeshauptstadt Linz. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. Februar 1936, 26.



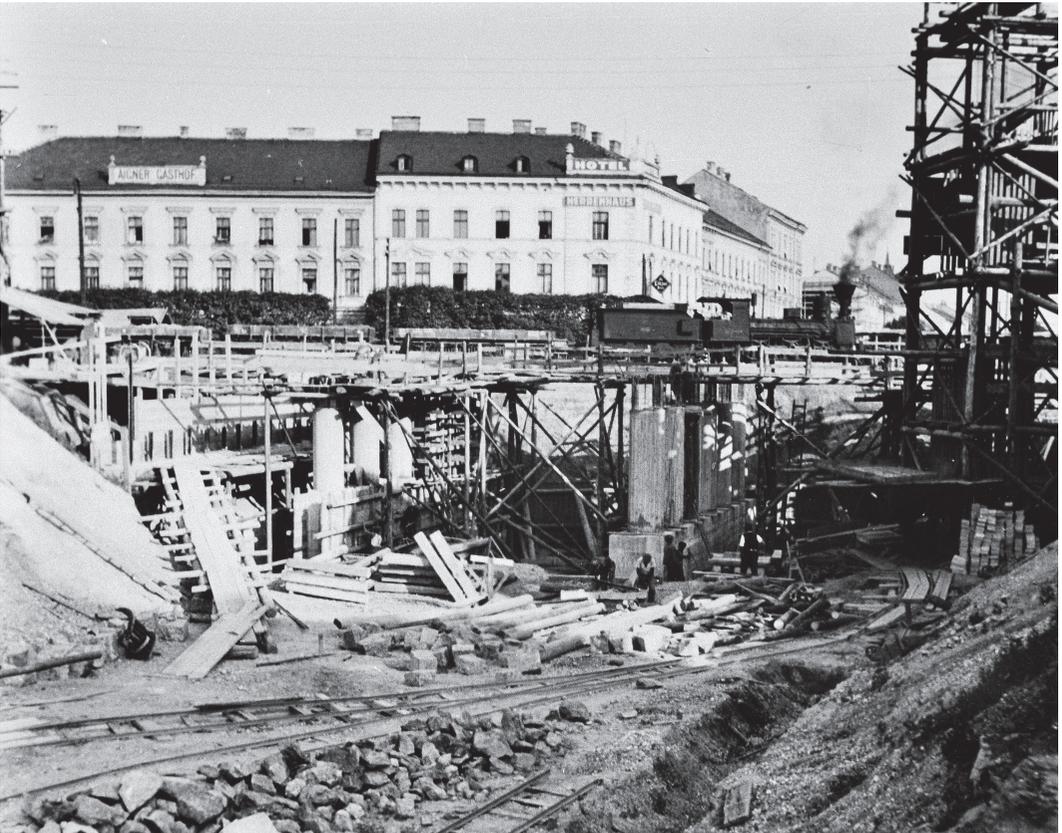
Bauarbeiten für die Neugestaltung des Bahnhofvorplatzes im Juni 1936 (Foto: AStL, Dokumentation).

Ein weiteres wichtiges Straßenbauprojekt, das ab März 1936 in Angriff genommen werden konnte, war die Unterführung der Wiener Reichsstraße (heute Wiener Straße). Mit dieser konnte die große Verkehrsbehinderung aufgrund der schienengleichen Übersetzung – der „Übersetz“ – beseitigt werden. Am 30. Oktober 1937 wurde die neue Unterführung für den Verkehr in Richtung Innenstadt eröffnet. Am 7. November konnte die Straßenbahn nach Ebelsberg erstmals durch die Unterführung ihren Weg nehmen. Seit 6. Dezember war die neue Unterführung für alle Verkehrsteilnehmer zugänglich. Die Baumaßnahmen führten zu einer geringfügigen Südverlegung und Verbreiterung der Blumauerstraße. Die Oberflächenumgestaltung an der Volksgartenecke ließ einen großen Platz entstehen, der sich zu einem bedeutenden Verkehrsschnittpunkt der Stadt entwickelte.²⁸⁶

²⁸⁶ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1937), 6 f.; Die umgekehrte Lösung, also die Tiefliegung der Bahn – und nicht der Straße – auf einer Länge von 650 Metern, die von Architekt Hans Arndt 1935 vorgeschlagen wurde, und wodurch nicht nur ein großer Platz im Bereich der Blumau, sondern auch ein an die Blumau herangerückter und aus seiner städtebaulichen und verkehrstechnischen Randlage befreiter Bahnhof ermöglicht worden wäre, wurde vermutlich aus Kostengründen nicht realisiert. Kreuzer, Hauptbahnhof Linz, 436.



Mit dem Bau der Bahnunterführung zwischen Landstraße und Wiener Straße wurde eine Ursache für tägliche Verkehrsstaus beseitigt. Die Aufnahmen stammen aus dem Jahr 1936 (Fotos: AStL, Dokumentation).





Bauarbeiten an der Höhenstraße (1937) noch im Bereich des Bauernbergs (Foto: AStL, Dokumentation).

Im Hinblick auf die Förderung des Fremdenverkehrs schenkte die Stadtverwaltung der Ausgestaltung der Freinbergstraße zu einer Höhenstraße besonderes Augenmerk. Eine attraktive Fremdenverkehrspolitik verpflichtete darüber hinaus auch zu einer intensiven Ankurbelung der Kulturpolitik, zeigte sich Paul Weitlaner überzeugt: „Die Schönheit des Stadtbildes ist nicht bloß ein ideales Gut, das uns seelische Werte vermittelt, sondern ist auch ein großes Kapital, das auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs nutzbringend verwertet werden muß.“ Um das Stadtbild vor architektonischen Verunzierungen zu schützen, stellte Weitlaner Ende 1935 den Antrag auf Ausarbeitung einer Stadtbauordnung als rechtliche Grundlage zum Schutz des Stadtbildes. Dadurch sollte ein Beitrag zur Erhaltung der Linzer Kulturdenkmäler geleistet werden. Im Jahre 1937 konnten immerhin einige Renovierungsaktivitäten im Stadtbild vorgenommen werden, etwa beim Landhaus, beim alten Rathaus und einigen weiteren Privathäusern der Altstadt.

Die Belebung des Kulturtourismus durch die seit 1936 veranstalteten Bruckner-Festspiele begrüßte Paul Weitlaner jedenfalls als ein außerordentlich erfreuliches Zeichen. Um die touristische Attraktivität des Raumes Linz weiter zu erhöhen, regte er an, Touristenkarten für das Mühlviertel zu erstellen. Dem Dank der Aufhebung der Tausendmarksperrre wieder anlaufenden reichsdeutschen Tourismus wurde Ende 1936 mit der Adaptierung des ehemaligen Marktamtsgebäudes am Linzer Brückenkopf zum Stadtbüro des Landesverkehrsamts eine attraktive Anlaufstelle geboten. Der turmartige Aufbau des neuen Fremdenverkehrs-

büros war mit vier Verkehrssymbolen – einem Flugzeug, einem Auto, einer Lokomotive und einem Schiff – geschmückt, mit denen die Touristen in das Land strömen sollten.²⁸⁷

Um Linz auch in das internationale Flugverkehrsnetz einzubinden, wurde der Verein zur Förderung des Flugwesens gegründet, in dem der alte oberösterreichische Verein für Luftfahrt aufging. Seine konstituierende Sitzung fand am 24. Juni 1936 unter dem Vorsitz von Bürgermeister Wilhelm Bock statt. Die Aufgabe des neuen Vereins bestand in der Förderung und Unterstützung des Segel- und Motorflugs und in der Ausgestaltung von Linz zu einem verkehrspolitisch wichtigen Knoten am geografischen Schnittpunkt der Linie Prag – Adria und der Donaulinie. Die Linzer Stadtverwaltung leistete mit einer großzügigen finanziellen Unterstützung in der Höhe von 1,080.000 Schilling einen wesentlichen Beitrag zur Errichtung des Flughafens. Weitere finanzielle Sponsoren wie der Industriellenbund, die Handelskammer und eine Reihe Linzer Unternehmen stellten sich ein. Ziel war, dass der neue Flughafen die Genehmigung als Flughafen I. Ordnung erhalten werde. Dafür benötigte man neben der Verbreiterung des Rollfelds die Errichtung eines entsprechend großen Hangars zur Aufnahme der notwendigen Reparaturwerkstätten. Darüber hinaus unterstützte die Linzer Stadtverwaltung den Ankauf eines Motorflugzeugs, das der Ausbildung von Flugschülern dienen sollte.²⁸⁸



Der Flugplatz Linz-Katzenau am 22. Mai 1934, dem Tag der Eröffnung als Flughafen 2. Klasse (Foto: AStL, Dokumentation).

²⁸⁷ 12. ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeindetages am 30. Dezember 1935: Haushaltsplan 1936 der Landeshauptstadt Linz. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 15. Jänner 1936, 11.; Eröffnung des Fremdenverkehrsbüros beim Brückenkopf. In: Linzer Volksblatt vom 24. November 1936.

²⁸⁸ Flugsport und Luftverkehr in Linz. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. Juli 1936, 143 f.; AStL, Neue Registratur, Ständestaat, Sch. B 5. Aufbau des Flugwesens in Ober-Österreich.

Im Sommer 1936 rief Landeshauptmann Heinrich Gleißner zu einer Spendensammlung zwecks Errichtung einer eigenen oberösterreichischen Flugstaffel auf. Diese „Spende für Rüstungszwecke“ wurde von Teilen der Belegschaft der Steyr-Daimler-Puch-Werke in Steyr – besonders von den Betriebszellen der Kommunistischen Partei – unter anderem auch in einem Offenen Brief an den Landeshauptmann schärfstens abgelehnt.²⁸⁹ In Linz wurde laut offiziellen Angaben zwischen September und Jahresende 1936 von „vaterländischen“ Kreisen ein durchaus namhafter Betrag von insgesamt 122.000 Schilling zusammengetragen.²⁹⁰ Am 1. Juli 1937 fand am neuen Linzer Flugfeld im Beisein von Bürgermeister Wilhelm Bock und weiteren Stadthonoratioren die feierliche Eröffnung der Fluglinie Linz-Salzburg-Innsbruck bzw. München statt. Damit war der lang ersehnte Anschluss an den internationalen Flugverkehr – obgleich vorerst nur für die Sommermonate – Realität geworden.²⁹¹ Die dafür in Betrieb genommene einmotorige Junker der Österreichischen Luftverkehrs AG. wurde als gut ausgelastet bezeichnet: „An schönen Tagen waren in der Regel alle vier Plätze der Flugzeugkabine besetzt.“²⁹² Die amtliche Statistik hielt fest, dass im Jahre 1936 der Linzer Flugplatz von 65 Ausländern, im Jahre 1937 bis zum 17. November bereits von 95 Personen angefliegen wurde.²⁹³

Ein weiteres städtisches Projekt zur Ankurbelung der Wirtschaft war ein Instandsetzungsprogramm für kommunale Gebäude in der Höhe von 100.000 Schilling, das im Sommer 1936 vom Gemeindetag beschlossen wurde. Für außerordentliche Instandsetzungsarbeiten waren weitere 80.000 Schilling vorgesehen. Die anstehenden Arbeiten wurden vorwiegend an Linzer Gewerbebetriebe vergeben, in der Hoffnung, dass sich die dem Gewerbe zufließenden Beträge positiv auf die Gesamtwirtschaft der Stadt auswirken werden.²⁹⁴

Mit Unterstützung der Stadtgemeinde wurde 1937 der Bau des Linzer Handelskammergebäudes ermöglicht, das sowohl Büro- als auch Wohnzwecken diente.²⁹⁵ Aus Mitteln der Arbeiterkammer wurde auf den Gründen des ehemaligen Blindeninstituts an der Blumauerstraße das „Haus der Gewerkschaftsjugend“ errichtet. Den Grund für das Heim widmete die Stadtgemeinde. Die Arbeiterkammer brachte für die Errichtung des Gebäudes rund 60.000 Schilling auf.²⁹⁶

Eine endgültige Lösung wurde auch für die Unterbringung der Linzer Polizeidirektion gefunden. Die Verpflichtung der Stadtgemeinde zur Schaffung eines Amtsgebäudes für die Polizeidirektion konnte durch den Ankauf und die Umgestaltung des in Zeiten eingeschränkter Reiseverkehrs nicht haltbaren „Hotel de l’Europe“, Mozartstraße 6–10, eingelöst wer-

²⁸⁹ Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich, 175 ff.

²⁹⁰ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1936), 20.

²⁹¹ Linz dem internationalen Flugverkehr angeschlossen. Eine bedeutsame Errungenschaft für unsere Landeshauptstadt. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 15. Juli 1937, 170 f.

²⁹² Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1937), 21.

²⁹³ Ebenda.

²⁹⁴ 100.000 Schilling für Reparaturen an städtischen Gebäuden. In: Amstblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. Juli 1936, 151.

²⁹⁵ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1937), 8 f.

²⁹⁶ Ebenda, 9.

den.²⁹⁷ Die durch die Februarereignisse dem neuen Regime vor Augen geführte Dringlichkeit eines Neubaus des Gefangenenhauses konnte Anfang 1936 mit der Eröffnung des „modernste(n) Polizeigefangenenhaus Österreichs“ einer raschen Lösung zugeführt werden.²⁹⁸ An Stelle der bis zum Oktober 1935 genutzten, jedoch beengten und für Gefängniszwecke ungeeigneten Räumlichkeiten in einem Trakt des Linzer Rathauses, wies das neue vierstöckige Gefangenenhaus im Hof der Bundespolizeidirektion 44 Zellen für einen Belag von ungefähr 100 Personen auf: „Unwillkürlich erinnert die Monumentalität und Sachlichkeit dieses Baues auch ein wenig an die Linzer Tabakfabrik, deren weiterer Ausbau auch im Jahre 1937 fortgesetzt wurde und im kommenden Jahr zu Ende geführt werden soll.“²⁹⁹

Im Dezember 1936 erhob das Linzer Baugewerbe die Forderung nach einem für die privaten Baugesellschaften durchaus vorteilhaften Assanierungsgesetz nach Wiener Vorbild. Da es aufgrund der Finanzlage der Stadt unmöglich wäre, größere Beträge zum Zweck der Straßenregulierung und der Beseitigung von Engpässen in der Stadt freizumachen, müsse getrachtet werden, dass diese Aufgaben durch das Privatkapital übernommen werden. Gemeindegamitglied Baumeister Georg Schantl zeigte sich überzeugt, dass es bei Gewährung eines Demolierungsauftrags und der Kündigungsfreiheit ohneweiters möglich wäre, einen Neubau rentabel zu errichten und zu betreiben.³⁰⁰ Der Initiative der Stadtverwaltung, Linzer Hausbesitzern ein zinsloses Darlehen zur Umwandlung leer stehender Räume in Wohnungen zu gewähren, spendete die Bauwirtschaft besonderes Lob: „Leider hat diese Aktion nicht den Erfolg gehabt, den man erwarten könnte. Daher richte ich an die Hausbesitzer den Appell, von dieser Möglichkeit der zinslosen Gelder für Adaptierungszwecke Gebrauch zu machen“, so Schantl.³⁰¹

Für Paul Weitlaner waren all diese Bemühungen der Stadtverwaltung nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Vielmehr bedürfe es einer Initiative, die alle Arbeitskräfte auf ein einziges großes, weithin sichtbares Projekt konzentrieren sollte: Denn die „Lohnverhältnisse der Industriearbeiterschaft, der Angestellten des Bundes, des Landes und der Gemeinde sind schlechter wie früher. Daraus erklärt sich die verminderte Kaufkraft der Bevölkerung, da jede Lohnkürzung Millionen von Schillingen der heimischen Wirtschaft entzieht. Auch die Nachfrage nach Kleinwohnungen [...] ist ein Zeichen dafür, daß die Kaufkraft der Bevölkerung herabgemindert wurde. Unsere wichtigste Aufgabe muß es also sein, die Kaufkraft der breiten Massen zu heben und jede Bestrebung auf diesem Gebiete, ob wir nun Arbeiter, Angestellte oder Wirtschaftsführer sind, zu fördern. Deshalb darf in der Zukunft gar keine

²⁹⁷ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1935), 11.

²⁹⁸ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1937), 10; Einweihung der Linzer Polizeidirektion. In: Linzer Volksblatt vom 20. Jänner 1936.

²⁹⁹ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1937), 11.

³⁰⁰ Bericht über die 25. ordentliche – öffentliche – Sitzung des Gemeindetages am 15. Dezember 1936: Haushaltsplan 1937 der Landeshauptstadt Linz. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. Jänner 1937, 12; zum Assanierungsbau und zur Wohnbaupolitik in Wien siehe: Feller, Baupolitik in Wien; Plischke, Wir müssen bauen!, 216–223 sowie: Plischke, Ein Hauch des Großstädtischen, 224–229; Feller, Vorwärts in die Vergangenheit, 273–279.

³⁰¹ Bericht über die 25. ordentliche – öffentliche – Sitzung des Gemeindetages am 15. Dezember 1936: Haushaltsplan 1937 der Landeshauptstadt Linz. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. Jänner 1937, 12.

Rede mehr von sinkenden Löhnen sein, denn nur derartige Maßnahmen bringen auch dem Wirtschaftsprozeß neue Lasten.“³⁰² Mit diesem Appell erwies sich Weitlaner im Linzer Gemeindetag abermals als ein einsamer Rufer in der Wüste.

Wohnbaupolitik

Die Wohnbaupolitik stellte in der Ersten Republik ein weltanschaulich-ideologisch hoch aufgeladenes Feld dar, in dem sich die divergierenden gesellschaftspolitischen und programmatischen Positionen von Sozialdemokraten und bürgerlich-konservativem Lager besonders deutlich manifestierten. Nach sozialdemokratischer Meinung sollte der Wohnbau vorwiegend in öffentlichen Händen liegen, da sich das private Kapital nur dann der Bautätigkeit zuwende, wenn die Mieten entsprechend hoch wären, was mit einem starken Mieterschutz unvereinbar wäre. Dem gegenüber sprachen sich die Christlichsozialen und Deutschenationalen gegen eine „schleichende Sozialisierung“ im Wohnungswesen und für die Interessen der Hausbesitzer aus. Sie forderten angemessene Mieteinkünfte und die Ankurbelung der privaten Bautätigkeit.³⁰³

Diese war jedoch in der unmittelbaren Nachkriegszeit de facto zum Erliegen gekommen. Die Barackenlager in der Katzenau, auf dem Kleinen Exerzierfeld und am Damm in Urfahr sowie die Notwohnungen in der ehemaligen Landwehr-Infanteriekaserne, der Pionier- und der Wasserkaserne, in den Riegelwandbauten und in den Blockhäusern in der Katzenau zeugten vom extremen Wohnungsmangel und Wohnungselend der Nachkriegsjahre.

Ab 1921 begann die Stadtverwaltung, ein großes kommunales Wohnbauprojekt an der Wimpfölsstraße in Angriff zu nehmen. Es folgten städtische Siedlungsbauten auf den Kaufleitnergründen (Garnisonstraße) sowie eine Siedlung auf dem Römerberg. 1926 wurde das Hörschingergut an der Freistädter Straße für Wohnzwecke adaptiert. Die Baugenossenschaft Familie errichtete Wohnbauten an der Figulystraße und an der Ferihumerstraße. Die Wohnbauten auf den Kaufleitnergründen, an der Ringstraße (heutige Gruberstraße) und in Kleinmünchen wurden so gebaut, dass bei abnehmender Wohnungsnot eine Zusammenlegung der Kleinwohnungen möglich war. Angesichts des weiterhin bestehenden Wohnungsmangels und der hohen Aufschließungskosten beim Bau von Einfamilienhäusern bevorzugte die sozialdemokratische Stadtverwaltung den verdichteten Wohnbau in Form der Blockverbauung. Das Linzer Wohnungsfürsorgeamt schloss aber nicht aus, dass die Stadtgemeinde später, wenn die dringendste Wohnungsnot beseitigt wäre, nicht auch den Bau von Siedlungshäusern „auf das tatkräftigste“ unterstützen werde.³⁰⁴

Der in Linz durchaus programmatischen Wohnbaupolitik der Sozialdemokratie kamen der Mieterschutz und das Wohnungsanforderungsgesetz, welche die Rechte der Wohnungs-

³⁰² Ebenda, 14.

³⁰³ Kepplinger, Arbeiterwohnbau, 35 f.

³⁰⁴ So der Leiter des Wohnungsfürsorgeamtes, Obermagistratsrat Josef Scherleitner, im Jahre 1927. Siehe: Scherleitner, Wohnungswesen und Wohnungspolitik, 272–281.

eigner deutlich einschränkten, sehr entgegen. Mit dem Auslaufen des Wohnungsanforderungsgesetzes 1925 kam es jedoch zu einem ersten Rückschlag. Der zweite folgte mit dem 1929 von den bürgerlichen Mehrheitsparteien beschlossenen Wohnbauförderungs- und Mietengesetz. Dieses verknüpfte die öffentliche Wohnbauförderung mit der Durchbrechung des bisherigen Mieterschutzes. Öffentliche Mittel sollten künftig als indirekte Subventionen an den Bauherrn eingesetzt werden, wobei sowohl Private als auch Bauunternehmer, Genossenschaften oder Gemeinden diese Begünstigung in Anspruch nehmen konnten. Erstmals seit Kriegsende garantierte das neue Mietengesetz den Hausherrn wieder einen Nettoertrag, was in der weiteren Folge zu Mieterhöhungen führte.³⁰⁵

Dazu kam, dass im Rahmen der Abgabenteilungsgesetze vor allem die sozialdemokratischen Mehrheitsgemeinden von einer Anteilskürzung bei den Steuereinnahmen betroffen waren. Im Zentrum dieses finanzpolitischen Angriffs der bürgerlichen Regierungen stand zwar das „Rote Wien“, ab 1929/30 waren aber auch andere große Gemeinden massiv von den negativen Auswirkungen dieser Politik betroffen. Zwischen 1929 und 1933 kam es zu einer drastischen Reduktion des kommunalen Wohnbaus, der unter den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise schließlich gänzlich zusammenbrach.³⁰⁶

Die ideologischen Prämissen austrofaschistischer Wohnbaupolitik kreisten um die Idee der „Entproletarisierung des Proletariats“. Durch eigenständige Siedlungstätigkeit sollte die Arbeiterschaft eine Bindung „an die Scholle“ entwickeln. Da ein Arbeiter, der Eigentum besitzt, nicht mehr Gegner, sondern Mitträger der bestehenden Wirtschaftsordnung wäre, würde es auch zu einer „Erneuerung und Befriedung der Arbeiterbevölkerung“ kommen.³⁰⁷ Arbeitslose und Kurzarbeiter sollten in Nebenerwerbssiedlungen ein Heim finden und in den zugehörigen Kleingärten einen extensiven Gartenbau sowie eine Kleintierzucht betreiben, die eine Siedlerfamilie befähigen sollten, die Weltwirtschaftskrise besser zu überstehen. Die Bildung von Eigentum an Grund und Boden in Arbeiterhand, wobei allein der Mann die Siedlerstelle und Familie nach außen vertrat, und die Einschränkung der Frauenarbeit auf Haushaltsführung, Gartenpflege und Kinderaufzucht sollten die traditionellen patriarchalen Familienstrukturen fördern und zu einer Steigerung der Geburtenzahlen führen. Durch die selbsttätige Mitarbeit bei der Errichtung eines eigenen Heimes am Stadtrand wären auch die „gesunden“ Grundlagen zur Erziehung eines „entproletarisierten“ Nachwuchses gegeben:³⁰⁸ „Denn ganz anders kann sich eine Familie im Eigenheim, sei es auch nur im kleinsten Siedlungshaus, das sie höchstens mit einer zweiten Familie teilen muß, entfalten. Von großer Bedeutung ist auch der Garten, welcher die Menschen wieder erd- und naturverbunden macht, ein gesünderes Geschlecht mitschaffen hilft.“³⁰⁹

³⁰⁵ Kepplinger, Arbeiterwohnbau, 37 f.

³⁰⁶ Ebenda, 38.

³⁰⁷ Davon war Sozialminister Josef Dobretsberger als bedeutender Vertreter der Siedleridee überzeugt. Siehe: Dobretsberger, Die wirtschaftspolitischen Aufgaben, 69.

³⁰⁸ Ennsmann, Frauenpolitik und Frauenarbeit, 180 ff.; Stiefel, Die Zukunft liegt in der Vergangenheit, 122 f.; allgemein: Hoffmann, „Nimm Hack' und Spaten ...“.

³⁰⁹ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1936), 9.

„Schöne, freundliche Gartenstädte, die von Arbeitern bewohnt sind“, und nicht das „düstere Bild dieser Miethäuser und Zinskasernen“³¹⁰ illustrierten also die christliche Utopie eines heimisch gewordenen, von sozialistischen Klassenkampfideen befreiten Proletariats. Im kleinen Eigenheim verdinglichte sich „das Bild einer behaglichen bürgerlichen Gemütlichkeit“. Dem gegenüber stand das Bild einer ungeordneten und unfertigen Stadt, in der „wild zerstreut die mehrgeschossigen Miethäuser, überall gräßliche Baulücken und kahle Feuermauern zurücklassend“, standen – „das Zeugnis eines katastrophalen Einbruches der Neuzeit. Die Gemeinde wird viele Jahrzehnte lang daran zu tun haben, das Stadtbild wieder in Ordnung zu bringen, um endlich den Anblick einer fertigen Stadt zu bieten,“ so der Salzburger Zivilarchitekt Baurat Paul Geppert, Propagandist und Planer der Garten-Neustadt Linz-Ost.³¹¹

Einen eifrigen Befürworter der Stadtrand- und Gartenstadtidee fand Geppert in Bürgermeister Wilhelm Bock, der im Frühjahr 1934 als Wohnungsreferent in die Linzer Gemeindeverwaltung eingetreten war. Als Vertreter der Siedleridee versuchte Bock die Wohnbaupolitik mit der Fürsorgepolitik zu verbinden. Den Prämissen einer subsidiären Gesellschaftspolitik folgend, sollten durch die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Stadtgemeinde die Siedler in die Lage versetzt werden, aus eigener Kraft ihren Mietzins bezahlen zu können. Sozialpolitisches Ziel war es, arbeitslosen Siedlern jenen Verdienst zu verschaffen, der zusammen mit dem Nebenerwerb aus der Siedlungstätigkeit die volle Existenzfähigkeit zu gewährleisten im Stande wäre.³¹²

Darüber hinaus würden die neuen Stadtrandsiedlungen wesentlich zur „Gesundung des Gemeinwesens“ beitragen, war Gemeindegatsmitglied Richard Wiener überzeugt: „Hätte man in früherer Zeit an Stelle der Zinskasernen Stadtrandsiedlungen gebaut, so wäre es leichter möglich gewesen, die Unruheherde, die schließlich einen 12. Februar hervorriefen, rechtzeitig einzudämmen.“³¹³

Die Stadtrand- und Gartenstadtidee wurde freilich nicht erst während des Austrofaschismus in Linz propagiert und realisiert. Schon die von Stadtbaumeister Curt Kühne entworfene und ab 1919 in Scharlinz realisierte Siedlung war der Gartenstadtidee verpflichtet, ebenso wie die Einfamilienhaussiedlung am Froschberg, für deren Errichtung von den Bewerbern auch die Mitarbeit am Bau verlangt wurde.³¹⁴ Die Siedlungsgenossenschaft des oberösterreichischen Landesverbandes gemeinnütziger Baugenossenschaften in Linz – eine Dachorganisation der größten Linzer Baugenossenschaften – war schließlich der Bauherr der ersten Stadtrandsiedlung in Linz: der Siedlung St. Peter. Die Stadtgemeinde unterstützte die Siedlungstätigkeit durch Erleichterungen beim Grunderwerb und der Aufschließung des Baugeländes. Die Siedlungshäuser waren vor allem für Erwerbslose, Saison- und Kurzarbeiter bestimmt,

³¹⁰ Innitzer, Die soziale Bedeutung der Eigenheim-Bewegung, 14.

³¹¹ Geppert, Über die städtebauliche Entwicklung, 6.

³¹² Fortsetzung der Siedlungsbauten der Stadtgemeinde Linz. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 15. August 1936, 182.

³¹³ Bericht über die 25. ordentliche – öffentliche – Sitzung des Gemeindetages am 15. Dezember 1936: Haushaltsplan 1937 der Landeshauptstadt Linz. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. Jänner 1937, 13.

³¹⁴ Mayrhofer/Katzinger, Geschichte der Stadt Linz, Bd. 2, 274.

welche die erforderlichen zehn Prozent Eigenmittel bei einer Genossenschaft nicht, oder nur schwer aufbringen konnten. Die Baukosten wurden durch billigste Bauweise, unbezahlte Mitarbeit der Siedler und durch den Einsatz des Freiwilligen Arbeitsdienstes so niedrig wie möglich gehalten.³¹⁵



Errichtung von Siedlungsbauten in St. Peter im Jahr 1932 (Foto: AStL, Dokumentation).

Die verschiedenen Baugenossenschaften mussten sich während des Austrofaschismus vorwiegend damit begnügen, begonnene Bauvorhaben zu Ende zu führen. Das letzte große Bauprojekt der Linzer Baugenossenschaften Wohnungsfürsorge, Familie, Baureform sowie der Arbeiter- und der Eisenbahnerbaugenossenschaft war die Errichtung eines großen Häuserkomplexes auf den Südbahnhofgründen, der 1937 in Angriff genommen werden konnte.³¹⁶

Die Siedlungsgenossenschaft konnte 1935 sieben Häuser in der Waldegg- und Unionstraße erbauen. Neben einem Eigenmittelanteil von 30 Prozent wurde von den Anwärtern auch die Einbringung des Grundstücks vorausgesetzt. Dafür stellte der Bund die restlichen 70 Prozent der Baukosten zur Verfügung. Nur wenige konnten diese hohen Anforderungen erbringen.³¹⁷

Einen ersten Schritt zur Beseitigung der Elendsquartiere in den Barackensiedlungen unternahm das austrofaschistische Regime im Jahre 1936: Im August erfolgte der Spatenstich zur Errichtung von 72 sogenannten Volkswohnungen in der Fröbelstraße auf dem Gelände

³¹⁵ Kepplinger, Arbeiterwohnbau, 60 f.

³¹⁶ Gröbl-Steinbach, Der genossenschaftliche Wohnbau, 171; Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaft „Familie“, 3.

³¹⁷ Gröbl-Steinbach, Der genossenschaftliche Wohnbau, 172.

zwischen Dorfhalle und Don-Bosco-Kirche. Die neun großen Barackenersatzbauten, die im Interesse des heimischen Forstwesens, des Holzhandels und der lokalen Handwerksbetriebe nach dem Holzskelettsystem errichtet wurden, umfassten je acht Wohnungen. Von der Stadtverwaltung wurde das Bauprojekt als ein Manifest gegen die „Mietskaserne“ und für „richtige, gesunde Heime“ im Dienste des „kleinen Mann(es)“ und der heranwachsenden Jugend gerühmt.³¹⁸ Am 11. Dezember 1936 konnten die unter Verwaltung des städtischen Wohnungsamts stehenden Volkswohnungen feierlich den neuen Bewohnern, die aus dem Katzenauer-Stadl, aus Barackenwohnungen und dem Obdachlosenheim kamen, übergeben und eingeweiht werden.³¹⁹



Beispiel von Wohnungselend der Zwischenkriegszeit nahe der Hagenauersiedlung (Foto: AStL, Dokumentation).

Nach einem Entwurf von Baurat Paul Geppert entstanden in der Fröbelstraße 1937 weitere vier Vierfamilienhäuser. Jede Familie erhielt einen eigenen Hauseingang – als ein „Tor“ ins individuelle Familienglück – und einen Garten mit Brunnen für die Wasserversorgung. In jeder Wohnung waren Wohnküche, Schlafzimmer und Wäscheboden übereinander angeordnet. Um für alle Parteien eine der Witterung gegenüber günstige Lage zu schaffen, wurden die Häuser in Diagonalstellung zu den Himmelsrichtungen errichtet.³²⁰ Unweit davon wurden nach Plänen des Architekten Ing. Paul Theer weitere zwei lang gestreckte Wohnriegel

³¹⁸ Linz baut 72 Volkswohnungen. Der erste Schritt zur Beseitigung der Elendsquartiere. In: Linzer Volksblatt vom 10. August 1936; Linz baut 72 Volkswohnungen. Der erste Schritt zur Beseitigung der Elendsquartiere. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 15. August 1936, 180; Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1936), 12.

³¹⁹ Einweihung und Uebergabe der von der Gemeinde in der Fröbelstraße erbauten Volkswohnungen. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 15. Dezember 1936, 263 f.

³²⁰ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1937), 29.

mit jeweils zehn Wohnungen ausgeführt. Auch diese Holzfachbauten verfügten über einen für jede Familie separaten Hauseingang und jeweils ein dazugehöriges Grundstück im Ausmaß von 200 Quadratmetern, das zur Anlage eines Nutzgartens dienen sollte. Eine auf den ehemaligen Lentia-Gründen nach Plänen von Stadtbaudirektor Curt Kühne errichtete Wohnzeile gab weiteren 16 Familien ein Heim. Bei all diesen Bauprojekten hatten die Wohnungswerber selbst Hand anzulegen. Dadurch konnten sie sich ein Jahr Mietzinsfreiheit erarbeiten. Die so entstandenen Wohnungen sollten später entweder unmittelbar oder im Wege einer Genossenschaft in das Eigentum der Wohnungswerber übergehen.³²¹

Durch Adaptierung der aufgelassenen Polizeikaserne in der Steingasse und der ehemaligen Kraußfabrik konnten 1936 16 Wohnungen geschaffen werden. Dank der Vergabe städtischer Darlehen an Genossenschaften und Private entstanden im selben Jahr weitere 16 Wohnungen.³²²

Ende 1936 erarbeitete die Stadtgemeinde Linz ein Kleingartenprogramm. Zur Förderung der Selbstversorgung mit Obst und Gemüse sowie der Eigentumbildung wurden etwa 5.000 Kleingärten für 20 Jahre zu Dauerpachtanlagen erklärt. Gemeindegatsmitglied Paul Weitlaner begrüßte die Kleingartenbewegung als einen wichtigen Beitrag zur Entlastung der Stadt im Bereich des Fürsorgewesens und strich ihren Erziehungsfaktor für das Leben in der Stadt hervor: „Wir dürfen es nur begrüßen, wenn der Kleingärtner dadurch, daß er seine Anlage gewissenhaft betreut, seinen Kindern und seiner Familie eine Heimstätte bereitet.“³²³

All diese kommunalen Wohnbau- und Siedlungsprojekte wurden vom austrofaschistischen Prestigeprojekt der Fürsorgesiedlung Schörghenhub in Kleinmünchen überragt. Dieses konnte im Rahmen der Randsiedlungsaktion I aus Sondermitteln des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds finanziert werden. Den Grund stellte die Stadtgemeinde zur Verfügung, ebenso die Bauleitung und die Professionisten. Die Doppelhäuser wurden auf einem gemauerten Sockel aus Holz errichtet. Eine Wohneinheit bestand aus einem Zimmer, einer Wohnküche, einem Wirtschaftsraum, einem angeschlossenen Stall sowie einem Nutzgarten.³²⁴ Bereits im Jahre 1934 konnten 30 solcher Siedlungshäuser errichtet werden. 74 weitere folgten 1935. Ende 1935 waren 104 Häuser fertig gestellt, von denen 80 bezogen waren. 1937 kamen zu den bis dahin geschaffenen 180 Siedlerstellen 60 weitere hinzu. Damit war Schörghenhub zu einer Siedlung mit rund 1.200 Menschen angewachsen. Als explizite Fürsorgesiedlung wurde Schörghenhub vom städtischen Fürsorgeamt und nicht vom Wohnbauamt verwaltet.³²⁵

³²¹ Ebenda, 29 f.

³²² Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1936), 12.

³²³ 12. ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeindetages am 30. Dezember 1935: Haushaltsplan 1936 der Landeshauptstadt Linz. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz 1936 vom 15. Jänner 1936, 12.

³²⁴ Zacherl, Der Arbeiterwohnbau von 1850 bis 1945, 237 f.

³²⁵ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1936), 10.

*Häuser der
Fürsorgesiedlung
Schörghenhub 1936
(Foto: AStL,
Dokumentation).*



*Die Einweihung der
Siedlung Schörghen-
hub erfolgte am
30. Oktober 1937
(Foto: AStL,
Dokumentation).*



Im Geiste der Produktiven Arbeitslosenfürsorge hatten die Siedler an der Errichtung ihrer Häuser im Ausmaß von rund 1.000 Arbeitsstunden mitzuarbeiten. Dafür brauchten sie im ersten Jahr keine Miete zu bezahlen. Danach betrug der monatliche Zins 15,20 bzw. 14,50 Schilling. Der Großteil der Errichtungsarbeiten wurde im Rahmen des Freiwilligen Arbeitsdienstes geleistet. 1935 wurden von den insgesamt 36.149 Stunden, die der Freiwillige Arbeitsdienst in ganz Linz erbrachte, 16.364 Stunden für die Errichtung der Siedlung Schörgenhub aufgewendet.³²⁶

Die Siedlungswerber waren Kurz- bzw. Saisonarbeiter sowie Arbeitslose mit ihren Familien. Durch Kurzarbeit, Saisonarbeit oder Fürsorgearbeit sollten sie einen Teil ihrer Lebenshaltungskosten bestreiten. Der Rest war durch Einkünfte aus der Kleintierhaltung sowie dem Obst- und Gemüseanbau im eigenen Garten aufzubringen.³²⁷

Die Bindung „an die Scholle“ und an die Stadtverwaltung bedingte, dass ein Siedler, der in Not geriet, nicht gleich das Wohn- und Nutzrecht seiner Siedlerstelle verlor. Die Stadtverwaltung konnte durch Mietzinslätze dem Siedler im Geiste der Subsidiarität so lange beistehen, bis er sich wieder aus seiner Notlage befreit hatte.³²⁸ Nach einer „Bewährungszeit“ von fünf Jahren bestand für den Siedler die Möglichkeit, Haus und Boden von der Stadtgemeinde zu erwerben, sofern „er sich als guter Nachbar“ erwiesen habe, der „dem Boden abringe, was möglich ist.“³²⁹ Wunschziel der Stadtgemeinde war es, dass es einem Siedler in dieser Zeitspanne gelänge, „aus der Schichte eines vollständig mittellosen Menschen in jene eines Kleinbürgers aufzurücken“.³³⁰

Neben dem kommunalen Großprojekt der Fürsorgesiedlung Schörgenhub wurden auch die Steyregger Siedlung an der Welser Reichsstraße (heute Salzburger Straße), große Teile der Ing. Demant-Siedlung Neue Welt, Teile der Dr. Jungwirth-Siedlung und die Siedlung der christlichen Gewerkschaften in St. Peter nach dem Muster einer Nebenerwerbssiedlung errichtet.³³¹

Der Erfolg der Stadtverwaltung, das Wohnungselend zu lindern, war trotz aller Bemühungen bescheiden: So konnten im Jahr 1937 52 Familien aus dem Hühnersteig und der Sintstraße „durch Umsiedlung gerettet werden“. In neu gebauten Vierfamilienhäusern auf dem Bahngrundgürtel konnten weitere 16 Familien untergebracht werden; in einem Neubau auf den Lentia-Gründen ebenfalls 16 Familien. In der Sankt-Peter-Straße wurde weiteren 20 Familien ein neues Heim geboten. Dafür konnten im selben Jahr endlich elf der baufälligen Nachkriegswohnbaracken beseitigt werden.³³²

³²⁶ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1935), 12.

³²⁷ Kepplinger, Arbeiterwohnbau, 68 f.

³²⁸ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1935), 12; Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1937), 28.

³²⁹ Ebenda, 29.

³³⁰ Ebenda.

³³¹ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1936), 9 f.

³³² ÖStA, AdR, Gruppe 9: Parteiarchive, Vaterländische Front, Karton 47. Pressedienst des VF-Gaus – Linz Stadt. Dezember 1937.

Der Wohnbedarf war freilich beträchtlich höher. Ende 1936 waren von der Stadtverwaltung 253 Parteien als dringend unterzubringen eingestuft worden. Dazu kamen Mieter von Privatwohnungen, die sich den Zins nicht mehr leisten konnten und delogiert wurden. Obwohl die Stadtgemeinde jährlich über 80.000 Schilling an Zinszuschüssen aufwendete, nahm das Bezirksgericht nahezu täglich Delogierungen vor. Viele der davon Betroffenen kamen mit der Bitte um eine Wohnung zur Gemeinde, die in den meisten Fällen nicht in der Lage war, diese auch zu erfüllen.³³³

Einen Weg aus der Wohnungsmisere schien für die Linzer Stadtverwaltung die Gartenstadt-Idee zu weisen:

Mitte 1935 erging ein vom Konsulenten der Bausparkasse der Gesellschaft der Freunde Wüstenrot in Salzburg, Baurat Architekt Paul Geppert, verfasstes Rundschreiben an alle größeren österreichischen Städte und Gemeinden, in dem die Aufgaben der Gemeindepolitik im Hinblick auf die Förderung des Eigenheimwesens erörtert wurden. Nach Übermittlung einer Denkschrift über die konkrete Zusammenarbeit zwischen Stadtgemeinde und den Bausparkassen erteilte Bürgermeister Bock am 9. September 1935 sein grundsätzliches Einverständnis und lud die Bausparkasse Wüstenrot zu einer Aussprache nach Linz ein. Die Stadt Linz war bereit, die Bausparbewegung mit allen im Wirkungsbereich der Gemeinde liegenden Mitteln zu fördern, und beauftragte im Oktober 1935 Konsulent Geppert mit der Ausarbeitung eines Aufschließungsplans für ein rund 23 Hektar umfassendes, sich in direkter Nachbarschaft zum Barackenviertel Hühnersteig/Katzenau befindliches Gebiet zwischen Keplerstraße, Honauerstraße und Kaplanhofstraße. Am 13. Juni 1936 konnte der Generalplan zur Errichtung des ehrgeizigsten Linzer Wohn- und Siedlungsprojektes während der Zeit des Austrofaschismus, der Garten-Neustadt Linz-Ost, der Stadtverwaltung übergeben werden, die davon einhellig begeistert war.³³⁴

Leitgedanke dieser Stadtteilplanung war, das bisher an den Stadtrand gedrängte Eigenheim, „gewissermaßen organisch an die geschlossene Verbauung der Stadt anzugliedern.“³³⁵ Für Geppert sollte sich „die Stadt [...] wie einst wieder mit einem Kranz von Eigenheimen in grünen Gärten umgeben.“³³⁶ Das darin zum Ausdruck kommende Ziel einer Auflösung der

³³³ Bericht über die 25. ordentliche – öffentliche – Sitzung des Gemeindetages am 15. Dezember 1936: Haushaltsplan 1937 der Landeshauptstadt Linz. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. Jänner 1937, 11.

³³⁴ AStL, Neue Registratur, Ständestaat, Sch. B 12, Bericht der Bausparkasse GdF Wüstenrot an die Stadtgemeinde Linz über die Garten-Neustadt Linz-Ost. 8. September 1937. Zusammenstellung der wichtigsten Schritte aus der Entstehungszeit des Siedlungsplanes und der ersten Durchführungsmaßnahmen; Ein im Rahmen des von der Stadtgemeinde ausgeschriebenen Architektenwettbewerbs zu den Reihenhäusern der geplanten Gartenstadt außer Wettbewerb von Regierungsrat Professor Mauriz Balzarek vorgelegter Entwurf für das gesamte Gebiet ging von deutlich anderen Gesichtspunkten aus, als der von Wüstenrot vorgelegte Aufschließungsplan. Der Entwurf war von einer straffen architektonischen Ordnung des Gebiets gekennzeichnet, das durch eine breite, mit Grünanlagen ausgestattete Promenade in zwei Teile geteilt wurde. Ein monumentales Gebäude, etwa eine Schule, sollte das mit mehrgeschossigen Reihenhäusern verbaute Areal abschließen. Wüstenrot kritisierte an dem Entwurf Balzareks, dass „(d)ie Zusammenfassung jeweils gleichartiger Eigenheime zu geschlossenen Gruppen, sowie die völlige Ausschaltung von Nebenerwerbssiedlungen (...) eine wünschenswerte soziale Gliederung vermissen“ ließe. Siehe: Der Architekten-Wettbewerb der Stadtgemeinde Linz, 29.

³³⁵ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1937), 12.

³³⁶ Garten-Neustadt Linz-Ost. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. Februar 1937, 41.

urbanen Verdichtung und Überwindung der scharfen Grenzen zwischen Stadt und Land sollte durch eine „organische“ Verschmelzung von „Garten“ und „Stadt“ – von „Natur“ und „Kultur“ – erreicht werden. Mit der Gartenstadt konnte die moderne urbane Unübersichtlichkeit in überschaubaren und übersichtlichen Räumen aufgehoben werden. Die Beschleunigung des Großstadtlebens sollte im kleinstädtisch-dörflichen Ambiente der Gartenstadt seine Entschleunigung finden.³³⁷

„Schauen wir uns einmal das Bild von Linz an, wie es früher war, als vom geschlossenen Stadtkern weg Straßenzüge ins Land hinaus führten, eine organische Fortsetzung der Stadt und ihres Verkehrs. Noch heute sind uns diese natürlich gewachsenen, durch den Verkehr der Stadt mit dem umliegenden Land gewordenen Straßenzüge erkennbar, die sich wohlthuend abheben von dem anderen Bild konstruierter Regulierungspläne, die, willkürlich zerteilend, ohne organische Zusammenhänge zu beachten, meist nur diktiert von den privaten Interessen einer möglichst vorteilhaften Ausnutzung der parzellierten Gründe, die bauliche Fortentwicklung der Stadt gestaltet haben. Es war die individualistische Auffassung des Liberalismus, die den einzelnen, den Grundbesitzern, diesen Weg der bestmöglichen Verwirklichung des wirtschaftlichen Einzelinteresses wies; und willfährig leistete die Stadtplanung, befangen in den gleichen Irrtümern der Zeit, dieser Entwicklung Vorschub, indem sie, ohne auf das Gemeinwohl, das übergeordnet ist und seinen eigenen Wert in sich trägt, Bedacht zu nehmen, solche Parzellierungen und Regulierungspläne genehmigte. [...] Rund um die Stadt verhindert die für diese Gebiete noch immer vorgesehene geschlossene Verbauung die organische Weiterentwicklung der Stadt“,³³⁸ war Bürgermeister Bock überzeugt.

Um zu einem solchen „organischen“ Stadtwachstum zu gelangen, hatte die Stadtgemeinde durch Widmungspläne und Stadtteilplanungen im Sinne der Gartenstadt sowie durch die Förderung der Eigenheimbewegung die entsprechenden Weichen zu stellen: „Wir wollen das Einfamilienhaus, das das vergangene System ausgebürgert hat, wieder in die städtische Gemeinschaft aufnehmen“,³³⁹ so Bock, denn das Eigenheim diene „dem Werden einer gesunden Volksgemeinschaft, dem Schutz und der Förderung der Familie“.³⁴⁰

Neben der austrofaschistischen Stadtverwaltung war auch die katholische Kirche vom individuellen und gesellschaftlichen Nutzen des Eigenheims überzeugt. Das Bemühen von Wüstenrot, den „entwurzelt“ Menschen ein Heim zu geben, das Schutz vor den sittlichen Gefahren gewähre und Glück in die Familien bringe, erhielt bereits 1931 den kirchliche Segen durch den Salzburger Fürsterzbischof Rieder.³⁴¹ Und Kardinal Innitzer stellte im selben Jahr die rhetorische Frage, ob der Kommunismus in Mitteleuropa so weite Kreise hätte ziehen können, wenn die Eigenheimbewegung früher und intensiver eingesetzt hätte.³⁴²

³³⁷ Siehe: Geppert, Über die städtebauliche Entwicklung, 6.

³³⁸ Bock, Der Bürgermeister der Landeshauptstadt, 2 f.

³³⁹ Ebenda, 3.

³⁴⁰ Ebenda.

³⁴¹ Das Wüstenroter Eigenheim, 4.

³⁴² Innitzer, Die soziale Bedeutung der Eigenheim-Bewegung, 15.

Denn das Eigenheim fördere das Familienleben, biete der Jugend ein Zuhause und der Frau einen Haushalt, in dem Sparsamkeit, Reinlichkeit, wirtschaftliche Disziplin sowie weiblicher Opferwille und Pflichterfüllung zum Wohle des Vaterlands gedeihen können.³⁴³

Als einen wichtigen Beitrag zur „Volkserneuerung“ und Stärkung der „Volksgemeinschaft“ begrüßte auch das deutsch-völkische Lager die Eigenheimbewegung. Angesichts der „Vergiftung“ und „Zersetzung“ des „Volkstums“ durch die bestehende „Überindustrialisierung“ war für den aus Linz stammenden Parteiohmann der Großdeutschen Volkspartei, Hermann Foppa, der Beitrag der Wüstenroter Eigenheimbewegung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Proletarisierung sowie zur Stärkung des Heimatgedankens von eminent staatspolitischer Bedeutung.³⁴⁴

Im Grundaufschließungsplan der Mustersiedlung Garten-Neustadt Linz-Ost manifestierten sich neben den privatwirtschaftlich-ökonomischen Erwägungen der Bausparkasse Wüstenrot die Ideale, Wert- und Zielvorstellungen austrofaschistischer Wohnbaupolitik. Typ und Ausstattung der Gebäude sowie ihre Bezogenheit aufeinander, Form und Verlauf der Straßen und Wege sowie die Gestaltung der zentralen Plätze lassen sich als eine raumplanerisch-architektonische Textualisierung gesellschafts-, sozial- und ordnungspolitischer Leitvorstellungen des Austrofaschismus lesen:

Zwei „ideologische Häuser“, die Schule – als Hort gesellschaftskonformer Geistesbildung – und die Kirche – als Hort angemessener Seelenbildung – bildeten den Kern der „Garten-Neustadt“. Davon ausgehend und zu diesen hinführend sollte – abweichend vom bisherigen „berüchtigten Kanalgittersystem“ geradliniger Kreuz- und Querstraßen – ein Kapillarsystem stiller Wohnstraßen, Gassen, Karren- und einfacher Fußwege die „organische“ Binnenzirkulation des Siedlungskörpers ermöglichen. Das in das agrarische Innere des Siedlungsbereichs führende Geflecht von nur zu Fuß beschreitbaren Gartenwegen verlangsamte die urbane Fließgeschwindigkeit und führte gleichsam zurück in eine vom Austrofaschismus idealisierte vorindustrielle Welt. „Natürlich“ geschwungene Straßenzüge – „manche Straßenbiegung (wurde) eigens dem Ausblick auf den Pöstlingberg zuliebe konstruiert“³⁴⁵ – sollten arteriengleich dem potentiell krank machenden urbanen Stadtkörper einen „organischen“ Austausch mit dem Land und seiner „gesunden“, noch mit dem angestammten „Volkstum“ in Verbindung stehenden Bevölkerung ermöglichen.

Eine abwechslungsreiche Platzierung der einzelnen Bauten diene der Schaffung „freundliche(r) Straßenbilder“. Große Gemeinschaftsplätze „mit hohem Baumwuchs“ luden zum Verweilen und zum sozialen Austausch ein. Innerhalb der an den Verkehrsstraßen gelegenen Baublöcke der Reihenhauseanlagen fügten sich neben den Doppelwohnhäusern und Einfamilien-Eigenheimen des Bürgertums die Siedlerstellen des noch zu verkleinbürgerlichenden Proletariats ein: „Die große grüne Fläche im Innern des Gartenstadtviertels ist nur durch schmale Fahrwege erschlossen und bietet Raum für die Ertragsgärten der Nebenerwerbssiedler. Bei der Modellüberreichung haben der Linzer Bürgermeister und die Gemeinde-

³⁴³ Das Heim und die Frau, 143.

³⁴⁴ Foppa, Volkstum und Eigenheim, 17 f.

³⁴⁵ Faltz, Neue Siedlungsgedanken in Österreich, 16.

räte des Bauausschusses besonders diese Kleinstheime im Inneren der Gartenstadtviertel begrüßt. Es tauchte schon damals der Gedanke auf, den Bau jedes Gartenstadtviertels geradezu mit diesem Kern von sechs bis acht Kleinstheimen zu beginnen. Wenn die Auslese dieser Siedler so getroffen wird, daß Arbeitslose aus dem Baugewerbe ausgewählt werden, dann wird deren Arbeitslosigkeit vom ersten Tag an ihr Ende haben. [...] Außerdem sollen Gärten angelegt, Zäune gebaut und Parkanlagen errichtet werden. Kurzum, alles was Hände hat in diesen Kleinstheimen, wird vollauf zu tun haben, bis nach einem Jahrfünft oder Jahrzehnt der Siedlungsplan vollendet ist.“³⁴⁶

So wie in der vom Austrofaschismus idealisierten vorindustriellen, mittelalterlichen Dorfgemeinschaft, sollten auch in der „Garten-Neustadt“ die unterschiedlichen „Stände“ separiert und dennoch „organisch“ integriert zusammenleben. Das Linzer Modell intendierte durch die planmäßige Einpflanzung von semi-agrarischen Kleinstsiedlungen in den ökonomischen und sozialen Organismus der Gartenstadt das „Zusammensiedeln der wohlhabenderen und der einfacheren Gemeindeangehörigen“.³⁴⁷ Durch die Einbeziehung von Siedlerstellen in das Wohngebiet der Stadt, das den Weg eines Siedlers zu seiner Arbeitsstätte verkürze und den Absatz der selbst angebauten Gartenprodukte in der nahen Innenstadt erleichtere, sollte ein Beitrag zur Überwindung der Arbeitsnot geleistet werden.³⁴⁸ Darüber hinaus würde die räumliche und soziale Nähe zum bürgerlichen Einfamilienhausideal eine erzieherische Wirkung auf die proletarische Nachbarschaft in den Siedlungsstellen entfalten. Das Ausbringen des Samens durch Proletarierhände und das Ernten der Früchte eigener, harter Arbeit durch ein bodenständig gewordenes „Kleinbürgertum“ sollte auch die emotionale Verbindung mit dem Boden der Heimat – die Liebe zum Vaterland – befördern helfen. Ob die Transformation von einem durch die Weltwirtschaftskrise gebeutelten, mitunter jahrelang arbeitslosen Hilfs- und Gelegenheitsarbeiter in einen semi-urbanen „Gartenstadtbauern“ innerhalb weniger Jahre erfolgreich vollzogen werden konnte, darf angesichts der heftigen Kritik an der oft unsachgemäßen Obstbauwirtschaft in den Linzer Kleingärten doch eher bezweifelt werden.³⁴⁹

Auch in städtebaulicher Hinsicht erwies sich die Realisierung des austrofaschistischen Gartenstadtideals und des damit verbundenen Traums von der „Entproletarisierung des Proletariats“ schwieriger als gedacht. Aufgrund der bestehenden „kanalgitterförmigen“ Kanal- und Gasrohrführung stellten sich die dem ursprünglichen Plan zugrunde gelegten Annahmen für die Straßenführungen als undurchführbar heraus. Auch ein vom Stadtbauamt ausgearbeiteter Planvorschlag erwies sich als unbrauchbar. Somit musste ein neuer Aufschließungsplan erstellt werden, der ein größeres Gebiet umfasste, und im Mai 1937 die Genehmigung der Gemeinde fand. Der Bürgermeister betraute im Anschluss daran Baurat

³⁴⁶ Ebenda, 17.

³⁴⁷ Ebenda, 16.

³⁴⁸ Garten-Neustadt Linz-Ost. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. Februar 1937, 42.

³⁴⁹ Matula, Siedlung und Gartenbau in Linz, 31.

Paul Geppert mit der Bauoberleitung zur Durchführung der Aufschließungsarbeiten und der Aufnahme der Verhandlungen mit den Bauwerbern.³⁵⁰

Diese gestalteten sich ebenfalls nicht ganz einfach. Bei vielen Bauwerbern fanden die in einem von der Stadtgemeinde Linz im Rahmen eines Architektenwettbewerbs ermittelten drei Normtypen von Reihen- bzw. Doppelhäusern wenig Anklang.³⁵¹ Größtenteils legten sich die Bauwerber ihr eigenes Bauprogramm zurecht, was zu langwierigen Verhandlungen und weiteren Bauverzögerungen führte: „Insbesondere fand der Gedanke des Reihenhauses zunächst bei den Bewerbern keine günstige Aufnahme. Immer wieder war der Wunsch nach dem freistehenden kleinen Eigenheim vorherrschend, dem natürlich im Rahmen der Gesamtplanung nicht entsprochen werden konnte.“³⁵²

Von den insgesamt 320 Interessenten bewertete Wüstenrot 170 als aussichtsreich. Im März 1937 konnten 12 Bausparverträge abgeschlossen werden. In den folgenden Monaten kamen fünf weitere hinzu. Die Gemeinde unterstützte die Bausparer durch die preiswerte Ausgabe aufgeschlossener Baugründe sowie durch finanzielle Beihilfen zur Erlangung von billigen Krediten. Zur Finanzierung des erforderlichen Eigenanteils von 45 Prozent der Bau- und Grundkosten bot Wüstenrot im Rahmen eines Fünf- oder Zehnjahresplans Darlehen und Zwischenkredite an. Vergeblich hofften viele Bauinteressenten auf eine Finanzierungszusage von der Bundes-Bauförderung.

Bei einem Aufschließungsrahmen von insgesamt 143 Parzellen waren Mitte 1937 14 Doppel- und Reihenhäuser im Bau. 21 waren zugesichert und 45 vorgemerkt.³⁵³ Im Herbst 1937 waren die Straßen in ihrem Unterbau einschließlich der Kanalisation sowie der Gas- und Wasserversorgung größtenteils vollendet.³⁵⁴

Betrachtet man die Sozialstruktur der von Wüstenrot in den Bundesländern betreuten Bausparer, so finden sich vorwiegend Freiberufler und kleine Selbstständige sowie Angehörige des alten Mittelstands wie Lehrer, Beamte, Privatbeamte und Handwerksmeister. Nur ganz selten finden sich in den Listen der Bausparer Arbeiter wie Fabriksarbeiter, Handlungsgehilfen oder in wenigen Ausnahmefällen auch landwirtschaftliche Hilfsarbeiter.³⁵⁵

³⁵⁰ AStL, Neue Registratur, Ständestaat, Sch. B 12, Bericht der Bausparkasse GdF Wüstenrot an die Stadtgemeinde Linz über die Garten-Neustadt Linz-Ost. 8. September 1937; ebenda, Zusammenstellung der wichtigsten Schritte aus der Entstehungszeit des Siedlungsplanes und der ersten Durchführungsmaßnahmen.

³⁵¹ Grundsätzlich waren drei Typen unterschiedlich großer und teurer Reihenhäuser vorgegeben: Typ A, ein Reihnhaus von ca. fünf Metern Frontbreite mit Baukosten von 13.000 Schilling; Typ B, ein Reihnhaus von ca. sechseinhalb bis sieben Metern Frontbreite mit Baukosten von 20.000 Schilling; und Typ C, ein Doppelhaus von ca. sechseinhalb bis sieben Metern Frontbreite mit Baukosten von 25.000 Schilling. Unter Mitwirkung von Stadtbaudirektor Curt Kühne und Paul Geppert wurde unter den eingereichten Entwürfen für den Typ A der erste Preis an Architekt Franz Hafelmayer, der zweite Preis an Architekt Hans Steineder und der dritte Preis an Regierungsrat Prof. Mauric Balzarek vergeben. Für den Typ B und C erhielt Ing. Paul Theer den ersten, Architekt Franz Hafelmayer den zweiten, und Ing. Hans Arndt den dritten Preis. Siehe: Garten-Neustadt Linz-Ost. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. Februar 1937, 43.

³⁵² AStL, Neue Registratur, Ständestaat, Sch. B 12, Bericht der Bausparkasse GdF Wüstenrot an die Stadtgemeinde Linz über die Garten-Neustadt Linz-Ost. 8. September 1937; ebenda, Zusammenstellung der wichtigsten Schritte aus der Entstehungszeit des Siedlungsplanes und der ersten Durchführungsmaßnahmen.

³⁵³ Ebenda.

³⁵⁴ Von der Gartenstadt Linz-Ost, 203.

³⁵⁵ Die Dezember-Zuteilung, 26 ff.; Die erste Zuteilung im Jahre 1931, 129 ff.

Das frei stehende Einfamilienhaus, ausgestattet mit einem Vorzimmer, zwei Zimmern, einer Kammer, einer Wohnküche mit Kochnische sowie einem Bad mit integrierter Toilette und Badewanne, das den Baulustigen als Muster- und Ansichtshaus dienen sollte, blieb für die überwiegende Mehrheit der Linzer ein damals unerreichbarer Wunschtraum.³⁵⁶



Die geplante Gartenstadt Linz-Ost konnte nur in Ansätzen verwirklicht werden. Die drei Siedlungshäuser links im Bild stehen heute an der Stelzerstraße. Rechts im Hintergrund das Lager Hühnersteig und die alte Severinkirche (Foto: AStL, Dokumentation).

So wenig das Projekt einer Garten-Neustadt Linz-Ost verwirklicht werden konnte, so wenig realisierte sich auch der ständisch-universalistische Traum einer Gesellschafts- und Sozialreform durch ein (klein-)bürgerlich-katholisch konzipiertes Eigenheim. Nach dem „Anschluss“ 1938 wurde die austrofaschistische Utopie durch eine nationalsozialistische überbaut: Auf den Kaplanhofgründen wurden die heute noch bestehenden dreigeschossigen „Supervierkanthöfe“ errichtet.

Fürsorgepolitik

Die Krise der Stadt setzte sich seit den beginnenden 1930er Jahren in einer unmittelbaren Krise der Bevölkerung in Bezug auf Lebensführung, Arbeits-, Wohn- und Ernährungssituation fort:

Die Arbeitslosigkeit hielt sich in Linz hartnäckig und war Mitte der 1930er Jahre noch immer im Steigen begriffen: Fanden 1930 insgesamt 19.634 Personen in Firmen mit mehr

³⁵⁶ Fortschritte in der Siedlung Linz-Ost, 362 f.

als fünf Arbeitnehmern Beschäftigung, waren dies 1937 nur noch 14.254.³⁵⁷ Ende Dezember 1935 waren beim Linzer Arbeitsamt 10.228 Männer und Frauen vorgemerkt. Ende Jänner 1936 war die Zahl auf 11.521 gestiegen. Ende Dezember 1935 gab es in Linz 8.889 unterstützte arbeitslose Männer und Frauen, Ende Jänner 1936 waren es 10.513.³⁵⁸ Zwar begann 1937 als indirekte Folge der deutschen Aufrüstung die Arbeitslosigkeit zu sinken. Der Rückgang hielt sich aber in Grenzen und fiel nicht zuletzt angesichts der beeindruckenden Wirkung, die die fast vollkommene Beseitigung der Arbeitslosigkeit im Deutschen Reich machte, für die verbitterte Arbeiterschaft kaum ins Gewicht. Im Gegensatz zu den propagandistisch groß aufgezogenen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Reich zielte die austrofaschistische Arbeitslosengesetzgebung darauf ab, durch Einschränkungen im Bezug der Arbeitslosenunterstützung möglichst große Einsparungen im Bundeshaushalt zu erzielen. Zudem übten sich die Arbeitsämter in der Praxis, nur noch im Vollbezug der Arbeitslosenunterstützung stehende Personen Arbeit zu vermitteln. So stieg die Zahl der Ausgesteuerten und damit jener, die sich „mit Ihren weiteren Ansprüchen [...] an Ihre Heimatgemeinde zu wenden“ hatten. Durch diese Vorgangsweise des Bundes waren die Aufwendungen der Gemeinden für Fürsorgezwecke ständig im Steigen begriffen und wurden zunehmend weniger finanzierbar.³⁵⁹

Die steigende Verarmung der Bevölkerung lässt sich an den sinkenden Verbrauchszahlen beim Fleischkonsum ablesen: 1931 betrug der Linzer Fleischkonsum 6,229.722 Kilogramm. 1932 sank der Jahresverbrauch auf 5,560.008 Kilogramm. Nach Berechnungen des Schlachthofs betrug er im Jahr 1933 nicht einmal mehr 5 Millionen Kilogramm.³⁶⁰

Die ökonomische Krise schlug auch im Bereich Wohnen voll durch: Im Dezember 1937 hausten 388 Parteien in baufälligen Baracken, deren Abbruch eigentlich dringend geboten war. Im städtischen Wohnungsamt waren 1.027 Parteien vorgemerkt, die sich lediglich einen Monatszins von zehn bis maximal 35 Schilling leisten konnten. Dazu kam die „ausgelagerte“ Wohnungsnot in den Schrebergartenhütten. Ende 1937 hatten 147 Parteien ihre Möbel im städtischen Wirtschaftshof eingestellt. Das Obdachlosenheim war mit 89 Personen voll besetzt.³⁶¹ Im Dezember 1936 war das städtische Versorgungshaus mit 492 Pflegelingen überbelegt.³⁶² Weitere Arme der Stadt wurden im Haus der Barmherzigkeit, im Borromäum und in Altersheimen untergebracht. Im Dezember 1935 erachtete es die Linzer

³⁵⁷ Bukey, Patenstadt des Führers, 219; Gerwerbe, Handel, Industrie, 112–117.

³⁵⁸ Die Arbeitslosigkeit im Bereiche des Arbeitsamtes Linz a. D. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 15. Februar 1936, 42.

³⁵⁹ Bericht über die 18. ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeindetages am 8. Juni 1936: Rechnungsabschluss 1935 im Gemeindetag. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 15. Juni 1936, 129; allgemein: Melinz/Ungar, Wohlfahrt und Krise, 26; Gerhard Melinz, „Christlicher Ständestaat“, 18; Gerhard Melinz, Fürsorgepolitik(en), 238 ff. und 251.

³⁶⁰ Voranschlag 1934. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. Jänner 1934, 5.

³⁶¹ Bericht über die 34. ordentliche – öffentliche – Sitzung des Gemeindetages der Landeshauptstadt Linz am 13. Dezember 1937: Haushaltsplan 1938 der Landeshauptstadt Linz. Allgemeine Aussprache. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. Jänner 1938, 3.

³⁶² Bericht über die 25. ordentliche – öffentliche – Sitzung des Gemeindetages der Landeshauptstadt Linz am 15. Dezember 1936: Haushaltsplan 1937 der Landeshauptstadt Linz. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 15. Jänner 1937, 23.

Stadtvertretung als eine notwendige Aufgabe der kommenden Jahre, durch entsprechende Bautätigkeit im Bereich der geschlossenen Armenfürsorge für Abhilfe zu sorgen. Konkrete Schritte wurden aber nicht gesetzt.³⁶³

Im Bereich der offenen Fürsorge waren im Jahr 1937 etwa 6.000 Fürsorgekarten ausgegeben worden. Vor allem die Kinder- und Jugendarmut nahm beängstigende Ausmaße an. Im Dezember 1937 wurden 1.025 Jugendliche von der Stadt befürsorgt. Zugleich wurde die Zunahme des Kinderbettels beklagt, gegen den Kommune, Schulverwaltung und Sicherheitsbehörden verstärkt vorgehen sollten.³⁶⁴ 1937 hatte die Stadt Linz im Rahmen der Erziehungsfürsorge für Jugendliche für mehr als 2.600 Minderjährige die Vormundschaft übernommen. In Suppenanstalten wurden körperlich schwache Schulkinder viermal wöchentlich mit einer warmen Speise (meistens eine eingekochte Suppe oder Kakao mit Brot) unentgeltlich versorgt. Im Jahr 1936 konnten 74.934 Portionen an 1.360 Kinder verabreicht werden.³⁶⁵ Im Schloss Windhaag bei Perg verfügte die Stadtgemeinde über ein Ferienheim, in dem Kinder armer Eltern unentgeltlich einen Sommeraufenthalt genießen konnten. Daneben bestanden noch weitere Heime, in denen erholungsbedürftige Kinder in den Ferienmonaten, aber auch während des ganzen Jahres, untergebracht werden konnten. Auf diese Weise wurde 1936 insgesamt 546 Kindern ein einmonatiger Aufenthalt im Sommer ermöglicht.³⁶⁶ Die Altersschwelle der Jugendarmut lag bei 14 Jahren. Hatte ein Jugendlicher dieses Alter erreicht, wurde er von der Befürsorgung ausgeschlossen, was von den Betroffenen als besonders schwerwiegend empfunden wurde.³⁶⁷

Die steigende Verarmung der Bevölkerung schlug sich in den steigenden Fürsorgeausgaben der Stadt nieder: Im Haushaltsplan 1936 wurde für die Auszahlung von Erhaltsbeiträgen ein Betrag von 320.000 Schilling präliminiert. Ende Dezember 1935 war die Zahl der dadurch Befürsorgten auf 1.659 Familien bzw. Einzelpersonen gestiegen. Ein von der Kommune Befürsorgter erhielt zwischen fünf und 50 Schilling im Monat. Daneben gewährte die Stadtgemeinde Zinsbeihilfen für arme Parteien.³⁶⁸

Die Erhöhung der Wirtschaftsfürsorge im Haushaltsvoranschlag 1937 von 320.000 auf 360.000 Schilling war in erster Linie auf die Zunahme der Ausgesteuerten zurückzuführen. Der vorgesehene Betrag für eine einmalige Unterstützung an Linzer Heimatberechtigte erfuhr eine Steigerung von 35.000 auf 50.000 Schilling.

³⁶³ 12. ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeindetages am 30. Dezember 1935: Haushaltsplan 1936 der Landeshauptstadt Linz. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. Februar 1936, 24.

³⁶⁴ Bericht über die 34. ordentliche – öffentliche – Sitzung des Gemeindetages der Landeshauptstadt Linz am 13. Dezember 1937: Haushaltsplan 1938 der Landeshauptstadt Linz. Allgemeine Aussprache. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. Jänner 1938, 5 f.

³⁶⁵ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1936), 17.

³⁶⁶ Ebenda, 17 f.

³⁶⁷ 12. ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeindetages am 30. Dezember 1935: Haushaltsplan 1936 der Landeshauptstadt Linz. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. Februar 1936, 25; allgemein: Melinz, Fürsorgepolitik(en), 250 f.

³⁶⁸ 12. ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeindetages am 30. Dezember 1935: Haushaltsplan 1936 der Landeshauptstadt Linz. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. Februar 1936, 24.

Trotz dieser finanziellen Mehranstrengungen wurde dem Fürsorgeamt immer wieder der Vorwurf gemacht, dass es Hilfsbedürftige mit einer Unterstützung von zwei Schilling in der Woche abspese. Fürsorgereferent Stadtrat Karl Mitterbauer stellte diesbezüglich fest, dass bereits eine bescheidene Erhöhung der Unterstützungszahlungen einen beträchtlichen finanziellen Mehraufwand zur Folge habe, die geeignet wäre, manche Ansätze des Haushaltsplans zu erschüttern.³⁶⁹

„Diejenigen Herren, die den einzelnen Körperschaften der Fürsorge angehören, können von Sitzung zu Sitzung die Feststellung machen, daß eine Minderung der Not nicht eingetreten ist. Noch dazu in der Zeit, wo die Arbeitsämter eine Praxis üben, die sich äußerst drückend auf die Fürsorgelasten der Stadt auswirkt. Die Sorge für die Ausgesteuerten und Ärmsten ist eine gesetzlich aufgebürdete Last, die wir tragen müssen. Man muß auf das energischste protestieren, daß man uns zumutet, die Fürsorgeausgaben zu drosseln, denn die Fürsorgeaufwendungen können nicht mehr gedrosselt werden, weil wir andernfalls mit den primitivsten Menschenrechten in Konflikt kommen würden. Ich würde es ablehnen müssen, mit derart niedrigen Aushilfen der ärgsten Not weiterhin so steuern zu müssen, wie bisher. Mit dem Gleichbleiben der Einnahmen ist uns nicht gedient, wenn wir auf der anderen Seite feststellen können, daß die Fürsorgelasten ungefähr ein Fünftel der Gesamtausgaben der Stadt ausmachen. Die Ansätze im Präliminare 1937 zur Befriedigung der Erfordernisse von Seiten des Fürsorgeamtes sind als lächerlich zu bezeichnen, wenn man nicht daran denkt, auf irgendeinem Gebiete öffentlicher oder privater Natur helfend mitzuarbeiten“, zeigte sich Mitterbauer in der öffentlichen Budgetsitzung Anfang Dezember 1936 empört.³⁷⁰

Als einen Königsweg kommunaler Fürsorgepolitik betrachtete die Linzer Stadtverwaltung die sogenannte „Schaffende Fürsorge“: Im Rahmen kommunaler Infrastruktur-, Siedlungs- und Straßenbauprojekte sollten zumindest temporäre Arbeitsmöglichkeiten für zumeist jüngere arbeitslose Ausgesteuerte geschaffen werden. Damit konnten nicht nur sonst unfinanzierbare kommunale Projekte realisiert, sondern auch die dafür aufgewendeten Fürsorgeausgaben Wert schaffend eingesetzt werden.

Die bereits in den Bestimmungen des Heimatgesetzes grundlegende Konzeption, erwerbsfähigen armen Personen an Stelle einer finanziellen oder sonstigen Unterstützung Arbeit zuzuweisen, um diese zu einem geregelten Leben anzuhalten und vor dem gefährlichen Müßiggang zu bewahren, wurde in Linz mit der bereits im September 1926 geschaffenen Arbeitsfürsorgestelle realisiert. Diese wies vor allem jüngere erwerbslose Personen und Entlassene aus Strafanstalten zur Arbeit im Holzvertrieb beim städtischen Wirtschaftshof bzw. zu diversen landwirtschaftlichen Arbeiten an.³⁷¹ Jene Personen, die eine angewiesene Arbeit verweigerten, oder diese ohne gerechtfertigten Grund verließen, wurden von jeder Befürsorgung ausgeschieden: „Auch vom ökonomischen Standpunkt ist diese Art der Für-

³⁶⁹ Bericht über die 25. ordentliche – öffentliche – Sitzung des Gemeindetages der Landeshauptstadt Linz am 15. Dezember 1936: Haushaltsplan 1937 der Landeshauptstadt Linz. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 15. Jänner 1937, 23.

³⁷⁰ Bericht über die 23. außerordentliche öffentliche Sitzung des Gemeindetages am 4. Dezember 1936. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 15. Dezember 1936, 257; Schuster, „Ständestaat“, 61.

³⁷¹ Kraft, Die Fürsorgetätigkeit der Gemeinde, 257.

sorge sehr wertvoll, weil an Stelle von Unterstützungen, die früher in sehr ausreichendem Maße an diese Personen verabfolgt werden mußten, nunmehr eine Arbeitsleistung tritt, die Werte schafft. Daher ist diese Art der Fürsorge nicht allein als ein moralischer, sondern auch als ein finanzieller Erfolg zu buchen“, resümierte Leopold Kraft im Jahre 1927 die diesbezügliche Entwicklung sozialdemokratischer Fürsorgepolitik.³⁷²

Mit dem Arbeitsdienstgesetz vom 18. August 1932 wurde der Freiwillige Arbeitsdienst für die „freiwillige Betätigung von Arbeitslosen bei gemeinnützigen, zusätzlichen Arbeiten“ geschaffen. Unter dem Aspekt der Gemeinnützigkeit kamen besonders Arbeiten im Straßen- und Wegebau, Be- und Entwässerungsarbeiten, Forstarbeiten sowie Hilfe bei Elementarkatastrophen in Betracht. Besondere Bedeutung wurde der Mitarbeit des Freiwilligen Arbeitsdienstes bei der Anlage und dem Bau von Nebenerwerbs- und Stadtrandsiedlungen beigemessen.³⁷³

In der praktischen Organisation des Arbeitsdienstes gab es einerseits die „offene“ Form, andererseits die „geschlossene“ in Form von Lagern. Letztere wurden aus „pädagogischen“ Gründen bevorzugt, kosteten aber auch mehr Geld. In den Arbeitslagern sollte eine sozialpädagogische Erfassung und ideologische Beeinflussung im Sinne der austrofaschistischen Ideologie erfolgen. Im Rahmen des Freiwilligen Arbeitsdienstes fanden in erster Linie junge männliche Arbeitslose unter 25 Jahren manuelle Beschäftigung. Ein Arbeitsdienst für Mädchen wurde erst 1936 in geringerem Umfang und mit anderen Zielsetzungen realisiert. Sollten die männlichen Werksoldaten neben der allgemein intendierten „Erziehung durch Arbeit“ und Disziplinierung der Jugend in beruflichen Fertigkeiten geschult werden, um ihnen dadurch die Eingliederung in das Arbeitsleben zu erleichtern, lag beim weiblichen Arbeitsdienst der Schwerpunkt auf der ideologischen und praktischen Vorbereitung für den künftigen Beruf als Hausfrau und Mutter.³⁷⁴

Die Betätigung im Rahmen des Freiwilligen Arbeitsdienstes wurde nicht entlohnt und es galten keine arbeitsrechtlichen Bestimmungen. Auch ein Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung wurde damit nicht begründet. Man war jedoch während der Arbeit unfallversichert und konnte im Rahmen des Arbeitslagers zumindest die Hoffnung auf Befriedigung der einfachsten Lebensbedürfnisse hegen,³⁷⁵ was – wie Streiks und regelrechte Aufstände in mehreren Arbeitslagern zeigen – offenbar nicht immer eingelöst wurde.³⁷⁶ In psychischer Hinsicht sollte der Freiwillige Arbeitsdienst „der Befreiung von dem bedrückenden Gefühl dienen, unverschuldet aus dem Erwerbsleben ausgeschaltet zu sein, und das Bewußtsein hervorrufen, wertvolle Arbeit im Dienste der Volksgemeinschaft zu leisten.“³⁷⁷ Als weitere volkserzieherische Ziele des Arbeitsdienstes wurden „Erweckung des gegenseitigen Verständnisses, innerliches Überwinden des Klassengegensatzes, Erziehung zu Volksgemein-

³⁷² Ebenda, 258.

³⁷³ Allgemein: Ennsman, Frauenpolitik und Frauenarbeit, 153 f.; Pawlowsky, Werksoldaten, 226–235;

³⁷⁴ Stiefel, Arbeitslosigkeit, 91–103; Ennsman, Frauenpolitik und Frauenarbeit, 153 ff.

³⁷⁵ Stiefel, Arbeitslosigkeit, 89.

³⁷⁶ Pawlowsky, Werksoldaten, 232.

³⁷⁷ Arbeitsdienstgesetz vom 18. August 1932, BGBl. Nr. 304, zitiert bei : Ennsman, Frauenpolitik und Frauenarbeit, 154.

schaft und Vaterländischer Gesinnung sowie körperliche Kräftigung und Ertüchtigung“ ins Treffen geführt.³⁷⁸

Mit Gemeinderatsbeschluss vom 16. Juni 1933 wurde der Freiwillige Arbeitsdienst in Linz ins Leben gerufen. Einen Tag später meldeten sich bereits 93 Arbeitsdienst-„Freiwillige“ – 78 Burschen und 15 Mädels. Die Mädchen wurden in der Mädchenhauptschule am Hinsenkampplatz eingesetzt, wo sie Wäsche und Kleidung für die männlichen „Werksoldaten“ herstellten oder ausbesserten und in der Küche halfen. Die Burschen wurden zu Planierungsarbeiten am linken Donauufer und am Turnplatz „Am Damm“ in Urfahr eingesetzt. Anfänglich übernachteten sie noch zuhause. Am 3. August 1933 bezogen 50 Burschen ein geschlossenes Lager in der Pleschinger Au, wo sie für Dammarbeiten eingesetzt wurden. Die Lagerordnung legte höchsten Wert auf freiwillige Unterordnung und strikte Disziplin: Um sechs Uhr war Tagwache. Zwischen 6.30 und 7.00 Uhr fanden Frühstück und Standesrapport statt. Gearbeitet wurde zwischen 7.00 und 13.00 Uhr. Anschließend folgten zwischen 13.00 und 15.00 Uhr Mittagessen und Mittagsrast. Von 15.00 bis 17.00 Uhr waren Gemeinschaftsarbeit und Körperkultur, von 17.00 bis 18.00 Uhr Reinigung und von 18.00 bis 18.30 Uhr Nachtmahl angesagt. Um 21.00 Uhr begann die Nachtruhe. In der Freizeit betätigten sich die jungen Leute im Sport, spielten Fuß- und Handball, badeten in der Donau und hörten am Abend Radio. An den Wochenenden unternahm man Besichtigungen in der Stadt und Ausflüge auf das Land. Im Sommer 1933 betrug der Stand der Freiwilligen bereits 104 – davon 88 Burschen und 16 Mädels. Die meisten waren zwischen 1913 und 1915 geboren und kamen somit aus den Kriegsjahrgängen.³⁷⁹ Den jungen, depravierten Erwachsenen sollte der Arbeitsdienst Familien- und Berufersatz sowie Ort gelebter Kameradschaft sein. Ausdruck einer paternalistischen „Erziehungsgemeinschaft“ waren die Lagerbesuche durch den Bischof und den Landeshauptmann sowie die Übernahme einiger Firmpatenschaften durch den Bürgermeister.³⁸⁰ Im Zuge der Errichtung der Fürsorgesiedlung Schörgenhub bezogen 50 junge „Werksoldaten“ des Freiwilligen Arbeitsdienstes im ehemaligen Arbeiterheim Kleinmünchen Quartier. Ende Jänner 1935 übersiedelte der Arbeitsdienst in die stillgelegten Fabrikräume der ehemaligen Ciderwerke AG in Scharlinz. Die zur Errichtung des Arbeitsdienstlagers von der Gemeinde vorgestreckten Summen waren mit dem Arbeitserlös des Freiwilligen Arbeitsdienstes wieder hereinzubringen, so dass der Arbeitsdienst sein neues Lager de facto in Eigenregie errichtete.³⁸¹ Im September 1934 befanden sich im Lager 20 Mann, im August 1935 bereits 200 Mann.³⁸² Die Gesamtzahl der Werksoldaten wuchs über den Sommer 1935 auf 250 an und reduzierte sich im Winter 1935/36 auf 150 Mann.³⁸³ 1936 wies das Linzer Arbeitsdienstlager einen Beleg von 300 Mann auf.³⁸⁴

³⁷⁸ Schmitz, Die Sozialpolitik, 51 f.

³⁷⁹ Der Freiwillige Arbeitsdienst der Stadtgemeinde Linz. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. Oktober 1933, 201 f.

³⁸⁰ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1936), 18.

³⁸¹ Die soziale Aufbauarbeit einer Stadt, 4 f.

³⁸² Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1935), Abb. Tabelle.

³⁸³ Die soziale Aufbauarbeit einer Stadt, 8.

³⁸⁴ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1936), 18.

Trotz der schweren Beeinträchtigungen, die der am 25. Februar 1935 in den Österreichischen Arbeitsdienst überführte Freiwillige Arbeitsdienst durch die Budgetkürzungen des Bundes im Frühjahr 1936 erfuhr, bemühte sich die Linzer Stadtverwaltung auch weiterhin intensiv um die Arbeitsbeschaffung: Die Werksoldaten des Freiwilligen Arbeitsdienstes beteiligten sich an der Geländeaufschließung bzw. Errichtung von Häusern in der Fürsorgesiedlung Schörgenhub, der Genossenschaftssiedlung Volksaufklärung in St. Peter und der Garten-Neustadt Linz-Ost, am Straßenneubau in den Stadtrandsiedlungen und an Straßenverbesserungen im Froschbergviertel, an innerstädtischen Platzverschönerungen sowie am Bau einer Zufahrtsstraße zum Linzer Stadion an der Semmelweisstraße sowie an dessen Ausstattung mit Zuschauertribünen.³⁸⁵

Im Herbst 1936 wurde für Linz auch ein Weiblicher Arbeitsdienst eingerichtet: Am 1. September konnte in einem ehemaligen Bauerngut in Wagram in der Gemeinde Pasching bei Linz ein Heim für rund 30 Mädchen zwischen 16 und 18 Jahren aus den ärmsten und kinderreichsten Familien der Stadt eröffnet werden. Während 40 Wochen erhielten diese einen hauswirtschaftlichen Unterricht, der ihnen ein späteres Unterkommen als Hausgehilfin erleichtern sollte. Darüber hinaus wurden Näharbeiten für den Österreichischen Arbeitsdienst und die Winterhilfe durchgeführt. Das in den anliegenden Nutzgärten gezogene Gemüse konnte an das Lager der Werksoldaten abgegeben werden. Da der Bund pro Mädchen und Tag 1,80 Schilling bezahlte – von dem ein Mädchen 30 Groschen als Lohn erhielt – erwuchs der Stadtgemeinde aus dieser Einrichtung keinerlei Last. Ab 1. Jänner 1937 übernahm das Frauenreferat der Vaterländischen Front die Trägerschaft des Weiblichen Arbeitsdienstes.³⁸⁶

Am 16. März 1937 beschloss der Linzer Gemeindegtag, in Hinkunft an unterstützungsbedürftige, aber arbeitsfähige Menschen keine Almosen mehr zu verteilen, sondern sie zur so genannten Fürsorgearbeit anzuhalten. Es waren vor allem die Vertreter der Wirtschaftskreise der Stadt, die die Transformation des Konzepts einer „zehrenden“ zu dem einer „schaffenden“ Arbeitslosenunterstützung vorantrieben: „Wir sind immer auf dem Standpunkt gestanden, daß es für den Staat und für die allgemeine Wirtschaft viel vorteilhafter wäre, wenn er den Arbeitslosen bei Erhöhung seiner Unterstützung zu einer, wenn auch seiner Leistung angepaßten Arbeit heranziehen würde. Jeder Schilling, der als Almosen gegeben wird, demoralisiert; jede Arbeitsstunde, die aber für diesen Schilling geleistet wird, baut auf und schafft Werte. Wir stimmen daher der Ueberführung Befürsorger in eine Arbeit grundsätzlich zu, bitten aber dieses schwierige Problem sehr vorsichtig zu behandeln, damit Schäden der freien Wirtschaft vermieden werden“, so Gemeindegtagsmitglied Georg Schantl.³⁸⁷

Die konkrete Vorgangsweise erläuterte Bürgermeister Wilhelm Bock: „Es soll der Versuch unternommen werden, alle von der Gemeinde Linz Befürsorgten, die keine Arbeit haben und

³⁸⁵ Die soziale Aufbauarbeit einer Stadt, 4 ff.

³⁸⁶ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1937), 28; Die soziale Aufbauarbeit einer Stadt, 18 f.; ÖStA, AdR, Gruppe 9: Parteiarchive, Vaterländische Front, Karton 16, Schreiben der Landesführung der Vaterländischen Front für Oberösterreich vom 4. Februar 1937 an alle Gau- und Bezirksführungen der Vaterländischen Front für Oberösterreich. Rundschreiben Nr. 125.

³⁸⁷ Bericht über die 25. ordentliche – öffentliche – Sitzung des Gemeindegtages am 15. Dezember 1936: Haushaltsplan 1937 der Landeshauptstadt Linz. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. Jänner 1937, 12.

zur Arbeit fähig sind, ausnahmslos zur Fürsorgearbeit heranzuziehen. Desgleichen sollen die Ausgesteuerten insoweit in die Fürsorgearbeit eingestellt werden, daß in jeder Familie mindestens ein oder zwei Verdienner vorhanden sind. Die Stadtgemeinde verfolgt hierbei den Grundsatz, an Stelle der immerhin unzulänglichen Geldmittel, die als Unterstützung bisher gegeben wurden, Arbeit zu ermöglichen. Bis heute belief sich der Gesamtbetrag solcher Unterstützung auf über S. 100.000,-, wofür die Stadtgemeinde keinerlei Gegenleistung empfangt. Die Fürsorgemaßnahme war mangels der Mittel derart gering, daß das Bettlerunwesen platzgreifen mußte. Die Fürsorgearbeit wird Kurzarbeit sein, fünf Stunden im Tag, mit einem Stundenlohn von 80 g. Durch die Einrichtung der Fürsorgearbeit wird die Stadtgemeinde den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, der bereits von öffentlicher und privater Seite durch großzügige Arbeitsvorhaben aufgenommen wurde, ihrerseits wirksam von Seiten der Fürsorge in Angriff nehmen.³⁸⁸ Zur Bedeckung der Auslagen für die außerordentlichen Fürsorgearbeiten im Straßenbau in der Höhe von 500.000 Schilling wurde ein Ausgabenkredit, zur Bedeckung der Auslagen für Fürsorgearbeiten im Wohnungsbau und den dafür erforderlichen Grunderwerb eine Darlehensaufnahme bei der Allgemeinen Sparkasse Linz in der Höhe von 900.000 Schilling vom Gemeindegtag einstimmig beschlossen.³⁸⁹

Im Unterschied zum Arbeitsdienst, der der Beschäftigung arbeitsloser Jugendlicher diente, zielte die Fürsorgearbeit auf ausgesteuerte, kinderreiche Familienväter. Für eine sozialversicherte fünfständige Kurzarbeit im Straßenbau oder bei sonstigen gemeinnützigen Tätigkeiten erhielt ein Fürsorgearbeiter täglich vier Schilling. Darüber hinaus war er beim Arbeitsamt und bei der Stadtgemeinde für eine Vollerwerbsarbeit vorgemerkt. Fand er diese nicht, versuchte die Stadt im Geiste „reziproker Subsidiarität“ den Fürsorgearbeiter zumindest so lange zu halten, bis dieser wieder einen Anspruch auf eine Arbeitslosenunterstützung erworben hatte.³⁹⁰

Um die große Anzahl von insgesamt über 1.200 größtenteils ungelerten Arbeitern auch zu beschäftigen, ersann das Stadtbauamt entsprechende Betätigungsfelder: Ab Mai 1937 waren zirka 100 Fürsorgearbeiter auf dem Gelände vor dem Petrinum damit beschäftigt, die große Lehmgrube einer ehemaligen Ziegelei zu schließen. Darüber hinaus sanierten Fürsorgearbeiter Straßen in den Villenvierteln am Bauernberg und am Froschberg und bauten Kanäle, Straßen und Wege in den Stadtrandsiedlungen. Fürsorgearbeiter fanden aber auch bei wissenschaftlichen Grabungen auf dem Gründberg zur Freilegung einer keltischen Siedlung Verwendung.³⁹¹

Das größte Projekt der Linzer Fürsorgearbeit war der Ausbau der Höhenstraße auf den Freinberg zum Jägermayrhof und Jesuitenkolleg, wozu das Stadtbauamt die erforderlichen Pläne erstellt hatte.³⁹²

³⁸⁸ Bericht über die 28. ordentliche – öffentliche – Sitzung des Gemeindegtages der Landeshauptstadt Linz am 16. März 1937. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. April 1937, 86. Hervorhebung im Original.

³⁸⁹ Ebenda, 85 ff.

³⁹⁰ Die soziale Aufbauarbeit einer Stadt, 24 ff.

³⁹¹ Ebenda, 26 ff.; Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1937), 13 ff und 30.

³⁹² Bericht über die 19. ordentliche, nicht-öffentliche Sitzung des Gemeindegtags am 10. Juli 1936. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. August 1936, 167.

In drei Etappen wurde die Linzer Höhenstraße auf einer Breite von insgesamt elf Metern ausgebaut. Dabei umfasste die Fahrbahn sechs Meter Breite und beachtliche fünf Meter der von ihr durch eine Baumreihe getrennte asphaltierte Gehweg. Im Gegensatz zur prominenteren Wiener Höhenstraße war die Linzer Höhenstraße nicht ausschließlich den Automobilisten vorbehalten, sondern wurde bewusst auch als eine Promenade für die Bevölkerung eingerichtet.³⁹³

Zunächst ging man an die Errichtung des Scheitelstückes vom Gasthof Jägermayr bis zum Jesuitenkloster. Das zweite Teilstück führte von der Roseggerstraße bis zum ehemaligen Stanglhof über die Brauereigründe des Bauernbergs. Der dritte Bauabschnitt umfasste das Mittelstück zwischen Jesuitenkloster und dem ehemaligen Gasthaus Binder im Rath.³⁹⁴

Von der Stadtverwaltung wurde die Linzer Höhenstraße zusammen mit der Fürsorgesiedlung Schörgenhub als eine Großtat sozialer Aufbauarbeit propagiert. So nimmt es nicht Wunder, dass die Einweihung beider austrofaschistischen Großprojekte gemeinsam am 2. November 1937 als „Festtag der Aufbauarbeit“ zelebriert wurde. Sollten sich die Fürsorgesiedler durch ihre „Behausung“ in die Reihen jener Österreicher einfinden, „die ein Vaterland haben und es zu lieben wissen“, so sollten die Fürsorgearbeiter der Höhenstraße ein weithin sichtbares Zeichen dafür setzen, dass „Arbeit die beste Fürsorge“ sei. Die Höhenstraße diene den Repräsentanten des Regimes als Symbol, dass „ernste Arbeit vorwärts und aufwärts“ führe. Die Fürsorgearbeiter der Höhenstraße waren ihnen Beweis dafür, dass der österreichische Arbeiter wirklich arbeiten wolle. So wurde die Linzer Höhenstraße zum weithin sichtbaren Denkmal des Lebenswillens der Linzer Arbeiterschaft stilisiert,³⁹⁵ das der Stadt Tag und Nacht „Linie und Schmuck“ verleihe: „Bricht die Nacht herein, leuchtet ihre Lampenkette weit ins Land.“³⁹⁶

Da die propagandistisch verwerteten Arbeitsbeschaffungsaktionen durch Fürsorgearbeit nicht ausreichten, Armut und Elend Einhalt zu gebieten, wurde die bereits seit dem Winter 1932/33 bestehende sogenannte Winterhilfe als freiwillige Hilfe für in Linz wohnhafte Unterstützungsbefürftigte gleich welcher Heimatzugehörigkeit ausgebaut.³⁹⁷

Die Winterhilfe bestand aus der almosenhaften Verteilung von Hilfspaketen, aus Milch-, Fleisch-, Kartoffel- und Käsebeteiligungen, Brennstoff- und Bekleidungsaktionen sowie aus Ausspeisungen für Erwachsene und Kinder. Besonderen propagandistischen Wert hatten die Christbaumaktionen mit Weihnachtsgeschenken für kinderreiche Familien im Obdachlosenheim und in den Barackenquartieren Im Hühnersteig, in der Katzenau und in Wegscheid sowie die Gulaschkanonen, die auf besonderen Wunsch von Landeshauptmann Heinrich Gleißner am 1. Mai für die Arbeiter in Stellung gebracht wurden. Mit der Gulaschaktion, bei

³⁹³ Kreuzer, Verkehr und Straße in Oberösterreich, 94 f.

³⁹⁴ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1937), 13; Franz Pfeffer, Die Linzer Höhenstraße. Zur Eröffnung der ersten Teilstrecke. In: Linzer Volksblatt vom 30. Oktober 1937.

³⁹⁵ Linz – ein leuchtendes Beispiel für Oesterreich. Einweihung der städtischen Siedlung Schörgenhub und Eröffnung der Höhenstraße – Ein Festtag der Linzer Fürsorgearbeiter. In: Linzer Volksblatt vom 2. November 1937.

³⁹⁶ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1937), 13.

³⁹⁷ Winterhilfe der Stadt Linz 1932/33. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. Juli 1933, 157 ff.

der die Winterhilfe-Ausweise eingezogen wurden, endete auch die jährlich stattfindende Winterhilfe.³⁹⁸

Im Winter 1935/36 konnten 5.845 Parteien mit insgesamt 13.630 Personen mit Winterhilfegaben beteiligt werden, was etwa einem Achtel der Linzer Bevölkerung entsprach. Die Winterhilfsaktion 1936/37 unterstützte 6.206 Parteien mit 14.455 Personen. Insgesamt konnten im Winter 1935/36 über 66.000 Pakete und im darauf folgenden Winter 74.700 Pakete verteilt werden.³⁹⁹

Ein Normalpaket, mit dem allein stehende Bedürftige alle 14 Tage, zwei- bis dreiköpfige Familien wöchentlich beteiligt wurden, enthielt ein Kilogramm Mehl, ein halbes Kilogramm Zucker, ein halbes Kilogramm Reis und ein viertel Kilogramm Speisefett. Großpakete, die mehrköpfigen Familien gewährt wurden, enthielten um ein viertel Kilogramm Fett und um ein halbes Kilogramm Teigwaren mehr. Die Durchführung der Paketaktion oblag der städtischen Volksküche.⁴⁰⁰

Als „bedürftig“ galten Alleinstehende mit einem Monatseinkommen bis 30 Schilling sowie Familien mit zwei Köpfen mit einem Monatseinkommen bis 40 Schilling. Familien mit acht Kindern wurden bei einem Monatseinkommen unter 100 Schilling unterstützt. Daneben durften auch Personen, die als „minderbedürftig“ eingestuft wurden, mit einer Beteiligung rechnen. Die für die Winterhilfe notwendigen Gelder wurden durch Spenden von Privatpersonen und Firmen sowie durch Bund, Land und Stadtgemeinde aufgebracht.⁴⁰¹

„Eine staatliche Winterhilfe von dem Ausmaße, wie sie bei uns geübt wird, wäre früher sicherlich nicht möglich gewesen“, sinnierte Alfred Maleta im Jahre 1936: „Aber dennoch darf niemals vergessen werden, daß es nur Almosen sind, die gegeben werden, und daß die Gotteskindschaft des Menschen Anspruch nicht auf Almosen, sondern das Recht auf Arbeit und ihr Erträgnis hat.“⁴⁰²

Die neben dem Freiwilligen Arbeitsdienst und der Fürsorgearbeit wohl repressivste Form der Umsetzung dieses „Rechtes auf Arbeit“ wurde mit der Errichtung eines eigenen Bettlerlagers in Schlögen an der Donau im Sommer 1935 erreicht, mit dem die oberösterreichische Landesregierung neben der „soziale(n) Erziehung der Straßenelemente“ und einer finanziellen Entlastung der Gemeinden auch eine Entlastung der Bevölkerung vor der um sich greifenden „Stadt- und Landplage“ des „Bettlerunwesens“ intendierte. Die Standortwahl für dieses österreichweit erste und einzige – grundsätzlich jeweils auf sechs Wochen Aufenthalt begrenzte – Haftlager für Bettler an der landschaftlich beschaulichen Donauschlinge war von der zugedachten Zwangsarbeit im Rahmen des Ausbaus der Nibelungenstraße von Passau nach Linz mitbestimmt. Der Endausbau des vom Freiwilligen Arbeitsdienst verwalteten Zwangsarbeitslagers umfasste vier ganzjährig beziehbare Wohnbaracken mit einem

³⁹⁸ AStL, Neue Registratur, Ständestaat, Sch. B 4, Bericht über die Winterhilfsaktion der Stadtgemeinde Linz 1936/37.

³⁹⁹ Bericht über die Winterhilfsaktion 1936/37, 4 ff.

⁴⁰⁰ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1936), 16; Bericht über die Winterhilfsaktion 1936/37, 4.

⁴⁰¹ Bericht über die Winterhilfsaktion 1936/37, 2.

⁴⁰² Maleta, Der Sozialist im Dollfuß-Österreich, 150.

Fassungsraum von jeweils 50 Personen, also eine Aufnahmekapazität von insgesamt maximal 200 Häftlingen. Ihre sozialstrukturelle Zusammensetzung reichte vom Hilfsarbeiter bis zum Akademiker. Es waren aber auch Exponenten der Linzer Unterwelt vertreten.⁴⁰³ Eine durchaus intendierte Folge der Errichtung und des Betriebs dieses „erste(n) Konzentrationslager(s) der Welt [...] für Landstreicher“, in welchem diese zu braven, fleißigen Bürgern umerzogen werden sollten, war das Ausweichen vieler Wanderbettler in die benachbarten Bundesländer, wo sich die Klagen über den dadurch stark angestiegenen Bettel mehrten.⁴⁰⁴ Trotz der hohen Kosten von jährlich 53.000 Schilling, welche die Stadt Linz – so wie die anderen Gemeinden auch – auf dem Wege der Gemeindeumlage für das Bettlerhaftlager aufzuwenden hatte,⁴⁰⁵ wurde damit das Bettlerproblem – als die von Politik und Öffentlichkeit vordergründig wahrgenommene Dimension von Massenarmut und Massenarbeitslosigkeit – nicht gelöst.

Um den nach wie vor grassierenden Hausbettel zu reduzieren wurde im Sommer 1937 von der Stadtverwaltung die Almosenabgabe amtlich geregelt. Die Aktion war für die Linzer Handels- und Gewerbetreibenden freiwillig. Auch die Höhe der Beitragsleistung wurde der Selbsteinschätzung überlassen,⁴⁰⁶ nachdem man zunächst an eine Bettlerablöse in der Höhe von mindestens 20 Schilling gedacht hatte.⁴⁰⁷ Aber auch mit dieser Aktion erzielte man keinen großen Erfolg in der Bettlerbekämpfung. So manche Stimme im Gemeindegang hätte es durchaus begrüßt, „wenn sich die Polizei jener Bettler annehmen würde, die tatsächlich undankbar und frech ihrem Wohltäter gegenübertraten.“⁴⁰⁸

„Verstimmung und Verschiebung aller Rhythmen“

Kunstpoltik

Das austrofaschistische Kunstideal und die daraus ableitbare Kunstpolitik bzw. Kunstförderung war von der Idealisierung und Instrumentalisierung der Kunst als einem „ernsten Ringen um die Schaffung des geistigen Gehalts einer Zeit“ gekennzeichnet: „Gerade darin hatte es aber die Zeit des Materialismus, des rationellen Denkens, der zersetzenden Skep-

⁴⁰³ 12. ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeindeganges am 30. Dezember 1935: Haushaltsplan 1936 der Landeshauptstadt Linz. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. Februar 1936, 26 f.; allgemein: Ganglmair, „Die hohe Schule von Schlögen“, 19–29; allgemein zur „Bettlerplage“ und seiner repressiven Bekämpfung im Austrofaschismus: Melinz, Fürsorgepolitik(en), 242 ff.

⁴⁰⁴ Ganglmair, „Die hohe Schule von Schlögen“, 22 .f und 25.

⁴⁰⁵ Bericht über die 34. ordentliche – öffentliche – Sitzung des Gemeindeganges der Landeshauptstadt Linz am 13. Dezember 1937. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 15. Dezember 1937, 269.

⁴⁰⁶ AStL, Neue Registratur, Ständestaat, Sch. B 11, Bericht über die Almosenablöse der Stadt Linz. Büro der Magistratsdirektion am 28. Juni 1937.

⁴⁰⁷ Bericht über die 25. ordentliche – öffentliche – Sitzung des Gemeindeganges der Landeshauptstadt Linz am 15. Dezember 1936: Haushaltsplan 1937 der Landeshauptstadt Linz. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 15. Jänner 1937, 25.

⁴⁰⁸ Ebenda. 25.

sis, der Verneinung allen Glaubens an höhere Werte auch in unserer Stadt fehlen lassen.“⁴⁰⁹ Der Schwerpunkt austrofaschistischer Kunstpolitik lag demnach in der Förderung und Propagierung einer „positiven“, „gegenständlichen“, Werte bejahenden und Werte schöpfenden Kunst, einer Kunst, die sich aus den „völkischen“, sittlichen und religiösen Traditionen der Heimat speiste und sich nicht auf internationalistischen, intellektualistischen, reflexiven, kritischen oder anderen zersetzenden Abwegen verlor.“⁴¹⁰

Die Kunstförderung der Stadtgemeinde Linz beschied sich in der Förderung einiger Kunstausstellungen, im Ankauf einer durchwegs in konventioneller Selbstgenügsamkeit verweilenden, unspektakulären Heimatkunst sowie in der Propagierung der sakralen Kunst.

Die Linzer Stadtverwaltung förderte Ausstellungen des Künstlerbundes MAERZ, des Oberösterreichischen Kunstvereins, Sonderausstellungen der Linzer Maler Karl Hayd und Anton Lutz und veranstaltete Ausstellungen mit Neuerwerbungen. Hausmusik-, Trachten- und Krippenausstellungen widmeten sich der Wiederbelebung heimischen „Volkstums“.⁴¹¹

Der Kunstankauf der Stadt bevorzugte die „bodenständige Künstlerschaft“, aber auch bodenständige Themen und umfasste Ölgemälde mit patriotischen und heimatstiftenden Inhalten wie „Heldentod“ von Robert Angerhofer oder „Familie“ und „Heimgang“ von Fritz Fröhlich, lokale Landschaftsdarstellungen wie „Blick in den Haselgraben“ von Johann Hazod oder die aquarellierte Federzeichnung des Stiftes St. Florian von Ernst August von Mandelsloh. Klassisch gegenständliche Motive, wie das mit dem Staatspreis gewürdigte Bild „Kind in der Sonne“ von Margarete Pausinger, das Gemälde „Verklingender Abend“ von Hans Pollack oder „Mädchen am Fenster“ von Josef Schnetzer wurden durch religiös-eschatologische Arbeiten wie die Holzschnitte „Kreuzigung“, „Die Hundertjährige und der Tod“ und „Tod und Teufel 1914–1918“ von Wilhelm Träger ergänzt. Arbeiten von Franz Glaubacker, Karl Hayd, Anton Lutz, Albert Ritzberger, Hans Strigl und Julius Ullmann rundeten die Sammlungstätigkeit der Stadt Linz ab.⁴¹²

Die anlässlich des 85-jährigen Bestehens des Oberösterreichischen Kunstvereins am 12. Mai 1937 in der Festhalle am Südbahnhof eröffnete Ausstellung „Österreichs Kunst der

⁴⁰⁹ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1936), 26.

⁴¹⁰ Allgemein: Pappernigg, Absprerrung und Einsperrung, 106 ff; Klamper, Die böse Geistlosigkeit, 124 ff.

⁴¹¹ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1935), 17; Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1936), 31.

Zu Anton Lutz vor 1938 und nach 1945 siehe: Nagl, Bildende Kunst in Oberdonau, 79 ff. sowie Barta, Anton Lutz, 145 ff.

⁴¹² Bericht über die 55. Sitzung des Stadtrates am 4. Dezember 1936. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 15. Dezember 1936, 261; Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1936), 31; Bericht über die Sitzung des Stadtrates am 3. Jänner 1936. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 15. Februar 1936, 37; Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1937), 7; allgemein zur Kontinuität der bildenden Künste in Oberösterreich vor 1938 und nach 1945: Die Ordnung der Dinge; Nagl, Bildende Kunst in Oberdonau, 79 ff.

Zu Robert Angerhofer: Spindler, Robert Angerhofer, 151 ff.

Zu Fritz Fröhlich: Katzinger, Fritz Fröhlich; Nagl, Fritz Fröhlich. Im Wandel, 123 ff.

Zu Ernst August Mandelsloh: Lechner, Ernst August Freiherr von Mandelsloh; Barta, Ernst August Mandelsloh, 135 ff.

Zu Hans Pollack: Kirchmayr/Nagl, Hans Pollack, 131 ff.

Gegenwart“ gewährte Einblick in das zeitgenössische Schaffen staatlich geförderter österreichischer darstellender Kunst. Die Ausstellung wurde von führenden Künstlervereinigungen aus allen Bundesländern beschickt und gewann dadurch offiziellen Charakter.⁴¹³

Die intensive Förderung des „Bodenständigen“ manifestierte sich auch in der Kanonisierung der Oberösterreichischen Landestracht. Im Auftrag von Landeshauptmann Gleißner und im Einvernehmen mit dem Gewerbeförderungsinstitut legte der Oberösterreichische Heimatverein die Richtlinien für die Landestracht sowohl für Männer als auch für Frauen fest. Damit sollte die noch nicht gänzlich verschwundene Frauentracht, wie sie zur Goldhaube getragen wurde, vor dem „Aussterben“ bewahrt werden. Auch das Dirndlkleid, „das sich von Jahr zu Jahr größerer Beliebtheit erfreute“, sollte durch die Zurückdrängung von modischen Einflüssen wieder an „Bodenständigkeit“ gewinnen. Die dahin wirkenden kunsthandwerklichen Vorschläge enthielten ein über ganz Oberösterreich verbreitetes Dirndlkleid, weiters die Modellentwürfe zu einer Ischler Tracht, einer Tracht im Salzkammergut, einem aus der Festtracht von Haslach und Umgebung entwickelten Mühlviertler Dirndl, einem Kremstal-Dirndl, Steyrtal-Dirndl und Hausruckviertler Dirndlkleid, einer Innviertler Tracht sowie einem sogenannten Winterdirndl.⁴¹⁴ Darüber hinaus wurde ein eleganteres – „modischeres“ – Lodenkostüm für Frauen vorgeschlagen, dessen zweckmäßige und bodenständige Machart „nun nicht mehr von der Mode beeinflusst werden soll(te)“:⁴¹⁵

„Die Verbreitung des Dirndlkleides und des Lodenkostümes muß abgesehen davon, daß diese Kleidungen als Zeichen der Heimatverbundenheit und ihrer Zweckmäßigkeit wegen getragen werden, schon aus rein wirtschaftlichen Erwägungen heraus gefördert werden, da ja für deren Herstellung vor allem heimische Erzeugnisse Verwendung finden.“⁴¹⁶ Ganz im Zeichen der Verbreitung dieser Ideale einer geistig-kulturell sowie ökonomisch motivierten Trachtenpflege stand die vom Heimatverein 1935 in der Linzer Studienbibliothek veranstaltete große Trachtenausstellung.

Das „Heimatliche“ konnte aber nicht nur mit der Trachtenerneuerung, sondern auch mit der Wiederentdeckung und Propagierung der Hauszeichen als historisch und kulturell bedeutungsvoller Häuserschmuck gepflegt werden. Im Zuge der 1937 durchgeführten Renovierungsarbeiten am Linzer Landhaus konnte der Maler Fritz Fröhlich am Landhausturm durch Darstellung der vier Jahreszeiten „in schlichter Eindringlichkeit“ neue künstlerische Akzente setzen. An der Uhr der neuen Tabakfabrik fanden die Tierkreise und Jahreszeiten durch die Mosaiktechnik Karl Hauks eine figürliche Konkretisierung. Diese künstlerischen Vorzeigarbeiten im öffentlichen Raum sollten die private Hausbehübschung mit Wandmalereien und Hauszeichen anregen.⁴¹⁷ Als nachahmenswertes Vorbild dafür galt Tirol, wo durch plastische oder malerische Hauszeichen und kunstgewerblich hergestellte Geschäftsschilder der Not leidenden Künstlerschaft Betätigungsmöglichkeiten eröffnet wurden. Ein diesbezüglich gelobtes Linzer Beispiel war das Fresko am Giebel des Hartwagner-Hauses am

⁴¹³ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1937), 24.

⁴¹⁴ Die Oberösterreichische Landestracht für Frauen, 2 f.

⁴¹⁵ Ebenda, 1 f.

⁴¹⁶ Ebenda, 1.

⁴¹⁷ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1937), 35.

Franz-Joseph-Platz (heute Hauptplatz 10). Dieses stellte einen Kaufmann beim Ausladen seiner Waren dar und wurde vom Maler Karl Hayd im Auftrag der Firma Pruscha-Reder angefertigt. Bruno Zach schuf mit der Staute des Heiligen Vinzenz von Paul an der neu gestalteten Fassade des Spitals der Barmherzigen Schwestern in der Herrengasse ein quasi „geistliches Hauszeichen“.⁴¹⁸ Die Linzer Stadtverwaltung widmete der Ausstattung alter, ihres Schmuckes beraubter Bild- und Wegsäulen mit zeitgenössischen Kunstwerken besondere Aufmerksamkeit.⁴¹⁹ Mit dieser Einbettung gegenwärtigen Kunstschaffens in einen vorgegebenen Kanon historisch überlieferter, vorzüglich sakraler bzw. volkskultureller und volksreligiöser Kunstäußerungen kommt der für die Linzer Kunstpolitik während des Austrofaschismus charakteristische Umgang mit dem künstlerischen Schaffen der Zeit zum Ausdruck. Ein herausragendes Projekt austrofaschistischer „Kunst am Bau“ war die Ausgestaltung der Bahnhofsfresken durch die beiden aus Linz stammenden Mitglieder des Künstlerbundes MAERZ, Karl Hauk und Rudolf Steinbüchler. An den Längswänden der Haupthalle führten zwei jeweils 10 mal 20 Meter große Fresken den ankommenden Reisenden die Eigenart der oberösterreichischen Landesviertel und ihrer Bewohner vor Augen. Die kunstpolitische Hoffnung war, dass die Bahnhofsfresken „durch die Kraft und Wucht und bodenständige Verbundenheit der künstlerischen Gestaltung zu einem weit über die Grenzen des Landes bemerkenswerten Kunstwerke werden“ könnten.⁴²⁰

Die religiöse Kunst nahm im Linzer Kunstleben der Zeit einen besonderen Stellenwert ein. Ein diesbezüglich eifriger Propagandist war der „Diözesan-Kunstverein Linz unter dem Schutze des Heiligen Lukas“ unter der Leitung des Linzer Diözesanbischofs. Sein Zweck lag in der Förderung christlicher Kunstpflege. Diese erfolgte durch Belehrung der Öffentlichkeit in Wort und Schrift sowie in Form von Kursen, Vorträgen und Ausstellungen. Man förderte einheimische christliche Künstler ebenso wie die Kooperation mit offiziellen kirchlichen und staatlichen Institutionen und beriet private und öffentliche Stellen in allen Angelegenheiten christlicher Kunst. Ziel war die „Unterstützung und Beeinflussung der Kunstbestrebungen vor allem in der Diözese Linz im Sinne der kirchlichen Kunstauffassung und der kirchlichen Weisungen.“⁴²¹

Die Linzer Stadtverwaltung war gegenüber den Wünschen und Bedürfnissen religiös motivierter Kunst bzw. der Pflege, Ausstattung und Erweiterung katholisch dominierter Bereiche innerhalb des Stadtkörpers äußerst aufgeschlossen. Der katholische Vertreter im Gemeindegtag, Monsignore Anton Pleninger, zeigte sich voll des Lobs und Danks für die diesbezüglichen Anstrengungen der Stadt, die sich von der Aus- und Neugestaltung von Kirchenvorplätzen – wie etwa dem Domvorplatz, dem Platz vor der Wallfahrtskirche auf dem Pöstlingberg, dem Platz vor der Priesterseminarkirche oder vor der Severinuskirche – über die finanzielle

⁴¹⁸ Ebenda.

⁴¹⁹ Ebenda, 36.

⁴²⁰ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1936), 28.

⁴²¹ Diözesan-Kunstverein Linz, Statuten; allgemein: Klamper, Die Mühen der Wiederverchristlichung, 148–156.

Förderung von Kirchenneubauten bis hin zu Widmungen im Bereich der Kirchengestaltung – etwa die von Altären und Heiligenstatuen – erstreckten.⁴²²

Die Renovierung von Kirchen und die Neugestaltung von Kirchenvorplätzen ermöglichten eine bessere öffentliche Positionierung und Wahrnehmung des Sakralen im urbanen Raum, wofür auch gerne moderne Reklametafeln geopfert wurden. Die viel wünschenswertere „Werbung für das Transzendente“ durch die malerische Ausgestaltung von Kirchenfassaden wurde nicht umgesetzt.⁴²³

Am augenscheinlichsten manifestierte sich die Förderung katholischer Kunstbestrebungen in den realisierten Kirchenneubauten. Ab 1934 wurde nach Entwürfen von Peter Behrens, Alexander Popp und Hans Feichtlbauer in Urfahr die Friedenskirche (Christkönigkirche) errichtet, wobei man mit den beiden Kapellen begann. Als zentraler Schmuck der sogenannten Kriegerkapelle diente eine Pietà von Adolf Wagner von der Mühl. Sowohl die Kriegerkapelle als auch die Taufkapelle wurde mit ornamentalen Glasfenstern nach Entwürfen von Josef Raukamp ausgestattet. Die heilige Osternacht mit ihrem Erlösungsthema bildete die Grundlage der einheitlichen Komposition.⁴²⁴ Nachdem 1937 der erste Bauabschnitt abgeschlossen worden war, folgte eine langjährige Unterbrechung. Erst 1947 konnte der Kirchenbau weitergeführt und 1951 vollendet werden.⁴²⁵

Das 150-jährige Diözesanubiläum im Jahre 1935 diente als willkommener Anlass zur Eröffnung weiterer Kirchenbauten und Seelsorgestationen vorzüglich in den von Arbeitern bewohnten – missionarisch bisher unterversorgten – Randzonen der Stadt. Am 16. Juni 1935 konnte die Antoniuskirche in Scharlinz – ein ehemaliger von Curt Kühne entworfener Versammlungssaal eines Jugendheimes – als Notkirche geweiht werden.⁴²⁶ Im Allgemeinen Krankenhaus wurde im Jänner 1935 eine ständige Seelsorge eingerichtet. Im selben Jahr erhielt der neu umgebaute Linzer Bahnhof eine Bahnhofskapelle. Und am 8. Dezember konnte in der Katzenau der Grundstein zur Severinuskirche gelegt werden. Die Eröffnung der dem zweiten Schutzpatron der Diözese Linz geweihten Kirche erfolgte bereits im Oktober 1936. Architekt war Hans Feichtlbauer, dem Linz auch die Landstraßenfassade des Karmelitenneubaus verdankt.⁴²⁷

Der Karmelitenbau auf der Landstraße erntete vor allem wegen seines monumentalenindrucks und seiner straffen Linienführung, bei der die Architektur allen Schmuck in sich selbst trage, Anerkennung seitens der zeitgenössischen Rezeption: „Die Landstraße hat mit diesem Bau in ihrem Herzstück geradezu eine neue richtunggebende Linie erhalten. Der religiöse und künstlerische Sinn vergangener Geschlechter hat die Häuser gern mit Statuen

⁴²² Bericht über die 25. ordentliche – öffentliche – Sitzung des Gemeindetages am 15. Dezember 1936: Haushaltsplan 1937 der Landeshauptstadt Linz. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 15. Jänner 1937, 26.

⁴²³ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1937), 36.

⁴²⁴ Danzer, Neues Kunstschaffen in Linz, 23 f.

⁴²⁵ Constantini, Großstadt Linz, 139; zu den Kirchenneubauten in Wien siehe: Bernard/Feller, Die Baumeister des Friedensfürsten, 204–211.

⁴²⁶ Danzer, Neues Kunstschaffen in Linz, 24; Constantini, Großstadt Linz, 160.

⁴²⁷ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1935), 19; Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1936), 29; Linzer Volksblatt vom 19. Oktober 1936. Constantini, Großstadt Linz, 160.

geschmückt. Viele wertvolle Stücke sind noch erhalten. Bei dem [...] Neubau wurde dieser alte Brauch in glücklicher Weise erneuert und als künstlerischer Hausschmuck eine Madonna in Keramik (Gustav Muher) geschaffen“.⁴²⁸

Das bedeutsamste und richtungweisendste Bauwerk der „klassischen Moderne“ der 1930er Jahre war in Linz jedoch kein sakrales, sondern der Industriebau der Linzer Tabakfabrik. Die Pläne stammten von den beiden renommierten Architekten Peter Behrens – Mitglied des Werkbunds sowie zwischen 1933 und 1935 Rektor der Akademie der bildenden Künste in Wien – und seinem Assistenten und Kompagnon Alexander Popp, der neben seiner Mitgliedschaft bei der Vaterländischen Front seit 1. Jänner 1935 auch Mitglied der (verbotenen) Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei war und zwischen 1935 und 1938 als Präsident der Sezession und Vizepräsident der Zentralvereinigung der Architekten Österreichs wirkte.⁴²⁹



*Die Fassade der Tabakfabrik an der Unteren Donaulände in den 1930er Jahren
(Foto: AStL, Dokumentation).*

⁴²⁸ Danzer, Neues Kunstschaffen in Linz, 21 f.

⁴²⁹ Lackner, Zur Kontinuität der Architektur im 20. Jahrhundert, 166 ff.



*Produktion in der
Tabakfabrik in den
1930er Jahren
(Foto: AStL,
Dokumentation).*

Bereits 1928/29 wurde mit dem Bau des Tabakspeichers begonnen. Diesem folgte die Errichtung des aus einem Stahlskelett bestehenden, 227 Meter langen sechsgeschossigen Zigarettenfabrikationsgebäudes, dessen geschwungene und durch horizontale Fensterbänder gegliederte Südfassade als ein internationaler Höhe- und zugleich Schlusspunkt des sogenannten „Schiffbau-Motivs“ in der Architektur der klassischen Moderne anzusehen ist. Im Hof entstand die plastisch stark durchgestaltete Kraftzentrale mit Schornstein. Nordseitig, an der Unteren Donaulände, wurde die Pfeifentabakfabrik errichtet. Die gesamte Innenarchitektur fühlte sich der Philosophie des Gesamtkunstwerks verpflichtet. Der klar konzipierte und konsequent durchkomponierte Neubau, der die Vorstellungen der Tabakregie von Modernität, technischem Fortschritt und dynamischer Unternehmenspolitik überzeugend zum Ausdruck brachte, wurde im Jahre 1935 als Torso eröffnet.⁴³⁰

Modern und fortschrittlich war auch die infrastrukturelle Ausstattung für die Mitarbeiter. Nach dem Geschlecht, aber auch nach der „Klassenlage“ jeweils für Arbeiter und Beamte getrennte Sanitär-, Speise- und Waschanlagen, ein Ruheraum für Frauen und ein Aufenthalts- und Stillraum für Kinder samt Waschküche nahmen nicht nur auf die klassenspezifischen Reproduktionsbedürfnisse Rücksicht, sondern auch auf die Arbeits- und Lebensbedingungen von Arbeiterinnen mit Kleinkindern.

⁴³⁰ Ebenda, 168.

Die sachlich-elegante Funktionalität der Fabrik verstand es, bereits die Zeitgenossen ästhetisch zu überzeugen: „Ein in seinen Proportionen ausgewogener Bau kann auf Dekor und Ornament verzichten. Im Gleichmaß der Verhältnisse liegt eine der Klassik verwandte Schönheit.“ Nirgends trage der Bau eine Maske, in allen Gliedern zeige er seine Funktion: „Der Streit um die kubische Form in der neuen Architektur entscheidet sich zu ihren Gunsten, wo, wie hier, Form und Zweck, zu einer überzeugenden Einheit werden. [...] Ist der edle Schwung dieser Fassade nicht dem Geiste der bedeutendsten Bauleistungen ebenbürtig? Im genialen Plan des Architekten erwacht das schon von den Griechen angewandte Ausdrucksmittel der weitgeschwungenen Kurve zu neuen Wirkungen: Die Kurve nimmt der gewaltigen Länge der Hauptfassade die Nüchternheit und verleiht zugleich dem Hof Geschlossenheit und Stimmung. [...] Eine harmonische Einheit von Architektur und Landschaft kennzeichnet den guten Bau. Der Rhythmus der Stromlandschaft klingt im Bau weiter. [...] So teilt sich der Rhythmus der Architektur den begleitenden Künsten mit und schafft jenen Gleichklang, der das Wesen des Gesamtkunstwerkes bestimmt“, analysierte Kai Mühlmann 1936 euphorisch.⁴³¹

Die den Industriebau begleitenden Künste schufen im Haupteingang ein Glasfenster, das den Produktionsvorgang und die Betriebshierarchie spiegelte. Sein Schöpfer Robin C. Andersens stellte Ingenieure, Techniker und Vorarbeiter auf der linken Seite, Arbeiterinnen der Lösehalle mit ihren weißen Kitteln und Kopftüchern auf der rechten Seite gegenüber. Dieser Beschreibung einer modernen, arbeitsteiligen und geschlechterhierarchisch gegliederten Arbeitswelt steht thematisch ein über den Ausgängen der Lösehalle angebrachtes Wandmosaik des akademischen Malers Herbert Dimmel – Beirat des dem Nationalsozialismus nahestehenden „Bundes deutscher Maler Österreichs“⁴³² – gegenüber, das mit einer Ansicht des barocken Linz und einer Perspektivansicht auf die neue Tabakfabrik samt Donau und Pöstlingberg, nebst einem Pfeife rauchenden Oberösterreicher im Trachtenanzug und einer Oberösterreicherin mit Goldhaube die harmonische Verbindung von volkskultureller vorindustrieller Tradition und moderner technisierter Arbeitswelt darzustellen bemüht ist.

Es ist für die Mutation des „Neuen Bauens“ im Bereich der Industriearchitektur bezeichnend, dass nach 1938 die Tabakfabrik einerseits auf offizielle Ablehnung stieß und von einer hohen Wohnbebauung versteckt werden sollte, andererseits Alexander Popp unmittelbar nach dem „Anschluss“ zum Chefarchitekten der bedeutendsten Industrieprojekte der Ostmark wurde. Sein Haupttätigkeitsort sollte Linz werden, wo die „Reichswerke Aktiengesellschaft ‚Hermann Göring‘ für Erzbergbau und Eisenhütten“ (HGW) 1938/39 den Bau eines großen Hüttenwerkes mit sechs Hochöfen und deren Tochtergesellschaft, die „Eisenwerke Oberdonau“ (EWOD), ein Stahl- und Walzwerk für die Panzerproduktion in Auftrag gaben.⁴³³ Der rationelle Funktionalismus der Architektur des Hallenbaus entsprach in einem hohen Maße auch den Anforderungen nationalsozialistischer Rüstungsindustrie.⁴³⁴

⁴³¹ Mühlmann, Schönheit im Industriebau, 20.

⁴³² Klamper, Die böse Geistlosigkeit, 129. Zu Herbert Dimmel siehe: Ecker (Red.), Herbert Dimmel.

⁴³³ Lackner/Stadler, Fabriken, 216–231.

⁴³⁴ Lackner, Zur Kontinuität der Architektur im 20. Jahrhundert, 171.

Theater- und Literaturpolitik

Das Linzer (Musik-)Theaterleben war nicht erst in den 1930er Jahren in eine Krise geraten. Bereits 1925 musste das Linzer Landestheater den ständigen Opernbetrieb aufgeben. Infolge des allmählichen Abflauens der Operettenwelle war Mitte der 1930er Jahre auch die Pflege der leichteren musikalischen Werke in Frage gestellt. Aber auch in der Sparte des Sprechtheaters war ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Umfasste im Jahre 1925 die Spielzeit am Linzer Landestheater noch fast zehn Monate und erstreckte sich bis Mitte Juni, so war sie Mitte der 1930er Jahre auf sechs Monate zusammengeschrumpft, wobei man Mühe hatte, bis Ende März durchzuhalten.⁴³⁵

Die wirtschaftliche, aber auch geistige Krise des Theaters erklärten sich die Linzer Kulturverantwortlichen mit der „bloßen Unterhaltungssucht“ des Publikums, das sich lieber dem Kino zuwandte. Diese Entwicklung wurde vom „Verfliegen der Operette“ als selbstständige Kunstform verstärkt, was ebenfalls ein Abwandern von den traditionellen Orten der Hochkultur Vorschub leistete. Wollte man ein Provinztheater ausschließlich oder vorwiegend als Kulturtheater führen, hätte man nach Meinung der Linzer Kulturpolitik weder ausreichendes Publikum, noch genügend geeignete neuere Stücke vorgefunden, auf denen ein „moderner, wertvoller und zugleich zugkräftiger Spielplan“ hätte aufgebaut werden können.⁴³⁶

Ein weiterer Grund für die Krise des Linzer Landestheaters lag im häufigen Wechsel seiner Direktoren: Zwischen 1918 und 1932 wurden nicht weniger als sieben Direktionen bestellt. 1932 war das Theater kurzfristig überhaupt geschlossen. Auch der 1932/33 unternommene Versuch, mit der Gründung einer „Oberösterreichischen Theatergemeinde“ wieder „geordnete Theaterverhältnisse“ in Linz herzustellen, führte nicht zum erwünschten Resultat. Dank der finanziellen Förderungen von Bund, Land und Stadt Linz trat während der seit Herbst 1932 bestehenden Direktion von Ignaz Brantner „eine fortschreitende Festigung des Theaterbetriebes“ ein.⁴³⁷

Die Spielzeit 1935/36 wurde am 4. Oktober 1935 eröffnet und währte bis zum 31. März 1936. Ihr folgte eine Nachspielzeit zwischen 1. und 13. April und anschließend ein Gastspiel des „Oberösterreichischen Bauerntheaters“ unter Florian Leithner. In der gesamten Spiel- und Nachspielzeit wurden 246 öffentliche Vorstellungen, acht Kindervorstellungen, sechs Schülervorstellungen und zwei „Bunte Vormittage“ gegeben. Lediglich zehn Montagsvorstellungen wurden von der Bildungsstelle der Vaterländischen Front subventioniert. Zusätzlich fanden 30 Gastvorstellungen des Landestheaters an anderen oberösterreichischen Bühnen statt. Die Schauspielaufführungen wurden von 28.690, die Operettenaufführungen von 48.490 Personen besucht.⁴³⁸

⁴³⁵ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1936), 32.

⁴³⁶ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1937), 37 f.

⁴³⁷ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1937), 32; allgemein, zum weiteren Verlauf der Entwicklung und zur Kontinuität der Direktion bzw. Intendanz Brantners nach 1938 und 1948 siehe: Wimmer, Das Linzer Landestheater, 71 ff., 82 ff. und 90 ff.; Das Landestheater Linz 1803-2003 sowie Thumser, Das Linzer Landestheater, 53.

⁴³⁸ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1936), 33 und 36.

In der Spielzeit 1936/37 kam es in der Sparte Operette zu einem weiteren erheblichen Rückgang auf 39.211 Besucher, wobei der Großteil – auch der Einnahmen – auf den Sektor „Revue“ (hier vor allem „Auf der grünen Wiese“ von Jara Benesch) entfiel. Erfreulicherweise konnten in der Sparte Sprechtheater mehr als 6.000 neue Besucher – also insgesamt 34.944 Theaterfreunde – begrüßt werden:⁴³⁹ „Leider stand dieser wachsenden Aufgeschlossenheit für gute Theaterkunst ein ziemlich trostloser Spielplan gegenüber, der nicht ein einziges neues Werk von stärkerer Wirkung wie in der vorangegangenen Spielzeit der ‚Kanzler von Tirol‘ oder die ‚Erste Legion‘ aufzuweisen hatte. Dieser Mangel guter Neuheiten ist einer der wesentlichen Gründe der kritischen Lage unseres Theaters und es muß unter solchen Umständen schon als Gewinn angesehen werden, daß unsere Landesbühne unter der Leitung Direktor Brantners dank der weitgehenden Förderung durch Stadt und Land wenn schon keine glanzvolle, so doch eine vor stärkeren Erschütterungen verschonte Spielzeit erlebte.“⁴⁴⁰

Die Krise des Musiktheaters führte zur Überlegung, den Operettenbetrieb, in dem Werke von Leo Asher, Jara Benesch, Ralph Benatzky, Nico Dostal, Bernhard Grün, Leon Jessel, Robert Karscher, Fred Raymond, Rudolf Schanzer, Robert Stolz, Oscar Straus, Johann Strauß und Ernst Welisch zur Aufführung gebracht wurden,⁴⁴¹ überhaupt einzustellen. Dem stand jedoch die Notwendigkeit gegenüber, das für das Musikleben der Stadt unentbehrliche Theaterorchester weiter zu erhalten. Für die Spielzeit 1937/38 beschloss Direktor Brantner, wieder einen regelmäßigen Opernbetrieb einzuführen.⁴⁴²

Die Sparte Sprechtheater war einerseits von einer Serie schnell wechselnder, anspruchslos-leichter Lustspiele – welche die Sucht des Publikums „nach ständig neuem“ befriedigen sollten –, andererseits von austrofaschistischen Tendenzstücken gekennzeichnet: Oft nur einige wenige Male gegebene Schau- und Lustspiele, wie „Der Stärkere“ von Georg Dueren, „Die große Chance“ von Alfred Möller und Hans Lorenz, „Junger Herr aus Cambridge“, „Orells Wunderschau“ und „Steuerzahlen – ein Vergnügen“ von Wilhelm Lichtenberg, „Der Schatten“ und „Tageszeiten der Liebe“ von Dario Nicodemi, „Spiel um Angelika“ von Maria von Peteani und Rudolf Köller, „Towarisch“ von Jacques Deval oder „Die Feier“ von Josef von Eichendorff, immerhin aber auch „Rose Bernd“ von Gerhart Hauptmann, „Lady Windermeres Fächer“ von Oskar Wilde, „Das unbekannte Mädchen“ und „Große Liebe“ von Franz Molnár und „Romeo und Julia“ von William Shakespeare, standen häufig gespielte „Regimestücke“, wie „Stefan Fadinger“ von Hermann Heinz Ortner, „Die erste Legion“ von Emmet Lavery, „Das Wächterspiel“ von Rudolf Henz oder „Der Kanzler von Tirol“ von Josef Wenter gegenüber. Das sechzehnmal gegebene Schauspiel des wegen seiner „nationalsozialistischen Einstellung“ für den österreichischen Literatur-Staatspreis 1935 zunächst abgelehnten, 1936 – nach dem Abschluss des Juliabkommens – jedoch dafür als würdig befundenen Autors Josef Wenter war mit seinen 7.552 Besuchern nicht nur ein überwältigender

⁴³⁹ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1937), 41.

⁴⁴⁰ Ebenda, 38.

⁴⁴¹ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1936), 35; Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1937), 40.

⁴⁴² Ebenda, 41.

Publikumserfolg, sondern verschaffte dem Landestheater auch beträchtliche finanzielle Einnahmen: Bei Gesamterträgen in der Sparte Schauspiel von 57.225 Schilling spielte das Stück in der Saison 1935/36 allein 17.286 Schilling ein. Bereits Ende 1934 war Wenter mit seinem „Kanzler von Tirol“ zum Burgtheaterautor avanciert: An Österreichs höchste Bühne wurde das Schauspiel, dessen Aufführungen von Szenenapplaus und „leidenschaftlichen Demonstrationen“ nationalsozialistischer Zuschauer begleitet waren, bis 1938 zum meist gespielten Theaterstück. Die Linzer Hauptdarstellerin Lilly Stepanek („Claudia“) verdankte dem Wenterschen Spiel immerhin die Berufung an das Burgtheater.⁴⁴³

Wie problemlos vom austrofaschistischen Regime geförderte „heimatentreue“ und „politisch einwandfreie“ Stücke auch in einen nationalsozialistischen Spielplan passten, mag das vom illegalen Mitglied der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und Aktivist im Vaterländischen Front-Werk „Neues Leben“, dem christlich-katholischen und deutschen Österreicher Hermann Heinz Ortner verfasste oberösterreichische Bauernkriegsdrama „Stefan Fadinger“ veranschaulichen. Es wurde 1933 uraufgeführt und 1941 vom Autor in das gott- und führergräubige nationalsozialistische Drama „Der Bauernhauptmann“ umgearbeitet.⁴⁴⁴

Die Zahl der Klassikeraufführungen hatte nach 1918 einen generellen Niedergang erlebt und Mitte der 1930er Jahre einen absoluten Tiefstand mit nur zwei „Romeo und Julia“ Aufführungen in der Spielzeit 1935/36 erreicht. Die Spielzeit 1936/37 brachte neben den obligaten Komödien und Lustspielen zumindest wieder einige Klassiker wie „Hamlet“, „Maria Stuart“, „Der Traum ein Leben“ und „Der Biberpelz“, aber auch Austriaca wie den „Alpenkönig und Menschenfeind“ und „Einen Jux will er sich machen“. „Der Kanzler von Tirol“ wurde in der Saison 1936/37 nur noch dreimal gegeben. Dafür erfuhr das von dem Oberösterreicher Johannes Würtz verfasste und am 20. März 1936 uraufgeführte Spiel „Der Meier Helmbrecht und Helmbrecht sein Sohn“ lebhaftere, auch finanzielle Förderung durch die Landeskulturpolitik. Die Neuinterpretation des im bayrisch-oberösterreichischen Grenzgebiet angesiedelten und ebenfalls in eine „Zwischenzeit“ – dem mittelalterlichen Interregnum – zu datierenden Werkes des Dichters Wernher der Gärtner thematisiert mit dem zum Raubritter „aufgestiegenen“ und dafür grausam bestrafte Bauernsohn Helmbrecht eine in Verwirrung gekommene Ständeordnung, die mit der grausamen Bestrafung durch Obrigkeit, Bauernschaft und Familie sowie mit dem väterlichen Ordnungsruf, „dîn ordenunge ist der pfluoc“⁴⁴⁵, wiederhergestellt wird.⁴⁴⁶ Die oberösterreichische Nachwuchshoffnung Würtz,

⁴⁴³ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1936), 33 ff.; Ebner, Das 20. Jahrhundert, 569; Dunzinger, Staatliche Eingriffe in das Theater, 88; Stimmen der Erinnerung, 77 f.; Zu Josef Wenter im Spannungsfeld zwischen austrofaschistischer und nationalsozialistischer Kulturpolitik siehe: Volsansky, Die „Affaire Wenter“, 47–59.

⁴⁴⁴ Danielczyk, Ästhetik und Selbstinszenierung, 79–88; allgemein, und auch zur Kontinuität österreichischer Literatur und österreichischer Literaten des Austrofaschismus während des Nationalsozialismus und nach 1945: Renner, Österreichische Schriftsteller und der Nationalsozialismus; Aspetsberger, Literarisches Leben; Amann, P. E. N. Politik; Amann, Die Dichter und die Politik, 74 ff.; Müller, Die Bannung der Unordnung, 181–215; Zu Hermann Heinz Ortner: Danielczyk, Selbstinszenierung; Danielczyk, Hermann Heinz Ortner, 215 ff.

⁴⁴⁵ „deinem“ – Helmbrechts – „Stand entspricht der Pflug“

⁴⁴⁶ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1937), 38–40.

dessen Schauspiel einer Verderben bringenden mittelalterlichen Ständeunordnung sich gut in ein als „Ständestaat“ imaginierendes austrofaschistisches Klassenregime einpassen konnte, bekannte sich bald nach dem „Anschluss“ in einer NS-Anthologie als „Hüter der Deutschheit“ in „Wort und Tat“ – und dies auch schon während der „Kampfzeit 1933–1938“.⁴⁴⁷

Nicht selten wurde die dürftige Spielsaison am Linzer Landestheater mit Gastspielen auswärtiger Bühnen aufpoliert: So gastierten in der Saison 1936/37 in der Sparte Sprechstücke Hans Moser mit eigener Truppe („Mein Sohn der Minister“, Lustspiel von André Birabeau und „Kleines Bezirksgericht“ von Otto Bielen), Tilla Durieux mit den „Gespenstern“, das Wiener Josefstädter Theater, das Deutsche Volkstheater in Wien, Harry Just mit eigener Truppe, die Exlbühne und das Salzburger Marionettentheater.⁴⁴⁸

Mitte der 1930er Jahre kam es auch zu einem Erstarren der Laienspielbewegung⁴⁴⁹: Die Lackener Jugendspielschar gab im Dezember 1935 im Linzer Redoutensaal ein Mühlviertler Weihnachtsspiel zum Besten, das seit Jahren bewährte Schülertheater des Bundesgymnasiums brachte 1936 Goldonis Lustspiel „Der Lügner“ zur Aufführung,⁴⁵⁰ und in den Pfarren der Stadt pflegte man lebhaft die Spielscharen der katholischen Jugend. Anlässlich der „Linzer Laienspielwochen“ im Juli 1937 vereinigten sich unter der Führung der Katholischen Bildungszentrale die Spielscharen „Don Bosco“, „St. Josef“ und „St. Matthias“ zur Darstellung von insgesamt sechs Spielen an verschiedenen Freilicht-Spielplätzen der Stadt. Sogar das Sprechchorwerk des österreichischen Arbeiterdichters Fritz Bartl, „Sinfonie der Arbeit“, wurde von Schülern und Werkschülern wiederaufgeführt. Die Zöglinge des Freinbergs hielten sich anlässlich der 100-Jahr-Feier des Klosters lieber an das Jesuitendrama „Cosmarchia“ von Jakob Bidermann. 1937 brachte die alljährliche Aufführung des Bundesgymnasiums Ibsens „Bund der Jugend“.⁴⁵¹

Literarische Veranstaltungen waren in der Stadt rar und beschränkten sich auf einen kleinen Kreis. Der Schwerpunkt des Gebotenen lag auf bodenständiger Heimatliteratur, historischen Romanen sowie Bauernromanen und reichte bis zu der auch im Nationalsozialismus gepflegten „Blut- und Boden-Literatur“. Der Eichendorffbund veranstaltete unter der Führung von Obermagistratsrat August Zöhrer regelmäßig kleine literarische Vorträge, aber auch größere Dichterabende. Zu diesen waren unter anderem die Schriftsteller Ernst Egermann, Franz Tumler und Johannes Würtz geladen.⁴⁵² Weitere Autorenabende widmeten sich „völkischen“ und katholischen Schriftstellern wie Mirko Jelusich, Fanny Wibmer-Pedit, Franz X. Weiser und Karl Springenschmid – dem Schöpfer des 1938/39 inszenierten nationalsozia-

⁴⁴⁷ Kampf und Glaube. Zitiert bei: Amann, Jungstar im Dritten Reich, Fußnote 38 auf Seite 290 f.

⁴⁴⁸ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1937), 41.

⁴⁴⁹ Zur Liantanz- und Laienspielbewegung im Rahmen der Volksbildung der 1920er und 1930er Jahre siehe: Dostal, Aspekte einer Entwicklungsgeschichte, 33 f.; Dostal: Volksbildung, 87 f.

⁴⁵⁰ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1936), 37.

⁴⁵¹ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1937), 42.

⁴⁵² Zum „Jungstar im Dritten Reich“, Franz Tumler, siehe etwa: Amann, Jungstar im Dritten Reich, 169–187. Sowie: Müller, Die Bannung der Unordnung, 2004, 196 ff. Dort auch weitere Literatur.

listischen „Lamprechtshausener Weihespiels“.⁴⁵³ Prominente Dichterlesungen, etwa von Josef Weinheber, wurden durch die Präsentation lokaler „völkischer“, „nationaler“ und katholischer Dichter – wie Karl Emmerich Baumgärtel, Ernst Egermann, Egon Hofmann, Ernst Jirgal, Richard Neudorfer, Tina Pfeffer, Siegfried Torggler, Carl Hans Watzinger, Hans Wittmann und Johannes Würtz – in kleinerem Kreis ergänzt.⁴⁵⁴

In der „Autorenstunde“ des Senders Linz wurde bodenständige Literatur junger Autoren der Heimat – wie Ernst Burgstaller, Arthur Fischer-Colbrie, Carl Martin und Mimi Eckmair, Otto Jungmair und Maximilian Narbeshuber – vorgestellt. Auch selbst gelesene Texte von Erwin Hans Aglas, Ernst Egermann, Walter Ferrer, Linus Kefer, Carl Hans Watzinger, Johann Würtz und August Zöhner wurden über den oberösterreichischen Äther verbreitet.⁴⁵⁵ In der „Dichterstunde“ brachte der Sender Linz Vorlesungen aus den Werken des austrofaschistischen Dichterkfunktionärs und oberösterreichischen Sicherheitsdirektors während des von ihm mitprovozierten Februaraufstands, Hans Hammerstein-Equord, aber auch von Adalbert Stifter, Edward Samhaber und Enrica Handel-Mazzetti.⁴⁵⁶

Einer Schriftstellerin huldigte das offizielle Linz in ganz besonderer Weise: Enrica Freiin von Handel-Mazzetti. Ihr wurde in der Gemeindetagssitzung vom 16. Juli 1936 – als zweiter Frau nach Fanny (Fürstin) Starhemberg – das Ehrenbürgerrecht der Stadt Linz feierlich verliehen. Das Schaffen der nach Steyr lange in Linz wohnhaften „großen deutschen“ und „größten katholischen Dichterin unserer Zeit“ (Richard von Kralik) wurde von der Linzer Literaturpolitik als Heimatliteratur im besten Sinne gewürdigt, in der „oberösterreichisches Land, oberösterreichische Kultur, oberösterreichisches Volk [...] wie in einen wundervollen Teppich verwoben“ wären: Ihr Werk zeige „österreichisches Antlitz, österreichischen Charakter. Ihr Schaffen ist Heimatkunst im wahrsten Sinne des Wortes.“⁴⁵⁷

Das Dankeschreiben Handel-Mazzettis wies auf die besonderen zeitlichen Umstände hin, in die die hohe Auszeichnung im Juli des Jahres 1936 fiel: „Nun kommt noch hinzu, daß diese Ehrung eben in den Tagen sich vollzieht, da unser teures Österreich und das große Deutsche Reich sich wieder die Bruderhand reichen.“⁴⁵⁸

Handel-Mazzetti, die den Untergang der Habsburgermonarchie nie zu akzeptieren vermochte und im „katholischen Traum“ des Reichsgedankens mittelalterlich-universalistischer Prägung eine Annäherung an den Nationalsozialismus der 1930er Jahre fand, stand spätestens

⁴⁵³ Springenschmid, Das Lamprechtshausener Weihepiel; Springenschmid, Lamprechtshausen; Müller, Vaterländische und nazistische Fest- und Weihepiele, 160 ff.

⁴⁵⁴ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1937), 42; zu den biografischen Verläufen unter anderem auch von Baumgärtel und Watzinger von den 1930er Jahren über den Nationalsozialismus bis in die Nachkriegszeit siehe: Ebner, Das 20. Jahrhundert, 363, 433 ff., 445 ff. und 503 ff. sowie allgemein: Klaffenböck, Literatur im Reichsgau Oberdonau, 161 ff.

⁴⁵⁵ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1937), 55.

⁴⁵⁶ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1936), 47.

⁴⁵⁷ Berger, Enrica von Handel-Mazzetti und Linz, 128. Anlässlich ihres 60. Geburtstags im Jahre 1931 war Enrica Handel-Mazzetti vom damals sozialdemokratisch dominierten Linzer Gemeinderat bereits mit einer Straßenbenennung geehrt worden.

⁴⁵⁸ 20. öffentliche Sitzung des Gemeindetages am 16. Juli 1936: Enrica Freiin von Handel-Mazzetti Ehrenbürgerin der Landeshauptstadt Linz. Dankeschreiben der Dichterin. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. August 1936, 161.

seit der berühmt-berüchtigten Tagung des PEN-Klubs in Ragusa 1933 in eben jenem „nationalen Lager“. Als es um die quälend mühsame und erschreckende Positionsbestimmung österreichischer Hommes des Lettres zum herrschenden – und zu dieser Zeit bereits Bücher verbrennenden – Nationalsozialismus im Deutschen Reich ging, trat Handel-Mazzetti auf die Seite der deutschnationalen Autoren und als eine der ersten aus dem österreichischen PEN-Klub aus.⁴⁵⁹

Sie beteiligte sich an verschiedenen Aktivitäten des „Bundes deutscher Schriftsteller in Österreich“, konnte aber auch in hervorragender Weise für die „Österreich-Ideologie“⁴⁶⁰ des Austrofaschismus herangezogen werden. So wie das „Neue Österreich“ seinen Staatsgedanken und seine staatsrechtliche Identität und Legitimität im gegenreformatorischen österreichischen Barockkatholizismus, in der „Ostmarkmission“ des Kampfes gegen die Feinde des Deutschtums sowie in der Verbreitung „deutscher Kultur“ im Osten und in der besonderen Betonung des „völkisch“-volkstümlich Provinziellen suchte, fand Handel-Mazzetti ihre literarischen Themen und Orte im Spätmittelalter und in der Gegenreformation – wie bei „Meinrad Helmpergers denkwürdiges Jahr“ (1900) und bei „Stephana Schwertner“ (1912–1914) –, in der Zeit der zweiten Türkenbelagerung Wiens – wie bei „Marco d’Aviano in Linz“ (1933) und „Die Waxenbergerin. Ein Roman aus dem Kampffjahr 1683“ (1934) –, oder während der Napoleonischen Kriege – wie bei „Der deutsche Held“ (1920) –, also in Zeiten der Bedrohung des wahren (katholischen) Glaubens sowie des Deutschtums, aber auch in Zeiten glaubensstarker und treudeutscher heldischer Bewährung.

Stets lieferte ihr die Geschichte, die sie eifrig studierte, das Milieu, in der ihre menschlich überhöhten Helden – am Kitsch schrammend – zu Märtyrern ihrer Ideale wurden. Die Themen ihrer auswuchernden historischen Romane umkreisen wenige, immer wiederkehrende Motive: Glaube und Gehorsam, Schuld und Bekehrung, Gottesliebe und Jungfräulichkeit, Heldentum und Opfermut. Stereotyp enden ihre Romane oft im „Happy End“ eines Sieges der katholischen Kirche und des „wahren“ Glaubens.

Nicht zufällig betrachtete Handel-Mazzetti ihre Schreibkunst als Gottesgabe und Gottesgnade, ihre Dichtung als Apostolat im Dienste höchster Ideale. Die „Dichterin des Glaubens“, der Gottes- und der Menschenliebe vermittelte mit ihren historischen „Heimatromanen“ aber zugleich auch die hohen Werte einer „Verwurzelung mit dem Heimatboden und mit der Seele des Volkes“: Kaum etwas vermochte deutsch-katholische und heimatreu-neuösterreichische Kunst- und Literaturfunktionäre mehr zu verzücken, als dieses, wie die enthusiastisch-devoten Huldigungsadressen des Linzer Gemeindetags beredt zeugen, die freilich nicht realisierten, dass der Heimatbegriff Handel-Mazzettis ein aufgeschlossener und weniger exklusiver als der des Austrofaschismus war:

„Aber Gott gab mir den Auftrag und die Gnade, auch in meiner Kunst dem Volke zu dienen, an der Aufwärtsentwicklung der Volksseele zu arbeiten, mit Mitteln die dem Blut und dem Herzen des Volkes selbst entstammen. [...] Aus der Heimat, für die Heimat und darüber

⁴⁵⁹ Ebner, Das 20. Jahrhundert, 358, 362 f., 422 f.

⁴⁶⁰ Staudinger, Austrofaschistische „Österreich“-Ideologie, 28–52.

hinaus für jedes, die eigene Heimat liebende und eben darum auch meiner Heimat aufgeschlossene Gemüt.“⁴⁶¹

Zwar erschienen ihre in großer Auflage gedruckten Werke auch in französischer, italienischer, schwedischer, holländischer, spanischer, ungarischer und kroatischer Übersetzung, doch galt der sich in viele andere Nationen einfühlenden Dichterin „das deutsche Wesen“ doch als das Höchste: Ihr Denken und Sinnen, Wort und Dichten war deutsch, deutsch in österreichischer Prägung und landespatriotisch oberösterreichisch lesbar.

Dass Handel-Mazzetti als Heimatdichterin rezipiert werden konnte, lag einerseits an den Orten und Quellen ihrer Romane, die sich aus der oberösterreichischen und österreichischen Geschichte und Landschaft speisten. Ihre historischen Romane waren unter anderem in Wien, St. Pölten, Maria Taferl, Pöchlarn, Steyr, Kremsmünster und Linz angesiedelt. Andererseits führte sie besonders in den frühen, in Deutschland spielenden Romanen mit Vorliebe dialektal gekennzeichnete österreichische Figuren mit ihren typischen Austriazismen ein.⁴⁶² Darüber hinaus darf vermutet werden, dass auch der „Genderspekt“ in Handel-Mazzettis Werken einer austrofaschistischen Gesellschafts- und Geschlechterpolitik sowie einem austrofaschistischen Frauen(ideal)bild entgegen kam. War Handel-Mazzettis „idealer Mann“, wie er etwa in ihrer Karl Ludwig Sand-Triologie (1925–1927) ein dauerhaftes Denkmal erhielt, stark, heldisch und treu, so war ihr Frauenbild von physischer Schwäche, doch von tapferer unbeirrbarer Glaubensstärke, kindlich-naiver Reinheit und asexueller Mütterlichkeit gekennzeichnet.⁴⁶³ Handel-Mazzettis Frauen – vorzüglich Jungfrauen – dienten einer transzendenten Idee, waren erfüllt vor Angst um ihr Seelenheil und errangen den Glaubenssieg durch ihr Leiden und ihren Tod. Weltabgewandt, fromm und bigott, wie die Autorin selbst, erschienen den Zeitgenossen auch ihre literarischen Heldinnen, die – wie etwa die „Waxenbergerin“ – zugleich auch als „Vollblut-Oberösterreicherinnen“ apostrophiert wurden: „(E)twas unendlich Zartes liegt in allen Gebärden, schwebt über dem Wesen dieser Frau, in deren Werken doch stärkste, fast männliche Kraft leuchtet“, tönte es beeindruckt im fast ausschließlich von Männern dominierten Linzer Gemeindetag anlässlich Handel-Mazzettis Nobilitierung zur oberösterreichischen und Linzer „Vorbildfrau“.⁴⁶⁴

Am 12. Juni 1937 wurde am Wohn- und Sterbehause von Edward Samhaber an der Ecke Dollfußstraße (heute Dametzstraße)/Hessenplatz unter Anteilnahme des Sängerbundes „Frohsinn“ sowie der Lehrerschaft und der Zöglinge der Bundeslehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalt eine Gedenktafel aus Anlass des zehnten Todestages des Dichters enthüllt. In der Nachkriegszeit „mit ihrem Materialismus“ war der Kreis um Samhaber auf seine engsten

⁴⁶¹ 20. öffentliche Sitzung des Gemeindetages am 16. Juli 1936: Enrica Freiin von Handel-Mazzetti Ehrenbürgerin der Landeshauptstadt Linz. Dankeschreiben der Dichterin. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. August 1936, 162; allgemein: Doppler, Am Beispiel Handel-Mazzetti. Beobachtungen.

⁴⁶² Ebner, Das 20. Jahrhundert, 409.

⁴⁶³ Ebner, Das 20. Jahrhundert, 417 ff.; allgemein zur austrofaschistischen Frauenpolitik: Ennsmann, Frauenpolitik und Frauenarbeit; Juffinger, Zwischen Ausgrenzung und Einmischung; Kirchmayr, „... und das Ideale ist die Frau und Mutter“ sowie zuletzt die Beiträge in: Dass die Frau zur Frau erzogen wird.

⁴⁶⁴ 20. öffentliche Sitzung des Gemeindetages am 16. Juli 1936: Enrica Freiin von Handel-Mazzetti Ehrenbürgerin der Landeshauptstadt Linz. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. August 1936, 158 ff.

Freunde beschränkt gewesen: „Aber wie wir nun zu uns selbst zurückgefunden haben, haben wir auch wieder zu Samhaber gefunden, dessen Lebensideale, Deutschtum, Heimatliebe und Innerlichkeit, auch unserer Zeit ihren Stempel aufprägen.“⁴⁶⁵

Edward Samhaber wurde von der Stadtgemeinde Linz auch schon früher geehrt: 1906 gratulierte man offiziell zu seinem 60. Geburtstag. 1926 kam es zur Benennung einer „Samhaberstraße“ und 1927 beantragte der sozialdemokratische Bürgermeister Josef Dametz ein Ehrengrab auf Kosten der Stadt. Der austrofaschistische Instrumentalisierungsversuch setzte bei Samhabers Glauben, aus dem man Mut schöpfen könne, und seinem Gottvertrauen – auch in schwierigen Zeiten – an. Die Linzer Kulturpolitik schätzte seine Heimatliebe und Heimatverbundenheit, wie sie in der Darstellung der Landschaft um Linz zum Ausdruck käme. Sie lobte Samhabers Treue zu sich selbst, zu seiner Heimat und zu seinem Gott, seine diesbezügliche pädagogische und volksbildnerische Vermittlungstätigkeit und seine Rolle als Vorbild für die Linzer Jugend. Man zeigte sich von seiner „Einfachheit und Schlichtheit“ beeindruckt – aber vielleicht verwechselte man diese auch nur mit der eigenen selbstgenügsamen Einfältigkeit. Nicht zuletzt wurde Samhabers Deutschbewusstsein gepriesen: Denn „er sang auch manches Lied für ein deutsches Österreich.“⁴⁶⁶

Die Samhabersche Sehnsucht nach einem idyllisierten Mittelalter, in dem die „Ständeordnung“ noch scheinbar komplett und intakt war, konnte eine austrofaschistische Kulturpolitik nur zu gut nachfühlen: „Ich weiß nichts Schön’res, als in des Waldes heiliger Dämmerung zu wandeln und jene Zeiten wieder aufzubauen, da alte deutsche Herrlichkeit geblüht.“⁴⁶⁷ Eine der Moderne skeptisch bzw. ablehnend gegenüberstehende austrofaschistische Kulturpolitik begrüßte auch die Distanz des „Klassizisten“ Samhaber gegenüber allen literarischen Modeströmungen. Andächtig ging dieser den Spuren Goethes und Schillers nach und verherrlichte in „Der Genius“ unter anderem die Jugendzeit eines weiteren großen Sohnes der oberösterreichischen Heimat: Anton Bruckner.⁴⁶⁸

Musikpolitik

Anton Bruckners Werk bildete auch den unverzichtbaren Kern der Linzer Musik- und Festivaltourismuspolitik während des Austrofaschismus:

„Im rohen Überblick kommen auf das Jahr – selbst solche Veranstaltungen, wie die Sere-nade im Landhaushof am 1. Juli oder das Konzert der „alten Deutschmeisterkapelle“ zu Weihnachten 1935 mitgerechnet – rund 40 bis 50 musikalische Veranstaltungen, also etwa vier im Monat, pro Woche etwa eine. Bedenkt man, daß in den Wintermonaten eine Häufung eintritt, so darf mit Fug und Recht die Landeshauptstadt als recht musikfreudig bezeichnet werden. Ungünstiger wird das Bild, wenn man die hochwertigen Leistungen allein zählt und

⁴⁶⁵ Berger: Dr. h.c. Edward Samhaber, 115.

⁴⁶⁶ Ebenda, 119 ff.

⁴⁶⁷ So Samhaber in „Walfrida“, einem Erneuerungsversuch des Hildebrandliedes, zitiert ebenda, 118.

⁴⁶⁸ Ebenda, 120.

die aus besonderen Anlässen zustande gekommenen Leistungen, wie die Aufführungen zur Sendereröffnung, ausschaltet. Da sieht man, daß das Bruckner-Fest im Sommer eine in jeder Hinsicht überragende Bedeutung im Linzer Musikleben hat.“⁴⁶⁹

Die Sangesfreude der Linzer konnte in verschiedenen Gesangsvereinen ihren Resonanzboden finden: Der „Christlich-deutsche Gesangsverein – Brucknerchor Linz“ veranstaltete vorwiegend kirchliche Abende mit Werken des Meisters. Der „Sängerbund Frohsinn“ profilierte sich mit Chorwerken von Franz Schubert, Ernst Sompek, Richard Wickenhauser, Josef Reiter, Franz Gruber, Wilhelm Kienzl, Ferdinand Rebay, Eduard Kremser, Adolf Kirchl sowie mit der Uraufführung einer Vertonung des Billinger-Gedichtes „Wir Bauern“ durch ihren Vereinschormeister Robert Keldorfer.⁴⁷⁰ Weitere Chorveranstaltungen wurden unter anderem vom Gesangsverein „Einklang“, dem Sängerbund „Harmonie“, dem „Deutschen Volksgesangsverein“, dem Männergesangsverein „Wiederhall“, dem Gesangsverein der Bundes-Sicherheitswache- und Kriminalbeamten, dem Arbeiter-Sängerbund und dem Eisenbahnergesangsverein „Flugrad“ bestritten.⁴⁷¹

Darüber hinaus bestanden in Linz zwei Kammermusikvereinigungen, die nach dem Abgang des Konzertmeisters Nahliczek beide vom Konzertmeister Walter Weller geleitet wurden, wodurch es zu einer gewissen Verwischung der Klangindividualität beider Quartette kam.⁴⁷² Primär wurden Streich- und Klarinettenwerke (Quartette und Quintette) von Max Reger, Ludwig van Beethoven, Johannes Brahms, Franz Schubert, Karl Rausch, Franz Xaver Müller, Johann Nepomuk David und Frida Kern gegeben. Daneben bestand noch die „Linzer Bläservereinigung“, die vor allem bei Veranstaltungen des Gesangsvereins „Einklang“ mitwirkte, aber auch eigene Solistenkonzerte veranstaltete.⁴⁷³

Der Pflege symphonischer Musik widmete sich sowohl das aus vorwiegend Berufsmusikern bestehende Linzer Musikvereinsorchester („Linzer Symphonieorchester“) unter der Leitung von Robert Keldorfer als auch das als Liebhabervereinigung geführte Linzer Konzertvereinsorchester unter der Leitung von Kapellmeister Max Damberger. Beide Orchester veranstalteten statutengemäß Herbst- und Frühjahrskonzerte, wobei der Musikverein seinen Schwerpunkt auf Joseph Haydn, Johann Nepomuk David, Ludwig van Beethoven, Anton Bruckner und Peter Tschaikowsky, aber etwa auch auf die jazzinspirierte symphonische Dichtung „1935“ von Anton Dewanger legte. Der Musikverein ehrte Friedrich Liszts musikalisches Werk mit einer Feier im März 1936, deren Höhepunkt das von Gisela Göllicherich gespielte Klavierkonzert in A-Dur bildete.⁴⁷⁴

Die Schwerpunkte des Konzertvereins lagen auf Johannes Brahms und Anton Dvorak, aber auch auf Felix Mendelssohn, Ludwig van Beethoven, Franz Schubert und Peter Tschaikowsky. Intervallstudien von Frida Kern sowie zwei Uraufführungen von Franz Xaver Müller

⁴⁶⁹ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1936), 40.

⁴⁷⁰ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1937), 45.

⁴⁷¹ Ebenda.

⁴⁷² Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1936), 38.

⁴⁷³ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1937), 44 f.

⁴⁷⁴ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1936), 38.

(Symphonische Dichtung „Heimat“) und Franz Kinzl (Bläseserenade) rundeten seinen musikalischen Klangbogen ab.⁴⁷⁵

Die Linzer Stadtverwaltung bezog sich bereits lange vor dem Austrofaschismus auf Anton Bruckner, wobei sie trachtete, die internationale Bekanntheit seiner musikalischen Größe zu nutzen. Schon anlässlich seines 70. Geburtstages 1894 ernannte die Stadt Linz Anton Bruckner zum Ehrenbürger. Dabei beschloss der Gemeinderat, dass „die Stadtgemeinde [...] zur Abhaltung von 13 großen, vom Frühjahr 1898 angefangen, in einem Zeitraume von 25 Jahren, also durchschnittlich jedes zweite Jahr, zu veranstaltenden Brucknerkonzerten“ eine finanzielle Unterstützung bereit stelle. Der damals deutschnational dominierte Gemeinderat war überzeugt, dass die Pflege von Bruckners „deutscher Kunst“ den Ruf von Linz als Musikstadt wesentlich erhöhen werde.⁴⁷⁶

„Linz ist die Brucknerstadt. Sie ist die Stadt seiner Heimat, in der wie sonst kein großer Meister gerade Bruckner die tiefsten Wurzeln seines Menschentumes und damit seiner Kunst verwoben hatte.“⁴⁷⁷

Zwischen dem 24. und 28. Juli 1935 wurde erstmals als Präludium zu den Salzburger Festspielen und im Einvernehmen mit diesen ein internationales Brucknerfest unter dem Titel „Kunst und Kultur im Bruckner-Land“ in Linz und St. Florian abgehalten. Als Veranstalter zeichneten das Oberösterreichische Landesverkehrsamt in Zusammenarbeit mit der Stadtgemeinde Linz und dem Internationalen Bruckner-Bund verantwortlich. Bruckners „innere Kraft und Gesundheit seiner Werke“ – so der Präsident der Internationalen Bruckner-Gesellschaft Max Auer – sollten in seiner Heimat einem kunstbegeisterten Hörerkreis aus aller Welt vorgeführt werden. Zugleich konnte für das „Bruckner-Land“ – in dem sich in der Fremdenverkehrswerbung sowohl Linz als auch Steyr stolz als „Bruckner-Stadt“ titulierte – geworben werden.⁴⁷⁸

Denn „nur der, der das Land, seine Naturwunder, die freundliche Eigenart seiner Bewohner, aber auch die Eigenart seiner Kunst erfaßt hat, kann die Werke des großen Meisters richtig verstehen“, zeigte sich der Leiter des oberösterreichischen Landesverkehrsamtes, Oberregierungsrat Dr. Oscar Scheuba, überzeugt.⁴⁷⁹

Durch die Neuausgestaltung der Halle am Südbahnhof schuf die Linzer Stadtverwaltung die räumlichen Voraussetzungen für das Musikfestival von internationaler Größe. In der Südbahnhofhalle, die über 3.000 Sitzplätze und ebenso viele Stehplätze verfügte, fand in Anwesenheit von Bundespräsident Wilhelm Miklas und Kardinal-Erzbischof Theodor Innitzer mit einem Konzert der Wiener Philharmoniker die feierliche Eröffnung des Brucknerfestes

⁴⁷⁵ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1937), 43 f.

⁴⁷⁶ Gräßlinger, Anton Bruckner in Linz, 144; Gerbel, Vom Imaginären der Nation, 308; zur sozial- und geistesgeschichtlichen Kontextualisierung Bruckners siehe: Kannonier, Zeitwenden und Stilwenden, 218–241; Wagner, Bruckner; zur Bruckner-Ikonografie: Harten, „Bruckner-Bilder.“, 284–310.

⁴⁷⁷ Gräßlinger, Anton Bruckner in Linz, 144. Hervorhebung im Original.

⁴⁷⁸ Internationales Brucknerfest Linz – St. Florian, 24.–28. Juli 1935. Festprogramm. Hrsg. vom Ob.-ö. Landesverkehrsamt. o. O. (Linz) o. J. (1935).

⁴⁷⁹ Ebenda, 7.

1935 statt.⁴⁸⁰ Nach einem Einführungsvortrag kam es zur Aufführung der IX. Symphonie in der Urfassung auf zwei Klavieren. Im Anschluss daran wurde Bruckners D-Moll-Messe im Alten Dom – der Stätte ihrer Uraufführung vor 70 Jahren – gespielt. Bruckners IV. und IX. Symphonie brachte General-Musikdirektor Bruno Walter mit den Wiener Philharmonikern zur Aufführung.

Auch die Wirkungsstätte Bruckners in St. Florian erfuhr gebührende Aufmerksamkeit: Am 27. Juli fand im Marmorsaal des Stiftes ein großer Festakt statt. Im Anschluss daran wurde das Streichquartett in F-Dur gegeben. Zurück in Linz fand eine Führung durch die Stadt mit Besuch der „Anton Bruckner Gedächtnisausstellung“ statt.⁴⁸¹ Ab 19.00 Uhr wurde für die breite Bevölkerung am Franz-Joseph-Platz (heute Hauptplatz) ein „Monster-Konzert“ mit den Regimentskapellen von Linz und Wels veranstaltet, die mit viel Blech Bruckners zweiten Satz der VII. Symphonie, seinen „Germanenzug“ und anschließend gefällige Militärmärsche spielten. Das Festprogramm klang mit einem „Heimatkundlichen Abend“ unter der Gesamtspielleitung von Hans Commenda, dem Leiter des Oberösterreichischen Heimatvereins, aus: (Volks-)musikalisch umrahmte Spielbilder aus dem vormärzlichen bürgerlichen Linz, Spiel-szenen von einer Bauernhochzeit aus dem Innviertel, aus einer „Holzknechthütt'n“ aus dem Salzkammergut und das Spielbild „Aus da Hoamat“ entwarfen ein „ständisch gegliedertes“ Potpourie aus dem „Volksleben Oberösterreichs“, dass sich durch Wort und Spiel, Lied und Tanz, Tracht und Volkstümlichkeit zu einem „Gesamtbild der oberösterreichischen Eigenart“ formen sollte.⁴⁸²

Als touristisches Rahmenprogramm für die Oberschicht fand eine Zielfahrt des Oberösterreichischen Automobilklubs, des Österreichischen Touringklubs und des Oberösterreichischen Motorfahrerverbands nach Linz mit anschließender Siegerehrung statt. Den ausländischen Festspieltouristen wurden Tages- und Zweitagesausflüge in das Mühlviertel und in das Tote Gebirge inklusive hochalpiner Bergwelt des Dachsteins offeriert.⁴⁸³

Im darauf folgenden Jahr fand zwischen 18. und 22. Juli das zweite Bruckner-Fest unter dem Titel „Kunst und Kultur im Brucknerland. Österreichisches Bruckner-Fest. Linz a.d. Donau – St. Florian – Steyr“ statt, das ebenfalls von Bundespräsident Wilhelm Miklas eröffnet wurde. Angesichts des wachsenden, auch internationalen Zuspruchs zeigten sich die Linzer Stadtväter über die Zukunft des Bruckner-Festes zuversichtlich, noch dazu wo „insbesondere Bruckner in seiner erd- und gottverbundenen Musik, die schon im gewaltigen Ringen den Sieg durchblicken läßt, wie kein anderer Mut und Vertrauen (zu) geben“ imstande wäre.⁴⁸⁴

Für das Bruckner-Fest 1936 konnten die Wiener Symphoniker gewonnen werden, die am 18. Juli das Festival mit dem Marsch in D-Dur von Wolfgang Amadeus Mozart eröffneten und am 19. Juli in der Stiftskirche von St. Florian Bruckners E-Moll-Messe aufführten. Nach

⁴⁸⁰ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1935), 17 f.

⁴⁸¹ Anton Bruckner Gedächtnisausstellung.

⁴⁸² Internationales Brucknerfest Linz-St. Florian, 24.-28. Juli 1935. Festprogramm. Hrsg. vom Ob.-ö. Landesverkehrsamt. o. O. (Linz) o. J. (1935), 14 f.

⁴⁸³ Ebenda.

⁴⁸⁴ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1936), 22.

dem bereits obligatorischen Festakt im Marmorsaal des Stiftes wurden Franz Schuberts Kleine Symphonie in B-Dur, Motetten und der 112. Psalm von Bruckner gegeben. Am 20. Juli folgte in der Linzer Festhalle Bruckners VII. Symphonie mit den Wiener Symphonikern unter Bruno Walter. Am darauf folgenden Tag wurde seine VIII. Symphonie aufgeführt und am 22. Juli gab man in der Festhalle in Steyr Franz Schuberts Ouvertüre zu „Rosamunde“ und anschließend Bruckners IV. Symphonie – ebenfalls gespielt von den Wiener Symphonikern, diesmal unter Oswald Kabasta.

Dass sich das Bruckner-Fest 1936 explizit an Gäste aus dem deutschsprachigen, aber auch aus dem englisch- und französischsprachigen Ausland wandte, illustriert der aufwändig gestaltete, dreisprachige Fremdenverkehrsprospekt mit inkludiertem Festival-Programm. Mit reichhaltiger Bebilderung bewirbt er die landschaftliche Schönheit und kulturelle Attraktivität des Landes ob der Enns. Die in Szene gesetzte Agraridylle der Bauern und Holzknechte und das religiöse Volksbrauchtum des „Brucknerlandes“ inklusive junger Linzer Goldhaubenmädchen und junger Bauernmädchen wird von der Werbung für die betuchte Freizeitgestaltung mit Golf, Segeln, Tennis, Fechten, Sportfischen, Reiten und Jagen kontrastiert.⁴⁸⁵

Die verstärkten Werbebemühungen machten sich auch bezahlt: Während der Festspielzeit 1936 konnten in Linz etwa 2.500 Nächtigungen gezählt werden, von denen zirka 1.000 auf Ausländer entfielen.⁴⁸⁶ Die Stadtgemeinde Linz unterstützte das Festival mit insgesamt 10.000 Schilling.⁴⁸⁷

Das dritte Bruckner-Fest wurde zwischen dem 16. und 21. Juli 1937 unter der neuen Bezeichnung „Donaufestwoche“ begangen. Wie in den beiden Jahren zuvor kam es zu Gastspielen der Wiener Philharmoniker und der Wiener Symphoniker mit Werken von Anton Bruckner, Wolfgang Amadeus Mozart und Franz Schubert in Linz, St. Florian und Steyr. Wie in den Jahren zuvor nutzte man die Anwesenheit ausländischer, kunstinteressierter Gäste, um ihnen die oberösterreichische Volkskultur und das oberösterreichische Volksbrauchtum näher zu bringen.⁴⁸⁸

Während der „Donaufestwoche“ gaben die Wiener Symphoniker einen Serenadenabend im Redoutensaal sowie Beethovens VIII. und Bruckners V. Symphonie in der Festhalle am Südbahnhof. Es folgten die Wiener Philharmoniker mit Franz Schmidts II. und Anton Bruckners III. Symphonie. Darüber hinaus wurden Werke zeitgenössischer Komponisten, wie Joseph Marx (Castellis Romani), Franz Schmidt (Notre Dame), Wilhelm Jerger (Symphonische Variationen) und Franz Kinzls Bläsersextett, aufgeführt.⁴⁸⁹

⁴⁸⁵ Austria Oberösterreich: Brucknerfest 1936, Werbebroschüre zu „Kunst und Kultur im Brucknerland“ Oberösterreich. Österreichisches Bruckner-Fest, 18. bis 22. Juli 1936, Linz o. J. (1936).

⁴⁸⁶ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1936), 22.

⁴⁸⁷ 12. ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeindetages am 30. Dezember 1935: Haushaltsplan 1936 der Landeshauptstadt Linz. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. Februar 1936, 29.

⁴⁸⁸ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1937), 24.

⁴⁸⁹ Ebenda, 44.

Im Rahmen der „Donaufestwoche 1937“ erfolgte auch die Aufführung des Bruckner-Films der „Spielmann Gottes“.⁴⁹⁰

Bereits Anfang Oktober 1936 wurde anlässlich der 40. Wiederkehr von Bruckners Todestag eine von Adolf Wagner von der Mühl gestaltete Bruckner-Gedenktafel an der Außenwand der Linzer Stadtpfarrkirche enthüllt. In seiner Festansprache apostrophierte sich der Bürgermeister der Brucknerstadt Linz, Wilhelm Bock, zum Treuhänder dessen „heiligen Vermächtnisses“ und rief zur Bereitschaft auf, auch innerlich Bruckner zu folgen, um zu den ewigen Quellen, aus denen der Meister geschöpft habe, – „seine gottverbundene Frömmigkeit und seine urwüchsige, echte Verbundenheit mit dem Heimatlande“ – zu gelangen.⁴⁹¹

Ein nicht unwichtiges Medium in der Verbreitung von Musik und Volkskultur stellte der am 26. Jänner 1936 nach einjähriger Bauzeit eröffnete neue Linzer Groß-Sender dar. Mit seiner Leistung von 15 KW war er der zweitgrößte Sender in Österreich. Die Eröffnungsfeier wurde mit einer Aufführung der D-Moll-Messe von Anton Bruckner festlich begangen.⁴⁹²

Als Landessender wurde „Radio Linz“ in den Dienst der Vermittlung oberösterreichischer Kunst und Kultur sowie heimischen Brauch- und Volkstums gestellt. Viele der großen Konzerte des Bruckner-Festes sowie Konzerte des Linzer Konzertvereins und des Linzer Musikvereins wurden auch über den Äther verbreitet. Hinzu kamen die von „Radio Linz“ gestalteten, Österreich weit ausgestrahlten „Ländersendungen“, bei denen unter anderem Musik und Gesang um Franz Stelzhamer, ein Porträt des oberösterreichischen Tondichters Franz Kinzl sowie volksmusikalische und heimatkulturelle Schwerpunkte („Vier Viertel hat 's Landl“, „Aus'n Hoamatl – ein Tongemälde oberösterreichischer Heimat“) zu hören waren.⁴⁹³ An den Erholung spendenden Sonntagnachmittagen konnte man mit „Radio Linz“ „alle Gaue des Landes“ besuchen, um Bauernkapellen, Sänger- und Jodlergruppen, Zither-, Harmonika- und Gitarrespieler aus Aspach, Bad Ischl, Ebensee, Grein, Lambach, Steyr und Windischgarsten bei der Darbietung volksmusikalischer Weisen zu hören. Militärkonzerte des Infanterieregiments Nr. 14 aus Linz und des Alpenjägerregiments Nr. 8 aus Wels rundeten das musikalische Programm aus der Heimat ab.⁴⁹⁴

Rekatholisierungspolitik

Nach der Volkszählung von 1923 waren von den 87.288 erfassten Linzerinnen und Linzer 92 Prozent römisch-katholisch, vier Prozent waren protestantisch A.B. und je ein Prozent altkatholischer und mosaischer Konfession.⁴⁹⁵ Man befand sich also auch während der Zeit des „Roten Linz“ in einer „schwarzen“, römisch-katholisch dominierten Stadt.

⁴⁹⁰ Ebenda, 46.

⁴⁹¹ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1936), 30; Linzer Volksblatt vom 5. Oktober 1936.

⁴⁹² Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1936), 39.

⁴⁹³ Ebenda, 44 ff.; Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1937), 54.

⁴⁹⁴ Ebenda, 54 f.

⁴⁹⁵ John, Bevölkerung in der Stadt, 165.

Doch viele hohe katholische Kirchenfunktionäre waren durch das Ende der Monarchie und dem damit verbundenen Wegfall des vogteilichen Schutzes durch den apostolischen Kaiser, durch die kurzzeitige linksrevolutionäre Umsturzstimmung 1918/19 und die Etablierung einer als zu libertär empfundenen Republik – insbesondere in seiner sozialdemokratischen Ausprägung im „Roten Wien“, aber auch im sozialdemokratisch regierten Linz –, in höchstem Maße irritiert und standen den demokratisch und gesellschaftspolitisch liberalen Entwicklungen oft nur mit innerer Opposition gegenüber. In Oberösterreich war es – allen voran – der Linzer Bischof Johannes Maria Gföllner, der die Demokratie öffentlich brandmarkte, durch die Unterstellung des Katholischen Volksvereins unter kirchliche Führung aktiv an der Zerstörung der Demokratie mitwirkte, „Schmutz und Schund“ aus den Theatern und Kinos entfernt sehen wollte und die „grobe(n) Verstöße des Anstandes in Nacktkultur und Körperpflege“ vehement verurteilte. Dem hingegen lobte Gföllner den neuen politischen Kurs des „christlich-ständischen“ Österreichs in zahlreichen Hirtenbriefen. Er war federführend an der Wiedereinführung des obligatorischen Kirchenbesuchs für Schüler beteiligt, ebenso wie an der Säuberung des Lehrplans von „schädlichen Büchern“ und der Entlassung von „subversiven“ Lehrern.⁴⁹⁶

Die Gefahren, denen der moderne Mensch im Zeitalter der Demokratie und Massengesellschaft ausgesetzt war, schienen für viele Kleriker durch den Austrofaschismus überwunden zu sein, bzw. hatte dieser Rahmenbedingungen geschaffen, innerhalb der die katholische Kirche wieder offensiv ihren „gottgegebenen Auftrag“ an den Menschen vollziehen konnte: nämlich diese im Stand der „heilig machenden Gnade“ zu erhalten, ihre „Seelen zu retten“, die Keuschheit der Jugend zu bewahren und den „Mißbrauch der Ehe“ in Form der Kinderlosigkeit hintan zu halten.⁴⁹⁷

Wie groß die Freude und der Triumph über die überwundene (sozial-)demokratische Ordnung war, lassen die Referate auf der Kleruskonferenz anlässlich des 150-jährigen Linzer Diözesan Jubiläums im Oktober 1935 ermessen:

„Hat nicht der liebe Gott Wunder gewirkt, um unserem Österreich den katholischen Glauben und damit das Glück zu retten? Wunder, wie sie in der Geschichte der Kirche fast einzig dastehen? ‚Ich sah einen Gottlosen‘, mußten wir Katholiken Österreichs seinerzeit klagen, ‚hochragend wie die Zedern des Libanon.‘ Und heute? ‚Ich ging später wieder vorbei. Wo ist er? Er ist nicht mehr da‘ (PS 36). Ja, sie standen da, die sozialistischen Führer, groß, stolz und erhaben wie die Zedern des Libanon. Wo sind sie? Sie sind nicht mehr da. Rote Organisationen wie von Eisen, sie gaben und nahmen fast allein dem Arbeiter das Brot. Wo sind sie? Sie sind nicht mehr da.

Vereine gab's, die fast eine Million österreichischer Kinder und Jugendlicher gottlos erziehen sollten. Wo sind sie? Sie sind nicht mehr da.

⁴⁹⁶ Bukey, Patenstadt des Führers, 208; Kutschera, Johannes Maria Gföllner, 79 ff.; allgemein: Hanisch, Die Ideologie des Politischen Katholizismus, 14 ff.; Hanisch, Der Politische Katholizismus, 68–86; Liebmann, Von der Dominanz der katholischen Kirche, 397 ff.

⁴⁹⁷ Bogsrucker, Referat.

Zeitung, die in Hunderttausenden von Exemplaren das Gift des Unglaubens und der Unsittlichkeit unserem Volk einzuträufeln bemüht waren. Wo sind sie? Sie sind nicht mehr da, oder es sind ihnen die Giftzähne ausgebrochen.

Reichste Geldquellen, die kirchenfeindliche Unternehmen finanzierten, flossen für sie. Wo sind sie? Nicht mehr da, sind versiegt.

Wahrhaft, Gottes allmächtiger Arm hat unsere Feinde zu Boden geschmettert! Sind das nicht Wunder göttlicher Hilfe? Sind sie nicht zugleich mächtige Fingerzeige! Die Feinde des katholischen Glaubens liegen am Boden. Wohlan, es ist Zeit, ein echt katholisches Land aufzubauen.⁴⁹⁸

Das Land, das aus katholischer Sicht bereits unter Joseph II. religiös herabgekommen war und in der Ersten Republik endgültig einem „verwarloste(n) Libanon“ glich, sollte nun wieder in ein fruchtbares, „echt katholisches Land“ verwandelt werden.⁴⁹⁹

Gemeindegammitglied Monsinore Anton Plening, der stets das katholizismusfreundliche Klima in der neuen Linzer Stadtverwaltung lobte, charakterisierte das Hauptbestreben der großen katholischen Aufbauarbeit, die in der Linzer Großmission des Jahres 1935 ihren Höhepunkt fand, wie folgt: „Wir müssen immer wieder feststellen, daß in erster Linie Seelensanation unser Bestreben sein muß und wir dann erst an das materielle Wohl denken können.“⁵⁰⁰

Die vom vierten Fastensonntag bis zum Palmsonntag des Jahres 1935 in allen sieben Pfarren des Linzer Stadtgebietes abgehaltene vierzehntägige „heilige Mission“ gestaltete sich als „eine Art geistiger Kampf um die Menschenseelen. Der Seele den Weg zu Gott wieder klar aufzuzeigen und Hilfen für diesen Weg zu Gott bereitzustellen, das ist die Hauptaufgabe der heiligen Mission,“ gab das Lustenauer Pfarrblatt die Kampflinie vor.⁵⁰¹

„Eine große Gnadenzeit also steht bevor,“ frohlockte Bischof Gföllner: „Die Seelensanierung – die Erneuerung in Christo – der Friede Christi im Reiche Christi – der Aufbau der Katholischen Aktion: wo anders könnten diese neuzeitlichen Programmpunkte sicherer und erfolgreicher werden als in einer großen, allgemeinen Volksmission?“⁵⁰²

„Der Missionsplan war lange und gründlich durchdacht und erwogen, es war für reiche Abwechslung gesorgt, die der Städter so sehr liebt. Ernste Predigten, Standeslehren und stimmungsvolle Feiern wechselten ab.“⁵⁰³ Marienfeiern, Herz-Jesu-Weißen, Totengedenkfeiern, Krankensegnungen, Kinderfeiern und eine große eucharistische Feier mit anschließender Lichterprozession rundeten das Programm ab: „Die Schlußfeier war am besten besucht, die Kirche voll, im wahrsten Sinne des Wortes,“ exaltierte sich das Lustenauer Pfarrblatt.⁵⁰⁴

⁴⁹⁸ Ebenda, 15 f., Hervorhebung im Original.

⁴⁹⁹ Ebenda, 16.

⁵⁰⁰ Gemeinderat Mons. Plening in der 12. ordentlichen öffentlichen Sitzung des Gemeindetages am 30. Dezember 1935: Haushaltsplan 1936 der Landeshauptstadt Linz. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 15. Jänner 1936, 13.

⁵⁰¹ Pfarrblatt für die Katholiken der Herz-Jesu-Pfarre Lustenau, Jg. 7 (1934) Nr. 3, 1.

⁵⁰² Gföllner, Bischöfliches Geleitwort, 1.

⁵⁰³ Nach der heiligen Mission, 4.

⁵⁰⁴ Ebenda.

Für die 1935 inmitten eines Arbeiterbezirks neu errichtete Pfarre Linz-Lustenau⁵⁰⁵ hatte der Pater Provinzial der Redemptoristen drei Patres aus Wien als Missionare bestimmt. Da viele Gläubige sich für eine gründliche Beichte einen ihnen sonst unbekanntem Priester wünschten, wurden Patres ausgesucht, die vor Ort noch nie seelsorglich gewirkt hatten: „Wenn sie auch dem einzelnen als persönlich Unbekannte gegenüberstehen, so sind sie doch wohlvertraut mit den seelischen Anliegen und Nöten und Schwierigkeiten der Menschen, speziell der Arbeiter. Sie wissen gar gut, unter welchem seelischen Drucke viele jahrelang gestanden; wie in den Zeitungen und bei den Versammlungen und bei den Gesprächen auf der Arbeitsstätte so viel immer wieder gegen Religion, Kirche und Priestertum losgezogen worden ist.“⁵⁰⁶

Mit dem zentral geleiteten und organisierten Apostolat der Katholischen Aktion war beabsichtigt, die Welt in Christus zu erneuern. Die Einheitlichkeit dieser Erneuerungsbewegung war durch die Errichtung einer Diözesan-Zentralstelle gewährleistet. Bewusst wurden Laien zur Mitarbeit am Werk der Seelenrettung berufen. Im Gegensatz zur vorangegangenen Zeit eines als defensiv und zermürend empfundenen Verteidigungskampfes des Glaubens war das neue „Zeitalter der Katholischen Aktion“ von einem Hinausgehen aus den Verteidigungsstellungen gekennzeichnet: „Der katholische Eroberungsgedanke tritt in den Vordergrund. Nicht mehr ist es Hauptaufgabe, das katholische Glaubensgut zu schützen, sondern es gilt jetzt, die Schätze der Kirche allen, möglichst allen zuzuwenden, für die Christus sein Blut vergoß. Es wird das Heilandswort zur Parole, auch jene herbeizuführen, ‚die nicht aus diesem Schafstall sind‘. Wir denken da wohl an die Heiden, aber auch an die Unzahl der Fernstehenden, die sich im Laufe der Zeit ausdrücklich oder wenigstens praktisch vom Leben der Kirche getrennt haben. Es gilt jetzt zu erobern! Nicht Städte und Ländereien, sondern Höheres: Seelen!“⁵⁰⁷

Unter Leitung und Aufsicht der Oberhirten sollte die aufgehende „Sonne der Katholischen Aktion“ auch den apostolischen Seeleneifer der Laien entflammen, die – vorausgesetzt sie waren vom rechten Geist beseelt – zum ehrenvollen Dienst der Seelenrettung herangezogen wurden.⁵⁰⁸

Dabei war man sich der zu erwartenden Schwierigkeiten und Fährnisse durchaus bewusst: Viele Menschen wären heute fast ganz „verpolitisiert“, durch den Sportbetrieb oder die „langandauernden Wirtschaftsfolgen“ zermüht und verbittert und hätten einen Groll auf Gott: „Eine Stadtmission in unseren Tagen ist ein besonders heißes, schwieriges geistiges Ringen um die Menschenseelen.“⁵⁰⁹

⁵⁰⁵ Mit Erlass vom 19. Juni 1935 hatte das Bundesministerium für Unterricht die Erhebung der Pfarrexpositur Lustenau zur selbständigen Herz-Jesu-Pfarre genehmigt. Als Zeitpunkt der Aktivierung der neuen Pfarre wurde der 1. September 1935 festgelegt. Siehe: Herz Jesu-Pfarre Linz; Kirche in Linz, 148 ff.

⁵⁰⁶ Gruß der Missionäre an die Pfarrbevölkerung, 3.

⁵⁰⁷ Schachinger, Die Pfarre und die Katholische Aktion, 11 f.; allgemein: Liebmann, Katholische Aktion und Ständestaat, 601–622.

⁵⁰⁸ Schachinger, Die Pfarre und die Katholische Aktion, 18 f.

⁵⁰⁹ Pfarrblatt für die Katholiken der Herz-Jesu-Pfarre Lustenau, Jg. 7 (1934) Nr. 3, 2.

Ein erstes, wichtiges Kampffeld war die Mobilisierung der Laien. Durch Exerzitien sollte bei diesen der apostolische Missionsgeist geweckt werden, der sich dann auch bei anderen Gläubigen in der Pfarre verbreiten sollte. Die Leitung der Exerzitienbewegung lag in der Hand des kirchlichen Oberhirten und des von ihm bestimmten Generaldirektors der Katholischen Aktion der Diözese. In der Regel wurden dreitägige Exerzitienkurse mit Vorträgen über Gott, den Menschen, die Sünde, über Himmel und Hölle in eigenen Exerzitienhäusern veranstaltet. Die Exerzitien waren Wurzel und Quelle der apostolischen Bewegung und zielten auf eine grundlegende Lebensreform. Das Wesen des apostolischen Geistes, der mit der Exerzitienbewegung entfacht werden sollte, umfasste die Wahrung des Standes der Gnade, den häufigen Empfang der heiligen Kommunion sowie die Teilnahme an der Seelenrettung. Damit war der Grundstein für die apostolische Bewegung der Katholischen Aktion gelegt.⁵¹⁰ Zur weiteren Förderung der Apostolatsbewegung wurden monatlich „Apostolatsbriefe“ ausgeschickt, die auch als Seelsorgehilfe für die Pfarren dienten. Durch die Werbung neuer Apostel entstanden apostolische Zellen, die unter Aufsicht des Pfarrers auf die anderen Seelen der Pfarre einwirken sollten.⁵¹¹

Von besonderer Bedeutung für die apostolische Mission war die Einbindung der Kinder: „Morgengebet, Tischgebet, Abendgebet wird dann nicht mehr als eine eben zu erfüllende Pflicht genommen, sondern als ein Mittel zum ‚Seelenretten‘. Das rasche Aufstehen am Morgen, die Opfer des Gehorsams in Schule und Heim werden zu Opfergaben für Seelen, die gerettet werden sollen.“⁵¹² Auch die Kinder sollten sich freuen, dem Heiland helfen zu können, indem sie selbst Seelen retten. Die Rettung der Seelen der Kinder aus Freidenkerfamilien war dabei eine besonders schwierige, aber umso dringender gebotene Aufgabe. Für solch komplizierte Seelenrettungsfälle konnte der Pfarrer auch Kinder als „kleine Apostel“ zur „Erstürmung der Bastion“ einsetzen. Zwecks moralischer Unterstützung und Erbauung in ihrer Tätigkeit wurde seit Anfang 1935 vom Apostolat der Katholischen Aktion an rund 3.000 Kindern aus ganz Oberösterreich monatlich ein „Kampfblatt“ zugestellt. Darüber hinaus sollten Kinderbriefe die Sieben- bis Zehnjährigen in ihrer „heiligen Mission“ bestärken.⁵¹³

Neben der Rettung der Kinderseelen war die Tröstung der Kranken eine weitere Aufgabe der „heiligen Mission“: „Kranke, die sich an das ‚Apostolat der Katholischen Aktion‘, Linz, Harlachstr. 12, melden, erhalten ein schönes Bildchen mit der Aufmunterung, ihre Krankheit als Sühne zu nehmen für die Sünden der Welt und so vom Krankenlager aus teilzunehmen an der Rettung von Seelen“, lautete die aus profaner Sicht durchaus zynisch klingende Empfehlung des geistlichen Rektors des Apostolats der Katholischen Aktion der Diözese Linz, Pater Norbert Schachinger.⁵¹⁴

⁵¹⁰ Schachinger, Die Pfarre und die Katholische Aktion, 25 ff.

⁵¹¹ Ebenda, 33 ff.

⁵¹² Ebenda, 36 f.

⁵¹³ Ebenda, 38 f. sowie Anm. 2 auf S. 39.

⁵¹⁴ Ebenda, 41. Hervorhebung im Original.

Ein weiteres wichtiges Sanierungsfeld der „heiligen Mission“ war das der Familien. Die zu meisternden Herausforderungen lagen in der Rückholung von Abtrünnigen der Katholischen Kirche, in der „Sanierung wilder Ehen“ und der Taufe ungetaufter Kinder.⁵¹⁵

Denn: „Der größte Reichtum eines Volkes sind gesunde Familien; vom christlichen Sittengesetz losgelöste Ehen reißen auch die mächtigsten Völker ins Verderben. Darum ist alles zu bekämpfen, was die Familie zersetzt und zerstört; aber auch alles, was ihre Einheit, Festigkeit und Fruchtbarkeit fördert, verdient Zustimmung und Ermutigung. [...] Das heilige Sakrament der Ehe ist nicht nur das Gnadenmittel der Kirche Jesu Christi zur Heiligung der Eheleute, sondern ist als Wurzel der christlichen Familie und als Keimzelle aller gesellschaftlichen Ordnung in der erlösten Menschheit von unermeßlicher Bedeutung.“⁵¹⁶

Die Aufrechterhaltung des katholischen Ideals einer christlichen Ehe war jedoch in einer modernen Gesellschaft, besonders im urbanen Raum, ein kaum zu bewältigendes Unterfangen: „Als das größte Missionshindernis hat sich, wie zu erwarten war, der Ehwirwar unserer Großstädte erwiesen. Die Priester konnten jeden lossprechen, der die Sünden, und wären sie noch so groß gewesen, aufgeben wollte. Wer aber in einem unerlaubten Verhältnisse lebte, in wilder Ehe, und dies nicht aufgeben wollte, dem mußte die Lossprechung verweigert werden. In diesem höchst peinlichen Punkte wurden wenigstens wieder einmal die Gewissen geschärft und bei manchen jungen Leuten vielleicht doch das erreicht, daß sie die Standeswahl und Ehevorbereitung ernster nehmen, als es viele nach dem Kriege getan haben, die jetzt schwer am eigenen Lebensglücke büßen.“⁵¹⁷

Als die häufigste Ursache für eine Scheidung machten die Missionare den Ehestreit verantwortlich: „Das beste Heilmittel zur Verhütung von Ehezwistigkeiten ist das tägliche gemeinsame Gebet und der häufige Sakramentenempfang.“⁵¹⁸

Überhaupt wurde die Kommunion als das Universalheilmittel gegen alle Gefährdungen der Zeit angesehen. „Christus und sein heiliges Opfer“ waren somit auch in der Mission Höhe- und Mittelpunkt des Erlösungswerkes. Das „heilige Messopfer“ war das Um und Auf, die Lebens- und Kraftquelle allen christlich-katholischen Lebens.⁵¹⁹ Denn die „göttliche Speise“ vermochte die gefährdeten Seelen zu retten und das ewige Leben zu garantieren. Daher wäre so oft und regelmäßig wie irgend möglich zur Kommunion zu schreiten. Wie oft, hing von der individuell unterschiedlichen „Größe der Gefahr“ ab. „Aber eines ist sicher: die jährliche heilige Kommunion genügt für einen Großteil nicht! Bei vielen reicht auch eine vierteljährliche nicht hin. Es gibt auch Fälle, in denen die monatliche Kommunion noch nicht die Kraft gibt, vor schweren Sünden zu bewahren.“⁵²⁰

„Der Seelsorger hat den ihm anvertrauten Seelen die Hilfe zuteil werden zu lassen, die sie brauchen. Wenn deshalb früher, da die Gläubigen vielerorts sozusagen in katholischer Luft sich bewegten, ein seltener Sakramentenempfang genügte, um sie zu retten, war der Seel-

⁵¹⁵ Ebenda, 47 f. sowie: Schachinger, Die Apostolische Stunde.

⁵¹⁶ Das heilige Sakrament der Ehe, 7 und 5.

⁵¹⁷ Nach der heiligen Mission, 4; allgemein: Hanisch, Bis daß der Tod euch scheidet, 17–36.

⁵¹⁸ Acken, Seelsorgliche Behandlung der Geschiedenen, 5.

⁵¹⁹ Schachinger, Die Pfarre und die Katholische Aktion, 23.

⁵²⁰ Referat des hochw. P. Alois Bogsrucker, 11.

sorger zu nichts mehr verpflichtet; aber heute gibt's fast nirgends mehr die rein katholische Luft, fast überall ist sie erfüllt mit Miasmen des Unglaubens und der Unsittlichkeit. Infolge ist die Situation schwieriger geworden.“⁵²¹

„Wenn es jetzt nicht gelingt, die Jungmänner und die Männer zur öfteren Kommunion zu bringen, dann ist die katholische Zukunft unseres Volkes nicht gesichert. Wenn je, dann ist es heute möglich, auch diese so weit zu führen, denn die Hauptbarrikaden, die für die meisten unübersteiglich waren, sind gefallen.“⁵²²

Auch für die „heilige Mission“ wäre der Zeitpunkt günstig: „Der Geistesdruck ist von so vielen weggenommen; bei der letzten heiligen Mission haben viele, besonders Männer, befürchten müssen, wenn sie zu einer Missionspredigt gingen, oder gar die Sakramente empfangen würden, an der Arbeitsstätte am anderen Tage belästigt und drangsaliert zu werden. Ja manche befürchteten, überhaupt die Arbeit zu verlieren. Die Freidenker hatten damals viel Einfluß bei uns heraußen und haben viel brutalen Druck ausgeübt.

Heute ist das, Gott sei Dank, anders. Es kann sich niemand mit Recht auf etwa zu befürchtende größere irdische Nachteile ausreden, wenn er an der heiligen Mission sich beteiligt.“⁵²³

Die Gesamtbeteiligung an der „heiligen Mission“ wurde seitens der Katholischen Aktion denn auch als großer Erfolg gewertet:

„4400 Beichten wurden während der heiligen Mission gehört und 7300 heilige Kommunionen ausgeteilt. Bei 800 Osterbeichten wurden seit der Mission noch gehört; manche Menschen haben schon durch viele Jahre ihren bestimmten Tag für die Osterbeichte, den behalten sie bei. In den abgelaufenen Jahren waren alljährlich gut 4000 Osterbeichten, heuer im Missionsjahr um gut tausend mehr. Es sind eben erfreulicherweise viele wieder einmal gekommen, die Jahre und Jahrzehnte nimmer gewesen waren.“⁵²⁴

Es kam aber auch zu Protesten, vorwiegend in Form von anonymen Briefen, die sich über die rüde Vorgangsweise bei der „heiligen Mission“ beschwerten und ihren aufgestauten Zorn und Ärger freien Lauf ließen. Diesen entgegnete das Pfarrblatt der Herz-Jesu-Pfarre von Linz-Lustenau: „Die Missionäre mußten die Lehre Christi verkünden und für Christi Gesetz eintreten; sie mußten Irrtum und Sünde bekämpfen und konnten keine Verbeugungen vor den Praktiken und Grundsätzen der mondänen Lebenswelt machen. Aber sie zeigten bei aller christlichen Grundsatztreue großes Verständnis mit den Irrenden und Fehlenden und verfielen nie in heftiges Poltern über die sündigen Menschen, gebrauchten auch keine groben, verletzenden Worte. Wenn manche das reine Gegenteil behaupten, so ist das eine hysterische Erfindung oder böswillige Verleumdung, die aus dem Ärger über die erfolgreich verlaufende Mission ihren Ursprung hat.“⁵²⁵

Nach der – je nach Betrachtungsweise – erfolgreich oder abschreckend verlaufenden „heiligen Mission“ erreichten die Feierlichkeiten des Jubiläumsjahres 1935 am 29. September mit einem Festgottesdienst aus Anlass der 150-jährigen Wiederkehr der Diözesanerhebung unter

⁵²¹ Ebenda, 12.

⁵²² Ebenda, 15.

⁵²³ Pfarrblatt für die Katholiken der Herz-Jesu-Pfarre Lustenau, Jg. 7 (1934), Nr. 4.

⁵²⁴ Nach der heiligen Mission, 4.

⁵²⁵ Ebenda, 5.

Anteilnahme der Spitzen der oberösterreichischen Regierung und Verwaltung ihren Höhepunkt. Auf dem anschließenden Festakt in der Südbahnhofhalle unterstrichen Bundeskanzler Kurt Schuschnigg, Landeshauptmann Heinrich Gleißner und Bürgermeister Wilhelm Bock in ihren Ansprachen die innige Verbindung des „Neuen Österreichs“ mit der katholischen Kirche.⁵²⁶ Den feierlichen Ausklang fand das Missions- und Jubiläumsjahr am 6. Oktober mit einem weiteren Festgottesdienst im Neuen Dom unter Teilnahme von Kardinal Innitzer und Bundespräsident Miklas.⁵²⁷

„Die Jubiläumsfeierlichkeiten von 1935 sollen der Auftakt sein zu einer ganz großen eucharistischen Bewegung, sollen das Signal sein zum Beginn einer Riesenprozession der oberösterreichischen Katholiken zur Kommunionbank, sollen – wie einst die Trompetenstöße zum Beginn eines Jubeljahres – eine neue und viel schönere Zeit ankündigen“, hoffte Pater Alois Bogsrucker auf der Linzer Kleruskonferenz am 3. Oktober 1935.⁵²⁸

Angesichts einer derart missionarisch auftretenden *ecclesia militans* und ihrer Vision eines zu errichtenden Reiches Christi auf Erden stellt sich die Frage, inwieweit dadurch das Leben der religiösen Minderheiten in der Stadt – insbesondere das der Juden – beeinträchtigt wurde.

Zwar garantierte die Verfassung 1934 den Juden die uneingeschränkten bürgerlichen Rechte und die Religionsfreiheit, die von der Regierung auch wiederholt öffentlich bestätigt wurden. Dennoch existierte ein latenter Antisemitismus, der sich einerseits aus dem traditionellen katholischen Antijudaismus speiste, andererseits durch die Betonung des „deutschen Charakters“ des österreichischen Volkes bestimmt war. Obwohl der austrofaschistische Volksbegriff nicht „rassisch“ definiert war, schloss die Betonung des „christlich-deutschen Charakters“ des neuen Österreichs, der unter anderem in den Neubelebungsversuchen der Volkstums-, Volkskunst- und Volksbrauchtumpflege zum Ausdruck kam, die Juden praktisch von vielen gesellschaftskulturellen Partizipationsmöglichkeiten aus.⁵²⁹

Einerseits stärkte die Abwehrhaltung der österreichischen Regierung gegen einen rassenantisemitisch auftretenden Nationalsozialismus tendenziell die Stellung der Juden. Andererseits gab es auch die Überzeugung, dass man dem Nationalsozialismus durch einen verschärften Antisemitismus den Wind aus den Segeln nehmen könne. Diese Zwiespältigkeit austrofaschistischer Judenpolitik brachte es mit sich, dass die Regierung einerseits antisemitische Gesetzesentwürfe verhinderte, andererseits antisemitische Agitationen, sofern sie nicht mit einem Bekenntnis zum Nationalsozialismus verbunden waren und somit als „staatsfeindlich“ angesehen wurden, duldete. Der Wahrscheinlichkeit, mit antisemitischen Ausfällen seitens der Behörden konfrontiert zu werden stieg, umso niedriger die Beamten-

⁵²⁶ Der Bundeskanzler beim Jubiläum der Diözese Linz. Die Feierlichkeiten des gestrigen Tages. In: Tages-Post vom 30. September 1935. Die Jubelfeier des Bistums Linz. Der Festakt in der Südbahnhofhalle. In: Linzer Volksblatt vom 30. September 1935.

⁵²⁷ Die Bistums-Jubelfeier. Kardinal Dr. Innitzer und Bundespräsident Miklas in Linz – Festgottesdienst im Dom. In: Linzer Volksblatt vom 7. Oktober 1935.

⁵²⁸ Referat des hochw. P. Alois Bogsrucker, 10.

⁵²⁹ Maderegger, Die Juden im österreichischen Ständestaat, 115; Königseder, Antisemitismus 1933-1938, 54-65.

hierarchie war. Auch Publikationen der VF und der Ostmärkischen Sturmcharen scheuten sich nicht, antisemitische Propaganda zu verbreiten.⁵³⁰

Der lavierende Umgang der Behörden mit dem Antisemitismus kommt in einer Empfehlung der oberösterreichischen Landesregierung an die jüdische Unternehmerfamilie Mostny aus Linz zum Ausdruck, der angesichts der antisemitischen Eskapaden lokaler illegaler Nationalsozialisten eine Namensänderung angeraten wurde. So erfolgte 1937 die amtliche Änderung, beziehungsweise Ergänzung um den bodenständiger klingenden Namen des Vorbesitzers des Betriebes auf „Mostny-Kirchmeir“.⁵³¹

Unverhohlener, nur schlecht kaschierter Antisemitismus kam in der Entlassungswelle von jüdischen Ärzten unter dem Vorwand sozialdemokratischer Betätigung unmittelbar nach der Niederschlagung des Februaraufstandes von 1934 zum Ausdruck. Zwar waren tatsächlich viele jüdische Ärzte sozialdemokratisch organisiert, doch wurden vielfach nicht-jüdische ehemalige Sozialdemokraten auf ihren Posten belassen und ausschließlich die jüdischen Ärzte gekündigt. In Linz wurden von Regierungskommissär Nusko alle im städtischen Dienst stehenden jüdischen Ärzte unter politischen Vorwänden entlassen. Bei der Ausschreibung der Nachbesetzungen in den Linzer Zeitungen wurde sicherheitshalber gleich der Nachweis der Zugehörigkeit zur „deutschen Nationalität“ gefordert.⁵³²

Auf den herrschenden Antisemitismus, aber auch auf die ökonomische Krise hatten die Linzer Juden vielfach bereits vor 1933/34 mit der Emigration reagiert. Waren um 1920 noch etwas mehr als 1.000 Juden in Linz wohnhaft, so waren es 1934 nur noch 671. Im Vergleich dazu blieb die Zahl der Linzer Juden zwischen 1934 und 1938 im Wesentlichen konstant. Von Ausnahmen abgesehen, wurden in dieser Zeit auch keine größeren Eigentumsverschiebungen in das Ausland vorgenommen. Eher schien das Gegenteil der Fall zu sein: Die im jüdischen Besitz befindliche Schuhhandelskette PAGA tätigte im Herbst 1937 erhebliche Investitionen in Linz, aber auch in Graz, Salzburg, Innsbruck und Wien, und die Linzer Unternehmerfamilie Spitz zeichnete noch im Jänner 1938 eine österreichische Staatsanleihe, was die Einschätzung relativer ökonomischer Sicherheit nahe legt. Es kam auch zu keinen nennenswerten Austritten aus der israelitischen Kultusgemeinde, was auf wenig äußeren Druck, die Herkunftsgruppe zu verlassen, schließen lässt.⁵³³

Nimmt man jedoch das Internubium zwischen Christen und Juden als Indikator für den sozialen Austausch, respektive für die soziale Distanz zwischen den beiden Religionsgruppen, so kann entsprechend der ökonomisch-politischen Konjunktur zwischen 1922 und 1928 ein gehäuftes Auftreten von Mischehen, zwischen 1929 und 1933 ein diesbezüglich starkes Abnehmen und zwischen 1934 und 1938 keine einzige neu geschlossene Mischehe in Linz festgestellt werden, was auf eine zunehmende soziokulturelle Abschottung der jüdischen Gemeinde hindeuten würde.⁵³⁴

⁵³⁰ Fellner, Antisemitismus in Salzburg, 200; Sylvia Maderegger, Die Juden im österreichischen Ständestaat, 116 ff.; Wohnout, Die Janusköpfigkeit des autoritären Österreich, 3–16.

⁵³¹ John, Bevölkerung in der Stadt, 211.

⁵³² Maderegger, Die Juden im österreichischen Ständestaat, 230 f.

⁵³³ John, Bevölkerung in der Stadt, 208 ff.

⁵³⁴ Ebenda, 174.

Der Aufschwung des Bundes jüdischer Frontsoldaten nach 1933 diente nicht nur der Abwehr antisemitischer Angriffe und der Pflege alter Kameradschaften jüdischer Kriegsteilnehmer, sondern war auch Ausdruck nostalgischer, legitimistischer Reminiszenzen an die ausgehende Habsburgermonarchie, die als eine Hochphase relativ geglückerter jüdischer Assimilation erinnert wurde.⁵³⁵ Aber nicht nur der jüdische Frontsoldatenbund unterstützte das austrofaschistische Regime, auch so mancher jüdische Wirtschaftstreibende demonstrierte seine Regimeloyalität durch eine großzügige Geldspende an die VF.⁵³⁶ Retrospektive – aus den frühen 1960er Jahren betrachtet – meinte der damalige Präsident der Linzer Kultusgemeinde, Karl Schwager, dass die Vorkommnisse jener Zeit schon Anlass zur Beunruhigung gegeben hätten. Die politische Situation wäre im Jahre 1937 eine derartige gewesen, dass mit einem nationalsozialistischen Umsturz gerechnet werden konnte. Doch überwog das Vertrauen in die Existenzzusagen der österreichischen Regierung und die der ausländischen Mächte.⁵³⁷

„Dauerhafte Stoffe“: Zum Text der Stadt

Straßenumbenennungspolitik

Straßen-, Platz- und Ortsbenennungen sind Geschichtsinterventionen im öffentlichen Raum. Sie legen fest, was erinnert, was präsent bleiben und was vergessen werden soll. Die Definitionsgewalt der jeweils Mächtigen weist Straßen, Plätzen und Orten konkrete historische Ereignisse oder Namen bedeutsamer Personen zu und schreibt damit eine, je nach dem Regime unterschiedliche, immer aber ideologisch bestimmte Geschichts- und Erinnerungspolitik in die Adern und Kapillaren des Stadtkörpers ein. Diese Einschreibung erfolgt nicht nur in einer territorialen, sondern auch in einer zeitlichen Hinsicht, indem die gegenwärtige Bedeutungshierarchie von Ereignissen und Personen in die Zukunft fortgeschrieben und erinnert werden soll. Straßen-, Platz- und Ortsnamen werden so zu dauerhaften Erinnerungsorten. Mittels Postanschriften auf Adressbüchern, Briefsendungen und Visitenkarten schreiben sich die in das historische Gedächtnis eingepprägten Namen in das Alltagsleben und Alltagsgedächtnis der Bewohner der Stadt und seiner Besucher fort.

Straßen-, Platz- und Ortsnamen werden so Teil des symbolischen Gedächtnisses, mit denen ein politisches Regime Eingang in das kulturelle Gedächtnis seiner Bevölkerung erlangen möchte. Auch die austrofaschistische Straßenumbenennungspolitik in Linz ist als eine Einschreibung des Regimes in die Grammatik des historischen Textes der Stadt zu interpretieren. Die textuale Ordnung, respektive Neuordnung der Stadt konzentrierte sich dabei in erster Linie auf die Tilgung sozialdemokratischer beziehungsweise austromarxistischer Einschrei-

⁵³⁵ Ebenda, 214 f.; Wohnout, Das Traditionsreferat der Vaterländischen Front, 65–82; Ackerl, Das Janusgesicht des christlichen Ständestaates, 211.

⁵³⁶ Moser, Die Katastrophe der Juden in Österreich, 103–107.

⁵³⁷ John, Bevölkerung in der Stadt, 212.

bungen, indem man diese mit den Namen der Heroen austrofaschistischer Politik, des lokalen Katholizismus, des kakanischen Militarismus und einer unverdächtigen Heimatbezogenheit überschrieb.

Die gescheiterten Restaurationsbemühungen von Karl I. (IV.) 1921 in Ungarn waren für das „Rote Linz“ der Anlass, die alten Habsburgernamen endgültig aus dem „Gedächtnis der Stadt“ zu löschen. Der zentrale Franz-Joseph-Platz (heute Hauptplatz) wurde zum „Platz des 12. November“ und sollte damit den republikanischen Gründungsgeist wach halten. Zwölf weitere Umbenennungen von Straßen mit Namen von Habsburgern sowie einer nach dem deutschen Kaiser Wilhelm folgten: Die Umbenennung der Rudolfstraße zur Karl-Marx-Straße stieß im Gemeinderat auf – ergebnislosen – Widerstand seitens der bürgerlichen Opposition. Sonst gab man sich mit unverfänglicheren Namen von Bauernführern aus dem 17. Jahrhundert und mit einer Südtiroler-Straße zufrieden, welche – so wie in vielen anderen Städten Österreichs auch – die Zusammengehörigkeit aller Deutsch-Österreicher mit dem an Italien abgetretenen Landesteil erinnern sollte.⁵³⁸

Nach dem 12. Februar 1934 begnügte sich die neue Linzer Stadtverwaltung nicht mit einer kleinen „Flurbereinigung“: Neben der, auch in vielen anderen Städten üblichen Dollfußstraße – der ehemaligen Dametzstraße – erhielten die beiden Heimwehrführer und austrofaschistischen Spitzenpolitiker Major Emil Fey und (Fürst) Ernst Rüdiger Starhemberg bereits zu Lebzeiten eine Verkehrsfläche zugeordnet, an der sie symbolische Präsenz walten durften: Ersterer erhielt 1934 jene Straße zugeordnet, die seit 1932 nach dem Wiener sozialdemokratischen Parteiführer Franz Schumeier benannt war, und nach 1938 – in Erinnerung an den „Kampf der Deutschen“ unter tschechischer Herrschaft – zur Straße der Sudetendeutschen wurde.⁵³⁹ Dem zweiten wurde ebenfalls 1934 der seit 1921 nach dem sozialdemokratischen Gemeinderat und Reichsratsabgeordneten Anton Weilguny bezeichnete Platz gewidmet. 1938 wurde der Starhembergplatz nach einem „Blutopfer der Bewegung“ – dem 1936 erschossenen SA-Mann Franz Foisner – benannt.⁵⁴⁰

Die Rückbenennung des „Platzes des 12. November“ in Franz-Joseph-Platz sollte die Ausöhnung des „neuen“ mit dem „alten“ Österreich bekunden. Ein weiterer Rückgriff auf alt-österreichisch-militaristische Traditionen kommt in der Benennung des Landwehrplatzes, des Hessenplatzes und der Freiwilligen-Schützen-Straße zum Ausdruck.⁵⁴¹ Die katholische Einschreibung in das Linzer Straßenverzeichnis erfolgte mittels der Namen von Geistlichen,

⁵³⁸ Sillaber, Straßennamen, 580 f.

⁵³⁹ 1945 wurde sie – in Erinnerung daran, dass viele Linzer aus der Region Böhmerwald stammten bzw. von dort nach dem Ende der NS-Herrschaft vertrieben wurden, in die bis heute so bezeichnete Böhmerwaldstraße umbenannt. Die Linzer Straßen, 33.

⁵⁴⁰ Ebenda, 28 f.

⁵⁴¹ Um das Gedenken an das Linzer Hausregiment der „Hessen“ und ihre Kampfeinsätze in den Napoleonischen Kriegen, im österreichisch-italienischen und österreichisch-preußischen Krieg, vor allem aber im Ersten Weltkrieg wach zu halten und zu ehren wurde neben den öffentlich begangenen Hessen-Gedenkfeiern (Monte-San-Gabriele-Gedenkfeiern) und Gedenkmessen des nach 1918 gegründeten Hessen-Offiziersbundes und der Hessenbünde – nachdem 1924 in Linz eine Feier des Landeskameradschaftsbundes noch gewaltsam verhindert wurde – bereits 1926 ein Hessenmuseum im Linzer Schloss eingerichtet und 1928 „im Schatten des Landhauses“ ein Hessendenkmal enthüllt. Siehe: Linzer Hessen.

wie etwa des Pfarrers Josef Denk, des Augustiner Chorherrn Josef Gaisberger oder des ehemaligen Linzer Diözesanbischofs Rudolf Hittmair. Aus dem kulturellen sowie Alltagsgedächtnis getilgt wurden Viktor Adler, Robert Blum, Josef Dametz, Karl Marx, Engelbert Pernersdorfer und Alfons Petzold.⁵⁴²

Ob die intendierte dauerhafte Amnesie von sozialistischen beziehungsweise sozialdemokratischen Theoretikern, Politikern und Dichtern im öffentlichen Stadtraum der beabsichtigten Befriedung der werktätigen Schichten von Linz dienlich war, bleibt dahingestellt.

Nach dem „Anschluss“ wurde der Franz-Joseph-Platz zum Adolf-Hitler-Platz, die Dollfußstraße – als Ausdruck der „Befreiung“ und „Heimkehr“ in das Deutsche Reich – zur Freiheitsstraße, die Freystraße zur Straße der Sudetendeutschen und der Starhembergplatz zum Franz-Foisner-Platz. Die militärischen Straßenumbenennungen des Austrofaschismus wurden vom Nationalsozialismus nicht beanstandet und blieben unverändert.⁵⁴³

Im Jahre 1945 wurde der Franz-Foisner-Platz in Bernaschekplatz umbenannt; bezeichnet nach dem am 18. April 1945, nur wenige Tage vor der Befreiung im Konzentrationslager Mauthausen ermordeten ehemaligen Arbeiterfunktionär und Schutzbundführer Richard Bernaschek.⁵⁴⁴

Der seit 1934 so genannte Landwehrplatz wurde 1946 nach dem Werkmal der Poschacher Brauerei und Arbeitersamariter Anton Bulgari umbenannt, der sich am Februaraufstand 1934 beteiligt hatte und dafür durch den Strang hingerichtet wurde.⁵⁴⁵

Die vor 1929 inoffiziell als Linzer Straße, ab 1929 als Robert-Blum-Straße, und ab 1934 nach dem Initiator des Kirchenbaues in Kleinmünchen, Pfarrer Josef Denk, bezeichnete Straße überstand alle Regimewechsel, und heißt auch heute noch Denkstraße.⁵⁴⁶

Dem zur Zeit des Austrofaschismus amtierenden oberösterreichischen Landeshauptmann und VF-Funktionär Heinrich Gleißner wurde aufgrund seiner Verdienste als Landeshauptmann von Oberösterreich zwischen 1945 und 1971 von der Stadt Linz im Jahre 1992 die entlang des Urfahrer Jahrmarktgeländes verlaufende Heinrich-Gleißner-Promenade gewidmet.⁵⁴⁷

Denkmalpolitik

Appellierte die bürgerlich-liberale und deutschnationale beziehungsweise deutschvölkische Denkmalkultur und Denkmalpolitik der Vorkriegszeit – die 1902 das Stifter-Denkmal auf der Promenade beim Linzer Landhaus, 1905 die Jahn-Büste und 1908 das monumentale Standbild für Franz Stelzhamer im Linzer Volksgarten errichtete – neben der künstlerisch-literarischen Verehrung an die Wahrung der Vorherrschaft des deutschen Volksstammes in

⁵⁴² Sillaber, Straßennamen, 588 f.; Die Linzer Straßen.

⁵⁴³ Sillaber, Straßennamen, 593 f.; Die Linzer Straßen, 79 f.

⁵⁴⁴ Die Linzer Straßen, 28 f.

⁵⁴⁵ Die Linzer Straßen, 37.

⁵⁴⁶ Ebenda, 41.

⁵⁴⁷ Ebenda, 82.

der Habsburgermonarchie,⁵⁴⁸ so richtete sich der Fokus austrofaschistischer Denkmalpolitik auf die Erinnerung ihrer verblichenen imperialen Vergangenheit. Diese morbide Note neu-österreichischer Identitätskonstruktion wurde durch die denkmalpolitische Erinnerung an die gefallenen Soldaten der alten kaiserlichen Armee und die getöteten Angehörigen der Heimwehr, Gendarmerie, Bundespolizei und des Bundesheeres während des sozialdemokratischen Februaraufstands und des nationalsozialistischen Juliputschs 1934 weiter verstärkt und fand ihren nekrophilen Höhepunkt in der Apotheose des ermordeten „Heldenzkanzlers“ und Begründers des „Neuen Österreichs“ Engelbert Dollfuß.

„Zurück in die Vergangenheit und vorwärts in die Zukunft!“ – Dieser programmatische Ausspruch von Bundespräsident Miklas anlässlich der Enthüllung des Tegetthoff-Denkmal am 1. Dezember 1935 in Graz⁵⁴⁹ kann in seiner ganzen inneren Widersprüchlichkeit durchaus auch als Motto für die austrofaschistische Identitäts- und Denkmalpolitik stehen.

Das Bemühen, mittels eines Rekurses auf altösterreichisch-militaristische Traditionen und der Pflege eines Habsburgermythos zur Schaffung eines neuen Österreichbewusstseins beizutragen, drückte sich in der Errichtung von zahlreichen Denkmälern aus: Außerhalb von Wien, wo die langjährige Diskussion und zweimalige Wettbewerbsausschreibung zur Schaffung eines Kaiser-Franz-Joseph-Denkmal zu keinem konkreten Ergebnis führte, kam es in einigen Landeshauptstädten zur Errichtung von kleineren Denkmälern zu Ehren des verewigten Kaisers.⁵⁵⁰

Mit der Errichtung eines Kaiser-Franz-Joseph-Denkmal im Frühling 1937 an der linken Seite des Südtores des Linzer Landhauses – und damit im Amtsbereich der oberösterreichischen Landesregierung gelegen – erhielt die, bereits seit 1903 an der gegenüber liegenden Seite angebrachte Marmorbüste der Kaiserin Elisabeth ihr adäquates Pendant. Die feierliche Enthüllung des Wanddenkmal fand am 30. Mai 1937 unter Teilnahme von Erzherzog Eugen und weiteren Mitgliedern des Familie Habsburg statt. Unter der vom Doppeladler gezierten Büste des greisen Kaisers fand die Huldigungsadresse – „In Treue und Dankbarkeit dem Kaiser und seinen heldenmutigen Kriegerern 1937“ – Verewigung.⁵⁵¹

Die habsburgischen Reminiszenzen des Jahres 1937 fanden in der zwischen 2. und 10. Oktober abgehaltenen „Traditionswoche“, in deren Rahmen auch eine Kaiser-Franz-Joseph-Ausstellung in den Repräsentationsräumen des Landhauses organisiert wurde, ihren krönenden Abschluss. Die Ausstellung, welche das Bild Kaiser Franz Josephs als „treuen und pflichtbewußten Dieners Österreichs und ehrwürdigen Monarchen, unter besonderer Berücksichtigung seiner persönlichen Beziehungen zu Linz und Oberösterreich, allen Besuchern lebhaft vor Augen“ führen wollte, wurde von angeblich 25.000 Personen besucht.⁵⁵² Neben der habsburgischen Erinnerungspflege fand in der austrofaschistischen Denkmalpolitik das Gedenken an die „Helden“ des Ersten Weltkriegs einen besonderen Niederschlag:

⁵⁴⁸ Gerbel, Vom Imaginären der Nation, 305 ff.; Dirnberger, Das Stifter-Denkmal in Linz.

⁵⁴⁹ Grassegger, Denkmäler des autoritären Ständestaates, 533.

⁵⁵⁰ Ebenda, 533 f.; Feller, Sichtbarmachung der Vergangenheit, 284;

⁵⁵¹ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1937), 22.

⁵⁵² Ebenda.

Am 26. Mai 1935 wurde an der Linzer Stadtpfarrkirche eine Christophorusplakette für die Gefallenen des Kraftfahrkorps geweiht.⁵⁵³

Am 7. Juli 1935 wurde unter dem Ehrenschatz von Landeshauptmann Gleißner auf dem Platz vor der Arbeiterkammer ein Denkmal in Form einer aufragenden quadratischen Säule für die Gefallenen des k.k. Freiwilligen Oberösterreichischen Schützenregimentes feierlich der Öffentlichkeit übergeben. Sein Entwurf stammte von J. Wiltschko und gedachte der Opfer des Kriegs gegen Italien, die im Schnee und Eis ihr Leben „für die Heimat“ gegeben hatten. In einer Zeit, die am Neuaufbau des „so schwer geprüften und so sehr geliebten Vaterlandes“ arbeitete, wurde der „Heldentod“ der Gefallenen des Freiwilligenkontingents als ein leuchtendes Ideal „treuester Vaterlandsliebe und höchster Selbstaufopferung“ für die österreichische Heimat hervorgehoben. Durch die Platzierung direkt vor dem architektonischen Symbol der sozialpolitischen Errungenschaften und der gesellschaftspolitischen Integration der Arbeiterschaft in der Ersten Republik – dem Kammeramtsgebäude für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich – erhielt das Denkmal seine besondere appellative Note an die vom Austrofaschismus zerschlagene Arbeiterbewegung. Aber auch für die neuösterreichische Jugend sollte der „jugendliche Tatendrang“, die „aufopfernde soldatische Pflichterfüllung und die anerkannte Tapferkeit“ dieses oberösterreichischen Regiments Vorbild sein, so Bürgermeister Bock anlässlich der Denkmaleröffnung. Dass die Freiwilligen Schützen des Ersten Weltkriegs in Linz neben einer Straßenbenennung auch ein eigenes Denkmal erhielten, ist als ein Appell des Regimes an die Bereitschaft der Bevölkerung zu interpretieren, selbst bis zur Opferung des eigenen Lebens am Aufbau des „Neuen Österreichs“ mitzuwirken. Am Geiste jener Toten, die ohne gründlicher Ausbildung und geregelter Ergänzung, ohne festem Rahmen eines Berufsoffiziers- oder Unteroffizierskorps, ausgestattet nur mit den „geistigen Triebkräften“ eines „glühenden und gläubigen Österreichtum(s)“ ihren Blutzoll auf der Hochfläche von Lavarone und Folgaria, im Etschtal und auf den Höhen des Ortler und der Meletta entrichteten, könne Österreich „heute 20 Jahre nach dem Ausmarsch“ anno 1915 genesen.⁵⁵⁴

Am 28. Juni 1936 wurde am alten Linzer Brückenkopf das nach den Entwürfen von Alexander Popp gefertigte Denkmal für die Pioniere und Sappeure der k.u.k. Armee des Ersten Weltkriegs feierlich enthüllt. Das in Form eines Pfeilers hoch aufragende sogenannte „Pionier-Denkmal“ war an seinem Ende als Schwertknauf gestaltet, auf dem der austrofaschistische Bundesadler ruhte. Im unteren Drittel des Pfeilers zeigten die von Wilhelm Frass geschaffenen und mit Inschriften verzierten Reliefmedaillons die Pioniere bei der Arbeit.⁵⁵⁵ Neben den toten „Helden“ des „alten“ Österreichs gedachte das Regime in zahlreichen Denkmälern den Opfern des Kampfes um das „Neue Österreich“:

⁵⁵³ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1935), 16.

⁵⁵⁴ Zur Denkmal-Enthüllung; Im Jahre 1946 wurde das Denkmal für die „Freiwilligen Schützen“ wieder abgetragen. Grassegger, Denkmäler des autoritären Ständestaates, 534.

⁵⁵⁵ Aufgrund seiner eindeutigen Ikonografie wurde das Denkmal im Zuge der Bauarbeiten für die Nibelungenbrücke 1938 abgetragen. Im Jahre 1963 wurde das Denkmal, ergänzt um eine Widmung an die Pioniere der deutschen Wehrmacht, und bekrönt vom austrofaschistischen Bundesadler, im Donaupark wieder aufgestellt. Lackner, Architekt Alexander Popp, 18 f.; Grassegger, Denkmäler des autoritären Ständestaates, 532.

Am 13. Mai 1935 wurde auf dem Linzer „Heldenfriedhof“ St. Barbara auf Kosten des Bundeskanzleramtes ein altarähnliches Denkmal für die während des Februaraufstands gefallenen oberösterreichischen Angehörigen des Bundesheeres, der Exekutive und der Heimwehrverbände errichtet.⁵⁵⁶

Am 2. Juni wurde auf dem Landwehrplatz ein Denkmal zu Ehren der drei während der Februrkämpfe gefallenen Angehörigen des Welser Alpenjägerregimentes Nr. 8 eingeweiht: „Hier verband sich eine Tat der Pietät mit einem schönen Erfolg der Denkmalpflege, indem eine dem Verfall nahe barocke Dreifaltigkeitssäule gewählt wurde, die auf dem früheren Polygonplatz neu errichtet, mit einer Gedenktafel versehen und mit einer Gartenanlage umgeben wurde, so daß dieser Platz am südlichen Eingang der Stadt einen wirkungsvollen, künstlerischen Mittelpunkt erhielt.“ Zur Erinnerung an die gefallenen Eisenbahner wurden am 1. Juni die Glocken der neu errichteten Bahnhofskapelle geweiht.⁵⁵⁷

Der um den „Märtyrertod“ von Bundeskanzler Dollfuß geschaffene Führerkult bot Anlass zur Errichtung ungezählter Dollfuß-Denkmalen in ganz Österreich.⁵⁵⁸

Sinnigerweise am ehemaligen Arbeiterfesttag am 1. Mai wurde ein von der Dienststellenorganisation „Landeshauptmannschaft“ der VF gewidmetes und von Heinrich Strahammer geschaffenes Dollfuß-Denkmal in Form einer Pietà im Arkadengang des Landhauses enthüllt. In den Räumlichkeiten der Bundespolizeidirektion stiftete Landeshauptmann Gleißner dem „Heldenkanzler Dr. Dollfuß“ ein Wandrelief.⁵⁵⁹ Im Stiegenaufgang des Finanzdirektionsgebäudes brachte die Dienststellenorganisationen „Finanzverwaltung“ und „Tabakregie“ der VF eine Dollfuß-Büste zur Aufstellung. Auf dem Platz hinter der Pöstlingbergkirche wurde von der Schuljugend Pöstlingberg unter der Leitung ihres Lehrkörpers ein weiteres Dollfuß-Denkmal errichtet, das am 24. Mai 1936 feierlich eingeweiht werden konnte.⁵⁶⁰

Die Dollfuß-Gedenktafel im ehemaligen sozialdemokratischen Arbeiterheim an der Franckstraße kann als eine besondere Provokation der Linzer Arbeiterschaft angesehen werden.⁵⁶¹

Der Dollfußgedenktag der Jugend war am 3. Oktober, dem Tag des ersten Mordanschlags auf den „Führer“. Sein Todestag am 25. Juli wurde zum „österreichischen Nationaltrauertag“ erklärt. Um den Gedenkfeierlichkeiten an diesem Tag ein einheitliches Gepräge zu verleihen, gaben sowohl die Bundes- als auch die Landesregierungen eigene Weisungen aus. Den kultischen Mittelpunkt der Totenfeiern bildeten im Regelfall die gestifteten Dollfuß-Denkmalen, Dollfuß-Reliefs und Dollfuß-Büsten, beziehungsweise festlich geschmückte Arrangements um ein Bild des ermordeten Kanzlers.⁵⁶²

⁵⁵⁶ Grassegger, *Denkmäler des autoritären Ständestaates*, 524.

⁵⁵⁷ Aus dem *Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1935)*, 16.

⁵⁵⁸ Zum Dollfuß-Bild und Dollfuß-Kult: Dollfuß an Österreich; So sprach der Kanzler; Shepherd, Engelbert Dollfuß; Dollfuß, Mein Vater; Liebhart, *Österreichischer Patriot*, 237–258; Luksan/Schlösser/Szanya, *Heilige Scheine*, 70 ff. und 77 ff.

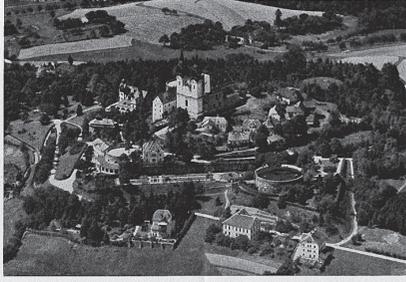
⁵⁵⁹ Aus dem *Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1936)*, 31.

⁵⁶⁰ Ebenda, 21.; AstL, *Neue Registratur, Ständestaat*, Sch. B 9, Programm der Festfolge zur Dollfuß-Denkmal-Einweihung am 24. Mai 1936 am Pöstlingberg.

⁵⁶¹ Mayrhofer/Katzinger, *Geschichte der Stadt Linz*, Bd. 2, 286.

⁵⁶² Grassegger, *Denkmäler des autoritären Ständestaates*, 505.

Programm zur Einweihung
des Dollfuß-Denkmal
am 24. Mai 1936 auf
dem Pöstlingberg
(AStL, Neue Registratur,
Ständestaat, Sch. B 9).



Festfolge

zur Dollfuß-Denkmal-Einweihung am 24. Mai 1936 am Pöstlingberg

6 Uhr: Weckruf durch Donnereschüsse
8—¹/₉ Uhr: Empfang der Gäste durch die Hauptgruppenleitung der NS. Döflingberg
¹/₉—9 Uhr: Aufstellung des Festzuges
9¹/₄ Uhr: Abmarsch zum Festgottesdienste

S e g g o t t e s d i e n s t

10 Uhr: Aufmarsch und Aufstellung am Denkmalplan. Begrüßung durch den Hauptgruppenleiter der NS. Döflingberg, Oberlehrer Heinrich Fattinger
Sprechchor der Jugend vom Döflingberg
Lied der Jugend, gesungen von allen jugendlichen Festteilnehmern
Festansprache des Herrn Landeshauptmannes und Landesleiters der NS. Dr. Heinrich Gleißner
Einweihung des Denkmals mit Ansprache des Pfarrers G. A. Georg Berndler
Übernahme des Denkmals in die Obhut der Stadtgemeinde durch Herrn Bürgermeister Dr. Wilhelm Bock
Bundeshymne und Ehrensalut! Hornruf!
Wimpelweihe der NS-Gruppe Döflingberg
Kranzniederlegung und Lied: Ich hatt' einen Kameraden
Defilierung und Abmarsch

Hier abtrennen und bis längstens 6. Mai 1936 zurücksenden an NS. Döflingberg, Tel. 6488, 3080

Anzahl der teilnehmenden Gäste: _____ Mit oder ohne Fahnen: _____
Mit oder ohne Musik: _____ Wieviel Fuhrwerke: _____
Bekanntgabe des Namens des Führers oder Kommandanten: _____
Besondere Wünsche: _____

Österreich!

Verlagerein. Nr. 2833 36

Als Auftakt der Verfassungsfeiern am 1. Mai 1937 fand am 29. April im Linzer Rathaus eine große Dollfuß-Gedenkfeier des Magistrats statt. Der „Schöpfer des neuen Österreich(s)“, der „Erneuerer unseres Vaterlandes“, der für seine Ideale auch Beispiel gewesen wäre, so Bürgermeister Bock, habe „uns das Vaterland wiedergegeben. Denken wir nur zurück an die Zeit, wo das alte Österreich zerfiel, wo wir nicht Mut fassen konnten, um wieder aufwärts zu steigen, wo wir politisch und wirtschaftlich im Niedergang waren und wo wir alle keinen Ausweg wußten. Der tapfere Frontoffizier, Kanzler Dollfuß, hat uns wieder Mut gegeben, indem er den Weg in die neue Zeit voranstürmte. Er hat uns unser Vaterland wiedergegeben. Er hat uns die große Vergangenheit Österreichs aufgezeigt und hat uns die Liebe zu unserem österreichischen Vaterlande eingepflanzt.“⁵⁶³

⁵⁶³ Dollfuß-Gedenkfeier im Rathaus. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. Mai 1937, 113.

Festkulturpolitik

Ebenso wie die Politik der Straßen(um)benennung und der Errichtung und Widmung von Denkmälern ist die Politik der öffentlichen Repräsentation des Regimes in Form von Festen und Feiern, Zeremonien und Kundgebungen, Stände- und Weihespielen als ein Versuch zu lesen, sich propagandistisch in den Stadtkörper einzuschreiben und durch regelmäßige Wiederholung des Festkanons dauerhafte Präsenz zu erlangen. Im Folgenden soll anhand der, der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung enteigneten und austrofaschistisch überformten 1.-Mai-Feiern, anhand „ständestaatlicher“ Verkleidungsspiele und „Ständehuldigungen“, anhand „vaterländischer“ Großkundgebungen zwecks Selbstvergewisserung der eigenen Klientel – insbesondere bei der Bauernschaft und der Jugend – sowie anhand „gesamtdeutscher“ und militaristischer Manifestationen ein exemplarischer Blick auf die Textualität austrofaschistischer Festkultur geworfen werden.

Bereits wenige Wochen nach dem 12. Februar 1934 begann man unter dem Vorsitz von Regierungskommissär Nusko und in Zusammenarbeit mit den Linzer Stadträten sowie mit dem Propagandaleiter der VF einen Plan für die festliche Gestaltung der 1.-Mai-Feiern auszuarbeiten.

Der Vortag des 1. Mai sollte zur Antithese der bisher gepflegten sozialdemokratischen Arbeiteraufmärsche werden. Dem „roten 1. Mai“ der Linzer Arbeiterschaft wurde ein „schwarzer 30. April“ des oberösterreichischen Landvolkes und der Bauernschaft entgegen gestellt; ein Tag, der zum „Bekenntnis der Treue gegenüber dem Führer der österreichischer Erneuerung“ – Bundeskanzler Engelbert Dollfuß – werden sollte.

In Zusammenarbeit aller „vaterländischen“ Organisationen gelang es, seit den frühen Morgenstunden des 30. April 1934 mit insgesamt 27 Sonderzügen neben den planmäßigen Zügen der Bundesbahn sowie mit Autobussen beziehungsweise auf dem Fußweg laut offiziellen Angaben rund 55.000 Teilnehmer zur – wie es hieß – bislang größten Veranstaltung dieser Art nach Linz zu bringen. Auf dem Bahnhofsvorplatz formierten sich die Züge, die – von Musikkapellen begleitet – durch die Landstraße marschierten. Am Balkon der Turnfesthalle auf dem Südbahnhof wurde unter Teilnahme von Bundeskanzler Dollfuß, Landeshauptmann Gleißner und den Spitzen der Stadt- und Landesregierung eine Feldmesse zelebriert. Anschließend brachte man die Festgäste auf die Promenade, wo vor dem Landhaus eine Tribüne für sie bereit stand. Dort nahm Dollfuß mit den Spitzen des Landes den dreistündigen Huldigungszug ab: An seiner Spitze marschierte eine Heimwehrkapelle und ein Bataillon von Wehrverbänden, gefolgt von Bannerträgern der Vaterländischen Front, des Heimatschutzes, der christlich-deutschen Turnerschaft, der Ostmärkischen Sturmscharen und des Freiheitsbundes. Daran anschließend defilierten der Bauernbund, der christliche Kleinhäuslerbund, das Präsidium der Landwirtschaftskammer, der Wald- und Grundbesitzerverband Oberösterreichs, der Verein christlicher Edelleute, eine Goldhaubengruppe, der Reichsbauernbund, das Präsidium des Handels- und Gewerbebundes, des Arbeitsbundes und der katholischen Frauenorganisation. Ihnen folgten Bundes- und Nationalräte, Landtagsabgeordnete, Vertreter der Handels- und Gewerbekammer, die Landes-Leitung der Vaterländischen Front, Vertreter der Ackerbauschule Ritzlhof sowie weiterer Haushaltungs-

schulen, Abordnungen der Bezirke und Gemeinden, Vertreter der Turnerschaft, der Reichsbündler, der Heimatschützer, der Kameradschaftsverbände, der Landesbeamten, der Bundesbahn-, Post- und Telegrafbeamten. Den Schluss bildeten die oberösterreichischen Frontkämpfervereinigungen.

Während der anschließenden Festversammlung auf dem mit 50.000 bis 60.000 Personen dicht gedrängten Franz-Joseph-Platz betonte der Obmann des Bauernbundes, Landesrat Mayerhofer, dass die Kundgebung als Beweis für die Treue der oberösterreichischen Bauernschaft und des Landvolkes zu Bundeskanzler Dollfuß zu werten sei. Die Großkundgebung des „Neuen Österreichs“ endete mit einem Empfang im Rathaus.⁵⁶⁴



Bauernaufmarsch mit Festversammlung auf dem Linzer Hauptplatz am 30. April 1934 (Foto: AStL, Dokumentation).

⁵⁶⁴ Der Bauernaufmarsch vor dem Bundeskanzler in Linz. Rund 55.000 Teilnehmer an der Vaterländischen Kundgebung. In: Tages-Post. Mittagblatt vom 30. April 1934; Den illegalen Linzer Nationalsozialisten, die beabsichtigt hatten, die Bauernkundgebung im großen Stil zu stören, gelang es aufgrund der massiven Polizeiüberwachung nicht, mit ihren vereinzelt geglückten Hakenkreuzschmierereien, Hakenkreuzstreunungen und kleineren Sprengstoffanschlägen an der Peripherie der Stadt den erfolgreichen Verlauf der Kundgebung zu beeinträchtigen. Dostal, Das „braune Netzwerk“ in Linz, 61 f.

Am Vormittag des 1. Mai 1934 – dem Tag der Verkündung einer neuen Verfassung für den „christlichen Bundesstaat auf ständischer Grundlage“ – folgte am Franz-Joseph-Platz ein Aufmarsch der bewaffneten Formationen, zu dem die Spitzen der Behörden geladen waren. Am Nachmittag wurde ein Volksfest im Volksgarten organisiert, das ganz im Zeichen einer gewissen „Fürsorgenote“ stehen sollte: So waren die vorgeschriebenen Preise an der Würstelecke, am Kaffee- und Tortenstand bewusst niedrig gehalten. Für die Arbeitslosen wurde eine eigene Ausspeiseaktion eingerichtet. Für die Kinder gab es ein Kasperltheater, für die Erwachsenen Schießstätten und einen Juxverkaufsstand.⁵⁶⁵

Fanfaren markierten den Beginn eines ganz im Zeichen einer naiven Klassenversöhnungs-
imagination stehenden „Ständespiels“, das unter der konzeptionellen und organisatorischen
Leitung des Bundesstaatlichen Volksbildungsreferenten für Oberösterreich, den Obmann
des Oberösterreichischen Heimatvereins und Kulturreferenten der Vaterländischen Front,
Adalbert Depiny, stand:⁵⁶⁶

„Es haben sich Bauer und Bürger verkannt,
Muß anders werden im Vaterland!
Die Heimat lieben im Grunde sie beide,
Gehören zusammen in Freud und im Leide!“⁵⁶⁷

Die öffentlich in Szene gesetzte „ständestaatliche“ Wunschvorstellung einer Klassen respektive „Stände“ übergreifenden Versöhnung der gesellschaftspolitischen Antipoden von „Land“ und „Stadt“, von Volkskultur und intellektueller Elitenkultur, wurde durch den „Bauern“ auf der einen, den „Doktor“ auf der anderen Seite spielerisch repräsentiert.

Der Doktor:

„Dieselbe Heimat ist uns gemein,
Des Herrgotts gleicher Sonnenschein!
Ob der eine mit dem Geiste schafft,
Der andere mehr mit der Hände Kraft,
Ob einer Führer oder Knecht,
Macht ihn nicht gut, macht ihn nicht schlecht,
Nur ob sein Wirken treu und recht,
Zum Heile ist dem Vaterland,
Das einzig adelt Mann und Stand.
Dran müssen alle fest wir halten,
Wenn wir die Zukunft wollen gestalten.“⁵⁶⁸

⁵⁶⁵ AStL, Neue Registratur, Ständestaat, Sch. B 5, Protokoll über die am 21. April i. J. stattgefundene Besprechung betr. Festlichkeit am 1. Mai 1934.

⁵⁶⁶ Zu einer biografischen Skizze des Volkskundlers Depiny siehe: Slapnicka, Führungsschicht 1918–1938, 62 f.; zur „Ständehuldigung“ 1934 in Wien, die in manchem Vorbild für den Linzer „Ständezug“ des 1. Mai 1935 war, siehe: Henz, 1. Mai 1934 sowie Suppanz, „Österreicher, lernt eure Geschichte!“, 173 ff.; zur Dramaturgie und Interpretation der religiös-militärisch-folkloristisch-historischen Inszenierungen des „Tages des Neuen Österreichs“ in Wien im Spiegel der austrofaschistischen Wochenschauberichte siehe: Mattl, Der Tag des Neuen Österreich, 182–193.

⁵⁶⁷ Depiny, Ein Ständespiel, 6.

⁵⁶⁸ Depiny, Ein Ständespiel, 9.

Der ständischen Eintracht zwischen den einsichtigen Bürgern der Stadt und der Bauernschaft folgte ein Appell an die Arbeiterschaft, sich diesem Versöhnungsreigen anzuschließen.

Der Doktor:

„Der Mai streut Blüten über die Erde,
Auch unserer Heimat der Frühling werde!“

Der erste Bürger zum Arbeiter:

„Willkommen, Bruder! So nenn' ich dich gern,
Standst uns schon allzulange fern!“

Der Arbeiter:

„Was hilft mir deine Brüderlichkeit,
Das Leben ist bitter und hart die Zeit!“

Der zweite Bürger:

„Arbeiter, darfst nicht draußen stehn,
Wenn wir ins neue Vaterland gehn!“

Der Doktor:

„Viel Unrecht, Verkennung hast du erfahren
In deines Standes Werdejahren,
Wir aber knüpfen ein neues Band
Von Stand zu Stand durchs Vaterland!“

Der Arbeiter:

„Ich kenne das schwielige Arbeitsleben,
Willst du zum Trost mir Worte geben?
Verlockend klingen sie, wie es auch sei,
Doch seid ihr wirklich vom Eigennutz frei?“

Der Doktor:

„Nichts wollen wir, als daß jeder Stand
Mitbauen hilft am Vaterland,
Daß billig Recht ihm werde und Ehr,
Daß zusammen wir halten in Not und Beschwer!
Wir wollen nicht Kampf, wir wollen den Frieden,
Soweit es uns Menschen vergönnt hienieden.“

Die Lage der Arbeiterschaft analysierend, setzte der intellektuelle Herr Doktor nach:

„Deine Not ist ein Ausfluß böser Zeiten,
Wir wollen ihnen ein Ende bereiten!
Fabriken erstanden und Schlote rauchten,
Die Menschen Verstand nur, das Herz nicht gebrauchten.
Die Technik erdachte Wunderwerke,
Doch fehlte des Lebens tiefste Stärke:
Der Glaube an Gott, die Ehrfurcht, die Liebe
Versank in der Selbstsucht Hast und Getriebe;
Ward Großes geschaffen, doch niemand beglückt,

Verkürzt der Arbeiter und bedrückt.
Wir haben das fressende Übel erkannt,
Die Selbstsucht aus unserem Bunde verband,
Gerechtigkeit ist unser starkes Band
Und die blühende Liebe zum Heimatland.“

Daraufhin erwiderte der einsichtig gewordene Arbeiter:

„Ich will es versuchen, zu euch mich zu stellen,
Geht's gegen des Eigennutz schmutzige Wellen.
Im Ohre erzittert mir leiser Klang,
Wie einst von der Heimat die Mutter mir sang.“⁵⁶⁹

Schließlich konnte auch noch unter intellektueller Regie dem Arbeitslosen die Versöhnungshand gereicht werden.

Der Doktor:

„Bist unser Bruder, gib mir die Hand,
Wir bauen auch dir das Vaterland.“⁵⁷⁰

Im Anschluss an das „Happy End“ des „Ständespiels“ inszenierte der Volksbildner Hans Commenda mit der Aufführung von Volkstänzen die Vision eines gemeinsamen gesellschaftlichen Ganzen, das – ganz ohne Klassegegensätze – in die folkloristische Tradition oberösterreichischer Landesidentität eingebunden war. Die musikalische Umrahmung der ersten „ständestaatlichen“ 1.-Mai-Feier besorgte die christliche Kolpingkapelle einerseits, eine Heimwehrkapelle andererseits. Schrammelmusik geleitete in die Abendunterhaltung im Garten des Volksgartenrestaurants, in dessen Saal der Tag mit einem Tanzabend ausklang.⁵⁷¹ Gemäß einer Weisung der Bundesregierung sollte der 1. Mai 1935 im ganzen Land als „Tag des neuen Österreichs“ feierlich begangen werden. Am Vorabend – dem 30. April – wurde in Linz ein großer, mit einem militärischen Zapfenstreich eingeleiteter Fackelzug abgehalten, an dem Militär, Gendarmerie, Wehrverbände, Schulen, Gebiets-Dienststellen und Betriebsorganisationen der Vaterländischen Front sowie weitere „vaterländische“ Verbände und Vereinigungen teilnahmen. Der Zug bewegte sich über die Landstraße zum Franz-Joseph-Platz, wo Landeshauptmann Gleißner eine Ansprache hielt.

Ein militärisches Reveille weckte die Linzer am Morgen des 1. Mai. Das katholische folgte um 9 Uhr mit einem Festgottesdienst im Dom. Im Anschluss daran formierte sich unter Anleitung des Kulturreferenten der Vaterländischen Front, Depiny, der „1.-Mai-Aufmarsch“ als „Ständezug“, mit dem die Verbundenheit aller „Stände“ mit dem neuen Staat sinnfällig zum Ausdruck gebracht werden sollte: Allen voran schritten, von einer Studentenkapelle begleitet, die Fahnen schwingenden Jugendverbände. Ihnen folgte eine Abordnung der katholischen Kirche, der Kunst und der Wissenschaft, die durch zahlreiche Lehrer repräsentiert war. Danach schritten die Standesvertreter der Industrie und des Bergbaues, musika-

⁵⁶⁹ Ebenda, 10 f.

⁵⁷⁰ Ebenda, 13.

⁵⁷¹ AStL, Neue Registratur, Ständestaat, Sch. B 5, Protokoll über die am 21. April l. J. stattgefunden Besprechung betr. Festlichkeit am 1. Mai 1934.

lich bestärkt durch die Kapelle Wolfsegg. Dann marschierte das Gewerbe und das Handwerk mit der Straßenbahnerkapelle, gefolgt vom Geld-, Kredit- und Versicherungswesen, den Freien Berufen, der Landwirtschaft und dem öffentlichen Dienst, der von den Musikkapellen der Post und der Eisenbahn begleitet wurde. Den Abschluss des Festzugs bildeten Abordnungen der Wehrverbände samt Heimatschutzkapelle. Ziel des „Ständezugs“ war der Franz-Joseph-Platz, wo die Führer eines jeden „Standes“ dem „Führer des Landes“, dem Landeshauptmann, „die Treue in die Hand“ gelobten:⁵⁷²

Betonten die Vertreter der katholischen Kirche die christlich-deutsche Identität des Landes, so versicherten die Vertreter der „Stände“ des Handels und des Verkehrs, des Geld-, Kredit- und Versicherungswesens sowie der freien Berufe, dass künftig das Geld nicht mehr herrschen, sondern dienen solle: Nicht die Gewinnsucht, sondern das Gemeinwohl solle im Mittelpunkt stehen. Der „Stand“ der Land- und Forstwirtschaft gelobte, das Volk stets mit Nahrung zu versorgen.⁵⁷³ Der „Stand“ Industrie und Bergbau gelobte, fern von (proletarischem) Klassenhass und (kapitalistischem) Eigennutz den „Weg zur Volksgemeinschaft“ finden zu wollen. Der „Stand“ Handel und Verkehr war davon überzeugt, dass wenn „bodenständige Kräfte ihn führen, Dem Handel ständische Ehren gebühren“.⁵⁷⁴ „Durch die Jahrhunderte ohne Wanken / Trug unser Stand den Staatsgedanken [...] Wir hielten dem alten Staate die Pflicht, / Wir brechen dem neuen die Treue nicht“, gelobte der „Stand“ öffentlicher Dienst auch dem neuen Regime Loyalität.⁵⁷⁵

Die „Erziehung“ gelobte:

„Der Lehrer setzt Saaten der Zukunft aus,
Gemeinsam mit Kirche und Elternhaus
Pflanzt Gottesfurcht und Freude zur Pflicht
Und Heimatverbundenheit innig und schlicht.“⁵⁷⁶

Und die „Kunst“ versicherte:

„Die Kunst aus heimischem Volkstum blaut,
Der Welt sind Österreichs Meister vertraut.
Zu Volk und Vaterland stehn auch wir Neuen
Im frohen Glauben, in alten Treuen.
O Heimat, an seelischem Gute so reich,
Wir helfen dich bauen, Neuösterreich!“⁵⁷⁷

Laut Linzer Volksblatt waren am Tag der Verfassungsfeier am 1. Mai insgesamt rund 14.000 bis 15.000 „vaterländisch“ gesinnte Linzer aufgeboten.⁵⁷⁸ Nach Abschluss des „Ständezugs“ kehrten die Gruppen der unterschiedlichen „Stände“ zu ihren ursprünglichen Aufstel-

⁵⁷² 1. Mai – „Tag des neuen Oesterreich“. In: Linzer Volksblatt vom 29. April 1935.

⁵⁷³ Depiny, Die Ständesprüche, 5 ff.

⁵⁷⁴ Das Wort „bodenständig“ ist als eine antisemitische Chiffre für die „jüdische Durchdringung und Zersetzung“ des Handels zu lesen. Depiny, Die Ständesprüche, 6.

⁵⁷⁵ Ebenda, 8.

⁵⁷⁶ Ebenda, 5.

⁵⁷⁷ Ebenda.

⁵⁷⁸ Das Volk von Linz feiert den Verfassungstag. In: Linzer Volksblatt vom 2. Mai 1935.

lungsplätzen zurück. Zu Mittag organisierten städtische Volksküche und Bundesheer an zwölf verschiedenen Stellen der Stadt eine Gulaschaktion für Bedürftige. Nach den Richtlinien des Fürsorgeamts des Magistrates wurde an zirka 14.000 Personen mit gültigem Winterhilfsausweis Gulasch und Brot ausgegeben. Der Nachmittag klang mit einem Volksfest im Volksgarten „zu ganz niedrigen Eintrittspreisen“ aus.⁵⁷⁹

Zwischen 11. und 20. August 1935 wurde in Linz der 15. Bundestag des Reichsbunds der katholischen deutschen Jugend Österreichs abgehalten. Der Bundestag sollte Zeugnis über die Aufbauarbeit „im neuen, katholischen Österreich“ ablegen und der katholischen Jugend ein „Bekanntnistag“ sein, an dem sie ihre Glaubens- und Vaterlandstreue sowie ihre „Volkeshiebe“ öffentlich demonstrieren konnte. Das reichhaltige Programm umfasste neben der Reichsbund-Ausstellung „Jugend im Volk“ im Volksgarten auch die Bundesleitungstagung. Es wurden Vorträge, Referate, Sprechkreise und Aussprachen unter anderem zu Themen der Jugendseelsorge, Jugendführung, Erziehung und Familie veranstaltet. Man organisierte Aufmärsche und Festappelle, Gemeinschaftsmessen, eine „Dr. Engelbert-Dollfuß-Gedächtnisfeier“, Abendandachten und sonstige Abendveranstaltungen, eine Dampferfahrt und Freudenfeuer. Höhepunkt des Veranstaltungsreigen war am 15. August „Das große Theater“ im Stadion: Bei diesem „Fest der Buben“ wurde ein Wettstreit der Länder organisiert, ebenso wie „Allerlei Lustiges“: Menschen-Schubkarrenfahren, Fasselscheiben, Sacklaufen, Würstelschnappen, Völkerball-Wettspiele mit anschließendem Schlussappell. Krönender Abschluss des Tages war ein Empfang beim Bischof. Am 18. August wurde ein Festzug durch die Stadt mit anschließendem Festakt am Franz-Joseph-Platz und einem „Gelöbnis der Jugend“ abgehalten.⁵⁸⁰

Auch die Aufführung eines „Deutschen Weihespiels“ durfte nicht fehlen: Das Spiel „Das Heiligtum“ von Theodor Seidenfaden handelte von einem König, der seinen Bürgern die Freiheit gab, nach eigenem Gutdünken am Heiligtum des Volkes – dem „Dom“ – zu bauen. So baute man 20 Jahre lang am neuen Wahrzeichen der Hauptstadt. Doch an Stelle des ersehnten Tempels entstand ein Tollhaus. Denn jeder wollte Bauherr, keiner Arbeiter oder Geselle sein. Da dem Ganzen die Führung fehlte, und Zwietracht sich zum Gesetz erhob, empörte sich am Weihetag das Volk über das Chaos und brannte „in toller Revolution das Irrenhaus nieder“. In der Nacht nach dem Aufruhr erschien der Schutzgeist (Genius) des Volkes dem König und wies ihn auf den rechten Weg: „Da ward es still im Lande, und zum Volke wuchs, was vorher wirre Wege lief und tobte. Der Einheit Ring schlang sich geheim um Pflug und Feder, Gold und Eisen wurden Brüder.“ So gelang es dem König in kurzer Zeit, das nationale Heiligtum – den „Dom“ – als Sinnbild eines einigen und heiligen Volkes zu vollenden.⁵⁸¹

Eine Großkundgebung, die den deutschen Charakter des „Neuen Österreichs“ betonen sollte, fand anlässlich der Saar-Abstimmung im Deutschen Reich statt:

⁵⁷⁹ 1. Mai – „Tag des neuen Oesterreich“. In: Linzer Volksblatt vom 29. April 1935.

⁵⁸⁰ Bundestag Linz 1935; 15. Bundestag des Reichsbundes der katholischen deutschen Jugend Österreichs, Linz, 11.–20. August 1935, Ausweis für den Festteilnehmer. Linz 1935.

⁵⁸¹ 15. Bundestag des Reichsbundes der katholischen deutschen Jugend Österreichs, Linz, 11.–20. August 1935, Ausweis für den Festteilnehmer, Linz 1935, 6.

Am 15. Jänner 1935 veranstaltete der Gau Linz der VF eine Großkundgebung auf dem Linzer Franz-Joseph-Platz, anlässlich der Landeshauptmann Gleißner daran erinnerte, dass Österreichs beste Truppen einst im Westen gekämpft hatten, wo nun an der Saar der Volkstumsgedanke sich siegreich zeige. Zugleich zog Gleißner einen Trennstrich zum Nationalsozialismus. Die Kluft zwischen Österreich und Deutschland wäre auf die „fanatische Parteiideologie“ zurückzuführen: „Wir dürfen heute auf gar keinen Fall mehr rütteln an der Freiheit dieses deutschen Staates Österreich, wenn wir ihn nicht in neue Erschütterungen bringen oder ihn dem Verlust seines staatlichen Eigenlebens unter Fremdherrschaft preisgeben wollen.“ Die Aufgabe des „Neuen Österreichs“ sah Gleißner in seiner „Brückenfunktion“ zwischen Ost und West: „Wie das Saarland eine Brücke darstellt zwischen Frankreich und Deutschland, kann auch das deutsche Österreich Kernpunkt einer kulturellen und wirtschaftlichen Gemeinschaft für Mitteleuropa, der Ausgangspunkt für Befriedung des ganzen Erdteiles werden.“⁵⁸²

Ausdruck verstärkter propagierten militärischen Geistes und militaristischer Gesinnung war die am 17. Oktober 1937 abgehaltene „vaterländische“ Kundgebung „Volk und Heer“. Zu diesem großen „Landesfest“ waren alle Bezirkshauptleute, Bezirks- und Ortsführer der VF sowie alle Bürgermeister Oberösterreichs nach Linz geladen. Mit Sonderzügen aus Steyr, Wels und dem Kremstal erreichten bereits in den frühen Morgenstunden viele tausende Menschen die Landeshauptstadt. Ab 10 Uhr hielten Bundeskanzler Schuschnigg und Landeshauptmann Gleißner auf dem dicht gefüllten Franz-Joseph-Platz ihre Festansprachen. Als Höhepunkt des Festes übergab Gleißner die von der Bevölkerung des Landes gespendete Flugstaffel dem Staatssekretär für Landesverteidigung, General der Infanterie Wilhelm Zehner. Dem folgte ein fast zweistündiger Vorbeimarsch der militärischen Formationen und „Stände“. Am Nachmittag fand auf dem Linzer Flugplatz die Weihe der fünf Flugmaschinen (Aufklärer, Caproni, Breda und Doppeldecker) statt, die nach den fünf größten Städten Oberösterreichs – Linz, Steyr, Wels, Gmunden und Ried im Innkreis – benannt wurden. Nach Angaben der Polizei verfolgten mehr als 40.000 Zuschauer die anschließenden Kunstflugvorführungen.⁵⁸³

Neben dem landespatriotischen Schulterchluss stand die Kundgebung ganz im Zeichen der Werbung um die Jugend beziehungsweise um das im Aufbau befindliche Österreichische Jungvolk, dessen oberösterreichische Führerschaft ihren Landesappell der einen Tag zuvor, am 16. Oktober, in Linz abgehalten hatte. Zu Beginn der Werbeoffensive im Oktober 1937 verfügte das Jungvolk österreichweit angeblich über 130.000 Buben und Mädels, die in 1.800 Ortsgruppen organisiert waren. Als quasi erste große „Heeresschau“ paradierten 2.700 Angehörige des oberösterreichischen Jungvolks während der Kundgebung „Volk und Heer“ vor Bundeskanzler Schuschnigg.

Im Österreichischen Jungvolk sollte die Jugend zu einer harten Generation mit strenger Disziplin, patriotischem Geist und „echtem Soldatentum“ erzogen werden; „zu vaterland-

⁵⁸² Slapnicka, Oberösterreich zwischen Bürgerkrieg und „Anschluß“, 206.

⁵⁸³ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1937), 21.

streuen Kämpfern für Gott, Volk und Heimat“,⁵⁸⁴ die nur ein Ziel kennen: Die Ehre, Freiheit und Größe Österreichs.⁵⁸⁵ Österreichs Jugend solle Gott geben, was Gottes sei, ihr „deutsches Volkstum“ pflegen, die Autorität anerkennen und aus dem Geist der Kameradschaft soziale Gerechtigkeit und ausgleichende Hilfsbereitschaft schöpfen.⁵⁸⁶

Anlässlich des Landesappells der oberösterreichischen Führerschaft des Österreichischen Jungvolkes am 16. Oktober hob Landesstatthalter Heinrich Wenninger die Aufgaben der Jugendführung hervor: Die wehrpolitische Aufgabe des Jugendführers bestünde darin, in der Jugend die Überzeugung zu wecken, dass „wehrlos gleich ehrlos“ wäre. Angesichts der Tatsache, dass es trotz der „berufsständischen Ordnung“ weiterhin soziale Gegensätze geben werde, sah Wenninger die sozialpolitische Aufgabe der Jugenderziehung darin, durch die Schaffung von gegenseitigem Verständnis diese Gegensätze verringern und ausgleichen zu helfen. Die staatspolitische Aufgabe der Jungvolkführer lag darin, die Erziehungsaufgaben der Schule zu ergänzen. Eine religiöse Erziehung wäre unerlässlich, um der Jugend Werte von Gut und Böse in Herz und Gewissen zu verankern: „Die Jugend muß das bequeme Leben verachten lernen, damit diese Ziele erreicht werden“, so der Landeshauptmann-Stellvertreter.⁵⁸⁷

„Der bolschewistische Massengedanke, in dem der einzelne für sich selbst keinen Halt mehr finden kann, entspricht nicht unserer Auffassung. Die Sicherung unserer Kultur gegen jede Umsturzgefahr, ja der künftige Friede Europas hängt von unserem Festhalten an den gemeinsamen christlichen Grundlagen des Abendlandes ab“, ergänzte Landeshauptmann Gleißner.⁵⁸⁸

Zur Realisierung dieser Erziehungsideale und zur Schaffung eines „jugendhaft-soldatischen Menschen“ wurde auch die Lehrerschaft herangezogen.⁵⁸⁹ Am 24. Juni 1937 fand im Linzer Stadion die erste vormilitärische Übungsschau der öffentlichen Volks- und Hauptschulen statt, an der über 4.000 Schüler teilnahmen. Damit sollten schon im ersten Jahr der Einführung der vormilitärischen Übungen der Beweis erbracht werden, dass die im Lehrplan festgesetzten Ziele erreichbar wären. Der Übungsschau wohnten der Bürgermeister als Vorsitzender des Stadtschulrates sowie Vertreter des Landes und des Bundesheers bei.⁵⁹⁰

Ganz im Geiste der „Erneuerung der Gemeinschaft“ stand 1937 das im nur wenige Kilometer von Linz entfernten Ottensheim aufgeführte „Nibelungenspiel“. Am Ufer des „Nibelungenstromes“ demonstrierte in prächtigen Freilichtinszenierungen eine „bodenständige Spielschaft“ unter der Leitung des örtlichen Oberlehrers vor tausenden Besuchern die Erneuerung des alten Volksspiels.⁵⁹¹ Da sich das Nibelungenlied weder in Übersetzungen noch in den damals vorhandenen Bearbeitungen für ein Laienspiel eignete, adaptierte es Adalbert

⁵⁸⁴ Die Junge Front, Nr. 2, Linz, den 19. Oktober 1937.

⁵⁸⁵ Die Junge Front, Nr. 4, Linz, den 23. Oktober 1937.

⁵⁸⁶ Die Junge Front, Nr. 1, Linz, den 18. Oktober 1937.

⁵⁸⁷ Die Junge Front, Nr. 2, Linz, den 19. Oktober 1937.

⁵⁸⁸ Ebenda.

⁵⁸⁹ Ebenda.

⁵⁹⁰ Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz (1937), 57.

⁵⁹¹ Ebenda, 51.

Depiny für die Ottensheimer Spieler, die „froh und treu auf der Scholle stehen, die auch schon dem Nibelungendichter und seinem Lied der Treue Heimat war.“⁵⁹² Gemäß Depiny sollte das Laienspiel – das Singen und Sagen von Laien – „Ausdruck für das Tiefste sein, das ihnen als Treue und Liebe, als Hoffnung und Glauben in der Seele wohnt“.⁵⁹³ Das „Nibelungenspiel“ sollte nicht nur „innere Freude und Volksverbundenheit“ bereiten, sondern auch einen „Weg in die seelische Heimat“ eröffnen.⁵⁹⁴

Das Publikum konnte aber durchaus auch Parallelen zum zeitgenössischen Geschehen herstellen. Etwa als Siegfrieds Recken nach dessen heimtückischer Ermordung ausriefen: „Er führte uns treu in Not und Streit, / Nun hüllt ihn der Schleier der Ewigkeit! / Wir bleiben führerlos zurück / Und selbst des Trostes kleinstes Stück / Ist uns versagt: den Mörder zu finden, / In dornige Todesfessel zu winden.“⁵⁹⁵ Und Siegfrieds treue Recken weiter: „Unser Leben lang den Toten wir ehren, / Vertrauen der Zukunft das Rachebegehren.“⁵⁹⁶

Der Nachspruch des Ansagers hob noch einmal die zeitlose Aktualität des alten Liedes hervor:

„Wie es im alten Lied beschrieben.
 Das Leben ist sich gleich geblieben,
 Derselbe Kampf gegen Schicksals Spiel,
 Dasselbe Wandern zum ewigen Ziel.
 Wie dem alten Dichter der Nibelungen
 Hat die Heimat auch uns das Herz bezwungen.
 Hoch gehen die Wogen, wirr tobt der Sturm,
 Wir schützen die Heimat und stehen als Turm!
 Wir tragen hinein ins Leben aufs neue
 Der Heimat die Nibelungentreue!
 Wie die Nacht des Tages Leuchten trinkt,
 Ein jeder von uns einst müde sinkt!
 Die Blumen verblühen und wir vergehn,
 Doch Heimat und Volk, ihr sollt bestehn!“⁵⁹⁷

⁵⁹² Depiny, Die Nibelungen, Vorwort.

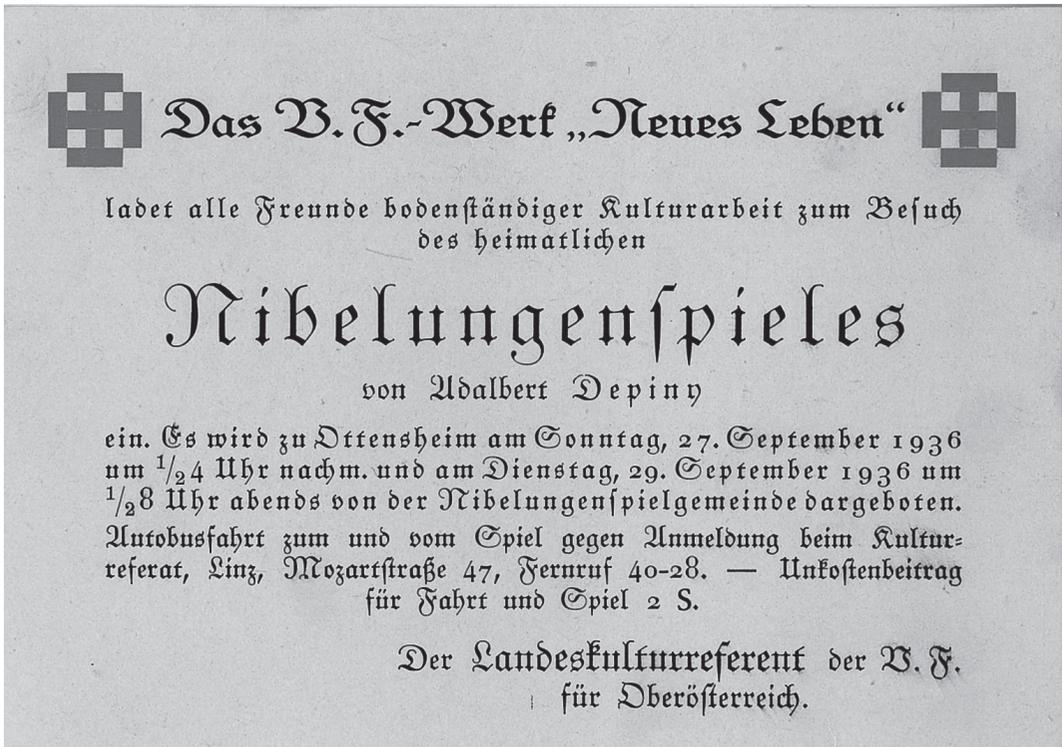
⁵⁹³ Ebenda.

⁵⁹⁴ Ebenda.

⁵⁹⁵ Ebenda, 43.

⁵⁹⁶ Ebenda, 44.

⁵⁹⁷ Ebenda, 106 f.



Einladungskarte für das Nibelungenspiel von Albert Depiny 1936 in Ottensheim (ASTL, Neue Registratur, Ständestaat, Sch. B 9).

„Kochende Blase in einem ruhenden Gefäß“: Zum Scheitern der austrofaschistischen Integrations- und Kohäsionspolitik

Wir befinden uns heute in einer Epoche der „Historisierung“. Dies nicht nur, weil auch die letzten der damals aktiven Zeitzeugen in wenigen Jahren nicht mehr zu den Lebenden zählen werden. Auch seitens der (Geschichts-)Politik findet ein Prozess der Historisierung statt. So stand etwa ein von den damals Ersten und Zweiten Präsidenten des Nationalrats – Andreas Khol und Heinz Fischer – initiiertes, und vom Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung sowie vom Karl von Vogelsang-Institut zur Erforschung der Geschichte der christlichen Demokratie nicht nur großkoalitionär organisiertes, sondern auch ebenso besetztes Symposium „Österreich 1934“ im Wiener Parlament 2004 ganz im Zeichen der „Historisierung der Ereignisse“ des 12. Februar 1934 samt ihrer Vorgeschichte und ihren Wirkungen.⁵⁹⁸

⁵⁹⁸ Khol, Einführende Worte, 16.

Da es in den Geschichtswissenschaften weniger um die Frage nach „Schuld und Sühne“ als um die Analyse von Ursachen und ihren Wirkungen sowie um Erklärungs-, Einordnungs- und Interpretationsbemühungen gehen sollte, ist der von Andreas Khol – sicherlich stellvertretend auch für andere – auf dem besagten Symposium formulierte Standpunkt, dass nämlich die „Frage der Schuld [...] heute nicht mehr wirklich zu klären“ sei,⁵⁹⁹ nicht nur aufgrund der in einer nicht moraltheologisch ausgerichteten Geschichtswissenschaft so nicht aufzuwerfenden Fragestellung zurückzuweisen, sondern auch in Hinblick auf die sehr wohl ganz genau festzumachenden Ursachen-, respektive Verantwortungs- und Folgerelationen des „Staatsstreichs auf Raten“ und seiner innen- sowie außenpolitischen Folgen zu problematisieren. Auch wenn im Sinne einer Erinnerung durch ein „kaltes Gedächtnis“, also einer historischen Erinnerung ohne die Emotionen der Betroffenen, für Andreas Khol „die Fakten [...] außer Streit“ stehen, scheint dies für die Interpretation eben dieser Fakten bis heute nicht in demselben Ausmaß der Fall zu sein, was allein schon in der fast unerschöpflichen Fülle der Bezeichnungen und der dahinter liegenden divergierenden konzeptuellen und methodischen Zugänge für das politische System zwischen 1933/34 und 1938 augenscheinlich zum Ausdruck kommt:

Finden sich auf der einen Seite der Skala Regimebezeichnungen, die um den Begriff und das Konzept des Autoritarismus kreisen, wie etwa „autoritärer Staat“⁶⁰⁰, „autoritäres Regime“⁶⁰¹, „autoritäres Notstandsregime“⁶⁰², „Autoritätsstaat“⁶⁰³ oder auch „autoritärer Ständestaat“⁶⁰⁴, so kreisen an deren anderem Ende die terminologischen und strukturanalytischen Fassungsbemühungen um den Begriff und Interpretationsansatz des Faschismus, wie er etwa in den Bezeichnungen des politischen Systems als „Austrofaschismus“,⁶⁰⁵ „Klerikal-Faschismus“⁶⁰⁶ bzw. „Kleriko-Faschismus“,⁶⁰⁷ „Konkurrenzfaschismus“,⁶⁰⁸ „Imita-

⁵⁹⁹ Ebenda, 15.

⁶⁰⁰ Zum Beispiel: Holtmann, *Zwischen Unterdrückung und Befriedung*, 11 ff.

⁶⁰¹ Ableitinger, *Autoritäres Regime*, 209 ff.

⁶⁰² Bracher, *Nationalsozialismus, Faschismus und autoritäres Regime*, 1 ff.

⁶⁰³ Kluge, *Der österreichische Ständestaat*, 7.

⁶⁰⁴ Staudinger, *Christlichsoziale Partei*, 65 ff.

⁶⁰⁵ Entweder mit oder ohne distanzierenden bzw. relativierenden Anführungszeichen: „Austrofaschismus“. Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur; *Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur*; Holzer, *Erscheinungsformen des Faschismus*, 137 ff. Einige Autoren verwendeten den Begriff „Austrofaschismus“ nicht als eine Bezeichnung für das gesamte politische System, sondern reduzierten ihn auf den Heimwehfaschismus: Jedlicka, *Die österreichische Heimwehr*, 177 ff.; Stuhlpfarrer, *Austrofaschismus*, 59 ff.

⁶⁰⁶ Siegfried, *Klerikal-Faschismus*. Seine Analyse, die sich im Wesentlichen nur bis zum Jahr 1934 erstreckt, verwendet den Begriff zur Charakterisierung eines faschistischen Herrschaftssystems, dass – ähnlich wie in Deutschland und Italien – auf die krisenhafte Gefährdung der kapitalistischen Reproduktion zwecks Sicherung der kapitalistischen Mehrwertproduktion und dem damit einhergehenden Bemühen um die Senkung der „sozialen Kosten“ mit der Zerschlagung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und der Interessenverbände der Lohnabhängigen reagiert. Dass dieser Aspekt nur einer von mehreren Merkmalen des Faschismus ist, bleibt dabei ebenso unberücksichtigt, wie die Problematisierung der so nicht zutreffenden „Herrschaft des Klerus“, wie er in dem, bereits von Zeitgenossen polemisch verwendeten Begriff „Klerikal-Faschismus“ zum Ausdruck kommt.

⁶⁰⁷ Gulick, *Österreich von Habsburg zu Hitler*, 126 ff.

⁶⁰⁸ Kerekes, *Abenddämmerung einer Demokratie*, 114; Holzer, *Erscheinungsformen des Faschismus*, 111; Momm- sen, *Theorie und Praxis des österreichischen Ständestaates*, 176, 183.

tionsfaschismus“,⁶⁰⁹ ja sogar als „Präventivfaschismus“⁶¹⁰ zum Ausdruck kommt. Die Ungenauigkeit der verwendeten Begriffe wird dabei durch inhaltliche Überschneidungen zwischen den wissenschaftlichen Konzepten von Autoritarismus und Faschismus weiter verstärkt.⁶¹¹

⁶⁰⁹ „Fehlten so alle Züge des Faschismus? Das gewiß nicht. Die österreichische Diktatur basierte auf dem Bündnis von autoritären Christlichsozialen mit der in wesentlichen Teilen faschistischen Heimwehr, der das wichtige Sicherheitsressort anvertraut war. Und die Heimwehr, nach dem 12. Februar und 25. Juli 1934 im Strahlenkranz des Sieges, überbot sich in ihrer faschistischen Rhetorik. Das gab dem ganzen Regime einen faschistischen Anstrich. Aber im Kern handelte es sich um ein faschistisch verkleidetes autoritäres Regime, um einen Imitationsfaschismus; bestenfalls um eine halbfaschistische, autoritäre Diktatur. Das Zentrum der Macht lag beim Bundeskanzler, doch weder Dollfuß noch Schuschnigg schmückten sich in ihren Selbstaussagen mit der faschistischen Maske.“ Hanisch, *Der lange Schatten*, 313.

Siehe auch: Hanisch, *Der politische Katholizismus*, 69. In diesem Zusammenhang zitierte Ernst Hanisch auch Hermann Göring, der am 2. Februar 1937 an Staatssekretär Guido Schmidt schrieb, dass Österreich „in der eigenen Staatsstruktur genau alles dem deutschen Nationalsozialismus nachmacht, das heißt die gleichen Formen findet, die gleichen Organisationen, die gleichen Ausdrücke, die gleichen Satzungen, die gleichen Methoden nur mit umgekehrten Vorzeichen [...] man brauche in Österreich nur statt des Krukenkreuzes das Hakenkreuz zu setzen und statt des Wortes vaterländisch nationalsozialistisch, so wäre in Österreich das lebendige Spiegelbild von Deutschland vorhanden.“ *Der Hochverratsprozeß gegen Dr. Guido Schmidt*, 307, zitiert bei: Hanisch, *Der lange Schatten*, 213 f.

Bei aller aner kennenswerten Kreativität in der Findung von Neologismen bleibt beim Begriff des Imitationsfaschismus – trotz der damit klar zum Ausdruck kommenden Nachahmungs- und Übernahmebemühungen des „Dollfuß-Schuschnigg-Regimes“ von beispielsweise ideologischen, organisatorischen und repräsentativen Elementen des italienischen und nationalsozialistischen Vorbildes – doch die Frage, ob ein Regime, das mit der Etikette „Imitationsfaschismus“ gekennzeichnet wird, nur „äußerlich“ ein „tatsächlich“ faschistisches Regime zu imitieren versuche, ohne es „wesenhaft“ zu sein, oder ob die „Imitationsfaschisten“ Strukturelemente benachbarter und als vergleichbar erachteter Regime deshalb zu übernehmen trachteten, weil sie diese auch als erstrebenswert erachteten. Auf der anderen Seite wird der Umstand kaum zu bezweifeln sein, dass sich die mannigfachen „imitationsfaschistischen“ Bemühungen während des Austrofaschismus einer emotionalen Vorbereitung auf die NS-Herrschaft in Österreich als durchaus dienlich erwiesen.

⁶¹⁰ „So wagte die Regierung das autoritäre Experiment (eine Art Präventivfaschismus) und gleichzeitig den Kampf nach rechts und links.“ Hanisch, *Der lange Schatten*, 304.

⁶¹¹ In Abgrenzung zum Systemtypus einer „faschistischen Diktatur“ wäre eine „autoritäre Diktatur“ bzw. ein „autoritäres Regime“ bzw. ein „autoritärer Staat“ durch das Fehlen einer umfassend ausformulierten, fest umrissenen Ideologie, das Fehlen einer Mobilisierung der Bevölkerung, das Vorhandensein eines begrenzten Pluralismus sowie von beschränkten Formen der politischen Partizipation bei gleichzeitiger Abhängigkeit der politischen und gesellschaftlichen Akteure von einer autoritären Staatsführung gekennzeichnet. Die definitorischen Bemühungen eines „autoritären Typus“ blieben jedoch auf den Bereich des Staatlichen reduziert, wobei hervorgehoben wurde, dass ein derartiges System einen vom staatlichen Bereich abgrenzbaren, mehr oder weniger autonomen gesellschaftlichen Bereich anerkenne. Ableitinger, *Autoritäres Regime*, 209 ff.

Emmerich Tálos kritisierte, dass zentrale Aspekte – wie Ziele, Gestaltungsanspruch, gesellschaftliche und politische Auswirkungen des Herrschaftssystems – bei der gängigen Bestimmung des Typus einer „autoritären Diktatur“ ausgeblendet blieben. Der Begriff des „autoritären Regimes“ bilde beim derzeitigen Stand der Forschung lediglich eine Residualkategorie für jene Länder, deren Diktaturen mehr oder weniger von den „Vollfaschismen“ in Italien und Deutschland abwichen. Allerdings – so Tálos – wären die Unterschiede in der begrifflichen und typologischen Konstruktion von „Faschismus“ und „Autoritarismus“ schärfer gezeichnet, als in der historischen Realität vorfindbar. Tálos, *Das austrofaschistische Herrschaftssystem*, 415. Die österreichische Diktatur – so Tálos – weiche deutlich vom Typus des Autoritarismus ab: So verfügte das österreichische Regime sehr wohl über leitende und ausformulierte Ideologien. Der Gestaltungsanspruch der österreichischen Diktatur umfasse auch weite gesellschaftliche Bereiche und Politikfelder. Das österreichische Regime wäre in Anspruch und Wirklichkeit keineswegs auf den „Bereich des Staatlichen“ beschränkt gewesen. Ebenda, 416. Im Jahre

Dazwischen und daneben finden sich weitere Bezeichnungen für das „Dollfuß-Schuschnigg-Regime“, welche seine historiografisch offenbar so schwer zu fassende Gemengelage bzw. seinen Mischcharakter zwischen „autoritären“ und „faschistischen“ Elementen hervorheben, wie etwa „Halbfaschismus“,⁶¹² „halbfaschistische Diktatur“,⁶¹³ „halbfaschistisch-halbtraditionelle(r) ‚autoritäre(r) Ständestaat‘“,⁶¹⁴ „semifaschistisch-autoritäre Diktatur“⁶¹⁵ oder auch „border line fascism“⁶¹⁶. Auch das Präfix „Austro“ ließe vermuten, dass damit eine spezifisch „österreichische“ – durch einen traditionellen etatistischen Autoritarismus überformte, gleichsam weniger radikale bzw. konsequente – quasi „schlampig“ österreichi-

2004 resümierte Emmerich Tálos den aktuellen Stand der Forschungsdiskussion und hielt diesbezüglich fest, dass, solange der Typus des „autoritären Regimes“ trotz aller inhaltlichen Bestimmungsversuche als vage Restkategorie ohne klare analytische Abgrenzungen von den faschistischen Regimen fungiere, er das österreichische Herrschaftssystem zwischen 1934 und 1938 nach wie vor mit dem Begriff Austrofaschismus charakterisierbar halte. Tálos, *Das austrofaschistische Herrschaftssystem 1933–1938*, 123.

Bereits im Jahre 1994 reklamierte Ernst Hanisch eine scharfe typologische Unterscheidung zwischen dem autoritären und dem faschistischen Herrschaftstypus, wandte aber zugleich ein, dass der faschistische Typus mit dem autoritären Typus einige Merkmale, wie etwa Antimarxismus und Antiliberalismus, teile. Der faschistische Typus habe eine antikonservative Stoßrichtung, der autoritäre Typus stütze sich auf die konservativen Kräfte wie Heer, Bürokratie und Kirche. Der konservative Duktus des österreichischen Regimes zeige sich bei der Aufwertung der Aristokratie, beim Rückgriff auf die Symbole der Monarchie, bei der Aufhebung des Habsburgergesetzes sowie bei der Verwendung einer Ständeideologie als eines traditionellen Bestandteils der katholischen Sozialphilosophie. All dies würde für Hanisch für den autoritären Typus sprechen. Andererseits, so Hanisch, teilten auf der „Zielebene“ sowohl der faschistische als auch der autoritäre Typus das Bemühen, eine klassenübergreifende Integration in Form einer „Volksgemeinschaft“ zu etablieren. Der Unterschied bestünde lediglich in der tendenziell imperialistischen Ausrichtung des Faschismus, die der Autoritarismus im Vergleich dazu kaum aufweise. Abgesehen von einer gelegentlichen kulturimperialistischen Rhetorik könne man Österreich kaum imperialistische Züge vorwerfen, so Hanisch, er musste sich sogar gegen den deutschen Imperialismus zur Wehr setzen. Dazu kam, dass sich das autoritäre Regime in Österreich, im Gegensatz zum faschistischen Typus, der an einer säkularisierten Kultur arbeite, zur Gänze auf die traditionelle Religion stütze. Auf der „Stilebene“ legten laut Hanisch sowohl Faschismus als auch Autoritarismus Wert auf eine Ästhetisierung der Politik und auf eine politische Choreografie der Massen. War für den Faschismus die Massenmobilisierung durch eine als Bewegung verstandene Partei das wichtigste Instrument der Politik, so wäre dies im Autoritarismus nicht der Fall und beim österreichischen Beispiel auch gründlich misslungen. Fördere der faschistische Typus die politische Gewalt der Bewegungspartei, so setze der autoritäre Typus auf die staatliche Repression durch Polizei und Heer. Auf der „Führungsebene“ wolle der Faschismus neue Eliten schaffen. Der Autoritarismus verlasse sich im Gegensatz dazu auf die „alten Eliten“. Sowohl beim faschistischen als auch beim autoritären Typus herrsche das „Führerprinzip“, doch fehle dem Autoritarismus eben der mit „faschistischer“ Massensuggestion ausgestattete „charismatische Führer“. Hanisch, *Der lange Schatten*, 310 ff. Unter Berufung auf Payne, *The Concept of Fascism*, 14 ff.

Abgesehen von den zu treffenden Einwendungen, dass sich die beiden faschistischen Prototypen – der italienische Faschismus und der deutsche Nationalsozialismus – sowohl in der „Bewegungsphase“ als auch in der Regimephase auch auf die „alten Eliten“ etwa in Bürokratie, Industrie, Polizei und Heer stützen konnten und in der Herrschaftsphase auch auf „staatliche“ Repression durch Polizei und Heer setzten, soll bezüglich des für ein faschistisches System als integral erachtete Prinzip einer „charismatischen Herrschaft“ auf das – im Gegensatz zu Schuschnigg – für seine Anhänger durchaus vorhandene Charisma und die Orientierung und Perspektive gebende Ausstrahlungskraft von Bundeskanzler Dollfuß verwiesen sein.

⁶¹² Hanisch, *Wer waren die Faschisten?*, 184 f.

⁶¹³ Botz, *Faschismus und Lohnabhängige*, 105.

⁶¹⁴ Ebenda.

⁶¹⁵ Binder, *Der „Christliche Ständestaat“*, 210.

⁶¹⁶ Mann, *Fascists*, 211.

sche – Form des Faschismus im Vergleich zu den historisch „prototypischen“ Erscheinungsformen des italienischen Faschismus und des deutschen Nationalsozialismus gemeint sein könnte.⁶¹⁷

Neben seinem systemimmanenten Mischcharakter zwischen autoritärem und faschistischem Typus (italienischer und deutscher Provenienz) wurde auch die zeitliche Zwischenstellung zwischen „modernen“ und „viel älteren“ Formen autoritärer Herrschaft hervorgehoben und das Dollfußregime als ein „merkwürdige(r) Rückfall“ in den Neoabsolutismus der Mitte des 19. Jahrhunderts bezeichnet.⁶¹⁸

Erschwerend wirkt weiters, dass nicht nur verschiedene, sondern mitunter auch ein und dieselben Historiker – in der überwiegenden Zahl waren und sind es Männer – zu verschiedenen Zeitpunkten verschiedene Begrifflichkeiten für das politische System zwischen 1933/34 und 1945 verwendeten.⁶¹⁹ Überdies konstatierten Forscher – wie etwa Gerhard Botz – Wandlungsprozesse innerhalb des Regimes in Form eines Faschisierungsprozesses vor 1936 und eines (partiellen) Defaschisierungsprozesses in der Zeit danach.⁶²⁰ Im Gefolge

⁶¹⁷ Oder wie Karl R. Stadler bereits 1971 schrieb: „the Austrian form of Fascism, the ‚Christian Corporate State‘ the ‚Austro-Fascism‘“ (Stadler, Austria, 125 ff.)

⁶¹⁸ Carsten, Faschismus in Österreich. Von Schönerer zu Hitler. München 1978, 228 f. Da es zu keinem Elitenwechsel kam, wäre es für Carsten fraglich, ob man das Dollfußregime als faschistisch bezeichnen könne. Trotz seiner ideologischen Aufmachung ähnelte es für ihm mehr „einer traditionellen Rechtsdiktatur als einem faschistischen System“. Carsten, Faschismus in Österreich, 220.

⁶¹⁹ Wobei angeblich die als „rechts“, deklarierten oder wahrgenommenen Historiker eher zu dem Begriff „Ständestaat“, die als „links“, deklarierten oder wahrgenommenen Historiker eher zu dem Begriff „Austrofaschismus“ neigen würden.

⁶²⁰ Gerhard Botz nahm eine Periodisierung des Systems zwischen 1933 und 1938 in vier unterscheidbaren Phasen vor: 1. die Phase der parlamentarischen beziehungsweise spätparlamentarischen Regierung Dollfuß von Mai 1932 bis März 1933, 2. die Phase der (autoritären) Halbdiktatur und der zunehmenden (partiellen) Faschisierung von März 1933 bis Jänner/Februar 1934, 3. die Phase der (entwickelten) halbfaschistischen autoritären Diktatur von Februar 1934 bis etwa Oktober 1935, und 4. die Phase der partiellen Defaschisierung, der bürokratischen Erstarrung und des begrenzten Verbände-Pluralismus bis März 1938. Diese Phaseneinteilung geht in weiten Teilen mit der quantitativen sowie machtpolitischen Stärke der Heimwehrminister in den Kabinetten Dollfuß und Schuschnigg einher. Botz, Gewalt in der Politik (1983), 235 ff.

In einem anderen Aufsatz neigte Botz dazu, die Phase 3 „allenfalls“ bis Mitte 1936 zu erstrecken, womit sich die Phase 4 auf die Zeit zwischen Mitte (Juli) 1936 und März 1938 verkürzen würde. Im jeden Fall fielen für ihn mit der Niederwerfung der organisierten sozialdemokratischen Arbeiterbewegung wesentliche Bremsen bei der Verschärfung der Diktatur weg und das Gewicht der Heimwehr nahm innerhalb des Regimes zu. Regimetyologisch hielten sich in dieser volldiktatorischen Phase (Phase 3) Autoritarismus und Faschismus – „einander gegenseitig bremsend“ – „etwa annähernd die Waage“.

Indizien für eine „partielle Defaschisierung“ wären für Botz die Auflösung der Heimwehr und aller anderen nicht regimekonformen Wehrverbände sowie deren Überführung in eine milizähnliche staatliche Formation, die Bürokratisierung und Versteinerung des Regimes sowie sein verbandlicher, quasipolitischer Pluralismus von offiziellen und halboffiziellen Interessensgruppierungen, die ambivalente Konstellation eines offiziell eng begrenzten, inoffiziell jedoch größeren Spielraums der sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung innerhalb der Einheitsgewerkschaft, der Werksgemeinschaften und der Vaterländischen Front, schließlich der im Vergleich dazu ungleich größere Spielraum für die sogenannte „nationale Opposition“ die den Staatsapparat sukzessiv nationalsozialistisch zu unterwandern begann. Botz, Faschismus und „Ständestaat“, 320 ff.

Auch Wolfgang Maderthaler betonte die Instabilität des Regimes und verwies auf die Verschiebung seines labilen Gleichgewichts im Gefolge der Ausschaltung der Heimwehr 1936, wodurch sein bürokratischer Charakter stärker in den Vordergrund trat. Maderthaler, Legitimationsmuster des Austrofaschismus, 142.

der weiteren Ausdifferenzierung und Spezifizierung der zeitgeschichtlichen Erforschung der Jahre zwischen 1933/34 und 1938 kamen des weiteren Begriffe, mit denen Teilaspekte oder bestimmte Politikfelder des politischen Systems wissenschaftlich näher und differenzierter untersucht wurden – wie etwa „Finanzdiktatur“⁶²¹ oder „Regierungsdiktatur“⁶²² – hinzu.

Nicht zuletzt weisen Termini wie „Ständestaat“ oder „Austrofaschismus“ eine spezifische begriffsgeschichtliche Gebrauchs- und Instrumentalisierungsgeschichte auf: Wurde der Begriff des „Ständestaates“ unter anderem auch als eine zeitgenössische Selbstbeschreibung des Regimes verwendet, so wurde der Begriff „Austrofaschismus“ sowohl von politischen Gegnern wie Sozialdemokraten und Kommunisten als auch von der Heimwehr, aber auch von Linkskatholiken und anderen bürgerlichen Exponenten verwendet.⁶²³

Angesichts des „nach außen“ zu demonstrierenden „Opfercharakter“ Österreichs und der „nach innen“ zu betreibenden Versöhnung zwischen den beiden ehemaligen Exponenten des Bürgerkriegs von 1934 wurde es nach 1945 vermieden, das von den Christlichsozialen mitgetragene Regime der 1930er Jahre im Rückblick als „faschistisch“ zu bezeichnen: „Freilich, über Phänomene, die einstmals als faschistisch bezeichnet worden waren, wie vor

Ernst Hanisch konnte der These einer „zarten, vorsichtigen Pluralisierung“ respektive einer „Defaschisierung“ nach 1936 wenig abgewinnen. Für ihn stand den Argumenten der Ausschaltung der Heimwehren und der Abhaltung von Werkgemeinschaftswahlen in einigen Betrieben das ungleich schwerer zu gewichtende Argument der zunehmenden Systempenetration durch die „nationale Opposition“ gegenüber. Darüber hinaus wurden in „Phase 4“ keine Abstriche bei der Betonung des Führerprinzips gemacht: Der bisherige Frontführer der VF – Starhemberg – wurde lediglich durch den Frontführer Schuschnigg abgelöst. Hanisch, *Der lange Schatten*, 314 f. Aus „mikrogeschichtlicher“ Perspektive darf ergänzt werden, dass in der Linzer Stadtverwaltung auch nach dem Juli 1936 die Positionen der Heimwehr unangetastet blieben und der Heimwehr-Vizebürgermeister Danner bis 1938 in Amt und Würden verblieb. Darüber hinaus muss eingewandt werden, dass sich die Frage nach der „Faschisierung“ und „Defaschisierung“ des Regimes am Bedeutungsgewinn und Bedeutungsverlust der explizit als faschistisch bewerteten Heimwehr orientiert, ohne die „Faschisierung“ und „Defaschisierung“ der Christlichsozialen näher zu untersuchen.

⁶²¹ Zur Analyse der Finanz-, Budget- und Wirtschaftspolitik: Mattl, *Die Finanzdiktatur*, 202 ff.

⁶²² Wohnout, *Regierungsdiktatur oder Ständeparlament?*. Der Begriff „Regierungsdiktatur“ ist nicht geeignet, das Gesamtsystem zu beschreiben, fokussiert er doch auf ein – zugegeben – nicht unwesentliches Sub- oder Teilsystem des politischen Systems, nämlich auf das Regierungssystem. Darüber hinaus birgt der Begriff die Gefahr, die Bedeutung der Bundeskanzler Dollfuß und Schuschnigg in der Dominanz ihrer Machtausübung zu unterschätzen. (Wollte man die „Begriffsinflation“ nicht noch weiter anheizen, würde sich dafür der Begriff der „Kanzlerdiktatur“ aufdrängen.)

Für Emmerich Tálos ist der Begriff „Regierungsdiktatur“ zu kurz gefasst, da er nicht den umfassenden Gestaltungsanspruch des Austrofaschismus, welcher weit über die institutionell politische Dimension hinausgeht und auch die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen, der Sozialisationsinstanzen, der Kultur, des Sports, der Medien usw. erfasst, zum Ausdruck bringt. Tálos, *Das austrofaschistische Herrschaftssystem*, 413.

⁶²³ So schrieb der letzte kaiserliche Finanzminister, Alexander Spitzmüller, in seinen Memoiren: „Im übrigen habe ich das austrofaschistische Regime eher als einen Wegbereiter, denn als eine Schutzwehr gegen den Nationalsozialismus angesehen“. Spitzmüller, *Und hat auch Ursach es zu lieben*, 396. Und im März 1934 beschwerte sich Bundespräsident Wilhelm Miklas in einem Brief an Kardinal Innitzer über ein „wenig getarntes austrofaschistisches System“. Beide Zitate bei: Klingenstein, *Bemerkungen zum Problem des Faschismus*, 6, 11. Zu Otto Bauers Theorie des Austrofaschismus siehe: Hanisch, *Otto Bauers Theorie des „Austrofaschismus“*, 251 ff.; allgemein: Emmerich Tálos, *Das Herrschaftssystem 1934–1938*, 345 ff.

allein den 12. Februar und das Diktat der ständischen Verfassung, war auch nach 1945 nicht hinwegzusehen. Aber all diesen Aktionen haftete nunmehr die Aura der Selbstverteidigung gegen den deutschen Nationalsozialismus an“, so Grete Klingenstein in einem relativ frühen und nach wie vor bemerkenswerten Literaturbericht zum Problem des Faschismus in Österreich aus dem Jahre 1970.⁶²⁴

Trotz aller Worthülsigkeit, die auch in der historisch-politischen Wirklichkeit keiner wie auch immer gearteten Realität entsprach, was sowohl Zeitzeugen als auch die historische Forschung immer wieder vermerkten,⁶²⁵ wurde von Teilen der Historiografie die Regimeselbstbezeichnung des „Ständestaates“ übernommen.⁶²⁶ So verstand etwa Gerhard Jagschitz unter „Ständestaat“ die „Summe bürgerlicher Revisions- und Restaurationspolitik gegen das System des November 1918“.⁶²⁷ Als seine bestimmenden Faktoren wurden Antiliberalismus, Antimarxismus und Antibolschewismus, die Destruktion der parlamentarischen-demokratischen Ordnungsprinzipien sowie die Staatsvorstellungen des politischen Katholizismus ausgemacht. Im selben Aufsatz wandte Jagschitz jedoch ein, dass der „Ständestaat“ niemals Versuche unternahm, das bestehende ökonomische System zu verändern. Da aber eine kapitalistische Wirtschaftsordnung mit ständestaatlichen Vorstellungen nicht vereinbar wäre, könne man schon daraus ableiten, dass „der Ständestaat niemals existierte“.⁶²⁸

So weit, so – gelinde gesagt – ambivalent. Doch scheint in der historischen Forschung zum Thema gerade in der „Ambivalenz“, respektive in der ambivalenten Mischidentität des politischen Systems, der größte „kleinste gemeinsame Nenner“ zu liegen. Die Ursachen dieser

⁶²⁴ Klingenstein, Bemerkungen zum Problem des Faschismus, 5.

⁶²⁵ So bereits: Fessl, Die innenpolitischen Entwicklung in Österreich, 22 und Huemer, Sektionschef Robert Hecht, 325.

In der Tat scheinen Anspruch und Wirklichkeit „ständestaatlicher“ Konzepte in keiner Relation zu stehen: Von den in der Verfassung vorgesehenen sieben „Berufsständen“ wurden bis 1938 nur zwei eingerichtet. Davon ist einer – der „Öffentliche Dienst“ – eigentlich nicht als ein „echter“ „Berufsstand“ anzusehen, da er nur unselbständig Erwerbstätige erfasste. Die anderen „Berufsstände“ kamen über ein vorbereitendes Stadium nie hinaus. Aus den als Provisorium gedachten Interessenverbänden von Arbeitnehmern und Arbeitgebern wurde ein Definitivum getrennter Interessenorganisationen. Das verfassungsrechtliche und auch real praktizierte Prinzip autoritärer Herrschaft blockierte die Umsetzung des für die Selbstdarstellung des Regimes zentralen Anspruchs eines „Ständestaates“. In der Realität bedeutete die „berufsständische Ordnung“ die Ausschaltung der Autonomie der Interessenorganisationen und die autoritäre Abstimmung zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Interessen. Die durch staatlichen Zwang abgesicherte und kontrollierte Zusammenarbeit und Konfliktaustragung zwischen „Arbeit“ und „Kapital“ machte es unmöglich, dass die Interessenorganisationen ihre ideologisch zugeschriebene Qualität als zentrales Strukturprinzip des „Ständestaates“ je erreichen konnten. Der Begriff „Ständestaat“ umschreibt damit kein zentrales Charakteristikum in der Bezeichnung des Herrschaftssystems, geschweige denn in der des gesamten politischen Systems zwischen 1933/34 und 1938. Tálos/Manoschek, Politische Struktur des Austrofaschismus, 90 ff.; Tálos, Das Herrschaftssystem 1934-1938, 360; Tálos/Manoschek, Aspekte der politischen Struktur des Austrofaschismus. (Verfassungs-)Rechtlicher Rahmen, 124 ff, insbesondere 136 ff.; Tálos, Das austrofaschistische Herrschaftssystem, 404 f.; Tálos, Das austrofaschistische Herrschaftssystem 1933–1938, 116 f. sowie: Hanisch, Der lange Schatten, 316.

Bestenfalls wurde der „Ständestaat“ im ästhetisch überhöhten Massenspiel, bei den diversen Weihespielen und Ständehuldigungen am 1. Mai „Realität“. Maderthaler, Legitimationsmuster des Austrofaschismus, 150 f.

⁶²⁶ Etwa bei: Kluge, Der österreichische Ständestaat und Jagschitz, Der österreichische Ständestaat, 497 ff.

⁶²⁷ Jagschitz, Der österreichische Ständestaat, 498.

⁶²⁸ Ebenda.

„Ambivalenz“ liegen zum einen im Konstituierungsprozess des Systems begründet, der sich grob gesagt als ein Herrschaftskompromiss zwischen den, sowohl in der Selbstbeschreibung, als auch in der Historiografie als faschistisch bezeichneten Heimwehren und den (ehemals) Christlichsozialen umreißen lässt,⁶²⁹ wobei die Unterstützung und Mitträgerschaft durch die „alten Eliten“ in Bürokratie, Polizei, Militär, wirtschaftlicher Interessenvertretung und katholischer Kirche nicht gering veranschlagt werden soll.⁶³⁰ Im Prozess der Systemstabilisierung haben aber auch außenpolitische Komponenten und Einflussnahmen einen nicht unbeträchtlichen Anteil. Die erstmals 1949, und erneut 2004 herausgegebene Quellenedition des Briefwechsels zwischen Dollfuß und Mussolini belegt das Drängen Letzteren nach einer faschistischen Umgestaltung Österreichs;⁶³¹ ein Drängen, das neben dem Druck durch das in- und ausländische Finanzkapital⁶³² nach einer diktatorischen „Lösung“ der sozioökonomischen Krise in Österreich mit in das Kalkül zu ziehen ist. Es war also nicht die Bedrohung durch ein nationalsozialistisches Deutschland, welche eine Anlehnung Österreichs an Italien und die Errichtung einer Diktatur erzwungen hätte, wobei mit zu berücksichtigen wäre, dass die Etablierung und Stabilisierung der österreichischen Diktatur zugleich auch eine verstärkte Annäherung an das faschistische Italien notwendig machte.⁶³³ Auch die Herrschaftsphase der „Diktatur in Österreich“⁶³⁴ erhärtet den Befund der „Ambivalenz“: etwa im Bereich der generell starken Dissonanz zwischen Regimeanspruch und Regimewirklichkeit, etwa im Bereich der widersprüchlichen Konzeptionen und Herrschaftsansprüche unter den einzelnen Machträgern in Regierung, Vaterländischer Front und Heimwehr, bei der ambivalenten Identitätskonstruktion zwischen „Deutschtum“ und „Österreichtum“, beim spezifisch österreichischen „Kulturimperialismus“ als Kompensation für einen wohl nur schwer einlösbaren „faschistischen“ Großraumanspruch, nicht zuletzt auch bei dem ambivalenten Verhältnis zum Judentum, das zwischen „staatsoffizieller“ Anerkennung, unterschwelligem und offenem Antisemitismus changierte. Die in der Historiografie weitgehend festzustellende Rezeption dieser und auch anderer Widersprüchlichkeiten, Gegenläufigkeiten und Ambivalenzen kreist bei der Findung einer klaren, eindeutigen und einhelligen Begrifflichkeit samt ihrem dahinter stehenden analytischen Konzept mittlerweile seit Jahrzehnten um die „Restproblematik“ respektive Zumutung eines Faschismusbegriffs.

⁶²⁹ Für Emmerich Tálos basiert der Austrofaschismus auf einem Bündnis zweier Gruppierungen: den ehemaligen Christlichsozialen einerseits, den Heimwehren andererseits, wobei erstere durchgängig, und ab 1936 noch verstärkt, eine Dominanzposition innehatten. Tálos, Das austrofaschistische Herrschaftssystem, 403.

⁶³⁰ Insbesondere Willibald Holzer hob sowohl den Kompromisscharakter während der Konstituierungsphase in Österreich – aber auch in anderen faschistischen Regimen –, als auch die kaum zu „entwirrende Verschlungenheit“ zwischen konservativen und faschistischen Kräften während der Herrschaftsphase als Ausdruck „progressive(r) Faschisierung der dominanten konservativen Eliten“ hervor. Siehe: Holzer, Erscheinungsformen des Faschismus, 138 ff sowie 151.

⁶³¹ „Der Führer bin ich selbst“. Engelbert Dollfuß – Benito Mussolini Briefwechsel.

⁶³² Haas, Industrielle Interessenpolitik, 97 ff.

⁶³³ Holzer, Erscheinungsformen des Faschismus, 138 ff.

⁶³⁴ Winkler, Die Diktatur in Oesterreich.

Die implizite Frage hinter all der Begriffsinflation, nämlich die nach der faschistischen Identität respektive Dimensionalität des „Austrofaschismus“ formulierte Gerhard Jagschitz 1983 folgendermaßen: „Heißt dies, daß im Europa der Faschismen eben auch in Österreich der Faschismus herrschte, oder heißt dieser Ausdruck, daß hier eine abgewandelte Spielart des internationalen Faschismus bestand?“⁶³⁵

Die häufigsten inhaltlichen Einwände gegen die Verwendung des Begriffs „Austrofaschismus“ kreisten und kreisen um die Argumente, dass der „Ständestaat“ machtpolitisch zu keiner Zeit über eine Massenbasis und Massenbewegung verfügte, dass er sich soziologisch auf eng umgrenzte Schichten des Großkapitals, der Groß- und Mittelbauern sowie der Klein- und Mittelbürger beschränkte, und dass ihm der Einbruch in die Arbeiterschaft nicht gelang, so wie dies etwa beim Faschismus in Italien und beim Nationalsozialismus in Deutschland der Fall gewesen war. Darüber hinaus wurde die eingeschränkte diktatorische Machtfülle und die weniger repressive staatsterroristische, aber auch die geringere „charismatische“ Herrschaft von Dollfuß und Schuschnigg im Vergleich zu Hitler und Mussolini ins Treffen geführt und auf die beträchtliche politische (Links- und Rechts-)Opposition außerhalb des „ständestaatlichen“ Zugriffs verwiesen.⁶³⁶

Reichten also für die einen Historiker die Elemente des „autoritären Ständestaates“ nicht aus, um ihn als „faschistisch“ oder „austrofaschistisch“ zu bezeichnen,⁶³⁷ konzedierten andere sehr wohl „faschistische Strukturelemente“⁶³⁸ beziehungsweise „faschistische

⁶³⁵ Jagschitz, *Der österreichische Ständestaat*, 298.

⁶³⁶ Ebenda, 299 f. In diesem Zusammenhang verwies Everhard Holtmann auf die geringe Fähigkeit der Vaterländischen Front, ihre Mitglieder in „revolutionärer Gärung und permanenter Aktion“ zu halten, und betonte die durchgängige schwache Mobilisierungskraft der lediglich als politischer Assistenzkörper in Erscheinung tretenden Staatspartei, die über kein eigenständiges revolutionäres Potential aufwies. Holtmann, *Zwischen Unterdrückung und Befriedung*, 14 f.

Ernst Hanisch resümierte: „Wie dem auch sei. Der ‚Ständestaat‘ muß im Konnex mit dem zeitgenössischen Faschismus gesehen werden, er muß aber ebenso in den Traditionen des spezifisch österreichischen Autoritarismus interpretiert werden – vom Metternichschen Polizeistaat über den Neoabsolutismus bis zum Kriegsabsolutismus während des Ersten Weltkrieges. Jedenfalls unterscheidet er sich vom vollfaschistischen Typus: in der Intensität der terroristischen Unterdrückung, in der weniger lückenlosen Propaganda, in der letztlich ziemlich undichten Kontrolle des Staatsapparates, im Fehlen der Massenmobilisierung.“ Hanisch, *Der lange Schatten*, 315.

⁶³⁷ Etwa: Nolte, *Die Krise des liberalen Systems*, 306; Klingenstein, *Bemerkungen zum Problem des Faschismus*, 1 ff.; Clemenz, *Gesellschaftliche Ursprünge des Faschismus*, 208 f.; Bracher, *Kritische Bemerkungen*, 509.; Rath, *The first Austrian Republic*, 169 f.; Carsten, *Faschismus in Österreich*, 220; Holtmann, *Zwischen Unterdrückung und Befriedung*, 15; Payne, *Fascism*, 16; Bracher, „Austrofaschismus“, 11 ff.

Ausgehend von der Prämisse, nur solche Systeme als faschistisch zu bezeichnen, die über eine beträchtliche, organisierte und aktive Unterstützung auf breiter Massenbasis verfügten, stellte für Reinhard Kühnl der österreichische Heimwehfaschismus einen Grenzfall dar. Kühnl, *Faschismustheorien*, 244. Später betrachtete Kühnl jedoch den Austrofaschismus als ein Beispiel für die unterschiedlichen Ausprägungen des faschistischen Herrschaftstypus. Kühnl, *Faschismus*, 198.

⁶³⁸ „Ohne Zweifel bestanden in Österreich eine Anzahl von faschistischen Strukturelementen, doch wird man in allen Fällen die besonderen österreichischen Bedingungen und die bis weit in die österreichisch-ungarische Monarchie zurückgreifenden historischen Entwicklungen zu berücksichtigen haben.“ Jagschitz, *Der österreichische Ständestaat*, 500.

Strukturen“⁶³⁹ und hegten aufgrund des konstatierten Stils in Machteroberung und Machtbefestigung⁶⁴⁰ keinen Zweifel am „eigentlich intendierten Systemcharakter“,⁶⁴¹ welcher in Folge der „zunehmende(n) Faschisierung der Christlichsozialen Partei“ an Art und Qualität der von ihr gesuchten und eingegangenen politischen Bindungen mit den Heimwehren sowie am allmählichen Strukturwandel des Herrschaftskompromisses abzulesen wäre.⁶⁴² Die – verglichen zum Vernichtungswillen etwa des Nationalsozialismus oder des Ustascharegimes – „mildere“ diktatorische Herrschaft des österreichischen Regimes ließe sich für Willibald Holzer auf die begrenzten Entwicklungschancen eines kleinstaatlich eingeeengten faschistischen Systems („kleinstaatsfaschistische Merkmalsausprägung“) ebenso zurückführen wie auf die Rücksichtnahmen auf potentielle Schutzmächte und der damit verbundenen Einengung in der außenpolitischen Bewegungsfreiheit, zu der auch noch innerösterreichisch ausgetragene Rivalitäten zwischen dem deutschen und dem italienischen Faschismus hinzutraten.⁶⁴³

⁶³⁹ Für Ernst Hanisch weisen der Antiliberalismus und Antibolschewismus des Regimes, die Zerschlagung der Arbeiterbewegung zwecks Bewältigung der schwersten Krise des Kapitalismus auf Kosten der Arbeiterschaft, die Vorliebe für den starken Staat, die Ästhetisierung der Politik und die Versuche der Massenmobilisierung, die Betonung der Jugend und des Führermythos sowie der kulturelle Imperialismus „in die Nähe“ des faschistischen Typus. Da jedoch die katholische Kirche als Herrschaftsträger und Ideologielieferant in das autoritäre Regime so stark einbezogen war, führte dies, so Hanisch, zu einem „Sperrriegel“ gegen die Ausformung zu einem „vollfaschistischen Charakter des Regimes“. Hanisch, *Der politische Katholizismus*, 68 f.

Als Beleg für den Autoritarismus des Regimes führte Hanisch den Konflikt zwischen der katholischen Kirche und dem Staat um die Jugenderziehung an, bei dem es der Staatsjugend bis zum Ende des Regimes nicht gelang, die katholische Jugend zu inkorporieren. Jedenfalls im Bereich der für die katholische Kirche so bedeutsamen Jugenderziehung kam ein Faschismus als „Importware“ nicht in Betracht. Damit unterstützte die katholische Kirche zwar den Autoritarismus, blieb aber gegenüber faschistischen Formen skeptisch. Hanisch, *Der lange Schatten*, 314.

Auch für Everhard Holtmann blieb die Selbstregulation weiter gesellschaftlicher Bereiche in ihrem Kern unangetastet. Zwar förderte die klerikale Färbung des Programms zur Erneuerung Österreichs Tendenzen der geistigen Bevormundung und Indoktrinierung, gestattete aber zugleich gewachsene soziale und kulturelle Bindungen im Bereich der Familie und Religion, wodurch einer totalstaatlichen Erfassung des Einzelnen Grenzen gesetzt waren. Holtmann, *Zwischen Unterdrückung und Befriedung*, Wien 1978, 13 f.

Auch Reinhard Kühnl konstatierte im Österreich zwischen 1933 und 1938 faschistische Elemente. Doch wären diese wesentlich schwächer ausgeprägt, als etwa im italienischen Faschismus, weshalb er das österreichische Regime als eine Mischform aus konservativer und faschistischer Diktatur interpretierte. Kühnl, *Formen bürgerlicher Herrschaft*, 157 f.

Für Hans-Jürgen Krüger wiederum stimmen aufgrund seiner vergleichenden Untersuchungen zu den verfassungsrechtlichen Strukturen und den praktizierten Regierungsstilen Austrofaschismus und italienischer Faschismus in grundsätzlichen Zügen überein. Krüger, *Faschismus oder Ständestaat*, 287.

⁶⁴⁰ Wie etwa der doppelten – staatlichen und privaten – terroristischen Unterdrückung, der organisatorischen Kontrollen und monopolisierten propagandistischen Beeinflussung, der klassenspezifischen Parteinahme, dem Widerspruch zwischen totaler Integrations- und Herrschaftsideologie und dem Chaos realer Entscheidungsprozesse, der unterschiedlichen und untereinander konkurrierenden Klientele, dem Neben- und Gegeneinander von staatlichen Behördenapparat und Dienststellen der Vaterländischen Front sowie der Berufung auf explizit faschistische Vorbilder in Italien und Deutschland. Holzer, *Erscheinungsformen des Faschismus*, 150.

⁶⁴¹ Ebenda.

⁶⁴² Ebenda, 140.

⁶⁴³ Ebenda, 152 f.

Eingedenk eines schwer herzustellenen allgemeinen und allgemein akzeptierten „generischen“ Faschismusbegriffs⁶⁴⁴ sowie in Anbetracht der bevorzugten Orientierung der wissenschaftlichen Faschismusinterpretationen am italienischen und deutschen Realtypus – oft unter Außerachtlassung der Vielfalt faschistischer, halbfaschistischer und autoritärer Diktaturen in Europa – ist, den Analysen und Argumenten Emmerich Tálos folgend,⁶⁴⁵ für die Bezeichnung und Charakterisierung des politischen Systems zwischen 1933/34 und 1938 der Begriff des „Austrofaschismus“ zu bevorzugen.

Mit der generellen Systembezeichnung als „Austrofaschismus“ soll zunächst auf die parallel verlaufenden und sich zum Teil gegenseitig inspirierenden Entwicklungsverläufe europäischer faschistischer Bewegungen und Herrschaftsformen in den 1920er, 1930er und 1940er Jahren⁶⁴⁶ sowie auf die Kontextualisierung und Einbettung des österreichischen Regimes – trotz der beträchtlichen Bandbreite und Variabilität zwischen italienischem, deutschem, mittel- und osteuropäischem beziehungsweise iberischem Faschismus – in eine allgemeine geistesgeschichtliche Epochenkennzeichnung – eines „Faschismus in seiner Epoche“⁶⁴⁷ – verwiesen sein.

Der Begriff „Austrofaschismus“ bezieht sich dabei auf das gesamte politische System und nicht auf selektive, etwa politisch-institutionelle Aspekte des Herrschaftssystems, wie dies mit den Begriffen „Regierungsdiktatur“, „autoritärer Staat“ oder „autoritäre Diktatur“ zum Ausdruck kommt.

Darüber hinaus bringt der Begriff „Austrofaschismus“ einerseits ein Naheverhältnis zu den politischen Ideologien und Strukturen der Faschismen in Italien und Deutschland zum Ausdruck, welches im Spannungsfeld von „Imitation“ („Imitationsfaschismus“) und „Konkurrenz“ („Konkurrenzfaschismus“) näher zu bestimmen ist.

Das Präfix „Austro“ verweist andererseits auf die österreichischen Spezifika, wie sie sich aus dem „schweren Erbe“ der Habsburgermonarchie, der geopolitischen Lage, den sozioökonomisch und soziopolitisch „semiperipheren“ Konstellationen, den „feudalen“ Resten sowie

⁶⁴⁴ Für Emmerich Tálos umfasst ein – die ökonomischen, politischen und sozialen Voraussetzungen, aber auch die Unterschiede zwischen Bewegungs- und Herrschaftsphase ins Kalkül ziehender – „generischer Faschismusbegriff“ Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Bedingungskonstellationen (Akkumulation von ökonomischen, sozialen und politischen Krisenprozessen), Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Ideologie (antidemokratisch, antimarxistisch, nationalistisch, gesellschaftsharmonisierend), Gemeinsamkeiten hinsichtlich der angestrebten Ziele (Revision der Nachkriegsordnung, Beseitigung des Parlamentarismus, Neuordnung von Staat und Gesellschaft sowie der Beziehungen zwischen Staat und gesellschaftlichen Kräften), Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Organisation (autoritär-hierarchisches Führerprinzip, Massenmobilisierung, Terror und Ausschaltung der Gegner) sowie Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Funktion faschistischer Herrschaft (Krisenlösung und Durchsetzung der sozialen und politischen Interessen der gesellschaftlichen Führungsschichten). Tálos, *Das Herrschaftssystem 1934–1938*, 355.

⁶⁴⁵ Ebenda, 356 ff.; Tálos, *Das austrofaschistische Herrschaftssystem 1933–1938*, 105 ff.; Tálos, *Das austrofaschistische Herrschaftssystem*, 395 ff.

⁶⁴⁶ Der Austrofaschismus erhielt nicht nur Anregungen vom italienischen Faschismus und vom Nationalsozialismus, er entwickelte sich selbst zu einer Inspirationsquelle für mehrere, vor allem ostmitteleuropäische Diktaturen, wie etwa die, nicht auf dauerhafte Veränderungsperspektiven abzielenden autoritären Präsidialdiktaturen in Estland, Lettland und Litauen. Oberländer, *Die Präsidialdiktaturen in Ostmitteleuropa*, 3.

⁶⁴⁷ Nolte, *Der Faschismus in seiner Epoche*.

autoritär-bürokratischen und etatistischen Traditionen in der politischen Kultur, aber auch aus den internationalen politischen und ökonomischen Abhängigkeiten ergaben.⁶⁴⁸

Der Konstituierungsprozess austrofaschistischer Herrschaft nahm von den konservativ-bürgerlichen und faschistischen Versuchen, die ökonomische und politische Krise der beginnenden 1930er Jahre im Sinne ihrer – durchaus divergierenden – machtpolitischen Interessen zu lösen, seinen Ausgang. Dabei wirkte sich die im internationalen Kontext der Weltwirtschaftskrise bestehende Agrar- und Industrie-, Kredit- und Bankenkrise destabilisierend auf den demokratiepolitischen Status vivendi von 1918/19 beziehungsweise 1920 aus, welcher mit der auf parlamentarischem Weg erfolgten Verfassungsreform von 1929 abermals bestätigt worden war. Dieser Transformationsprozess von einem parlamentarsch-demokratisch, rechts- und parteienstaatlich konfigurierten System in ein halbfaschistisch-autoritäres, ausgestattet mit exzeptionellen Regierungs- und insbesondere Kanzlervollmachten, fand mit der gewaltsamen Ausschaltung der demokratischen Opposition in Form der organisierten sozialdemokratischen Arbeiterbewegung im Februar 1934 seinen machtpolitischen und mit der Proklamierung einer „ständisch“-autoritären Verfassung im Mai 1934 seinen formalrechtlichen Abschluss.

Dieser stufenweise und in seinen Einzelheiten oft mehr kurzfristig reaktiv, als langfristig geplant ablaufende Veränderungsprozess wurde von der Regierung Dollfuß initiiert und mit Hilfe seiner faschistischen – sich dabei selbst konkurrierenden und machtpolitisch „im Weg“ stehenden – „Partner“ in den Heimwehren in Form einer als dauerhaft vorgesehenen „Überwindung“ der parteien- und rechtsstaatlichen Normen und Einrichtungen der parlamentarischen Demokratie realisiert. Diesen Bemühungen kamen nicht nur „parlamentarische Pannen“, sondern auch eine der gewaltsamen Konfrontation lange ausweichende und auf dem friedlichen Legalitätsprinzip verharrende sozialdemokratische Parteispitze entgegen.

Im Unterschied zu den Faschismen in Italien und Deutschland wurde dieser Transformationsprozess nicht durch eine außerparlamentarische, „pseudorevolutionäre“, faschistische Bewegungspartei mit Massenunterstützung eingeleitet und umgesetzt, sondern durch eine sich bereits an der Macht befindliche Regierungskoalition zwischen Vertretern der christlichsozialen Partei und einer von ihrem Selbstverständnis her faschistischen paramilitärischen Bewegung der Heimwehren.⁶⁴⁹ Neben der christlichsozialen Partei fungierte die katholische Kirche als substanzieller Träger des Austrofaschismus, wobei das Regime Duldung und Mithilfe auch seitens höchster Repräsentanten der Republik, wie etwa durch den Bundespräsidenten, erfuhr. Ähnlich wie in Italien und Deutschland stützte sich der Austrofaschismus sowohl in der Phase seiner Konstituierung als auch während der Herrschaftsausübung – freilich im zunehmend geringeren Ausmaß – auf die „konservativen Eliten“ in Bürokratie, Heer, Polizei und Unternehmerverbänden.

Ähnlichkeiten beziehungsweise Übereinstimmungen mit den Faschismen der Nachbarländer bestehen auch in ideologischer Hinsicht, etwa hinsichtlich der berufsständischen und

⁶⁴⁸ Tálos, Das austrofaschistische Herrschaftssystem, 417.

⁶⁴⁹ Tálos/Manoschek, Zum Konstituierungsprozeß des Austrofaschismus, 48.

gesellschaftsharmonisierenden Ideale und Konzepte, hinsichtlich eines Elitarismus und Führerprinzips, aber auch hinsichtlich eines Antiliberalismus, Antiparlamentarismus und Antimarxismus. Auch im Bezug auf die zu realisierenden Regimeziele finden sich Gemeinsamkeiten: etwa hinsichtlich der gewaltsamen Ausschaltung des Klassenkampfes durch die Ausschaltung einer organisierten Arbeiterbewegung.

Der mit diesem Aufsatz unternommene Versuch, die Zeit des Austrofaschismus nicht in makroperspektivischer, ideen- oder geistesgeschichtlicher, staats- oder geopolitischer Hinsicht, sondern von einer mikrogeschichtlichen, lokal- respektive stadtgeschichtlichen Perspektive quasi „von unten“ her zu betrachten, eröffnet den Vorteil, die vielen miteinander verwobenen und interagierenden Aspekte des ökonomischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens eines urbanen „Mikrokosmos“ in den Fokus zu bekommen. Dem steht der Nachteil gegenüber, dass sich manche Dimensionen der „großen Entwicklungen der Zeit“ in diesem „Mikrokosmos“ entweder nicht in der gleichen Gravitas niederschlagen, oder dass sie als von der Metropole induzierte, und in der „Provinz“ lediglich nachzuvollziehende Phänomene erscheinen.

Dies zeigt sich insbesondere in der Zeit der Systemtransformation, wo der Bund respektive die Wiener Bundesstellen zu den Schrittmachern der verhängnisvollen Entwicklungen wurden. Die Zerstörung der Demokratie in Österreich ging von ihren Zentralstellen aus. Der verzweifelte Aufstand (von Teilen) der „Provinz“ beschleunigte lediglich diesen Prozess. Der entscheidende Druck zur Beendigung des konsensorientierten „oberösterreichischen Klimas“ nach dem gescheiterten Februaraufstand kam jedenfalls – kräftig assistiert von der lokalen Heimwehr – aus „Wien“ und wurde in Linz auch anstandslos nachvollzogen. Das von Bundeskanzler und Bundesregierung vorexerzierte „autoritäre Prinzip“ wurde auf kommunaler Ebene mit dem im Stadtrecht 1935 verankerten „Führerprinzip“ des Bürgermeisters realisiert, dem auch weitreichende Notstandsbefugnisse beigegeben waren. Dem „autoritären Prinzip“ gehorchend, schränkte das Aufsichtsrecht der hierarchisch übergeordneten Gebietskörperschaften von Land und Bund die kommunale Selbstverwaltung beträchtlich ein.

Nichtsdestotrotz verspürte und antizipierte man auch in der „Provinz“ den „großen rhythmischen Schlag“ der „neuen Zeit“: Auf geistesgeschichtlicher Ebene lässt sich die gesellschaftspolitische „Rückwärtsgewandtheit“, die Modernisierungsskepsis und der Antiurbanismus des Austrofaschismus auch im Feld der Linzer Stadtpolitik gut belegen. So wurde in bevölkerungspolitischer Hinsicht das Schrumpfen der Bevölkerung nicht negativ, sondern als Zeichen der „Konsolidierung“ der in der Vergangenheit „zu schnell“ verlaufenden Phase der Urbanisierung und Industrialisierung gedeutet. Die Bevorzugung manueller Arbeit gegenüber maschineller kennzeichnete die kommunale Infrastruktur-, Straßen- und Siedlungsbaupolitik. Mit diesen Politikfeldern wurde auch in Linz versucht, den „alten Mittelstand“ als den erwünschten und erhofften Träger des Regimes aus seiner sozioökonomischen Existenzkrise zu „retten“. Doch wirkte die kommunale Auftragsvergabe als spezifische Form der Mittelstandsförderung für das Handelsgewerbe strukturkonservierend. Seine Krise konnte damit nicht behoben werden. Auch das austrofaschistische Axiom, dass die Förderung des Handelsgewerbes der beste Schritt zur Reduktion der Arbeitslosigkeit wäre, erwies sich als fataler Irrweg.

Wie weit groß angelegte kommunale oder staatliche Infrastruktur- und Wirtschaftsankurbelungsprojekte zu den damals gegebenen ökonomischen und wirtschaftspolitischen Konstellationen realisierbar und wie groß ihre Effekte zur Linderung der Massenarbeitslosigkeit gewesen wären, muss dahingestellt bleiben. Die austrofaschistische Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik hatte sich jedenfalls in keiner Weise zu einer substanziellen Politik der Wirtschaftsankurbelung entschließen können. Der Ausbau des Linzer Hafens wurde nicht in Angriff genommen, ebensowenig ein Neubau der Donaubrücke oder eine großzügige Ausgestaltung der Nibelungenstraße. Die wenigen bundesweiten beziehungsweise kommunalen Infrastrukturprojekte wie der Bau von Höhenstraßen oder Stadtrandsiedlungen brachten keine nennenswerten wirtschafts- oder arbeitsmarktpolitischen Effekte.

Der Gradmesser für eine geglückte oder gescheiterte austrofaschistische Integrations- und Kohäsionspolitik ist zweifellos in der Fürsorge- und Wohnbaupolitik zu finden. Mit Hilfe dieser beiden – aufeinander bezogenen – Politikfelder sollte eine Pazifizierung und Systemintegration der nach dem 12. Februar 1934 im politischen, ökonomischen und sozialen Abseits stehenden Arbeiterklasse angestrebt werden.

In Linz – dem Ort erfolgreicher sozialdemokratischer Bildungs-, Sozial- und Wohnbaupolitik, aber auch dem des Ausbruchs des Februaraufstandes 1934 – führte die Auflösung der sozialdemokratischen Organisationen und Vereine, die „Säuberung“ des sozialdemokratisch dominierten Magistrats, die Privatisierung auch von rentablen kommunalen – aber eben sozialdemokratisch dominierten – Betrieben sowie das blühende Patronage- und Interventionsystem bei der Posten- und Arbeitsplatzvermittlung für „vaterländisch“ Gesinnte zu einer nachhaltigen Entfremdung der bisher überwiegend sozialdemokratisch orientierten Bevölkerung von den neuen Herrschaftsträgern. Die Bemühungen des Regimes, mittels „Arbeiteraktion“, Sozialer Arbeitsgemeinschaft (SAG) sowie arbeitsrechtlicher Maßnahmen und kulturpolitischer Initiativen seitens der – an ihrer Spitze „gleichgeschalteten“ – Arbeiterkammer befriedend auf die Arbeiterschaft einzuwirken und um ihre Mitarbeit am Aufbau des „Neuen Österreichs“ zu werben, verfehlte, trotz ernsthafter Bemühungen seitens einiger austrofaschistischer Funktionäre, weitgehend das angestrebte Ziel.

Der (klein-)bürgerliche Klassencharakter des postulierten „klassenversöhnenden“ „Ständestaates“ repräsentierte sich auf der Ebene der Stadtverwaltung in der Dominanz und Interessenpolitik des „alten“, beamteten, handel- und gewerbetreibenden Mittelstands und kam auf arbeitsrechtlicher Ebene bei den von großen Teilen der Arbeitgeberschaft nach dem 12. Februar 1934 gebrochenen Kollektivverträgen sowie den oftmals umgangenen sozialrechtlichen Schutzbestimmungen für die Arbeitnehmerschaft augenscheinlich zum Ausdruck. Das bundesweit ausgegebene finanzpolitische Dogma eines „ausgeglichenen Budgets“ reduzierte den (wohn-)bau- und fürsorgepolitischen Handlungsspielraum auch auf kommunaler Ebene beträchtlich und verunmöglichte eine effizientere Bekämpfung der durch die Weltwirtschaftskrise verursachten Massenarmut. Die systemideologisch herbeigesehnte und propagierte „Entproletarisierung des Proletariats“ blieb angesichts der steigenden Zahl der durch die Stadtverwaltung zu befürsorgenden Armen und insbesondere angesichts der bedrückenden Kinder- und Jugendarmut nichts als eine fromme Wunschvorstellung. Die austrofaschistische Fürsorgepolitik beschränkte sich auf eine Almosen- und Alimentations-

politik. Diese wurde durch eine Politik der „produktiven Arbeitslosenfürsorge“ – also eines verstärkten Drucks auf arbeitslose Arbeitsfähige, einer de facto un(ter)bezahlten Arbeit nachzugehen – ergänzt und fand ihrer Weisheit letzten Schluss in der Errichtung und Beschickung eines „Bettlerhaftlagers“ in Schlögen an der Donau. Für viele der Betroffenen musste sich die austrofaschistische Armutspolitik als eine Politik der Bekämpfung der Armen darstellen.

Auch die beiden kommunalpolitischen Renommeeprojekte, die Linzer Höhenstraße und die Fürsorgesiedlung Schörgenhub, standen ganz im Zeichen der beiden Leitideologeme austrofaschistischer „Aufbauarbeit“, nämlich dem der „Entproletarisierung des Proletariats“ und jenem, dass „Arbeit die beste Fürsorge“ wäre.

Die autoritäre und bürgerlich-pariarchale Verknüpfung von (Wohn-)Bau- und Fürsorgepolitik sollte zum Gegenentwurf eines sozialdemokratischen und emanzipatorischen Modells werden, dem Steuergeldverschwendung, mangelnde Budgetdisziplin und „bolschewistischer“ Kollektivismus vorgeworfen wurde. Anstelle „sozialistischer Misswirtschaft“ und individualistischer respektive liberalistischer Weltanschauung sollte ein patriarchales und katholisch-reaktionäres Gesellschafts- und Familienmodell treten, mit dem eine Überwindung der als krisenhaft empfundenen „Entwurzelung“ und „Entfremdung“ der Menschen in der Moderne erreicht werden sollte: Der Arbeitersiedlung wurde die Fürsorgesiedlung, der Blockverbauung die Gartenstadt, der Zinskaserne das Eigenheim, dem Proletarierhaushalt die Siedlerstelle, dem Klassenkampf die Kleinfamilie entgegengestellt. Es sollte sich jedoch bald herausstellen, dass damit weder eine Linderung der Fürsorgeproblematik und der Verarmung der Bevölkerung, noch eine Reduktion der Arbeitslosigkeit erzielt werden konnte.

Die Versuche einer geistigen und ideologischen Überwindung von Individualismus, Materialismus und „Entfremdung“ in der Moderne manifestierten sich in der Kunst- und Kulturpolitik in der Pflege der „Heimatkunst“ und des „altüberlieferten Volksbrauchtums“. Dem rationalistischen Denken, der „zersetzenden Skepsis“ und Verneinung des Glaubens wurde eine Werte bejahende, aus der „deutschen Volkskultur“ und der katholischen Religion schöpfende Kulturpflege entgegengestellt. Der Austrofaschismus kaprizierte sich auf die Förderung der sakralen Kunst und der Volkskulturpflege. Man errichtete Notkirchen in Arbeitervierteln, stattete Kirchen mit sakralem Schmuck aus und gestaltete Kirchenvorplätze neu. Man pflegte das Volksbrauchtum, den Laientanz und das Laienspiel, normierte die Landestracht und förderte altes Volkshandwerk. Im Theater, in Lesungen und im Radio wurden neben deutsch-katholischen Schriftstellern auch völkisch-nationale „Heimattichter“ propagiert, deren Blut- und Boden-Ästhetik sich wenig von jenen der Nationalsozialisten unterschied, was ihre Weiterpflege nach dem „Anschluss“ 1938 wesentlich erleichterte.

Die austrofaschistische Kunst- und Kulturpolitik schätzte und förderte die Werte des „deutschen Volkstums“, des katholischen Glaubens, der „Heimatliebe“, der „Innerlichkeit“ sowie der „Einfachheit und Schlichtheit“, und sie verachtete die gott- und orientierungslose, „zersetzende“, liberale, internationale, urbane Moderne.

Die austrofaschistische Gesellschaftspolitik brachte den bislang letzten, mit staatspolitischer Unterstützung und Wohlwollen geförderten Versuch, eine groß angelegte Gegenreformation und Rekatholisierung durchzuführen. Nach der machtpolitischen Niederringung der

Sozialdemokratie sah der katholische Klerus die – vielleicht letzte – Chance gekommen, „ein echt katholisches Land aufzubauen“. Doch der bei der offensiv angegangenen „Sanierung der Seelen“, aber auch der „wilden Ehen“ verbreitete reaktionäre Weihrauchgeruch schien wenig dazu angetan, die „entfremdeten Seelen“ wieder zu „ihrem Gott“ zu führen. Die Weihrauchvernebelung der politischen Unfähigkeit, die drückenden materiellen und sozialen Probleme breiter Teile der Bevölkerung zu lösen und die Arbeiterinteressen zu befrieden, offenbart vielmehr den doppelbödigen Zynismus und die Scheinheiligkeit des Regimes. Die „Seelensanation“ schien den politischen und religiösen Eliten wichtiger als die materielle und soziale Besserstellung der Arbeiterschaft. Die strikte Weigerung der katholischen Kirche, sich vor „den Praktiken der mondänen Lebenswelt“ zu verbeugen, trug vermutlich wenig dazu bei, „die katholische Zukunft (des) Volkes“ zu sichern.

Die Zukunft des Volkes liege in seiner Jugend – so ein oft gebrauchtes Postulat. Die austrofaschistische Jugendpolitik fokussierte auf die Vermittlung soldatischer Werte von Wehr- und Ehrbarkeit: Die schulischen und außerschulischen Erziehungsinstanzen sollten „jugendhaft-soldatische Menschen“ heranbilden, denen der „heroische Opfergang“ der Weltkriegsteilnehmer ein leuchtendes Vorbild gelebter Vaterlandsliebe – bis in den Tod – wäre. Die Militarisierung der Gesellschaft manifestierte sich in der historischen Verklärung der k.u.k.-Armee, im Heldengedenk- und Totenkult, der mit der Verehrung des ermordeten – und für „seine Heimat gestorbenen“ – „Heldenkanzlers“ Dollfuß seinen Höhepunkt erreichte.

Fragt man nach dem von den austrofaschistischen Eliten geschaffenen Autostereotyp, dann leuchten die von der Sozialdemokratie „enteigneten“ 1.-Mai-Feiern in Form von „Ständenumzügen“ und „Ständespielen“ besonders hervor. Mit diesen „Ständeverkleidungen“ maskierte der Austrofaschismus seine rückwärtsgewandte Utopie einer „ständestaatlichen“ Wohlgeordnetheit von Bürgern und Bauern, Intellektuellen und Arbeitern, aber auch Arbeitslosen, die allesamt zu „einem Volk“ – auf christlich-deutscher, autoritärer Grundlage – zusammenkommen und zusammenstehen sollten.

Weitet man den Blick von diesem nach innen gewandten Autostereotyp auf das Bild, welches das austrofaschistische Regime im Ausland von sich verbreiten wollte, dann erblickt man in den Prospekten der (Brucknerfestspiel-)Tourismuswerbung neben der imposanten oberösterreichischen Bergwelt und der von „ursprünglicher“ bäuerlicher Volkskultur geprägten und gepflegten Kulturlandschaft des Voralpenraumes die Golf- und Tennisplätze sowie die mondänen Jagd- und Segelgelegenheiten für ein kaufkräftiges internationales Festspielpublikum, für das sich Golf und Volkskultur, Fechten und bäuerliches Wiesenmähen, Sportgirls und Goldhaubenmädchen tourismuswirksam verbinden sollte.

Der Austrofaschismus bereitete das identitätspolitische Zeichenarsenal von „natürlicher“ Kulturlandschaft, vormodernem Gemeinschaftssinn und heimatlicher Geborgenheit ikonografisch auf und leitete damit eine Konsolidierung der fragilen „nationalen“ Identität Österreichs ein. Was aber zwischen 1933/34 und 1938 nur für eine schmale, konservativ-katholische Kulturelite Wert und Gültigkeit hatte, wurde in der konservativen Rekonstruktionsphase nach 1945 zu einem breit anerkannten Auto- und Heterostereotyp.⁶⁵⁰

⁶⁵⁰ Mattl, Modernisierung und Anti-Modernismus, 84 f.

Dieses „Weiterleben“ des Austrofaschismus nach seinem historischen Ende kommt noch in einer zweiten Dimension zum Ausdruck, nämlich in der Elitenkontinuität ehemals austrofaschistischer Funktionäre nach 1945 in der oberösterreichischen Landesregierung und im Landtag, in der Landes- und Kulturverwaltung, im Landesschulrat, in den Gemeindestuben, in der oberösterreichischen Wirtschaftskammer, in der Landes-ÖVP, aber auch im Wiener National- und Bundesrat. Dank der wieder funktionierenden CV-Seilschaften vermochten nach 1945 auch mittlere und untere Chargen junger „Austrofaschisten“ ihre Karrierewege in den Berufs- und Standesvertretungen sowie in der Lokalverwaltung in den Bezirken und Gemeinden erfolgreich fortzusetzen.⁶⁵¹

Doch die Geschichte kann durchaus auch versöhnlich ausklingen, zumindest in Linz, wo der spätere Bürgermeister Ernst Koref über die Resurrektion des „oberösterreichischen Klimas“ nach 1945 folgendes festzuhalten wusste:

„Aber – mit des Geschickes Mächten ist kein ew'ger Bund zu flechten – der eine [Heinrich Gleißner; Anmerkung des Verfassers] ging immer weiter rechts, der andere [Ernst Koref; Anmerkung des Verfassers] immer weiter links, und so geschah's: Der eine wurde Landeshauptmann, der andere aber, wenn auch nicht gerade Räuberhauptmann, Koref, landete 1934 im Linzer Landesgericht.

In den Jahren 1938 bis 1945 rückten die beiden einander menschlich wieder näher, sie hatten nichts mehr zu lachen, nicht einmal zu lächeln; sie waren nun beide politische Sünder und hatten es zu büßen. Die Familien, die sie inzwischen gegründet hatten, büßten mit ihnen. Es geht nichts über die ausgleichende Gerechtigkeit im Leben. Aber beide hielten durch, überlebten, obwohl es hart, ja auf Tod und Leben ging, die sieben Jahre des Tausendjährigen Reiches. Aus Insurgenten waren nun Resurgenten [...] geworden; wir verziehen einander. Wer der größeren Gnade bedurfte, will ich in diesem Zusammenhang nicht untersuchen. Es war die Zeit gekommen, beim Wiederaufbau der Heimat (wieder einmal Schulter an Schulter) zu dienen. Und die Zusammenarbeit gelang.“⁶⁵²

⁶⁵¹ Maleta, *Bewältigte Vergangenheit*, 207. Zu Oberösterreich allgemein: Schuster, *Politische Restauration und Entnazifizierungspolitik*, 160 ff., 176 ff. sowie 183 ff. Zu Linz: Schuster, *Befreit und besetzt*, 21. Zur austrofaschistischen Kontinuität innerhalb der oberösterreichischen und der Linzer ÖVP siehe: Sandgruber, *Die Anfänge der Linzer ÖVP*, 69 ff.

Für Helmut Wohnout fungierte der Austrofaschismus als quasi „Kaderschmiede“ für die ÖVP nach 1945. Gerade die austrofaschistischen Funktionäre in der mittleren Hierarchieebene stellten oft jene Männer, die nach 1945 für die ÖVP an der Spitze von Partei und Staat standen. Wohnout, *Regierungsdiktatur oder Ständeparlament?*, 424 ff.; weiters: Enderle-Burcel/Kraus, *Christlich – Ständisch – Autoritär*, 1991.

⁶⁵² Koref, *Vom „oberösterreichischen Klima“*, 39 f.